

## II. Theoretische Grundlagen der Lageberichterstattung

### II.1 Aufstellungspflichtige Unternehmen und Aufstellungsfristen

Nach § 264 Abs. 1 HGB haben die gesetzlichen Vertreter einer Kapitalgesellschaft den Jahresabschluss um einen Anhang zu erweitern, der mit der Bilanz und der GuV eine Einheit bildet sowie einen Lagebericht aufzustellen.

Durch die Einschränkung des § 264 Abs. 1 Satz 3 HGB brauchen kleine Kapitalgesellschaften den Lagebericht nicht aufzustellen, sodass nur mittelgroße und große<sup>44</sup> Kapitalgesellschaften zur Aufstellung eines Lageberichts verpflichtet sind. Nach § 264 Abs. 3 HGB sind Tochterunternehmen eines nach § 290 HGB zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichteten Mutterunternehmens, die die befreienden Tatbestände des § 264 Abs. 3 Nr.1-4 HGB erfüllen, ebenfalls von der Aufstellungspflicht ausgenommen.

Die **Aufstellungsfrist** beträgt nach § 264 Abs. 1 Satz 3 HGB drei Monate, für kleine Kapitalgesellschaften i.S.d. § 267 Abs. 1 HGB gilt eine verlängerte Frist von sechs Monaten (§ 264 Abs. 1 Satz 4, 2. HS HGB). Die inhaltlichen Vorschriften des Lageberichts sind in § 289 HGB geregelt.

Die Aufstellungspflichten gelten daneben auch für **Personenhandelsgesellschaften** i.S.d. § 264 a HGB, wenn nicht wenigstens ein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person oder eine offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft oder andere Personengesellschaft mit einer natürlichen Person als persönlich haftendem Gesellschafter ist oder sich die Verbindung von Gesellschaften dieser Art fortsetzt (§ 264 a Abs. 1 HGB). Eine Befreiung von der Aufstellungspflicht liegt für diese Personenhandelsgesellschaften nach den Vorschriften des § 264 b HGB dann vor, wenn sie in einen Konzernabschluss einbezogen werden und die weiteren Bedingungen des § 264 b HGB erfüllen.

In den **Geltungsbereich des PubiG** nach § 1 Abs. 1 und § 3 PubiG fallende Unternehmen, die nicht Einzelkaufleute oder reine Personengesellschaften

---

<sup>44</sup> Gemäß der in § 267 HGB umschriebenen Größenklassen.

sind, sind gemäß § 5 Abs. 2 Satz 2 PublG ebenfalls zur Erstellung eines Lageberichts sinngemäß nach § 289 HGB verpflichtet.

Separate Vorschriften bestehen für eingetragene Genossenschaften (§ 336 Abs. 1 Satz 1 HGB), europäische Genossenschaften (§ 23 SCEAG) sowie rechtsformunabhängig, jedoch wirtschaftszweigspezifisch<sup>45</sup> für Kreditinstitute (§ 340a Abs. 1 HGB) und Versicherungsunternehmen (§ 314a Abs. 1 HGB).

Die Verpflichtung zur Aufstellung eines **Konzernlageberichts** ergibt sich nach § 290 Abs. 1 HGB für Mutterunternehmen in der Rechtsform der Kapitalgesellschaft, wenn diese auf ein anderes Unternehmen (Tochterunternehmen) unmittelbar oder mittelbar beherrschenden Einfluss ausüben können.<sup>46</sup> Ausgenommen von der Aufstellungspflicht sind Unternehmen, für die die Befreiungen nach §§ 291, 292 und 293 HGB gelten. Die Aufstellungsfrist eines Konzernlageberichts beträgt fünf Monate (§ 290 Abs. 1 HGB). Bei kapitalmarktorientierten Unternehmen i.S.d. § 325 Abs. 4 Satz 1 HGB<sup>47</sup> verringert sich die Frist auf vier Monate. Die zu § 289 HGB parallele Vorschrift<sup>48</sup> zum Inhalt des Konzernlagebe-

<sup>45</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002a), Rn. 15.

<sup>46</sup> Zu Mutter-Tochter-Verhältnissen durch beherrschenden Einfluss vgl. Lüdenbach/Freiberg (2009), S. 1230-1234.

<sup>47</sup> § 325 Abs. 4 Satz 1 HGB verweist auf kapitalmarktorientierte Unternehmen im Sinne des § 264 d HGB, die wiederum keine Kapitalgesellschaften i.S.d. § 327 a HGB sind. § 327 a HGB normiert die Erleichterungen für bestimmte kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaften, wonach § 325 Abs. 4 Satz 1 HGB nicht auf eine Kapitalgesellschaft anzuwenden ist, wenn sie ausschließlich zum Handel an einem organisierten Markt zugelassene Schuldtitel i.S.d. § 2 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 WpHG mit einer Mindeststückelung von 50.000 Euro oder dem am Ausgabetag entsprechenden Gegenwert einer anderen Währung begibt.

<sup>48</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 753. Die Vorschriften des § 315 HGB über den Inhalt des Konzernlageberichts entsprechen denen des Lageberichts einer Gesellschaft nach § 289 HGB unter der Maßgabe, dass die besonderen Verhältnisse des Konzerns zu berücksichtigen sind, und den nachfolgenden Ausnahmen: Der Konzernlagebericht muss keine Berichterstattung über Zweigniederlassungen enthalten, wohl aber müssen im Rahmen der Analyse von Geschäftsverlauf und Lage nach § 315 Abs. Satz 4 HGB nichtfinanzielle Leistungsindikatoren berücksichtigt werden, während dies in § 289 Abs. 3 HGB nur für große Kapitalgesellschaften gilt. Vgl. Marten/Quick/Ruhnke (2007), S. 591. Aufgrund der materiell weitgehenden Übereinstimmung der Regelungen wird in der Literatur in Bezug auf den Konzernlagebericht meist auf die Ausführungen zu § 289 HGB verwiesen. Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 2; Krawitz (1988), S. 225. Daher wird vor dem Hintergrund einer annähernden Inhaltsgleichheit bei nachfolgenden Ausführungen der Begriff des Lageberichts gleichbedeutend für einen Lagebericht nach § 289 HGB und für den Konzernlagebericht nach §

richts ist in § 315 HGB kodifiziert. Unter das PubLG fallende Mutterunternehmen (§ 11 PubLG) müssen rechtsformunabhängig gemäß § 13 Abs. 1 und 2 PubLG sinngemäß einen Konzernlagebericht nach § 315 HGB aufstellen. Darüber hinaus erstrecken sich die Aufstellungspflichten eines Konzernlageberichts auch auf Kreditinstitute nach § 340i Abs. 1 Satz 1 HGB und Versicherungsunternehmen nach § 341i Abs. 1 Satz 1 HGB.

Daneben gelten für Unternehmen, die einen **IFRS-Konzernabschluss** gemäß § 315a Abs. 1 und 2 HGB verpflichtend oder gemäß § 315a Abs. 3 HGB freiwillig erstellen, die Anforderungen des § 315a Abs. 1 HGB. Demnach muss auch bei IFRS-Abschlüssen mit befreiender Wirkung hinsichtlich eines Konzernabschlusses nach HGB ein **Konzernlagebericht nach deutschem Handelsrecht** erstellt werden.<sup>49</sup>

## II.2 Charakteristika des handelsrechtlichen Lageberichts

### II.2.1 Zweck des Lageberichts

Aus dem Gesetzeswortlaut des § 264 Abs. 1 Satz 1 HGB ergibt sich,<sup>50</sup> dass der Lagebericht nicht Bestandteil des Jahresabschlusses, sondern vielmehr ein eigenständiges Rechnungslegungsinstrument ist, das neben dem Jahresabschluss steht.<sup>51</sup>

Da die gesetzlichen Vorschriften keinen expliziten Zweck des Lageberichts enthalten,<sup>52</sup> muss von der inhaltlichen Normierung des Lageberichts auf die Zweckvorstellung des Gesetzgebers geschlossen werden.<sup>53</sup> Nach § 289 Abs. 1 HGB sind im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftser-

---

315 HGB verwendet und nur im Falle von Abweichungen separat auf konzernspezifische Sachverhalte eingegangen. Vgl. zu diesem Vorgehen z.B. Krumbholz (1994), S. 16; Hartmann (2010), S. 611.

<sup>49</sup> Vgl. Ellrott (2010b), Rn. 1.

<sup>50</sup> Vgl. Wiedmann (2003), Rn. 1.

<sup>51</sup> Vgl. z.B. Wiedmann (2003), Rn. 1; ADS (1995), Rn. 8; Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 31; Lange (2013), Rn. 2; Ellrott (2010a), Rn. 4; Hachmeister (2002), Sp. 1433; Kirsch/Köhrmann (2010), Rn. 1; Hinz (2010a), Rn. 67; Sahner/Kammers (1984), S. 2309; Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 5; Marten/Quick/Ruhnke (2007), S. 586; Coenenberg/Haller/Schultze (2012), S. 923; Dörner/Bischof (1999), S. 373.

<sup>52</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 6; Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 27.

<sup>53</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 27.

gebnisses und die Lage des Unternehmens so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Diese Forderung gleicht in ihrer Kernaussage der gesetzlichen Regelung des Jahresabschlusses nach § 264 Abs. 2 Satz 1 HGB, wonach der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kapitalgesellschaft vermitteln muss.<sup>54</sup> Hieraus lässt sich ableiten, dass der in der Generalnorm des Jahresabschlusses zum Ausdruck gebrachte **Rechenschaftszweck** ebenso für den Lagebericht gilt.<sup>55</sup> Im Lagebericht soll demnach ergänzend zum Jahresabschluss Rechenschaft über die gesamte wirtschaftliche Situation des Unternehmens abgelegt werden.<sup>56</sup>

Allerdings gehen die Anforderungen an die Lageberichterstattung insoweit über die Generalnorm des § 264 Abs. 2 HGB hinaus, als der Lagebericht nicht den Restriktionen der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) unterworfen ist, sondern vielmehr umfassender und zukunftsorientiert ausfallen muss.<sup>57</sup>

Der fehlende Bezug auf die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ist für die Berichterstattung über die Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sowie die Prognose- und Risikoberichterstattung zwingend erforderlich, da diese Angaben nur losgelöst vom Stichtagsprinzip gemacht werden können und zudem nicht durch das Vorsichtsprinzip beeinflusst werden sollten.<sup>58</sup>

Da der Rechenschaftszweck vor dem Hintergrund, dass Rechenschaft nur über Vergangenes oder Gegenwärtiges abgelegt werden kann, zu kurz greifen würde, lässt sich der Lageberichtszweck umfassender als **Informationsvermitt-**

---

<sup>54</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 7 f.; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 755; Kirsch/Köhrmann (2010), Rn. 2.

<sup>55</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 7 f.; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 755; Kirsch/Köhrmann (2010), Rn. 2. Zum Lageberichtszweck der Rechenschaftslegung vgl. z.B. auch Lange (2013), Rn. 1; ADS (1995), Rn. 19; Reitinger (1983), S. 18 m.w.N.; Lück (1995), Rn. 9; Böcking (2007), S. 33; Coenenberg/Haller/Schultze (2013), S. 925.

<sup>56</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 19; Lange (2013), Rn. 1; Coenenberg/Haller/Schultze (2013), S. 925; Dörner/Bischof (1999), S. 373.

<sup>57</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999), S. 373.

<sup>58</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002a), Rn. 24.

lung<sup>59</sup> bezeichnen,<sup>60</sup> der dabei die Rechenschafts- und Dokumentationsfunktion im Hinblick auf das vergangene Unternehmensgeschehen beinhaltet.<sup>61</sup> Nach Streim kann der Lagebericht als das „eigentliche Informationsinstrument“<sup>62</sup> verstanden werden.

Die Informationsvermittlung stellt jedoch keinen Selbstzweck, sondern vielmehr ein Mittel zum Zweck der Entscheidungsfindung dar.<sup>63</sup> Dementsprechend muss der Inhalt des Lageberichts dazu geeignet sein, den Adressaten zielentsprechende Entscheidungen zu ermöglichen,<sup>64</sup> wonach sich der Inhalt der Informationen letztlich nach den Zielen und Interessen der Informationsempfänger<sup>65</sup> richten muss.<sup>66</sup>

Eine Konkretisierung der Informationsvermittlung lässt sich hinsichtlich der **Informationsanforderungen der Berichtsempfänger**, der **Einbindung in die übrige Berichterstattung des Unternehmens** und die **Informationsinteressen des berichtenden Unternehmens** vornehmen.<sup>67</sup>

Die Berichterstattung im Lagebericht muss vor dem Hintergrund der **Einbindung in die übrige Berichterstattung** erfolgen, da die Lageberichterstattung in Abhängigkeit des Ausmaßes erfolgt, inwieweit Informationen schon durch

<sup>59</sup> Vgl. z.B. ADS (1995), Rn. 21; Lück (1995), Rn. 9; Lange (2013), Rn. 2; Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 6; Selchert/Greinert (2002a), Rn. 1; Coenenberg/Haller/Schultze (2012), S. 925 f.; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 755; Ellrott (2010a), Rn. 4; Hachmeister (2002), Sp. 1433; Küting/Weber (2012b), S. 690; Reitinger (1994), Rn. 4; Böcking (2007), S. 34; Hinz (2010a), Rn. 67; Kirsch/Köhrmann (2010a), Rn. 2; Fülbiel/Pellens (2013), Rn. 15.

<sup>60</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 8; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 755.

<sup>61</sup> Vgl. Hartmann (2006), S. 13.

<sup>62</sup> Vgl. Streim (1995), S. 708. Nach Streim ist der Jahresabschluss konzeptionell zur Vermittlung von Informationen kaum geeignet. Vielmehr sieht er Bilanz und GuV als reine Gewinnermittlungsinstrumente und den Anhang als Bericht, der i.W. zur Erläuterung der in der Bilanz und GuV angewendeten Gewinnermittlungsregeln dienen soll. Vgl. Streim (1995), S. 708, S. 721.

<sup>63</sup> Vgl. Tichy (1979), S. 9 mit Nennung von Rittner (1964), S. 119; Moxter (1976), S. 97; Kropff (1980), S. 519; Sprenger (1976), S. 92; Reitinger (1983), S. 18.

<sup>64</sup> Vgl. Sprenger (1976), S. 92.

<sup>65</sup> zu den Informationsinteressen der Lageberichtsadressaten vgl. Kapitel II.2.2.

<sup>66</sup> Vgl. Tichy (1979), S. 9, m.w.N. Wittmann bezeichnet Information als zweckorientiertes Wissen, „das zur Erreichung eines Zweckes, nämlich einer möglichst vollkommenen Disposition eingesetzt wird.“ Wittmann (1959), S. 14.

<sup>67</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002a), Rn. 2.

den Jahresabschluss vermittelt werden.<sup>68</sup> So sind trotz der formalen Trennung Jahresabschluss und Lagebericht inhaltlich nicht voneinander unabhängig,<sup>69</sup> der Jahresabschluss wirkt sich vielmehr auf die materielle Lageberichterstattung aus.<sup>70</sup> So lassen sich aus der Informationsvermittlung verschiedene Aufgaben des Lageberichts im Verhältnis zum Jahresabschluss ableiten:<sup>71</sup> Die **Verdichtungsaufgabe**<sup>72</sup>, die **Ergänzungsaufgabe**<sup>73</sup> sowie die **Erläuterungsaufgabe**<sup>74</sup>, die **Beurteilungsaufgabe**<sup>75</sup> und die **Analyseaufgabe**<sup>76</sup>. Ferner kommen dem Lagebericht eine **Warnfunktion** und eine **Überwachungsfunktion** zu.<sup>77</sup>

Die **Verdichtungsaufgabe** ergibt sich aus dem Gesetzeswortlaut des § 289 Abs. 1 HGB, wonach die in § 264 Abs. 2 Satz 1 HGB genannten „Teillagen“ zum Begriff „Lage“ zusammengefasst werden<sup>78</sup> und dementsprechend die im Jahresabschluss abgebildete Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zur (Gesamt-)Lage des Unternehmens verdichtet werden soll.<sup>79</sup> Die Verdichtungsfunktion bezeichnet eine Zusammenfassung der durch die Rechenschaftslegung

<sup>68</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002a), Rn. 4.

<sup>69</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 754. Daneben wird in der Literatur teilweise unter dem Konzept des „Zwei-Säulen-Modells“ die Eigenständigkeit von Jahresabschluss und Lagebericht als jeweils in sich abgeschlossene Instrumente der Rechnungslegung betont. Vgl. Hommelhoff (2002), Rn. 13.

<sup>70</sup> Vgl. Selch (2003), S. 37 f.

<sup>71</sup> Für eine Gesamtschau der Lageberichtsufgaben im Verhältnis zum Jahresabschluss vgl. Hartmann (2006), S. 14. Anderer Ansicht: Hommelhoff, der aufgrund des „Zwei-Säulen-Modells“ ausschließt, dass der Lagebericht seine Funktionen aus dem Jahresabschluss ableitet und nicht dazu diene, den Abschluss in seinem Informationsgehalt zu verdichten, zu verbessern und abzurunden. Vgl. Hommelhoff (2002), Rn. 12.

<sup>72</sup> Vgl. z.B. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 9; Lange (2013), Rn. 1; Marten/Quick/Ruhnke (2007), S. 585; Kirsch/Köhrmann (2010), Rn. 4.

<sup>73</sup> Vgl. Reitinger (1994), Rn. 4; Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 9; Streim (1995), S. 709; Coenenberg/Haller/Schultze (2012), S. 926; Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 31; Kirsch/Köhrmann (2010a), Rn. 8; Marten/Quick/Ruhnke (2007), S. 585.

<sup>74</sup> Die Erläuterungsfunktion ergibt sich aus DRS 15, wonach die Lageberichterstattung auch der Ergänzung und Erläuterung des Konzernabschlusses dient.

<sup>75</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 7; Kirsch/Köhrmann (2010), Rn. 7; Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 31; Maul/Greinert (2002), S. 2605.

<sup>76</sup> Vgl. Scheele (2007), S. 162; Lange (2013), Rn. 7; Kirsch/Köhrmann (2010), Rn. 8.

<sup>77</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 8 f.

<sup>78</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 9.

<sup>79</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 9; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 755; Lange (2013), Rn. 6; Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 8 m.w.N.

vermittelten vielfältigen Einzelinformationen zu einer Gesamtaussage.<sup>80</sup> Mit der Gesamtaussage soll der Unternehmensleitung die Gelegenheit gegeben werden, „ihre persönliche, nach pflichtgemäßem Ermessen gefundene Einschätzung der wirtschaftlichen Gesamtermittlung darzustellen.“<sup>81</sup> Vor diesem Hintergrund fungiert der Lagebericht auch als „Instrument aggregierter Jahresabschlussinformationen“.<sup>82</sup>

Die **Ergänzungsaufgabe** des Lageberichts wird explizit seitens des Gesetzgebers in der Regierungsbegründung zum Bilanzrichtlinien-Gesetz (BilRiLiG) erwähnt, wonach der Lagebericht den Jahresabschluss durch zusätzliche Informationen allgemeiner Art ergänzen soll.<sup>83</sup> Da der Jahresabschluss einschließlich der Erläuterungen im Anhang den Adressaten nur begrenzt ermöglicht, die tatsächliche Lage der Gesellschaft zu erkennen,<sup>84</sup> muss der Lagebericht Informationen enthalten, die sich aus dem Jahresabschluss nicht oder nicht hinreichend ergeben.<sup>85</sup> Die Ergänzungsfunktion dient somit „einer Verbreiterung und gegebenenfalls Vertiefung des aus dem Jahresabschluss zu gewinnenden Informationsstands“<sup>86</sup> und soll letztlich, losgelöst von den einzelnen Posten des Jahresabschlusses, die Darstellung des Gesamtbildes des Unternehmens ermöglichen.<sup>87</sup>

Die Ergänzungsaufgabe kann sowohl in zeitlicher als auch in sachlicher Hinsicht bestehen.<sup>88</sup>

Die **zeitliche** Ergänzungsaufgabe ergibt sich vor dem Hintergrund, dass der Jahresabschluss als vergangenheitsorientiertes<sup>89</sup> Rechnungslegungsinstrument

<sup>80</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 52; Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 31.

<sup>81</sup> ADS (1995), Rn. 19. Ferner vgl. Reitinger (1994), Rn. 4.

<sup>82</sup> Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 9.

<sup>83</sup> Vgl. BT-Drucksache 10/317, S. 93.

<sup>84</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 4; Reitinger (1994), Rn. 4; ADS (1995), Rn. 21 m.w.N.; Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 8 m.w.N.; Marten/Quick/Ruhnke (2007), S. 585.

<sup>85</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 51.

<sup>86</sup> Selchert/Greinert (2002a), Rn. 5.

<sup>87</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 12; Coenenberg/Haller/Schultze (2012), S. 926 f.

<sup>88</sup> Vgl. Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 355; Fülbiel/Pellens (2013), Rn. 15; Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 8 m.w.N.; Kirsch/Köhrmann (2010), Rn. 5.

<sup>89</sup> Maul führt hierzu aus, dass es auch Auffassungen gäbe, die schon dem Jahresabschluss eine Prognose-Orientierung zuschrieben, da Abschreibungen, Vorräte- und Forderungsbewertung sowie Rückstellungsbildungen nicht ohne Blick auf die zukünftige Entwicklung des Unternehmens zweckgerecht vorgenommen oder nach vernünftigem kaufmännischem Ermessen festgesetzt werden könnten. Allerdings spricht er sich

die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens nicht vollumfänglich vermitteln kann.<sup>90</sup> Da die wirtschaftliche Lage des Unternehmens wesentlich von der künftigen Entwicklung geprägt<sup>91</sup> wird, muss der Lagebericht auch zukunftsorientierte Informationen beinhalten.<sup>92</sup> Ferner richten sich die Informationsbedürfnisse der Adressaten neben Informationen, die ihnen eine Rückschau ermöglichen und sie in die Lage versetzen, ihr eingegangenes Engagement ex post zu kontrollieren, insbesondere auch auf Informationen, „die es ihnen gestatten, Prognosen über die für sie relevanten zukünftigen finanziellen Konsequenzen der Zusammenarbeit mit dem Unternehmen zu bilden.“<sup>93</sup> Die zeitliche Ergänzungsaufgabe zeigt sich somit in der prognostischen Ausrichtung des Lageberichts.<sup>94</sup> Durch die geforderte Berichterstattung über Geschehnisse nach dem Abschlussstichtag sowie die zukunftsgerichteten Informationen und Prognosen, die v.a. im Nachtragsbericht sowie im Prognose- mit dem Chancen- und Risikobericht enthalten sind, wird somit der Erfordernis Rechnung getragen, im Lagebericht auch Aspekte aufzuführen, die sich auf die Zeit nach Ablauf des berichteten Geschäftsjahres beziehen.<sup>95</sup> Dies soll es den Adressaten ermöglichen, „eine eigenständige Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und der voraussichtlichen Entwicklung vorzunehmen sowie die Leistungsfähigkeit, Risiken

---

insofern gegen diese Auffassung aus, als es zwar Einzelheiten über Einzelereignisse, wie Nutzungsdauer, Verkaufsfähigkeit, Prozessrisiken, bedürfe, dies aber nichts daran ändere, „daß der Jahresabschluß Rechenschaftsmittel für ein *abgelaufenes* Geschäftsjahr sein soll, die Zukunftsrichtung bestimmter Größen lediglich ein Hilfsmittel dafür ist, das Erreichte mit allen zuzuordnenden wirtschaftlichen Lasten von noch zu Erreichenden abzugrenzen.“ Maul (1984), S. 190.

<sup>90</sup> Vgl. Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 355.

<sup>91</sup> Leffson bezeichnet die wirtschaftliche Lage als Fähigkeit des Unternehmens, in Zukunft seine Aufgaben erfüllen zu können. Vgl. Leffson (1968), S. 1f.

<sup>92</sup> Vgl. Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 355.

<sup>93</sup> Hinz (2010b), Rn. 35. Das Interesse an zukunftsorientierten Informationen können der Jahresabschluss und die mit ihm darzustellenden Lagen nicht (oder zumindest nicht hinreichend) zur Verfügung stellen, „da durch Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang, abgesehen von bestimmten Überlegungen bei der Aufwandsbemessung (z.B. die Bemessung der Abschreibungsdauer), beim Ansatz und bei der Bewertung von Rückstellungen sowie beim Ansatz aktiver latenter Steuern aus steuerlichen Verlustvorträgen, vornehmlich retrospektive, objektivierte Rechnungen mit Erläuterungen übermittelt werden.“ Hinz (2010b), Rn. 35.

<sup>94</sup> Vgl. Scheele (2007), S. 160.

<sup>95</sup> Vgl. Hartmann (2006), S. 16.

und Chancen des Unternehmens zu erkennen.<sup>96</sup> Daneben kann die zeitliche Ergänzungsaufgabe in der Berücksichtigung solcher Aspekte liegen, die das vor dem im Jahresabschluss betrachtete Wirtschaftsjahr betreffen.<sup>97</sup>

Mit Erfüllung der **sachlichen** Ergänzungsaufgabe soll eine wirtschaftliche Gesamtbeurteilung der Gesellschaft erreicht werden, die über die in § 264 Abs. 2 HGB genannten Teillagen hinausgeht.<sup>98</sup> So müssen im Lagebericht auch solche Facetten der wirtschaftlichen Lage berücksichtigt werden, die nicht direkt unter der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erfasst werden können.<sup>99</sup>

Dies gilt zum einen für die exogenen Faktoren (auch als Rahmenbedingungen eines Unternehmens bezeichnet), die überwiegend von der gesamtwirtschaftlichen Situation und der Branchensituation geprägt werden und zum anderen für die endogenen Faktoren (unter dem Begriff der Unternehmenssituation subsumiert), die v.a. die betrieblichen Möglichkeiten zur Nutzung des Beschaffungs-, Produktions- und Absatzpotentials sowie das mit dem Potential tatsächlich realisierte Ergebnis umfassen.<sup>100</sup>

Darunter fallen auch die Erfolgsfaktoren des Unternehmens<sup>101</sup>, die aufgrund fehlender Bilanzierungsfähigkeit oder bestehender Bilanzierungsverbote nicht im Jahresabschluss berücksichtigt werden dürfen,<sup>102</sup> wohl aber im Rahmen der sachlichen Ergänzungsfunktion im Lagebericht zu erfassen sind.<sup>103</sup>

Ferner erfolgt die Lageberichterstattung unabhängig von den bei der Aufstellung des Jahresabschlusses zu berücksichtigenden GoB,<sup>104</sup> von denen eine informationshemmende<sup>105</sup> Wirkung ausgeht.<sup>106</sup>

<sup>96</sup> Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 8 m.w.N.

<sup>97</sup> Vgl. Hartmann (2006), S. 16.

<sup>98</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 9.

<sup>99</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 51, der in diesem Zusammenhang die in DRS 15 vorgeschriebene Verkürzung der Lage auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage hinterfragt. Vgl. hierzu auch Kapitel II.4.3.3.

<sup>100</sup> Vgl. Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 355.

<sup>101</sup> Dazu zählen z.B. schwebende Geschäfte, Komponenten des Firmenwertes wie Qualität der Unternehmensleitung, Organisation und Marktstellung. Vgl. Krumbholz (1994), S. 18.

<sup>102</sup> Vgl. Krumbholz (1994), S. 18.

<sup>103</sup> Vgl. Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 355; Krumbholz (1994), S. 18.

<sup>104</sup> Vgl. Hommelhoff (2002), Rn. 26; Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 37 m.w.N.

<sup>105</sup> Dies bezieht sich auf jene Verzerrungen, die über die GoB „ihre Wurzel vor allem im Vorsichtsprinzip und seinen konkretisierenden Auffächerungen haben.“ Hommelhoff (2002), Rn. 26. „Im Jahresabschluss wird das Einblicksgebot durch den Hinweis auf die

Untrennbar mit der Ergänzungsaufgabe verbunden ist die **Erläuterungsaufgabe** des Lageberichts, wodurch den Adressaten „zusätzliche Informationen zu den Hintergründen und Ursachen der Entwicklungen sowie zu geplanten und begonnenen Maßnahmen“<sup>107</sup> zu vermitteln sind.

Die **Beurteilungsaufgabe** bezieht sich zum einen auf die geforderte Berichterstattung über die künftige Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken, weil hierbei „die Zukunft einzuschätzen, also Erwartungen zu bilden, Annahmen zu setzen und daraus mehr oder weniger subjektiv geprägte Schlussfolgerungen zu ziehen“<sup>108</sup> sind, d.h. eine Beurteilung vorzunehmen ist.<sup>109</sup> Daneben ist eine Beurteilung erforderlich, inwieweit der Geschäftsverlauf einer erwartungsgemäßen Entwicklung entsprochen hat und die Lage des Unternehmens als ausreichende Voraussetzung für die angestrebte Entwicklung angesehen werden kann; lediglich eine Auflistung der den Geschäftsverlauf bestimmenden Ereignisse und die Lage beschreibender Gegebenheiten ohne die entsprechende Beurteilung ist in diesem Zusammenhang nicht ausreichend.<sup>110</sup>

Durch die im Rahmen der Umsetzung der Modernisierungsrichtlinie durch das Bilanzrechtsreformgesetz (BilReG) vorgenommene Erweiterung des § 289 Abs. 1 HGB, wonach der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang und der Komplexität der Geschäftstätigkeit entsprechende Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft zu enthalten hat, lässt sich dem Lagebericht zudem eine **Analyseaufgabe** zuweisen.<sup>111</sup> In der Gesetzesbegründung des BilReG wird die Bedeutung der Analyse explizit hervorgehoben: So dient generell „der Abschluss eher der Darstellung, der Lagebericht

---

GoB relativiert, da in der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung nur insoweit die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes verlangt wird, als dies durch die Verwendung (kodifizierter und nicht kodifizierter) GoB möglich ist.“ Hinz (2010b), Rn. 38.

<sup>106</sup> Vgl. Ballwieser (1997), S. 155, der in diesem Zusammenhang von den „Fesseln der GoB“ spricht.

<sup>107</sup> Hartmann (2006), S. 16.

<sup>108</sup> Greinert (2004), S. 52.

<sup>109</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 52.

<sup>110</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002a), Rn. 7; Greinert (2004), S. 52.

<sup>111</sup> Vgl. Scheele (2007), S. 162; Kirsch/Köhrmann (2010a), Rn. 8; Stein (2011), S. 47.

dagegen mehr der Analyse und Kommentierung relevanter Kennzahlen und Sachverhalte.“<sup>112</sup> Im Rahmen dieser Analyse sind die Ursachen für die Lage einschließlich der einzelnen Teillagen, d.h. der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, und deren Zusammenwirken aufzuzeigen.<sup>113</sup>

Allerdings ist es nicht Aufgabe des Lageberichts, den Jahresabschluss zu korrigieren.<sup>114</sup> Sollten korrigierende Angaben erforderlich sein, sind diese im Jahresabschluss gemäß § 264 Abs. 2 HGB im Anhang zu machen.<sup>115</sup>

Die **Warnfunktion** des Lageberichts ergibt sich aufgrund seines umfangreichen Informationsgehalts und bezieht sich vor allem auf die sog. Risikoberichterstattung, welche sicherstellen soll, dass Ursachen und Umstände von Risiken für das Unternehmen dargestellt werden.<sup>116</sup> Im Zusammenhang mit der Diskussion um Corporate Governance kann dem Lagebericht ferner auch eine **Überwachungsfunktion** zukommen.<sup>117</sup> So ermöglicht es die stetig umfangreichere Lageberichterstattung „dem Aufsichtsrat zunehmend, die Tätigkeit der Unternehmensleitung zu überwachen, was durch die Prüfungsergebnisse des Abschlussprüfers verstärkt wirkt.“<sup>118</sup> In diesem Zusammenhang ist auch der im Rahmen des BilMoG neu eingeführte § 289a HGB zu sehen.<sup>119</sup>

Daneben hängt die auf eine Informationsvermittlung ausgerichtete Lageberichterstattung auch von **Informationsinteressen des berichtenden Unternehmens** ab, das sich in einem Spannungsfeld zwischen Informationsadressaten einerseits befindet, denen bewusst Informationen zukommen sollen (Eigen- und Fremdkapitalgeber, Mitarbeiter, Kunden), damit sie ihre Entscheidungen zugunsten des Unternehmens treffen, und Wettbewerbern andererseits, die die Informationen des Lageberichts für ihre eigenen Kalküle, möglicherweise zum Nachteil des berichtenden Unternehmens, nutzen könnten.<sup>120</sup>

<sup>112</sup> BT-Drucksache 15/3419, S. 30.

<sup>113</sup> Vgl. Krawitz (1999), Rn. 13, zitiert nach Hartmann (2006), S. 14.

<sup>114</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 27 und 81.

<sup>115</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999), S. 373.

<sup>116</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 8.

<sup>117</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 8.

<sup>118</sup> Lange (2013), Rn. 9.

<sup>119</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 9.

<sup>120</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002a), Rn. 8.

Im Ergebnis soll der Lagebericht Informationen liefern, die nicht unmittelbar im Jahresabschluss enthalten sind und die ein Gesamtbild der wirtschaftlichen Lage ergeben.<sup>121</sup> Der Lagebericht soll Entscheidungshilfen<sup>122</sup> für die Adressaten hinsichtlich der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und der Entwicklung des Unternehmens geben<sup>123</sup> und die Adressaten vor Fehlschlüssen schützen.<sup>124</sup> Durch seine mehrwertigen, vergangenheits- und zukunftsbezogenen sowie quantitativen und qualitativen Informationen erfüllt der Lagebericht die Anforderungen für die kapitalmarktorientierte Berichterstattung.<sup>125</sup>

## II.2.2 Adressaten der Lageberichterstattung

Der Lagebericht kann seinen Aufgaben nur dann gerecht werden, wenn sein Inhalt an den berechtigten Informationsbedürfnissen der Adressaten ausgerichtet wird.<sup>126</sup> Dies erfordert eine Bestimmung des Personen- oder Institutionenkreises, an den die Lageberichtsinformationen gerichtet sind.<sup>127</sup> Aufgrund der Offenlegungsvorschriften ist der Lagebericht einer breiten Öffentlichkeit zugänglich,<sup>128</sup> weshalb aus dem unbestimmten Kreis derer, denen der Lagebericht zugänglich ist (d.h. den Empfängern des Lageberichts), die Adressaten<sup>129</sup> des Lageberichts herauszustellen sind, d.h. diejenigen, deren schutzwürdige Interessen bei der Berichterstattung zu berücksichtigen sind.<sup>130</sup>

<sup>121</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 2.

<sup>122</sup> Vgl. Kropff (1980), S. 519; Reitinger (1994), Rn. 4.

<sup>123</sup> Vgl. Reitinger (1994), Rn. 4.

<sup>124</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 4.

<sup>125</sup> Vgl. Böcking (1998), S. 30; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 755.

<sup>126</sup> Vgl. Reitinger (1983), S. 20; Sprenger (1979), S. 7; Moxter (1976), S. 94 f.; Friedrich (1990), S. 744.

<sup>127</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 10.

<sup>128</sup> Vgl. Hartmann (2006), S. 18.

<sup>129</sup> Zur Differenzierung in Empfänger und Adressaten von Rechnungslegungsinformationen vgl. Moxter (1976), S. 95. Moxter trennt von den Adressaten die „Rechenschaftsempfänger“, d.h. Personen, die von einem Bericht Kenntnis erlangen, obwohl er nicht an ihren Informationsinteressen ausgerichtet ist. Die Empfänger werden somit „mitinformiert“, weil es oftmals nicht möglich ist, den Empfängerkreis einzig auf die Adressaten abzugrenzen. Vgl. Moxter (1976), S. 95.

<sup>130</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 10. So hat nur der Adressat „einen gesetzlich oder vertraglich begründeten, also durchsetzbaren Anspruch auf Information; nur

Die Schutzwürdigkeit der Interessen resultiert aus der Abhängigkeit der wirtschaftlichen Dispositionen der Adressaten von der wirtschaftlichen Lage des berichtenden Unternehmens und daraus, dass die Entscheidungen der Adressaten vor allem auf publizierten Unternehmensangaben des externen Rechnungswesens beruhen, worunter auch die Angaben des Lageberichts fallen.<sup>131</sup>

Nicht kapitalmarktorientierte Unternehmen weisen hierbei regelmäßig einen kleineren, nicht anonymen Adressatenkreis auf, da mehrheitlich eine Personenidentität von Eigentum und Leitung vorliegt und diese Unternehmen einfachere Finanzierungsstrukturen aufweisen.<sup>132</sup>

Der relevante Adressatenkreis des berichtenden Unternehmens umfasst (potentielle<sup>133</sup>) **Anteilseigner bzw. Gesellschafter, Gläubiger, Lieferanten, Kunden und Arbeitnehmer**.<sup>134</sup>

Nicht zu den Adressaten zählen hingegen die **Öffentlichkeit und Konkurrenz**, bei denen zwar grundsätzlich ein Informationsinteresse besteht, dieses aber nicht als schutzwürdig angesehen wird.<sup>135</sup>

Die einzelnen Adressatengruppen benötigen für ihre Entscheidungen unterschiedliche Informationen,<sup>136</sup> wobei selbst innerhalb der Gruppen die Informationsinteressen divergieren.<sup>137</sup> Die Inhalte des Lageberichts sollen jedoch nicht

---

die Informationsinteressen der Adressaten begründen den Rechenschaftsinhalt.“ Moxter (1976), S. 95.

<sup>131</sup> Vgl. Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 356.

<sup>132</sup> Vgl. Göbel/Kormaier (2007), S. 520.

<sup>133</sup> Vgl. Stobbe (1988), S. 303.

<sup>134</sup> Vgl. Stobbe (1988), S. 303; Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 11. Auch: Vgl. Friedrich (1990), S. 744.

<sup>135</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 11. Stobbe spricht von den sonstigen Gruppen wie Staat und Öffentlichkeit, die zwar ein allgemeines Interesse am Fortbestand von Unternehmen haben, denen er aber keinen Informationsanspruch durch den Lagebericht zuspricht, da sie eine geringe Beteiligung am Unternehmen haben. Vgl. Stobbe (1988), S. 305. Trotz mangelnder schutzwürdiger Interessen der Konkurrenten, wodurch diese vom Adressatenkreis ausgeschlossen werden, schließt dies nicht aus, „daß diese Konkurrenten einen wettbewerbsrechtlichen Anspruch darauf haben, daß das berichtspflichtige Unternehmen mit dem Lagebericht nicht unlauter im wettbewerbsrechtlichen Sinne auf seine Beschaffungs- oder Absatzmärkte einwirkt.“ Friedrich (1990), S. 744.

<sup>136</sup> Vgl. Kropff (1980), 519 m.w.N.; Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 357; Hachmeister (2002), Sp. 1433.

<sup>137</sup> Vgl. Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 357. Ähnlich vgl. Volk (1987), S. 723 f.

die speziellen Informationswünsche einzelner Adressaten berücksichtigen, sondern vielmehr alle Angaben enthalten, die die verschiedenen Adressatengruppen üblicherweise für die Dispositionsentscheidungen in Bezug auf das Unternehmen benötigen.<sup>138</sup>

Das Interesse der Kapitalgeber liegt primär auf finanziellen Informationen.<sup>139</sup> Potentielle und aktuelle **Gesellschafter** sind vor allem an Informationen interessiert, die „etwas über Breite, zeitliche Struktur und Unsicherheit der zukünftigen Ausschüttungen/Entnahmen sowie über zukünftige Kursentwicklung/Entwicklung möglicher Unternehmenspreise aussagen“.<sup>140</sup> Hierbei ist jedoch auch der jeweilige Umfang des Engagements und der Grad der persönlichen Bindung von Bedeutung.<sup>141</sup> Zu bedenken ist außerdem, dass ein Teil der Eigenkapitalgeber nicht auf die Informationen im Lagebericht angewiesen ist, z.B. beherrschende Gesellschafter oder institutionelle Anleger, die über Informationen verfügen, die über die Berichterstattung im Lagebericht hinausgehen.<sup>142</sup> Allerdings gilt es die Interessen derjenigen Eigenkapitalgeber zu berücksichtigen, die keinen Zugang zu internen Informationen haben, wie z.B. Kleinaktionäre.<sup>143</sup> Ebenso haben **Gläubiger** oft auf anderem Wege, wie z.B. durch Kreditwürdigkeitsprüfungen, Zugang zu umfangreicheren Informationen als die im Lagebericht veröffentlichten.<sup>144</sup> Allerdings gilt es auch hier, die Interessen der uninformierten und ungesicherten Gläubiger<sup>145</sup> zu berücksichtigen.<sup>146</sup> Hierzu zählen neben Klein-Gläubigern auch Lieferanten, wenn deren Forderungen nicht vollkommen abgesichert sind, Kunden bei Anzahlungen, Arbeitnehmer hinsichtlich Lohnzahlungen und sonstige Gruppen (z.B. Sozialversicherungsträger, Staat).<sup>147</sup> So liegt das Interesse der aktuellen und potentiellen Gläubiger primär darin, inwieweit das Unternehmen den vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsauszahlungen fristgerecht nachkommen kann und wie

<sup>138</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 12.

<sup>139</sup> Vgl. Streim (1995), S. 717.

<sup>140</sup> Streim (1995), S. 717.

<sup>141</sup> Vgl. Hartmann (2006), S. 19.

<sup>142</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 5.

<sup>143</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 5.

<sup>144</sup> Vgl. Stobbe (1988), S. 303; Volk (1987), S. 724.

<sup>145</sup> Vgl. Stobbe (1988), S. 303.

<sup>146</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 6.

<sup>147</sup> Vgl. Stobbe (1988), S. 303.

groß die Wahrscheinlichkeit einer künftigen Insolvenz sowie der Höhe der Kreditverluste einzustufen ist.<sup>148</sup>

**Lieferanten** sind neben ihrer möglichen Gläubigerstellung<sup>149</sup> an Informationen interessiert, die die Sicherheit und den künftigen Umgang der Geschäftsbeziehungen umfassen,<sup>150</sup> vor allem, wenn diese das Produktionsprogramm, die Investitionen und andere wichtige Entscheidungen seitens des Lieferanten beeinflussen.<sup>151</sup> Ähnlich verhält es sich bei der Gruppe der **Kunden**, deren Interesse vor allem an Sicherheit sowie der Weiterentwicklung der Produkte und deren voraussichtlicher Preisentwicklung besteht.<sup>152</sup> Eine wesentliche Bedeutung der Lageberichtsinformationen ist vor allem bei Großkunden mit langfristigen Geschäftsbeziehungen gegeben, und insbesondere dann, wenn die Produkte des Unternehmens in den Produktionsprozess des Kunden eingehen.<sup>153</sup> Daneben benötigen die **Arbeitnehmer** des Unternehmens Informationen über die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft, da der Fortbestand des Unternehmens entscheidend für die Arbeitsplatzsicherheit<sup>154</sup> und Einkommenssicherheit ist.<sup>155</sup>

## II.2.3 Grundsätze ordnungsmäßiger Lageberichterstattung

Der Berichtsrahmen des Lageberichts wird durch das Gesetz lediglich grob vorgegeben, ohne dabei inhaltlich konkretisiert zu werden.<sup>156</sup> Aus der Verwendung zahlreicher unbestimmter Rechtsbegriffe<sup>157</sup> resultieren dementsprechend unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten, die den Gestaltungsspielraum der Lageberichtersteller erhöhen.<sup>158</sup> Vor diesem Hintergrund sind eine Gesetzesauslegung und die Schließung der Gesetzeslücken erforderlich.<sup>159</sup> Um somit die

<sup>148</sup> Vgl. Streim (1995), S. 718. Ähnlich vgl. Volk (1987), S. 724.

<sup>149</sup> Vgl. Stobbe (1988), S. 304; Friedrich (1990), S. 744.

<sup>150</sup> Vgl. Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 357.

<sup>151</sup> Vgl. Stobbe (1988), S. 304.

<sup>152</sup> Vgl. Hartmann (2006), S. 20.

<sup>153</sup> Vgl. Stobbe (1988), S. 304.

<sup>154</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 12.

<sup>155</sup> Vgl. Volk (1987), S. 724 m.w.N.

<sup>156</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 12.

<sup>157</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002a), Rn. 25.

<sup>158</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 756.

<sup>159</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002a), Rn. 25.

materielle und formale Gestaltungsfreiheit im Lagebericht zu begrenzen, bedarf es Grundsätzen zur Berichterstattung,<sup>160</sup> die neben dem Lageberichtsziel auch die schutzwürdigen Informationsinteressen der Lageberichtsadressaten berücksichtigen.<sup>161</sup>

Bereits im AktG 1965 mussten nach § 160 Abs. 4 die Grundsätze einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft bei der Aufstellung des Geschäftsberichts<sup>162</sup> beachtet werden.

In § 289 HGB ist dieser Berichtsmaßstab nicht mehr enthalten, wobei die fehlende Forderung nach Beachtung dieser Rechenschaftsgrundsätze allein das Ergebnis der sprachlichen Anpassung des deutschen Rechts an die 4. EG-Richtlinie darstellt und keine vom Gesetzgeber beabsichtigte Reduzierung des Informationsgehalts oder Verzicht auf Kriterien zur Lageberichterstattung.<sup>163</sup> Vielmehr ist an diese Stelle die aus dem angelsächsischen abgeleitete Generalnorm des „true and fair view“ getreten, wonach die Vermittlung eines den „tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild“ gefordert wird.<sup>164</sup> Nach herrschender Meinung wird durch diesen Berichtsmaßstab zu einer Berichterstattung verpflichtet, die den Ansprüchen der gewissenhaften und getreuen Rechenschaft entspricht,<sup>165</sup> „da nur so eine angemessene Lageberichtspublizität erreicht werden kann“, <sup>166</sup> d.h. es wird davon ausgegangen, dass der gesetzliche Maßstab des § 289 Abs. 1 Satz 1 HGB die Ansprüche an eine gewissenhafte und getreue Rechenschaft erfüllt.<sup>167</sup> Die inhaltlichen, materiellen Anforderungen an die Lageberichterstattung lassen sich von der Funktion des Lageberichts zur Informationsvermittlung und Rechenschaftslegung ableiten<sup>168</sup> und

---

<sup>160</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 12.

<sup>161</sup> Vgl. Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 356.

<sup>162</sup> Die Inhalte des Geschäftsberichts im AktG 1965 sind vergleichbar mit denen des heutigen Anhangs und Lageberichts. Vgl. ausführlich Selch (2000), S. 358.

<sup>163</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 7.

<sup>164</sup> Vgl. Selch (2000), S. 360; Lück (1995) Rn. 13; ADS (1995), Rn. 29.

<sup>165</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999), S. 379; ADS (1995), Rn. 39 m.w.N.; Reitinger (1994), Rn. 7; Sahner/Kammers (1984), S. 2311; Biener/Berneke (1986), S. 276; Lück (1995), Rn. 13; Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 16.

<sup>166</sup> Reitinger (1994), Rn. 7.

<sup>167</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 52 m.w.N.

<sup>168</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 27; ADS (1995), Rn. 39.

aufgrund keiner weiteren Konkretisierungen des § 289 Abs.1 HGB „wird man im Rahmen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaftslegung vom Lagebericht eine funktionsentsprechende Berichterstattung verlangen müssen“.<sup>169</sup>

In der Literatur haben sich aus den Grundsätzen der gewissenhaften und getreuen Rechenschaft die Grundsätze der Wahrheit/Richtigkeit, Vollständigkeit und Klarheit herausgebildet,<sup>170</sup> die sich aus den allgemeinen Grundsätzen der Rechenschaftslegung ergeben.<sup>171</sup>

Die Zwecksetzung ist demnach dann erfüllt, wenn die zur Vermittlung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes notwendigen Informationen vollständig, richtig sowie verständlich und klar vorliegen.<sup>172</sup>

Aus den Rechenschaftsgrundsätzen erfolgte daraufhin die Entwicklung der Grundsätze ordnungsmäßiger Lageberichterstattung (GoL), die auf Baetge/Fischer/Paskert<sup>173</sup> zurückgehen.<sup>174</sup>

Die Grundsätze der **Wahrheit/Richtigkeit**<sup>175</sup>, **Vollständigkeit** und **Klarheit** wurden dementsprechend unter Ergänzung der Grundsätze der **Vergleichbarkeit**, der **Wirtschaftlichkeit bzw. Wesentlichkeit**, der **Informationsabstufung nach Art und Größe des Unternehmens** und – in der ursprünglichen Fassung – des Grundsatzes der **Vorsicht** zu einem System von GoL<sup>176</sup> zusammengefasst.

Der Grundsatz der Vorsicht wurde mit der Änderung der Vorschriften zum Lagebericht durch das BilReG aufgehoben.<sup>177</sup> Während nach vorheriger Rechtslage davon ausgegangen wurde, dass die Lage des Unternehmens im Zweifel

---

<sup>169</sup> ADS (1995), Rn. 39.

<sup>170</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 14 m.w.N.; ADS (1995), Rn. 39; Ellrott (2010a), Rn. 8; Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 16; Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 5; Selchert/Greinert (2002a), Rn. 27.

<sup>171</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 8; ADS (1995), Rn. 39; Paetzmänn (2009), Rn. 12.

<sup>172</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 39.

<sup>173</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989).

<sup>174</sup> Vgl. Selch (2000), S. 360.

<sup>175</sup> „Der Lagebericht muß richtig, das heißt wahr sein.“ Dörner/Bischof (1999), S. 380. Dementsprechend werden in der Literatur beide Begriffe für die Beschreibung dieses Grundsatzes verwendet.

<sup>176</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989).

<sup>177</sup> Vgl. Prigge (2006), S. 39; vgl. dazu auch Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 41.

schlechter darzustellen ist, damit die Adressaten durch eine zu positive Darstellung in ihren Dispositionen nicht fehlgeleitet wurden,<sup>178</sup> wurde in der Begründung des DRS 15 explizit ausgeführt, dass die Lageberichterstattung nicht an das Vorsichtsprinzip gebunden ist.<sup>179</sup> Demnach würde eine stärkere Gewichtung der Risiken der prospektiven Ergänzungsfunktion des Lageberichts für den retrospektiven und stichtagsbezogenen Abschluss unter Beachtung des Vorsichtsprinzips widersprechen.<sup>180</sup>

An die Stelle des Grundsatzes der Vorsicht ist nun vielmehr der Grundsatz der **Ausgewogenheit** getreten, wonach Risiken und Chancen gleichermaßen dargestellt und gewichtet werden sollen, um eine zu negative oder zu positive Darstellung der wirtschaftlichen Lage zu verhindern.<sup>181</sup>

Der Grundsatz der **Wahrheit** ist in der gesamten Rechnungslegung von herausragender Bedeutung.<sup>182</sup> Er verlangt, dass Aussagen mit der Realität übereinstimmen müssen.<sup>183</sup> „Dieses Postulat der **Richtigkeit** bezieht sich sowohl auf die intersubjektiv nachprüfbar und willkürfreie Darstellung von Einzelaufgaben als auch auf die Gesamtdarstellung des Lageberichts.“<sup>184</sup> Nur auf diese Weise kann die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes gewährleistet werden.<sup>185</sup> Somit müssen alle Angaben zutreffend und richtig sein<sup>186</sup> und, soweit möglich, an objektiven Kriterien gemessen werden.<sup>187</sup> Die Grenzen der Richtigkeit liegen jedoch bei Aussagen, denen eine Beurtei-

<sup>178</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 26. Kritisch demgegenüber allerdings Hommelhoff, der schon vor Inkrafttreten des BilReG in diesem Grundsatz einen Widerspruch zum Richtigkeitsgrundsatz gesehen hatte, „weil ihm die gefährliche Tendenz entspringt, Tatsachen verzerrt oder gar unzutreffend im Lagebericht anzugeben.“ Hommelhoff (2002), Rn. 85.

<sup>179</sup> Vgl. E-DRS 20, Stand 13.11.2003, S. 31, C12.

<sup>180</sup> Vgl. E-DRS 20, Stand 13.11.2003, S. 31, C12.

<sup>181</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 759. Im neuen Konzernlageberichtstandard DRS 20 wird die ausgewogene Berichterstattung explizit im Grundsatz der Verlässlichkeit und Ausgewogenheit erfasst (DRS 20.18).

<sup>182</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 15; Paetzmänn (2009), Rn. 13.

<sup>183</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 15; Moxter (1976), S. 91; Ellrott (2010a), Rn. 11, Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 758.

<sup>184</sup> Lück (1995), Rn. 15; vgl. auch Tichy (1979), S. 33; Lange (2013), Rn. 34.

<sup>185</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 55.

<sup>186</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 43 m.w.N.; Paetzmänn (2009), Rn. 13.

<sup>187</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 34; ADS (1995), Rn. 43.

lung, Wertung oder Prognose eines Sachverhaltes zugrundeliegt, da hier kein genereller Richtigkeitsmaßstab existiert.<sup>188</sup> Diese Aussagen müssen nach bestem Wissen wahr sein,<sup>189</sup> Unsicherheiten und Mehrwertigkeiten sind durch die Angabe einer Bandbreite einzugrenzen und Beurteilungen der Unternehmensleitung müssen auf objektiven Erkenntnissen basieren sowie nachvollziehbar dargestellt werden.<sup>190</sup> Bei zukunftsgerichteten Angaben, die auf Prognosen der Unternehmensleitung beruhen und denen noch kein abgeschlossener Sachverhalt zugrunde liegt, wird eine willkürfreie Berichterstattung<sup>191</sup> gefordert, wonach die Prognosen schlüssig und widerspruchsfrei unter Offenlegung der zugrunde liegenden Prämissen und des Prognosehorizonts entwickelt werden.<sup>192</sup> Die zugrundeliegenden Prämissen dürfen dabei insbesondere nicht im Widerspruch zum Jahresabschluss, zu anderen Unterlagen des Unternehmens und zu allgemein bekannten Tatsachen stehen.<sup>193</sup> Unwahre Angaben aus Sicht der Unternehmensleitung sind unzulässig; auch dann, wenn eine falsche Berichterstattung im Sinne des Unternehmens läge.<sup>194</sup> So ist auch in Fällen, in denen sich das Unternehmen in einer Krise befindet oder die Fortführung gefährdet ist, ein Verschweigen oder eine Schöning der Situation mit dem Wortlaut und Sinn der Publizitätspflicht nicht vereinbar.<sup>195</sup>

Nach dem Grundsatz der **Vollständigkeit** müssen alle in § 289 HGB normierten und zu diesem gehörenden Berichtsgegenstände angesprochen und ausreichend erläutert werden.<sup>196</sup> Vor dem Hintergrund, dass das Gesetz nur Mindestanforderungen an den Berichtsinhalt stellt,<sup>197</sup> ist der Lagebericht dann erst

<sup>188</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999), S. 380; Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 56; Lange (2013), Rn. 35.

<sup>189</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 16.

<sup>190</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 56 f.

<sup>191</sup> Der sachbezogene Grundsatz der Objektivität wird daher um den personenbezogenen Grundsatz der Willkürfreiheit ergänzt. Vgl. Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 374.

<sup>192</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 758; Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 374; vgl. auch ADS (1995), Rn. 43.

<sup>193</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999), S. 380.

<sup>194</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 16.

<sup>195</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 11.

<sup>196</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 39.

<sup>197</sup> Vgl. Sorg (1988), S.381; Lange (2013), Rn. 28.

vollständig, wenn unter Ausschöpfung aller erreichbaren Erkenntnisquellen<sup>198</sup> alle Informationen enthalten sind, die für die Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens im Sinne des § 289 HGB notwendig sind.<sup>199</sup> Allerdings bedeutet dies nicht, über alle Geschäftsvorfälle sowie das wirtschaftliche Umfeld umfassend und lückenlos zu berichten,<sup>200</sup> weil dadurch die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes beeinträchtigt würde.<sup>201</sup>

Vielmehr ist der Grundsatz der Vollständigkeit qualitativ zu interpretieren,<sup>202</sup> da die Bestimmungsfaktoren der Lage einer Gesellschaft zu umfassend sind, um sie ausnahmslos, d.h. rein quantitativ, darstellen zu können.<sup>203</sup> Der Umfang der Berichterstattung muss im Zusammenhang mit dem Grundsatz der Wesentlichkeit gesehen werden.<sup>204</sup> Demnach muss der Lagebericht die Informationen enthalten, die die Adressaten für ihre Dispositionsentscheidungen in Bezug auf die Gesellschaft benötigen.<sup>205</sup> Hierbei ist die Bedeutung der Informationen abhängig von den jeweiligen Unternehmensverhältnissen,<sup>206</sup> d.h. je nach Unternehmensgröße, Branche oder wirtschaftlicher Situation variiert zu bestimmten Sachverhalten das Adressateninteresse.<sup>207</sup> Im Ergebnis sind Aussagen zu bestimmten Sachverhalten oder deren Beurteilung nur dann unbedingt erforderlich, wenn die Informationen nicht bereits aus dem Jahresabschluss entnommen werden können.<sup>208</sup> Somit liegt es letztlich in der Verantwortung des Mana-

---

<sup>198</sup> Vgl. Leffson (1987), S. 231; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 758; Lange (2013), Rn. 30.

<sup>199</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999), S. 379; Ellrott (2010a), Rn. 9; Hachmeister (2002), Sp. 1433; Lück (1995), Rn. 18; ADS (1995), Rn. 40.

<sup>200</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999), S. 373; Reitinger (1994), Rn. 9.

<sup>201</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 40; Paetzmann (2009), Rn. 16; Lück (1995), Rn. 18; Ellrott (2010a), Rn. 9.

<sup>202</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 9; ADS (1995), Rn. 40; Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 18.

<sup>203</sup> Vgl. Moxter (1976), S. 92.

<sup>204</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 29; Ellrott (2010a), Rn. 9; Lück (1995), Rn. 18; ADS (1995), Rn. 40.

<sup>205</sup> Vgl. Paetzmann (2009), Rn. 16; Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 375; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 758.

<sup>206</sup> Vgl. Reitinger (1994), Rn. 9; Ellrott (2010a), Rn. 10.

<sup>207</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 10.

<sup>208</sup> Vgl. Reitinger (1994), Rn. 10.

gements, eine Selektion der aus Adressatensicht bedeutungsrelevanten und im Jahresabschluss nicht ersichtlichen Informationen vorzunehmen.<sup>209</sup>

Der Grundsatz der **Klarheit** als formelles Kriterium der Berichterstattung<sup>210</sup> verlangt, dass der Lagebericht übersichtlich, prägnant und verständlich ist,<sup>211</sup> damit trotz ansonsten vollständiger und richtiger Angaben<sup>212</sup> kein falscher Eindruck von der Lage des Unternehmens vermittelt wird.<sup>213</sup>

Die Angaben dürfen weder vage noch weitschweifig sein und eindeutige Aussagen dürfen nicht an anderer Stelle wieder aufgehoben oder erheblich relativiert werden.<sup>214</sup> Daneben darf kein falsches Bild von der wirtschaftlichen Lage durch Verharmlosung oder Übertreibung vermittelt werden<sup>215</sup> sowie die tatsächliche Bedeutung einer Angabe durch die Formulierung oder den Umfang dieser Angabe verschleiert<sup>216</sup> werden.<sup>217</sup> Ferner dürfen unternehmensspezifische Informationen nicht durch ausführliche Angaben zur allgemeinen Lage der Volkswirtschaft, Werbung oder Selbstverständlichkeiten verdeckt werden.<sup>218</sup> Vielmehr müssen wesentliche entscheidungsrelevante Aussagen und Sachverhalte als solche erkennbar sein.<sup>219</sup> Ferner verlangt der Grundsatz der Klarheit, dass der Lagebericht in deutscher Sprache aufgestellt wird,<sup>220</sup> auch wenn es

---

<sup>209</sup> Vgl. Coenenberg/Haller/Schultze (2012), S. 927.

<sup>210</sup> Vgl. Tichy (1979), S. 110.

<sup>211</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 19. Klarheit dient Verständnis dessen, was der Berichtende sagen wollte, mangelnde Klarheit stellt daher eine der Hauptursachen für eine gestörte oder nicht zustandegekommene Kommunikation dar. Vgl. Tichy (1979), S. 110.

<sup>212</sup> Vgl. Tichy (1979), S. 110.

<sup>213</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999), S. 380.

<sup>214</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 12.

<sup>215</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999), S. 381.

<sup>216</sup> Bei Verletzung des Grundsatzes der Klarheit spricht man von einer Verschleierung. Vgl. Tichy (1979), S. 110. Unter einer Verschleierung versteht man „eine Darstellung, die die wahren Tatsachen undeutlich oder unkenntlich macht, so daß dadurch eine unrichtige Beurteilung der Sachlage oder Vermögenslage veranlaßt oder ein täuschendes Gesamtbild hervorgerufen wird, und zwar ohne falsche Darstellung der Angaben.“ Marker (1968), S. 58.

<sup>217</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 12; Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 36 m.w.N.

<sup>218</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 12.

<sup>219</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999), S. 381.

<sup>220</sup> Vgl. Reitinger (1994), Rn. 19 m.w.N.; Wiedmann (2003), Rn. 3.

sich um ein internationales Unternehmen handelt.<sup>221</sup> Dies ergibt sich aus § 244 HGB, der ausdrücklich einen Jahresabschluss in deutscher Sprache vorschreibt und aufgrund der Ergänzungsfunktion des Lageberichts besteht keine Berechtigung für die Verwendung einer anderen Sprache.<sup>222</sup>

Das Postulat der Übersichtlichkeit bezieht sich vornehmlich auf den Aufbau und die Struktur des Lageberichts, die „dem Leser eine rasche und leichte Erkenntnis der Vorkommnisse, Entwicklungen und relevanten Zusammenhänge ermöglichen“<sup>223</sup> soll. Erreichen lässt sich dies durch „sinnvolle Gruppenbildung, deutliche Abgrenzungen wesensverschiedener Posten, treffende Überschriften und die Hervorhebung bedeutsamer Sachverhalte.“<sup>224</sup> Grundvoraussetzung ist, dass die Berichtsinhalte auch unter der expliziten Bezeichnung „Lagebericht“ ausgewiesen werden<sup>225</sup> und eine Abgrenzung von anderen Berichtsinhalten erfolgt, wenn der Lagebericht in einem Geschäftsbericht veröffentlicht wird.<sup>226</sup> Ferner dürfen die gesetzlich geforderten Mindestangaben nicht von den freiwilligen Ausführungen dominiert werden,<sup>227</sup> da dem Adressaten ansonsten ein zutreffender Eindruck von den Pflichtangaben verwehrt würde.<sup>228</sup> Das Postulat der Verständlichkeit fordert zudem eine natürliche Sprache, eine klare und eindeutige Ausdrucksweise und eine Beschränkung des Gebrauchs von Fremdwörtern.<sup>229</sup> Die verwendeten Begriffe sollen hierbei „nur ein unvermeidliches Minimum an Interpretationsspielraum bieten“.<sup>230</sup>

Nach dem Grundsatz der **Vergleichbarkeit** muss die Berichterstattung sowohl einen zwischenbetrieblichen Vergleich als auch einen Vergleich über mehrere Jahre hinweg erlauben.<sup>231</sup> Der Lageberichtszweck der Informationsvermittlung kann ohne die Vergleichbarkeit der Informationen nicht oder nur unzureichend

<sup>221</sup> Vgl. Reitinger (1994), Rn. 19 m.w.N.

<sup>222</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 40.

<sup>223</sup> Tichy (1979), S. 124.

<sup>224</sup> Tichy (1979), S. 124.

<sup>225</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 20.

<sup>226</sup> Vgl. Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 377.

<sup>227</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 32; Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 20.

<sup>228</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 20.

<sup>229</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 23.

<sup>230</sup> Moxter (1976), S. 93.

<sup>231</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 26.

erfüllt werden.<sup>232</sup> Zeitliche Vergleichbarkeit ergibt sich aus der Wahrung des Stetigkeitsgrundsatzes.<sup>233</sup> Die materielle Stetigkeit wird dadurch gewahrt, dass die Angaben stets nach den gleichen Kriterien ausgewählt werden, während durch Beibehaltung der systematischen Gliederung, der Bezeichnung einzelner Gliederungspunkte sowie der Darstellungsform die formelle Stetigkeit eingehalten wird.<sup>234</sup> Erst durch die Vergleichbarkeit werden Kausalzusammenhänge sichtbar und Ursachen sowie deren Auswirkungen auf die Lage der Gesellschaft erkennbar.<sup>235</sup> Auftretende Unstetigkeiten müssen zur Wahrung der zeitlichen Vergleichbarkeit erläutert und begründet werden,<sup>236</sup> ansonsten wird die Effizienz der Darstellung gefährdet.<sup>237</sup> Die zwischenbetriebliche Vergleichbarkeit ist dann gewährleistet, wenn den Elementen des Lageberichts ein bestimmtes Grundmuster bezüglich der Darstellungs- und Gliederungsformen zugrunde liegt.<sup>238</sup>

Die Lageberichterstattung hat ferner dem Grundsatz der **Wirtschaftlichkeit** zu entsprechen.<sup>239</sup> Es bedarf einer Abwägung der Interessen des berichterstattenden Unternehmens gegenüber den Interessen der Lageberichtsadressaten.<sup>240</sup> Während die Informationsvermittlung für das Unternehmen mit Aufwendungen verbunden ist und aus einer freimütigen Berichterstattung Nachteile resultieren können, wenn die Konkurrenz diese Informationen zum Nachteil des berichtenden Unternehmens ausnutzt, so erlangen demgegenüber die Lageberichtsadressaten aus den Angaben einen (Informations-)Ertrag.<sup>241</sup> Allerdings darf die Qualität der Lageberichtsangaben nur so lange gesteigert werden, wie der in Geldeinheiten bewertete Nutzen der Informationsvermittlung, der Informations-

---

<sup>232</sup> Vgl. Tichy (1979), S. 129, dessen Ausführungen sich nur auf die zeitliche Vergleichbarkeit beziehen.

<sup>233</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 20; ADS (1995), Rn. 32. Leffson nennt dies den Grundsatz der Stetigkeit. Vgl. Leffson (1987), S. 301 f.

<sup>234</sup> Vgl. Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 378.

<sup>235</sup> Vgl. Tichy (1979), S. 131.

<sup>236</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 21; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 759.

<sup>237</sup> Vgl. Tichy (1979), S. 131.

<sup>238</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 20.

<sup>239</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 21; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 759.

<sup>240</sup> Vgl. Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 380.

<sup>241</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 21.

ertrag der Adressaten, die entsprechenden Aufwendungen des berichtenden Unternehmens übersteigt.<sup>242</sup> Somit relativiert der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit die anderen GoL insofern,<sup>243</sup> als diese so zu bemessen sind, dass der durch deren Einhaltung resultierende Informationsertrag die Aufwendungen des berichtenden Unternehmens rechtfertigt.<sup>244</sup>

Da allerdings eine Quantifizierung des Nutzens und des Aufwandes der Berichterstattung nicht möglich ist,<sup>245</sup> tritt an die Stelle des somit praktisch nicht anwendbaren exakten Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit der Grundsatz der **Wesentlichkeit**,<sup>246</sup> wonach der Lagebericht alle Angaben enthalten muss, die für die schutzwürdigen Interessen der Adressaten von Bedeutung sind, d.h. solche Angaben, deren Fehlen zu einer Schädigung der Adressaten führen würde.<sup>247</sup>

Der **Grundsatz der Informationsabstufung nach Art und Größe des Unternehmens** führt zu Erleichterungen der Lageberichterstattung für kleinere bzw. wenig diversifizierte Unternehmen.<sup>248</sup> Auch wenn sich dieser Grundsatz nicht unmittelbar aus dem Gesetzeswortlaut des § 289 HGB ableiten lässt, impliziert jedoch § 289 Abs. 1 HGB eine Abhängigkeit zwischen Art und Größe eines Unternehmens und den Anforderungen an die Berichterstattung.<sup>249</sup> So kann davon ausgegangen werden, dass das Ausmaß an Informationen zur Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes nicht unabhängig von der Unternehmensgröße ist, „denn zur Darstellung eines Bildes der tatsächlichen Verhältnisse eines mittelgroßen Unternehmens sind im allgemeinen weniger Angaben erforderlich als zur Darstellung eines Bildes der tatsächlichen Verhältnisse eines hochkomplexen Großunternehmens.“<sup>250</sup> Mit dem Grundsatz

<sup>242</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 21 f.

<sup>243</sup> Vgl. Tichy (1979), S. 135; Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 22.

<sup>244</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 21.

<sup>245</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 759.

<sup>246</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 22. Grundsätzlich zur Wesentlichkeit als Bestimmungsfaktor für Angabepflichten im Jahresabschluss und Lagebericht vgl. Ossadnik (1993), S. 1763-1767.

<sup>247</sup> Vgl. Leffson (1987), S. 183.

<sup>248</sup> Vgl. Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 380; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 759.

<sup>249</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 23.

<sup>250</sup> Sieben (1987), S. 588.

der Informationsabstufung wird zudem das Selbstschutzinteresse kleinerer bzw. wenig diversifizierter Unternehmen berücksichtigt, weil diese bei sonst gleich detaillierten Angaben relativ mehr über ihre schutzwürdigen Strukturen und Interna offenlegen<sup>251</sup> und dadurch unter Umständen eher geschädigt werden als große bzw. breit diversifizierte Unternehmen.<sup>252</sup> Im neuen Konzernlageberichtsstandard DRS 20 wurde der Grundsatz der Informationsabstufung explizit in die Grundsätze aufgenommen.<sup>253</sup>

## II.3 Historische Entwicklung

### II.3.1 Entwicklung bis 1985

Der Lageberichterstattung in Deutschland liegt eine langjährige Tradition zugrunde. So lassen sich die Ursprünge des heutigen Lageberichts bis ins Jahr 1884 durch Regelungen im Aktienrecht zurückverfolgen.<sup>254</sup> Nach Art. **239 AktG i.d.F. 1884**<sup>255</sup> musste der Vorstand in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres „für das verflossene Geschäftsjahr eine Bilanz, eine Gewinn- und Verlustrechnung, sowie einen den Vermögensstand und die Verhältnisse der Gesellschaft entwickelnden Bericht dem Aufsichtsrath und mit dessen Bemerkungen der Generalversammlung vorlegen“. Die Funktion dieses in der darauffolgenden Zeit als „Geschäftsbericht“ bezeichneten Berichts lag darin, die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung zu erläutern.<sup>256</sup> Mit **Erlass des Handelsgesetzbuches am 10.05.1897**<sup>257</sup> wurden die Regelungen des AktG von 1884 unverändert in **§ 260 HGB** übernommen und fortgeführt.<sup>258</sup> Vor dem Hintergrund unzureichender Berichterstattung in der Unternehmenspraxis wurde An-

<sup>251</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 23; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 759; Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 381.

<sup>252</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 23; Baetge/Krumbholz (1995), Rn. 381.

<sup>253</sup> Vgl. DRS 20.34-35; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 759.

<sup>254</sup> Vgl. Fink (2007), S. 189. Nach Fink sind dies die ersten Hinweise auf die heutige Lageberichterstattung.

<sup>255</sup> Deutsches Reichsgesetzblatt Band 1884, Nr. 22, ausgegeben am 18.07.1884, Seite 123-170.

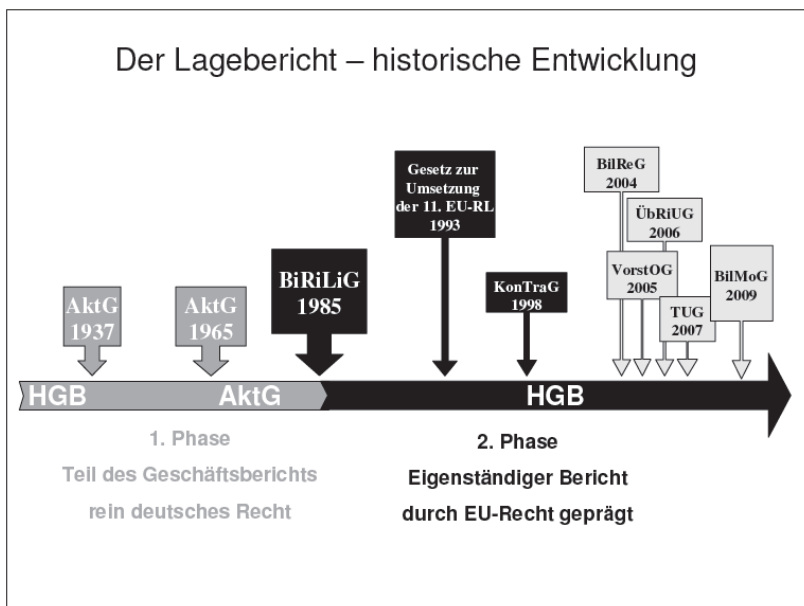
<sup>256</sup> Vgl. Hommelhoff (2002), Rn. 3.

<sup>257</sup> Deutsches Reichsgesetzblatt Band 1897, Nr. 23, ausgegeben am 21.05.1897, S. 219-436.

<sup>258</sup> Vgl. Bauchowitz (1979), S. 7.

fang der 1930er Jahre die Notverordnung des Reichspräsidenten über Aktienrecht, Bankenaufsicht und über eine Steueramnestie vom 19.09.1931<sup>259</sup> erlassen, wodurch der Inhalt des – ab nun auch explizit als solcher bezeichneten – Geschäftsberichts durch die Einführung des § 260a HGB konkretisiert wurde.<sup>260</sup>

Die darauf folgenden Entwicklungsschritte des Lageberichts mit den einschlägigen Gesetzesänderungen im Zeitablauf gibt nachfolgende Abbildung wieder:



**Abbildung 1: Der Lagebericht – historische Entwicklung**

Quelle: Hartmann (2010), S. 613.

<sup>259</sup> Verordnung über Aktienrecht, Bankenaufsicht und über eine Steueramnestie vom 19. September 1931, RGBl. Teil I Nr. 63, ausgegeben 26.09.1931, S. 493-509.

<sup>260</sup> Vgl. Hommelhoff (2002), Rn. 4.

Mit der **Reform des AktG im Jahre 1937**<sup>261</sup> wurde der Geschäftsbericht aus dem HGB in das neue Aktiengesetz vom 30.01.1937 unter Einarbeitung von Ergänzungen und Verschärfungen integriert.<sup>262</sup>

Neben der Neugestaltung der Einzelangaben war die Zweiteilung des Geschäftsberichts von Bedeutung: So bestand der Geschäftsbericht im AktG 1937 aus einem als „allgemeiner Teil“ bezeichneten Teilbericht nach § 128 Abs. 1 AktG 1937 (in der Praxis auch „Lagebericht“ genannt), der die Darstellung der Lage des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft sowie die Berichterstattung über Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Geschäftsjahresende zum Inhalt hatte und einem zweiten Teil nach § 128 Abs. 2 AktG 1937 (in der Praxis „Erläuterungsbericht“ genannt), der der Erläuterung des Jahresabschlusses diente.<sup>263</sup>

Im Rahmen der **Reform des Aktienrechts von 1965**<sup>264</sup> wurden die Regelungen zum Geschäftsbericht ab diesem Zeitpunkt in § 160 AktG 1965 weitergeführt und inhaltlich nochmals erweitert.<sup>265</sup>

Für die Regelungen nach § 160 Abs. 1 AktG 1965 wurde in der Praxis und Literatur weiterhin der Begriff „Lagebericht“ und für die Regelungen nach § 160 Abs. 2 und 3 AktG 1965 der Begriff „Erläuterungsbericht“ verwendet.<sup>266</sup>

Nach § 160 Abs. 1 AktG 1965 waren – dem heutigen Wortlaut entsprechend – der Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft darzulegen. Außerdem musste auch über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, berichtet werden. Die in § 160 Abs. 2 und

---

<sup>261</sup> RGBl. I Teil I Nr. 15, ausgegeben am 04.02.1937, S. 107-170.

<sup>262</sup> Vgl. Hommelhoff (2002), Rn. 4.

<sup>263</sup> Vgl. Bauchowitz (1979), S. 8-12 m.w.N.

<sup>264</sup> Aktiengesetz vom 06.09.1965, BGBl. Teil I Nr. 48, ausgegeben am 11.09.1965, S. 1089-1184.

<sup>265</sup> Bauchowitz (1979), S. 9 f.; Hommelhoff (2002), Rn. 6.

<sup>266</sup> Vgl. Sorg (1998), S. 383 in Fn. 43; Bauchowitz (1979), S. 11. Diese Zweiteilung war auch für die Prüfung des damaligen Geschäftsberichts relevant, weil sich nach § 162 Abs. 2 AktG 1965 die unbeschränkte Prüfungspflicht des Abschlussprüfers auf den „Erläuterungsbericht“ erstreckte, während der „Lagebericht“ nur dahingehend zu prüfen war, ob die sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erweckten. Vgl. Sahner/Kammers (1984), S. 2309.

3 AktG 1965 geregelten Inhalte sind mit denen des heutigen Anhangs vergleichbar.<sup>267</sup>

Der Geschäftsbericht hatte nach § 160 Abs. 4 AktG 1965 den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft zu entsprechen, welche das Schrifttum in die Rechenschaftsgrundsätze der Richtigkeit, Klarheit und Vollständigkeit differenzierte.<sup>268</sup> Trotz der genannten Berichtsgrundsätze hatten sich dennoch keine einheitlichen Gestaltungskriterien in formeller und materieller Hinsicht für diesen Teilbericht etabliert.<sup>269</sup>

Die Berichterstattung hatte unter Berücksichtigung der in den Sätzen 2-4 des § 160 Abs. 4 AktG 1965 kodifizierten Schutzklausel zu erfolgen, wonach Angaben insoweit unterbleiben mussten, wie es für das Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder erforderlich war. Zudem brauchten bei der Berichterstattung nach § 160 Abs. 3 Nr. 7 und 10 AktG 1965 Einzelheiten insoweit nicht angegeben werden, als nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung damit gerechnet werden musste, dass durch die Angaben der Gesellschaft oder einem verbundenen Unternehmen erhebliche Nachteile entstehen würden.

Umstritten war zu diesem Zeitpunkt allerdings die zeitliche Dimension der Berichterstattung, d.h. ob dem Lagebegriff im Zusammenhang mit der Darstellung der Lage der Gesellschaft eine statische oder dynamische Interpretation zugrunde gelegt werden sollte.<sup>270</sup> Fraglich war demzufolge, ob der Bericht zukunftsbezogene Informationen enthalten musste,<sup>271</sup> die über die nach § 160 Abs. 1 Satz 2 AktG 1965 geforderte Berichterstattung über Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres hinausgingen.<sup>272</sup>

---

<sup>267</sup> Vgl. Selch (2000), S. 358.

<sup>268</sup> Vgl. Selch (2000), S. 358. Zu den Rechenschaftsgrundsätzen vgl. Moxter (1976), S. 87-100; vgl. auch Leffson (1987), S. 192 ff.

<sup>269</sup> Vgl. Bauchowitz (1979), S. 11; Kropff (1980), S. 518 m.w.N.; Sahner/Kammers (1984), S. 2310.

<sup>270</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 29; Selch (2000), S. 358.

<sup>271</sup> Vgl. Bretzke (1979), S. 338.

<sup>272</sup> Vgl. zu dieser Diskussion Selch (2000), S. 358, die im Rahmen einer historischen Gesamtschau die unterschiedlichen Auffassungen darstellt.

Die herrschende Meinung legte den „Lagebericht“ i.S.d. § 160 Abs. 1 AktG 1965 statisch, d.h. stichtagsbezogen und vergangenheitsorientiert<sup>273</sup>, aus.<sup>274</sup> Dabei konnten Prognosen<sup>275</sup> im Rahmen des Berichts über die Lage auf freiwilliger Basis gemacht werden.<sup>276</sup>

Demgegenüber stand die Forderung einiger Autoren nach einer zukunftsbezogenen Berichterstattung in Form stichtagsbezogener Entwicklungserwartungen<sup>277</sup> i.S. einer dynamischen Interpretation des Lagebegriffs.<sup>278</sup> So wurde der Bedarf an zukunftsorientierten Informationen vor dem Hintergrund einer Verbesserung der Anlageentscheidungen der Berichtsadressaten gesehen, wo-

---

<sup>273</sup> Vgl. zu der statischen Auffassung: Maul (1984), S. 191f., der ausgehend von der Gesetzesformulierung eine Stichtagsbetrachtung annimmt, die nur über den Jahresabschluss hinausgeht (in Form der Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres), soweit dies nötig sei. Eine Einbeziehung der künftigen Entwicklung sei daher eine Vermischung der Vorstellungen über die Regelungen des § 160 Abs. 1 AktG 1965 mit betriebswirtschaftlich (vermeintlich) Wünschenswertem. „Daß der Adressat des Lageberichts aus der Darstellung zum Bilanzstichtag Schlüsse auf eine mögliche zukünftige Entwicklung ziehen kann (vielleicht auch sollte), mag man akzeptieren, aus der Gesetzesformulierung wird man jedoch keineswegs die Veröffentlichung von Prognosen ableiten können.“ Maul (1984), S. 192. Nach Busse von Colbe ergibt sich die wirtschaftliche Lage zwar „vor allem aus den für die Zukunft erwarteten Konstellationen der für das Unternehmen relevanten wirtschaftlichen Daten und den Plänen der Unternehmensleitung“ jedoch sei „die Vorschrift für den Lagebericht bisher nicht als eine Verpflichtung zu expliziten Prognosen verstanden worden.“ Busse von Colbe (1968), S. 101. Ferner zur statischen Auffassung: Vgl. Pfeiffer (1974), S. 160.

<sup>274</sup> Vgl. für eine Darstellung der statischen Interpretation i.S. einer historischen Gesamtschau Selch (2000), S. 358 m.w.N.; Bretzke (1984), S. 338, der im Zusammenhang mit der Untersuchung der Frage, ob der Lagebericht Prognosen enthalten sollte, feststellt, dass bei vielen Gesetzesauslegungen diese Frage nicht ausreichend diskutiert sowie nicht explizit von Prognosen gesprochen wird und man daher bei diesen nicht eine strikte Ablehnung einer Verpflichtung unterstellen dürfe. Allerdings konstatiert Bretzke, dass diejenigen Autoren, die sich diesbezüglich äußern, „einhellig davon ausgehen“, dass keine Verpflichtung zur Berichterstattung von Prognosen besteht.

<sup>275</sup> Vgl. grundsätzlich zu Prognosen in der Betriebswirtschaftslehre z.B. Kuhner (2006), S. 713-720.

<sup>276</sup> Vgl. Busse von Colbe (1968), S. 101; Selch (2000), S. 358.

<sup>277</sup> Vgl. Bretzke (1979), S. 338.

<sup>278</sup> Vgl. für eine Darstellung der dynamischen Interpretation i.S. einer historischen Gesamtschau Selch (2000), S. 358. Ferner ausführlich zur dynamischen Interpretation vgl. Bretzke (1979), S. 339, der entgegen der herrschenden Meinung der Auffassung ist, dass Prognosen im Lagebericht auch in § 160 AktG 1965 gefordert werden. Nach Bretzke kann ein „vernünftig definierter Lagebegriff überhaupt nicht prognosefrei gedacht werden“ Bretzke (1979), S. 339; sowie ferner zur dynamischen Interpretation auch Sahner/Kammers (1984), S. 2310; Kropff (1980), S. 531; Moxter (1974), S. 452 f.; nach Reitinger sind die Termini „Lage“ und „Geschäftsverlauf“ zukunftsbezogen zu interpretieren, d.h. sind derart zu verstehen, dass sie „die Entwicklung im Geschäftsjahr und in der Zukunft bereits beinhalten.“ Reitinger (1983), S. 16 f. m.w.N.

nach nur der Lagebericht i.S.d. § 160 Abs. 1 AktG 1965 die Mängel des Jahresabschlusses aufgrund dessen Vergangenheitsorientierung und Stichtagsbezogenheit ausgleichen könne.<sup>279</sup>

Allerdings erfolgte die Umsetzung einer zukunftsorientierten Berichterstattung in der Praxis zum einen nur in seltenen Fällen und zum anderen in Form von sehr allgemein gehaltenen Aussagen von geringer Qualität.<sup>280</sup>

Selch stellt zum Lagebericht im Aktienrecht fest, dass diesem mehrheitlich eine geringe Bedeutung beigemessen wurde: „Die Vernachlässigung der inhaltlichen Auslegung der Vorschriften im Schrifttum, die eingeschränkte gesetzliche Offenlegungspflicht und die geringe Berichterstattungsqualität in der Praxis belegen dies.“<sup>281</sup>

### II.3.2 Entwicklung von 1985 bis 1998

Wesentliche Änderungen auf dem Gebiet der externen Rechnungslegung resultierten aus dem Inkrafttreten des **Bilanzrichtlinien-Gesetz (BiRiLiG)**<sup>282</sup> am 01.01.1986, mit dem die vierte<sup>283</sup>, siebte<sup>284</sup> und achte<sup>285</sup> EU-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt wurden. Damit basierten die Lageberichtsnormen nicht mehr ausschließlich auf deutschem Recht, sondern stellten die Umsetzung der

<sup>279</sup> Vgl. Selch (2000), S. 358.

<sup>280</sup> Vgl. Bauchowitz (1979), S. 174.

<sup>281</sup> Selch (2000), S. 359.

<sup>282</sup> Gesetz zur Durchführung der Vierten, Siebenten und Achten Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Koordinierung des Gesellschaftsrechts (Bilanzrichtlinien-Gesetz – BiRiLiG) vom 19.12.1985, BGBl. Teil I Nr. 62, ausgegeben am 24.12.1985, S. 2355-2433.

<sup>283</sup> Vierte Richtlinie 78/660/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 aufgrund von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g) des Vertrages über den Jahresabschluß von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen.

<sup>284</sup> Siebente Richtlinie 83/349/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 aufgrund von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g) des Vertrages über den konsolidierten Abschluß.

<sup>285</sup> Achte Richtlinie 84/253/EWG des Rates vom 10. April 1984 aufgrund von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g) des Vertrages über die Zulassung der mit der Pflichtprüfung der Rechnungslegungsunterlagen beauftragten Personen.

entsprechenden Artikel der 4. bzw. 7. Richtlinie und damit europäische Vorgaben dar.<sup>286</sup>

Durch das BiRiLiG wurde die formale Zuordnung der Rechnungslegungsinstrumente durch eine Verlagerung derselben vom AktG 1965 in das HGB geändert und somit eine rechtsformunabhängige Verpflichtung für alle Kapitalgesellschaften nach § 264 Abs. 1 HGB geschaffen.<sup>287</sup>

Unter Aufgabe des Begriffes des Geschäftsberichts<sup>288</sup> wurde der bisher in Praxis und Schrifttum als „Erläuterungsteil“ bezeichnete Teilbericht zum Anhang nach § 284 ff. HGB und somit zum dritten Teil des Jahresabschlusses, während der als „Lagebericht“ bezeichnete Berichtsteil in § 289 HGB unter expliziter Begriffsnennung als eigenständiges Rechnungslegungsinstrument kodifiziert wurde.<sup>289</sup>

Aus dieser formalen Trennung der externen Rechnungslegungsinstrumente in Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, GuV und Anhang einerseits und dem Lagebericht andererseits geht das Rechnungslegungskonzept des „Zwei-Säulen-Modells“ hervor.<sup>290</sup>

Laut der Regierungsbegründung zum Gesetzesentwurf soll der Lagebericht den Jahresabschluss durch zusätzliche Informationen allgemeiner Art ergänzen.<sup>291</sup>

Die sich aus der Einführung des BiRiLiG ergebenden Änderungen der Vorschriften zu Inhalt und Anwendung des Lageberichts sind in nachfolgender Übersicht den vorherigen Regelungen des AktG 1965 gegenübergestellt.

<sup>286</sup> Vgl. Hartmann (2010), S. 614.

<sup>287</sup> Vgl. Selch (2000), S. 359; Biener/Berneke (1986), S. 275 f.

<sup>288</sup> Vgl. Biener/Berneke (1986), S. 276, die vor dem Hintergrund, dass der Begriff „Geschäftsbericht“ nicht mehr im Gesetz gebraucht wird, einer Verwendung mit beliebigem Inhalt durch die Unternehmen zustimmen.

<sup>289</sup> Vgl. Hommelhoff (2002), Rn. 9; Selch (2000), S. 359.

<sup>290</sup> Vgl. Hommelhoff (2002), Rn. 12; E-DRS 20 Stand, 13.11.2003, S. 29, Rz. C1. Zum „Zwei-Säulen-Konzept“ vgl. Hommelhoff (2002), Rn. 8.

<sup>291</sup> Vgl. BT-Drucksache 10/317, S. 93.

<b>Veränderung der Vorschriften zum Inhalt und Anwendungsbereich des Lageberichts nach dem BiRiLiG</b>	
	<b>4., 7. und 8. EG-Richtlinie</b>
<b>AktG 1965</b> vom 06.09.1965	<b>BiRiLiG</b> vom 19.12.1985
§ 160 Abs. 1 AktG i.d.F. 1965 Im Geschäftsbericht sind der Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft darzulegen. Zu berichten ist auch über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind	§ 289 HGB i.d.F. d. BiRiLiG vom 19.12.1985 (1) Im Lagebericht sind zumindest der Geschäftsverlauf und die Lage der Kapitalgesellschaft so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird.  (2) Der Lagebericht soll auch eingehen <sup>292</sup> auf: 1. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind; 2. die voraussichtliche Entwicklung der Kapitalgesellschaft; 3. den Bereich Forschung und Entwicklung.
Anwendungsbereich	Anwendungsbereich
Abhängig von Rechtsform, unabhängig von Unternehmensgröße - Aktiengesellschaften (AG) KGaA	Abhängig von Rechtsform, unabhängig von Unternehmensgröße (§ 267 HGB i.d.F. d. BiRiLiG vom 19.12.1985) - kleine Kapitalgesellschaften - mittelgroße Kapitalgesellschaften - große Kapitalgesellschaften  Kapitalgesellschaften = AG, KGaA, GmbH

**Tabelle 1: Veränderung der Vorschriften zum Inhalt und Anwendungsbereich des Lageberichts nach dem BiRiLiG**

Quelle: In Anlehnung an Selch (2000), S. 366.

<sup>292</sup> Zum Verbindlichkeitsgrad des Gesetzeswortlaut „soll auch eingehen auf“ vgl. Kapitel II.7.2.

Die Formulierungen des § 160 Abs. 1 AktG 1965 wurden weitestgehend in das HGB übernommen: Die Berichterstattungspflicht über „Geschäftsverlauf und Lage“ der (Kapital-)Gesellschaft wurde beibehalten, ebenso wie die „Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind“, wobei letztere in § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB verschoben wurden.

Geändert wurde der Berichtsmaßstab der gewissenhaften und getreuen Rechenschaft § 160 Abs. 4 AktG 1965, an dessen Stelle nun das für den Jahresabschluss geltende Konzept des „true and fair view“ (§ 264 Abs. 2 HGB) getreten ist, wonach gemäß § 289 Abs. 1 HGB der Lagebericht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermitteln soll.<sup>293</sup> Im Schrifttum wurde die Änderung des Berichtsmaßstabs allerdings ohne materielle Auswirkungen für die Berichterstattung aufgefasst,<sup>294</sup> wonach die bisherigen Berichtsgrundsätze ihre Gültigkeit beibehalten.<sup>295</sup> Aus den Rechenschaftsgrundsätzen wurden in den Folgejahren die Grundsätze ordnungsmäßiger Lageberichterstattung (GoL) entwickelt.<sup>296</sup>

Mit der neu eingefügten Formulierung, wonach „zumindest“ der Geschäftsverlauf und die Lage der Kapitalgesellschaft so darzustellen sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, soll laut Regie- rungsbegründung zum Gesetzesentwurf diese Mindestbestimmung<sup>297</sup> deutlich machen, dass der Lagebericht „auch für weitere Informationen offen steht“.<sup>298</sup>

<sup>293</sup> Vgl. Sahner/Kammers (1984), S. 2311; Biener/Berneke (1986), S. 276; Selch (2000), S. 360; Lück (1995), Rn. 13; ADS (1995), Rn. 29.

<sup>294</sup> Der Gesetzeswortlaut ohne Verweise auf die Rechenschaftsgrundsätze resultierte aus der sprachlichen Anpassung des deutschen Rechts an die 4. EG-Richtlinie und stellt insofern keine vom Gesetzgeber beabsichtigten Einschränkungen der Anforderung an die Lageberichterstattung dar. Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 7.

<sup>295</sup> Kropff (1980), S. 517; Sahner/Kammers (1984), S. 2311; Biener/Berneke (1986), S. 276; Stobbe (1988), S. 306; Emmerich/Künnemann (1986), S. 146; Lück (1995), Rn. 13. Hommelhoff widerspricht allerdings der Ansicht, wonach sich keine grundsätzlichen Veränderungen gegenüber den früheren Berichtsgrundsätzen ergeben. Während die vorherige Vorgabe verhaltenssteuernd ausgelegt gewesen sei, zielen die geänderte Vorschrift auf ein bestimmtes Ergebnis ab. Lediglich in ihren praktischen Auswirkungen würden diese Unterschiede geringfügig sein. Vgl. Hommelhoff (2002), Fn. 17.

<sup>296</sup> Vgl. Selch (2000), S. 360. Die Entwicklung der GoL geht maßgeblich auf Baetge/Fischer/Paskert (1989) zurück. Zu den GoL vgl. Kapitel II.2.3.

<sup>297</sup> Vgl. BT-Drucksache 10/317, S. 94.

<sup>298</sup> BT-Drucksache 10/317, S. 94; Sahner/Kammers (1984), S. 2311.

Daneben wurde die Schutzklausel des alten Aktienrechts in § 286 HGB verlagert und ist somit nur noch für den Anhang gültig.<sup>299</sup>

Als weitere Neuerung wurde in § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB i.d.F. d. BiRiLiG explizit eine Berichterstattung über die voraussichtliche Entwicklung der Kapitalgesellschaft aufgenommen. Vor dem Hintergrund der Forderungen nach zukunftsorientierten Informationen<sup>300</sup> sieht Sorg die Forderung nach Angaben über die voraussichtliche Entwicklung als „bedeutsame, wenn nicht die bedeutsamste Neuerung zum Lagebericht“<sup>301</sup> an.

Auch nach Einführung des BiRiLiG wurde die Diskussion über die **statische und dynamische Interpretation des Lagebegriffs** vor dem Hintergrund unterschiedlicher Auffassungen über das Verhältnis von § 289 Abs. 1 und 2 HGB i.d.F. d. BiRiLiG weitergeführt.<sup>302</sup> Auf der einen Seite bestand die Auffassung, dass in § 289 Abs. 2 andere Berichtsteile als in § 289 Abs. 1 normiert würden und Abs. 2 folglich eine eigenständige Bedeutung hätte,<sup>303</sup> während auf der anderen Seite die Meinung vertreten wurde, dass die nach § 289 Abs. 2 erforderlichen Angaben bereits aufgrund der Vorschriften des § 289 Abs. 1 gemacht werden müssten<sup>304</sup> und demzufolge § 289 Abs. 2 keine eigenständige Bedeutung hinsichtlich des Berichtsinhaltes, sondern nur ein rein deklaratorischer sowie erläuternder Charakter zukäme.<sup>305</sup>

<sup>299</sup> Vgl. Selch (2000), S. 359.

<sup>300</sup> So sieht z.B. Sorg die Informationen über Zukunftserwartungen der Geschäftsleitung als Gegenstand des zentralen Interesses der Adressaten an. Vgl. Sorg (1984), S. 1028.

<sup>301</sup> Sorg (1994), S. 1963 unter weiterer Nennung von Emmerich/Künemann (1986), S. 147.

<sup>302</sup> Vgl. ausführlich zu dieser Diskussion Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 28, die die unterschiedlichen Interpretationen bzw. Auslegungen des § 289 HGB i.S. einer Gesamtschau erläutern.

<sup>303</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 28 m.w.N. Zu dieser Auffassung vgl. z.B. Maul (1984), S. 187; Baetge/Fischer (1987), Rn. 14 f.; Niehus/Scholz (1987), Rn. 930.

<sup>304</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 28. Zu dieser Auffassung vgl. z.B. Sieben (1987), S. 586 f. und 596; Lück (1995), Rn. 37; ADS (1995), Rn. 104.

<sup>305</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 28, die dieser Ansicht allerdings nicht zustimmen.

Im Falle einer eigenständigen Bedeutung des § 289 Abs. 2 ergibt sich die Berichtspflicht über Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres und über die voraussichtliche Entwicklung allein aufgrund § 289 Abs. 2 Nr. 1 und 2 und nicht schon aus § 289 Abs. 1, woraus folgt, den Lagebegriff in § 289 Abs. 1 **stichtagsbezogen und statisch** zu interpretieren.<sup>306</sup> Da unter der „Lage“ in der damaligen Literatur überwiegend die Verhältnisse zu einem bestimmten Zeitpunkt verstanden wurden, resultierte daraus entsprechend die Auffassung, dass zur Darstellung der Lage keine Angaben über die zukünftige Entwicklung notwendig seien.<sup>307</sup>

Im Falle eines deklaratorischen Charakters des § 289 Abs. 2 ist das Unternehmen schon durch die Vorschriften des § 289 Abs. 1 verpflichtet, Angaben über das neue Geschäftsjahr und die voraussichtliche Entwicklung zu machen.<sup>308</sup> Dieser Auffassung liegt somit aufgrund der zukunftsgerichteten Berichterstattung eine **zukunftsorientierte und dynamische** Interpretation des Lagebegriffs nach § 289 Abs. 1 zugrunde.<sup>309</sup> Hierbei wird der Auffassung, dass bei der Berichterstattung kein Bezug auf die zukünftige Entwicklung genommen werden muss, mit der Begründung widersprochen, dass in einer dynamischen Umwelt jede Lageberichterstattung unvollständig sein müsse, die mit dem Abschlussstichtag endet und Erwartungen über die zukünftige Entwicklung unberücksichtigt ließe.<sup>310</sup>

<sup>306</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 28, die dieser Argumentation folgen und den Lagebegriff stichtagsbezogen und statisch interpretieren. Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 30 f.

<sup>307</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 37, der dieser Auffassung allerdings widerspricht. Vgl. Stobbe (1988), S. 307, der die Lage vergangenheitsorientiert und statisch interpretiert und ausführt, dass im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Lage kein Bezug auf die Zukunft genommen werden sollte.

<sup>308</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 29.

<sup>309</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 104; Lück (1995), Rn. 37; Baetge/Fischer/Paskert sehen allerdings aufgrund des Gestetzeswortlautes und des Aufbaus von § 289 und des Bedeutungszusammenhangs zwischen § 289 und § 344 keine Hinweise, die eine dynamische Interpretation des Lagebegriffs nach § 289 Abs. 1 stützen und sprechen sich vielmehr für eine stichtagsbezogene und statische Interpretation aus. Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 30 f.

<sup>310</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 37. Moxter stellt hierzu fest: „Die Lage der Gesellschaft läßt sich, wenn der Bericht einen Sinn haben soll, nicht unabhängig von ihren Zukunftsaussichten darstellen.“ Moxter (1986), S. 108. Ferner sehen Niehus/Scholz (obwohl sie Abs. 2 eine eigenständige Bedeutung zubilligen) es in der Verbindung mit dem allgemeinen going concern-Prinzip im Vergleich zu einer rein statischen Auffassung der

So würde eine stichtagsbezogene Istzustandsbeschreibung als Lagedefinition mit bestimmten Zukunftserwartungen verknüpft, ohne hieraus Rückschlüsse auf die Lageänderungen abzuleiten.<sup>311</sup> Allerdings werde die Lage des Unternehmens zu einem bestimmten Zeitpunkt „vielmehr sowohl durch Angaben der Verhältnisse zu diesem Zeitpunkt als auch **besonders durch Entwicklungserwartungen** charakterisiert“.<sup>312</sup> Da die Lage nach Abs. 1 unabhängig von den Zukunftsaussichten ohnehin nicht sinnvoll darstellbar sei, wird dabei eine Verbindung mit den Zukunftsaussichten gefordert.<sup>313</sup>

Durch das Gesetz zur Durchführung der Elften gesellschaftsrechtlichen Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften und über Gebäudeversicherungsverhältnisse<sup>314</sup> vom 22.07.1993, das auf der 11. EU-Richtlinie<sup>315</sup> basiert, wurde der Lagebericht um einen Bericht über bestehende **Zweigniederlassungen** erweitert (§ 289 Abs. 2 Nr. 4 HGB). Der Zweck der Richtlinie besteht in einer Annäherung der Offenlegungspflichten von Zweigniederlassungen an diejenigen für Tochtergesellschaften.<sup>316</sup>

Ferner führte die Umsetzung der **EG-Mittelstandsrichtlinie**<sup>317</sup> durch das Änderungsgesetz zum D-Markbilanzgesetz (ÄndG-DMBiG)<sup>318</sup> zu einer Änderung der

---

Lage als zweckmäßiger an, „diese Stichtagsbetrachtung als eine in die Zukunft gerichtete Betrachtungsweise auf der Basis der Verhältnisse am Bilanzstichtag zu verstehen.“ Niehus/Scholz (1987), Rn. 934.

<sup>311</sup> Vgl. Bretzke (1979), S. 341.

<sup>312</sup> Lück (1995), Rn. 37.

<sup>313</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 104.

<sup>314</sup> Gesetz zur Durchführung der Elften gesellschaftsrechtlichen Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften und über Gebäudeversicherungsverhältnisse vom 22.07.1993, BGBl. Teil I Nr. 39, ausgegeben am 29.07.1993, S. 1282-1287.

<sup>315</sup> Elfte Richtlinie des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Offenlegung von Zweigniederlassungen, die in einem Mitgliedstaat von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen errichtet wurden, die dem Recht eines anderen Staates unterliegen.

<sup>316</sup> Vgl. Fey (1994), S. 485; Veit (1997), S. 461.

<sup>317</sup> Richtlinie 90/604/EWG des Rates vom 08.11.1990 zur Änderung der Richtlinie 78/660/EWG über den Jahresabschluß und der Richtlinie 83/349/EWG über den konsolidierten Abschluß hinsichtlich der Ausnahme für kleine und mittlere Gesellschaften sowie der Offenlegung von Abschlüssen in Ecu, in: ABl. L 317, S. 57-59.

<sup>318</sup> Gesetz zur Änderung des D-Markbilanzgesetzes und anderer handelsrechtlicher Bestimmungen vom 25.07.1994, in: BGBl. I 1994, S. 1682-1687.

Größenklassen zur Klassifizierung von Kapitalgesellschaften, woraus Änderungen im Anwendungsbereich für die Lageberichterstattung resultierten.<sup>319</sup>

### II.3.3 Entwicklung von 1998 bis 2004

#### II.3.3.1 KonTraG

Die nächsten weitreichenden Änderungen der Lageberichterstattung ergaben sich 1998 mit Einführung des **Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG)**<sup>320</sup>.

Aufgrund einer Reihe von Unternehmensschieflagen in den 1990er Jahren sollten die Reformbestrebungen im Rahmen des KonTraG dazu dienen, im vielschichtigen aktienrechtlichen Kontrollsystem gezielte Korrekturen durchzuführen.<sup>321</sup> In der allgemeinen Begründung des Gesetzesentwurfes wird ausgeführt, dass das Unternehmenskontrollsystem zwar als ausgewogen und bewährt angesehen wird, aber gleichsam Korrekturen dieses Systems aufgrund aufgetretener Schwächen und Verhaltensfehlsteuerungen als notwendig erachtet werden.<sup>322</sup> Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Finanzierung deutscher Unternehmen auf internationalen Kapitalmärkten und der damit verbundenen ausgeprägteren Orientierung an einer langfristigen Wertsteigerung für die Anteilseigner sollte zudem durch eine verbesserte Unternehmenstransparenz und Unternehmenspublizität der Ausrichtung deutscher Unternehmen auf die Kapitalmärkte begegnet werden.<sup>323</sup> Die neuen Regelungen sollen durch erhöhte An-

<sup>319</sup> Vgl. Fink (2007), S. 191.

<sup>320</sup> Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) vom 17.04.1998, BGBl. I, S. 786-794.

<sup>321</sup> Vgl. Böcking/Orth (2000), S. 243.

<sup>322</sup> Vgl. BT-Drucksache 13/9712, S. 11.

<sup>323</sup> Vgl. BT-Drucksache 13/9712, S. 11. Grundsätzlich für die durch das KonTraG angestoßene Notwendigkeit eines Risikomanagements vgl. Martin/Bär (2002), S. 39 ff. Ferner zur Notwendigkeit eines unternehmensinternen Risikomanagements und Ausgestaltung eines Chancen- und Risikomanagements (sowie die Integration mit dem Wertmanagement) vgl. Weber/Weißenberger/Liekweg (1999), S. 1710-1716. Für empirische Befunde zur Umsetzung dieser Risikomanagementsysteme aus Sicht von börsennotierten Unternehmen und ihren Abschlussprüfern vgl. Wolz (2001), S. 789-801. Zur Darstellung der Auswirkungen des KonTraG auf das Risikomanagementsystem

forderungen an den Prüfungsinhalt und Prüfungsbericht zu einer Verbesserung der Qualität der Abschlussprüfung<sup>324</sup> beitragen, um die sog. Erwartungslücke<sup>325</sup> entsprechend zu verringern.<sup>326</sup>

Letztlich kann das KonTraG auch als Ansatzpunkt angesehen werden, den schlechten Befunden in der Lageberichtspublizität entgegenzuwirken.<sup>327</sup>

Für den Lagebericht bedeuteten die Änderungen im Rahmen des KonTraG erhöhte Anforderungen an den Berichtsinhalt<sup>328</sup> in Form der Ausdehnung der

---

und die Prüfung des Risikomanagement anhand eines Praxisbeispiels der Henkel KGaA vgl. Lehner/Schmidt (2000), S. 261-272.

<sup>324</sup> Moxter sieht die in der Regierungsbegründung geforderte „Verbesserung der Qualität Abschlussprüfung“ als eine Verallgemeinerung von Ausnahmefällen an, die insofern unangebracht erscheine. Vgl. Moxter (1997), S. 724. Ebenso Dörner/Schwegler, die ausführen, dass es naheliege, dass diese Begründung aus Sicht des Berufsstandes als bedenklich erscheinen müsse, da selbst in der Regierungsbegründung eingeräumt werde, dass der Grundsatz, die Prüfung auf das Erkennen von Unrichtigkeiten und Verstößen auszurichten, bereits „in einer nicht unerheblichen Zahl von Fällen“ beachtet werde. Vgl. Dörner/Schwegler (1997), S. 286. Zur Regierungsbegründung vgl. BT-Drucksache 13/9712, S. 27.

<sup>325</sup> Eine Erwartungslücke stellt die Abweichung zwischen den Vorstellungen der Öffentlichkeit über den Umfang sowie den Sinn und Zweck der gesetzlichen Abschlussprüfung einerseits und der Berufsausübung nach den gesetzlich obliegenden Pflichten sowie den berufsständischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung andererseits dar. Vgl. Böcking/Orth (1998a), S. 352 m.w.N. „Kritik an den Abschlußprüfern wird insbesondere dann geübt, wenn Unternehmen nach Erteilung eines uneingeschränkten Bestätigungsvermerkes zeitnah zusammenbrechen oder der Abschlußprüfer betrügerische Handlungen nicht aufdeckt.“ Ruhnke/Deters (1997), S. 924. Ausführlich zur Erwartungslücke vgl. Ruhnke/Schmiele/Schwind (2010), S. 394-421; Forster (1994), S. 789-795. Ferner zur Frage der Effektivität der Prüfungshandlungen und der Rolle des Abschlussprüfers zur Aufdeckung von Bilanzmanipulationen vgl. Kümpe/Oldewurtel/Wolz (2011), S. 406-413 sowie zum Problemfeld des Prüfungsrisikos (d.h. dass der Prüfer einen Abschluss oder einzelne Prüffelder akzeptiert, obwohl diese wesentliche Fehler enthalten) und zur Festlegung von Wesentlichkeitsgrundsätzen (d.h. ab welchem Schwellenwert einzelne Fehler oder eine Summe von Fehlern als wesentlich anzusehen sind) vgl. ausführlich Wolz (2004), S. 122-145.

<sup>326</sup> Vgl. BT-Drucksache 13/9712, S. 11. Zur Würdigung des KonTraG, inwieweit die angestrebten Veränderungen den Ansprüchen einer Verringerung der Erwartungslücke gerecht werden und gleichzeitig eine verbesserte Unternehmenskontrolle sowie die vom Kapitalmarkt geforderte Unternehmenstransparenz erreichen können vgl. Böcking/Orth (1998a), S. 351-365 sowie zur Würdigung der gesetzlichen Vorschriften des KonTraG zur systematischen Erfassung und Handhabung von Risiken in Unternehmen, der externen Berichterstattung sowie insbesondere zur Überprüfung durch den Abschlussprüfer vgl. Böcking/Orth (2000), S. 242-260. Ferner zur Stärkung der Funktion des Abschlussprüfers als Instrument der Unternehmenskontrolle vgl. Lenz/Ostrowski (1997), S. 1523-1529.

<sup>327</sup> Vgl. Ballwieser (1997), S. 184. Ausführliche Erläuterungen zu den empirischen Studien der Lageberichterstattung vgl. Kapitel III.

prospektiven Angabepflichten.<sup>329</sup> Die neuen Regelungen sollen den Informationsgehalt der Lageberichte erhöhen und dadurch die Transparenz über die Risikolage der Unternehmen verbessern.<sup>330</sup>

Dementsprechend wurde § 289 Abs. 1, 2. HS HGB um die Forderung erweitert, dass „auch auf die Risiken der künftigen Entwicklung“ einzugehen ist. Hieraus lässt sich schließen, dass der Gesetzgeber diesen Angaben eine besondere Bedeutung beimisst und eine uneingeschränkte Berichtspflicht vorsieht.<sup>331</sup> Dies wird durch die Ausführungen in der Regierungsbegründung bestätigt,<sup>332</sup> wonach dieser sog. Risikobericht<sup>333</sup> als wichtig und unabdingbar angesehen wird, weil nur durch diesen „eine dem bisherigen Satz 1 entsprechende Darstellung der Lage der Kapitalgesellschaft gegeben werden (kann, Anm.), die das den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bild auch wirklich vermittelt“.<sup>334</sup>

Die Begründung verdeutlicht hingegen auch die Sichtweise der Literatur, dass die Erweiterung um die explizite Forderung nach einer Risikoberichterstattung in erster Linie einen klarstellenden Charakter hat,<sup>335</sup> da sich die Notwendigkeit dieser Angaben schon allein vor dem Hintergrund der Funktion des Lageberichts, den Adressaten entscheidungsrelevante Informationen zu vermitteln, ergibt.<sup>336</sup> Demnach muss in einem Bericht über die „Lage der Kapitalgesellschaft“ eine Berichterstattung über die Risiken enthalten sein, weil je nach Grad der Unsicherheit der Zahlungsströme eines Unternehmens entsprechend der Wert desselben von den Kapitalanlegern determiniert wird – dies begründet das sehr ausgeprägte Informationsinteresse.<sup>337</sup> Dementsprechend erfolgt eine Klar-

---

<sup>328</sup> Vgl. Selch (2000), S. 362.

<sup>329</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999), S. 371; Küting/Hütten (1997), S. 253; Moxter (1997), S. 722.

<sup>330</sup> Vgl. Kajüter (2001b), S. 205.

<sup>331</sup> Vgl. Küting/Hütten (1997), S. 254.

<sup>332</sup> Vgl. Küting/Hütten (1997), S. 254.

<sup>333</sup> Der Begriff des „Risikoberichts“ wurde erstmals von Küting/Hütten verwendet vgl. Küting/Hütten (1997), S. 251 und wurde dementsprechend in der Literatur sogleich verbreitet. Vgl. dazu Selch (2000), S. 362; Fink (2007), S. 191.

<sup>334</sup> BT-Drucksache 13/9712, S. 26

<sup>335</sup> Vgl. Küting/Hütten (1997), S. 253; Moxter (1997), S. 722; Dörner/Bischof (1999), S. 387; Kajüter (2001a), S. 105; Selchert/Greinert (2002a), Rn. 19.

<sup>336</sup> Vgl. Küting/Hütten (1997), S. 253; Dörner/Bischof (1999), S. 387; Kajüter (2001a), S. 105.

<sup>337</sup> Vgl. Moxter (1997), S. 722 m.W.N.

stellung, „daß dieses Informationsinteresse zu einem gesetzlichen Informationsanspruch erstarkt.“<sup>338</sup>

Während die Kodifizierung des Risikoberichts in § 289 Abs. 1, 2. HS HGB i.d.F. d. KonTraG erfolgte, die Regelungen über die voraussichtliche Entwicklung im Prognosebericht allerdings in § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB weitergeführt wurden, wurde somit durch die Verankerung in unterschiedlichen Absätzen eine formale Trennung von Prognose- und Risikobericht bewirkt.<sup>339</sup> Daraus resultierten jedoch auch inhaltliche Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen den beiden Berichtsteilen.<sup>340</sup>

Aus der Kodifizierung der Risikoberichterstattung in § 289 Abs. 1 HGB und der Gesetzesbegründung<sup>341</sup> lässt sich ein Zusammenhang zwischen Risiko- und Wirtschaftsbericht herstellen,<sup>342</sup> ebenso aus der Wortwahl, dass „dabei (...) auch auf die Risiken der künftigen Entwicklung einzugehen“ ist.<sup>343</sup> Dies bestätigen Baetge/Schulze dahingehend, dass der Gesetzgeber die Risiken der künftigen Entwicklung als einen integralen Bestandteil der wirtschaftlichen Lage eines Unternehmens verstehe.<sup>344</sup> Allerdings wird nicht nur der Risikobericht, sondern auch der Prognosebericht aufgrund der dynamischen Interpretation des Lagebegriffs in einem engen Zusammenhang mit dem Wirtschaftsbericht gesehen.<sup>345</sup> So ist nach Baetge/Kirsch/Thiele im Prognosebericht zwar mit Zukunftsbezug, aber „grundsätzlich über die gleichen Sachverhalte zu berichten wie im Wirtschaftsbericht“.<sup>346</sup> Zum anderen weisen auch Prognose- und Risikobericht einen engen Zusammenhang auf.<sup>347</sup> So kann nach Küting/Hütten die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung kaum sinnvoll von der Berichterstattung über die Risiken, welche einen möglichen Einfluss auf die zukünftige Entwick-

---

<sup>338</sup> Moxter (1997), S. 722.

<sup>339</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2005), S. 1151.

<sup>340</sup> Vgl. ausführlich Kirsch/Scheele (2005), S. 1151.

<sup>341</sup> Vgl. BT-Drucksache 13/9712, S. 26.

<sup>342</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2005), S. 1151.

<sup>343</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2005), S. 1151 m.w.N.

<sup>344</sup> Vgl. Baetge/Schulze (1998), S. 940.

<sup>345</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2005), S. 1152;

<sup>346</sup> Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 774.

<sup>347</sup> Vgl. Küting/Hütten (1997), S. 254.

lung haben könnten, getrennt werden.<sup>348</sup> Dies führt ebenfalls zur Feststellung von Baetge/Schulze, dass sich Risiko- und Prognosebericht inhaltlich nicht klar voneinander trennen lassen.<sup>349</sup>

Die Vorschriften zum Risikobericht wurden allerdings seitens des Gesetzgebers nicht durch weitere Vorschriften konkretisiert,<sup>350</sup> wodurch sich eine Regelungslücke im Hinblick auf die inhaltliche und formale Ausgestaltung ergab.<sup>351</sup>

Die im Gesetzeswortlaut verwendete abstrakte und interpretationsbedürftige Formulierung ermöglichte einen erheblichen Ermessensspielraum.<sup>352</sup> In der darauffolgenden Diskussion in der Literatur um die Interpretation der Regelung<sup>353</sup> stand die Frage nach dem Risikobegriff, dem Umfang und den Grenzen der Berichtspflicht sowie der Stellung des Risikoberichts im Vordergrund.<sup>354</sup>

Diese Diskussion wurde vom **Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW)** in Form einer Konkretisierungsinitiative hinsichtlich der aus dem Gesetz resultierenden Anforderungen an Inhalt und Gestaltung von Lageberichten aufgegriffen, worauf fast zeitgleich zum Inkrafttreten des KonTraG die Veröffentlichung einer Stellungnahme zur Aufstellung des Lageberichts<sup>355</sup> erfolgte.<sup>356</sup>

Um den oben genannten geforderten Verschärfungen der Prüfungsvorschriften<sup>357</sup> zu entsprechen, erfolgte hinsichtlich des Lageberichts eine entsprechende Änderung der dazugehörigen Prüfungsvorschriften der §§ 317, 321 und 322

---

<sup>348</sup> Vgl. Küting/Hütten (1997), S. 254.

<sup>349</sup> Vgl. Baetge/Schulze (1998), S. 942.

<sup>350</sup> Vgl. Küting/Hütten, (1997), S. 251; Baetge/Schulze (1998), S. 937.

<sup>351</sup> Vgl. Kajüter (2001b), S. 205.

<sup>352</sup> Vgl. Kajüter/Winkler (2003), S. 217.

<sup>353</sup> Vgl. Küting/Hütten (1997), S. 256; Baetge/Schulze (1998), S. 937; Moxter (1997), S. 722 ff.; Dörner/Bischof (1999), S. 387; Dörner/Bischof (1999b), S. 446.

<sup>354</sup> Vgl. Kajüter (2001b), S. 205.

<sup>355</sup> IDW-Rechnungslegungsstandard: Aufstellung des Lageberichts (IDW RS HFA 1). Vgl. IDW (1998), S. 653-662. Aufgrund der Regelungen des DRS 15 „Lageberichterstattung“ und DRS 5 „Risikoberichterstattung“ wurde seitens des HFA am 07.07.2005 beschlossen, die Stellungnahme IDW RS HFA 1 aufzuheben. Vgl. IDW (2005), S. 530.

<sup>356</sup> Vgl. Kajüter (2001b), S. 205.

<sup>357</sup> Zu den Prüfungsvorschriften vgl. Kapitel II.10.

HGB i.d.F. d. KonTraG<sup>358</sup>: Während bisher nach § 317 Abs. 1 Satz 2 HGB a.F. der Lagebericht bzw. der Konzernlagebericht darauf zu prüfen waren, ob sie mit dem Jahresabschluss bzw. dem Konzernabschluss in Einklang stehen, soll in dem neu geschaffenen Abs. 2 Satz 1 HGB i.d.F. d. KonTraG darüber hinaus geprüft werden, ob der Lagebericht insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Unternehmens<sup>359</sup> vermittelt.<sup>360</sup> Neu eingefügt wurde zudem Satz 2, wonach dabei auch zu prüfen ist, ob die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.<sup>361</sup> In diesem Zusammenhang ist der bisher negativ formulierte Prüfungsauftrag des § 317 Abs. 1 Satz 2 („nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Unternehmens (...) erwecken“), einer positiven Formulierung gewichen.<sup>362</sup> Daneben erfolgten Änderungen der Regelungen zum Prüfungsbericht nach § 321 HGB i.d.F. d. KonTraG sowie des Bestätigungsvermerks nach § 322 HGB: So sind im Prüfungsbericht nach § 312 Abs. 1 Sätze 2 und 3 HGB i.d.F. d. KonTraG seitens des Abschlussprüfers eine zusätzliche Stellungnahme zu der Beurteilung der Lage des Unternehmens durch die gesetzlichen Vertreter unter Berücksichtigung des Lageberichts abzugeben; zudem muss über bestimmte, im Rahmen der Prüfung festgestellte Sachverhalte berichtet werden.<sup>363</sup> Im Bestätigungsvermerk muss nach § 322 Abs. 3 HGB i.d.F. d. KonTraG über das Ergebnis der Lageberichterstattung berichtet werden, wobei darauf eingegangen werden muss, ob die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind; auf Risiken, die den Fortbestand des

---

<sup>358</sup> Zu den Änderungen der §§ 317, 321, 322 HGB i.d.F. KonTraG vgl. ausführlich: Moxter (1997), S. 722-730; Dörner/Schwegler (1997), S. 285-289; Böcking/Orth (1998b), S. 1873-1879.

<sup>359</sup> Analoges gilt gemäß § 317 Abs. 2 für den Konzernabschluss, wonach geprüft werden soll, ob der Konzernlagebericht insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Konzerns vermittelt.

<sup>360</sup> Vgl. hierzu kritisch Moxter (1997), S. 724, der die Prüfungsaufgabe dahingehend als unbestimmt ansieht, weil das gesetzliche Einblicksgebot in die Lage selbst nicht hinreichend geklärt ist.

<sup>361</sup> Moxter hält diesen Zusatz aber insoweit für überflüssig, als der Lagebericht zwingend die Darstellung der Risiken der künftigen Entwicklung umfasst und eine Prüfung, ob der Lagebericht insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Unternehmens vermittelt, nur schwerlich ohne eine Prüfung der Darstellung der Risiken der künftigen Entwicklung beurteilt werden kann. Vgl. Moxter (1997), S. 724.

<sup>362</sup> Vgl. Selch (2000), S. 363.

<sup>363</sup> Vgl. Selch (2000), S. 363.

Unternehmens gefährden, muss nach § 322 Abs. 2 HGB i.d.F. d. KonTraG gesondert eingegangen werden.<sup>364</sup>

### II.3.3.2 DRS 5

Durch den im Rahmen des KonTraG eingeführten § 342 HGB wurde die Einrichtung eines privatrechtlich organisierten Rechnungslegungsgremiums ermöglicht,<sup>365</sup> welche durch die Gründung des **Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC)**<sup>366</sup> im Sommer 1998 umgesetzt wurde.<sup>367</sup>

Am 24.11.2000 veröffentlichte der DRSC den Entwurf des Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 5 (E-DRS 5) zur Risikoberichterstattung, um die gesetzliche Verpflichtung in § 315 Abs. 1, 2. HS HGB inhaltlich und formal auszugestalten.<sup>368</sup> Am 3. April erfolgten die Verabschiedung des **DRS 5** seitens des DRS und die Bekanntmachung durch das Bundesministerium der Justiz (BMJ) im Mai 2001.

### II.3.3.3 Entwicklung nach KonTraG und DRS 5

Auf das KonTraG und die Verlautbarungen seitens des IDW und des DSR folgten weitere Gesetze zur Verschärfung der Lageberichterstattung und deren Durchsetzung sowie weitere Verlautbarungen, wie nachfolgende Abbildung der historischen Entwicklung der Lageberichterstattung veranschaulicht:

---

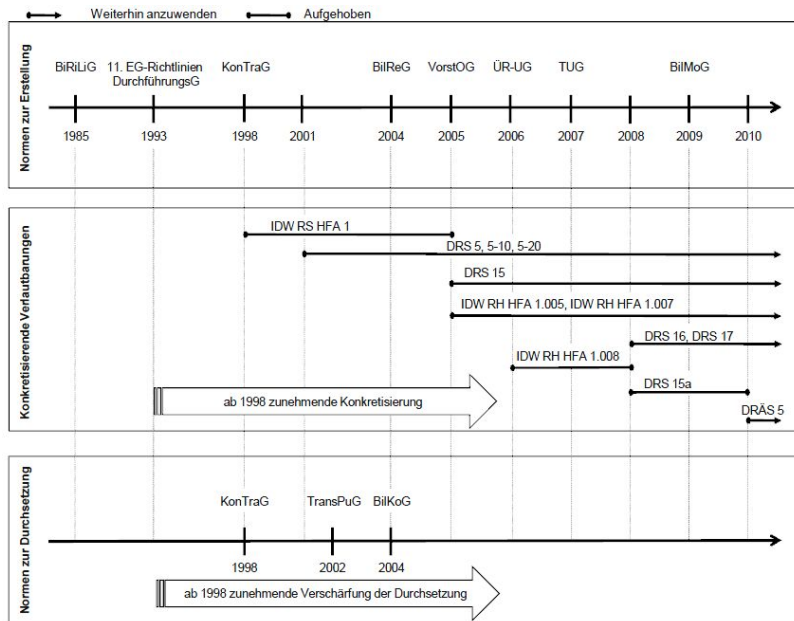
<sup>364</sup> Vgl. Selch (2000), S. 363.

<sup>365</sup> Vgl. BGBl. I 1998, S. 791 f.

<sup>366</sup> Nähere Erläuterungen zum DRSC vgl. Kapitel II.5.

<sup>367</sup> Vgl. Baetge/Krumnow/Noelle (2001), S. 769.

<sup>368</sup> Vgl. E-DRS 5, B. Begründung des Entwurfs, S. 13. Auch wenn die DRS sich nur auf die Konkretisierung des Konzernabschlusses beziehen, kann von einer Rückwirkung auf den Einzelabschluss ausgegangen werden, Vgl. z.B. Böcking/Orth (1998b), S. 1877.



**Abbildung 2: Historische Entwicklung der Normen und Verlautbarungen zum Lagebericht<sup>369</sup>**

Quelle: Stein (2011), S. 107.

Mit Umsetzung der GmbH & Co.-Richtlinie<sup>370</sup> durch das Kapitalgesellschaften- und Co-Richtlinie-Gesetz (KapCoRiLiG)<sup>371</sup> wurde der Anwendungsbereich des Lageberichts auf bestimmte Personengesellschaften nach § 264a Abs. 1 i.d.F. KapCoRiLiG ausgedehnt, die bezüglich Rechnungslegung, Prüfung und Offen-

<sup>369</sup> Der neue DRS 20 „Konzernlagebericht“ (Veröffentlichung im Bundesanzeiger am 04.12.2012) ist in diesem Schaubild nicht enthalten. Ausführlich zum DRS 20 vgl. Kapitel II.8.1.

<sup>370</sup> Richtlinie 90/605/EWG des Rates vom 08. November 1990 zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG über den Jahresabschluss bzw. den konsolidierten Abschluß hinsichtlich ihres Anwendungsbereiches (90/605/EWG), ABl. L 317, S. 60-62.

<sup>371</sup> Vgl. BT-Drucksache 14/2353 vom 14.12.1999.

legung wie Kapitalgesellschaften behandelt werden.<sup>372</sup> So gelten die Aufstellungspflichten für einen Lagebericht gemäß § 264 a Abs. 1 i.d.F. d. KapCoRiLiG auch für offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften, bei denen nicht wenigstens ein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person oder eine offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft oder andere Personengesellschaft mit einer natürlichen Person als persönlich haftendem Gesellschafter ist oder sich die Verbindung von Gesellschaften in dieser Art fortsetzt. Befreiungstatbestände bestehen nach § 264 b HGB i.d.F. d. KapCoRiLiG.<sup>373</sup>

## II.3.4 Entwicklung ab 2004 bis 2009

### II.3.4.1 BilReG

Die nächsten weitreichenden Änderungen der Lageberichterstattung erfolgten mit dem Gesetz zur Einführung internationaler Rechnungslegungsstandards und zur Sicherung der Qualität der Abschlussprüfung (**Bilanzrechtsreformgesetz – BilReG**) vom 04. Dezember 2004.<sup>374</sup> Mit dem BilReG wurden neben den zentralen Aspekten, die vor allem die Internationalisierung des Bilanzrechts, die Stärkung der Rolle des Abschlussprüfers und den Bürokratieabbau für kleine und mittlere Unternehmen durch Anhebung der Schwellenwerte betreffen, unter anderem weitere Anpassungen des nationalen Bilanzrechts an EG-Richtlinien vorgenommen.<sup>375</sup> So wurden mit dem BilReG die europarechtlichen Vorgaben der IAS-Verordnung<sup>376</sup>, der Schwellenwertrichtlinie<sup>377</sup>, der Fair-Value-

---

<sup>372</sup> Vgl. Selch (2000), S. 364.

<sup>373</sup> Da die Befreiungsbestimmung § 264 Abs. 3 HGB nur allein für Kapitalgesellschaften Anwendung findet, wurde mit dem KapCoRiLiG eine dieser Regelung entsprechende Befreiungsbestimmung für Personenhandelsgesellschaften geschaffen, wonach mit 264b HGB i.d.F. KapCoRiLi die spezifischen Besonderheiten der Personenhandelsgesellschaften berücksichtigt werden. Vgl. Bitter/Grashoff (2000), S. 2286.

<sup>374</sup> BGBl. I 2004, S. 3166-3182.

<sup>375</sup> Vgl. Kaiser (2005), S. 405.

<sup>376</sup> Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 vom 19. Juli 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards, in: Abl. EG Nr. L 243 vom 11.9.2002.

<sup>377</sup> RL 2003/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13.5.2003 zur Änderung der Richtlinie 78/660/EWG über den Jahresabschluss von Gesellschaften

Richtlinie<sup>378</sup> und der Modernisierungsrichtlinie<sup>379</sup> in deutsches Recht umgesetzt. Zudem steht das BilReG im Zusammenhang mit diversen Gesetzgebungsinitiativen im Rahmen des von der Bundesregierung veröffentlichten 10-Punkte-Programms zur Verbesserung der Unternehmensintegrität und des Anlegerschutzes<sup>380</sup>, das im Februar 2003 durch einen Maßnahmenkatalog konkretisiert wurde.<sup>381</sup>

Durch die Umsetzung der IAS-Verordnung wurde die Verpflichtung zur Anwendung der International Financial Reporting Standards (IFRS) im Konzernabschluss für kapitalmarktorientierte Mutterunternehmen sowie die Mitgliedstaatenwahlrechte zur Anwendung der IFRS umgesetzt.<sup>382</sup> Die Aufstellungspflicht zum Konzernlagebericht nach HGB gilt hingegen auch für die zur Aufstellung des Konzernabschlusses nach IFRS verpflichteten Unternehmen nach § 315 a Abs. 1 HGB i.d.F. d. BilReG unverändert.<sup>383</sup> Ebenso gilt die Aufstellungspflicht zum handelsrechtlichen Konzernlagebericht nach § 315 a Abs. 3 HGB i.d.F. d. BilReG auch für freiwillige IFRS-Anwender in Form von nichtkapitalmarktorientierten Mutterunternehmen.

---

bestimmter Rechtsformen hinsichtlich der in Euro ausgedrückten Beträge, ABl. L 120/22-L 20/23 vom 15.5.2003.

<sup>378</sup> Richtlinie 2001/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. September 2001 zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG, 83/349/EWG des Rates im Hinblick auf die im Jahresabschluss bzw. im konsolidierten Abschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen und von Banken und anderen Finanzinstituten zulässigen Wertansätze, in: ABl. L 283 vom 27.10.2001.

<sup>379</sup> Richtlinie 2003/51/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2003 zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG, 83/349/EWG, 86/635/EWG und 91/674/EWG über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen, von Banken und anderen Finanzinstituten sowie von Versicherungsunternehmen, in: Abl. EU Nr. L 178 vom 17.7.2003. Vgl. ausführlich zur Notwendigkeit und Zielsetzung der Modernisierungsrichtlinie, Kirsch/Scheele (2004), S. 2 ff.

<sup>380</sup> Zu den Auswirkungen des 10-Punkte-Programms auf das Bilanzrecht vgl. Ernst (2003), S. 1487-1491.

<sup>381</sup> Vgl. Wendland/Knorr (2005), S. 53; Pflitzer/Oser/Orth (2004), S. 2593.

<sup>382</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/3419, S. 21. Zur Umsetzung der IAS-Verordnung vgl. ausführlich: Mujkanovic (2005), S. 146-154; Krawitz/Hartmann (2006), S. 1262ff.

<sup>383</sup> Vgl. Mujkanovic (2005), S. 148.

Änderungen hinsichtlich der Lageberichterstattung ergeben sich aus der Umsetzung der Modernisierungsrichtlinie, wodurch laut der Regierungsbegründung der Informationsgehalt der Lageberichte sowie deren Vergleichbarkeit verbessert werden soll, und der Fair-Value-Richtlinie mit Regelungen zu der Finanzinstrumente betreffenden Risikoberichterstattung.<sup>384</sup> Kern dieser Änderungen besteht in der geforderten Analyse des Geschäftsverlaufs, einer Erweiterung der zukunftsorientierten Lageberichterstattung sowie in Ergänzung um bestimmte risikospezifische Angaben bei der Verwendung von Finanzinstrumenten.<sup>385</sup>

Nachstehende Übersicht stellt die inhaltlichen Vorschriften des § 289<sup>386</sup> nach altem Recht den Neuregelungen durch das BilReG gegenüber:

<b>Veränderung der Vorschriften zum Inhalt des Lageberichts nach dem BilReG</b>			
Absatz		§ 289 HGB a.F.	§ 289 HGB i.d.F. des BilReG
Absatz 1		Im Lagebericht sind zumindest der Geschäftsverlauf und die Lage der Kapitalgesellschaft so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird; dabei ist auch auf die Risiken der künftigen Entwicklung einzugehen.	Im Lagebericht sind der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Kapitalgesellschaft so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Er hat eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang und der Komplexität der Geschäftstätigkeit entsprechende Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft zu enthalten. In die Analyse sind die für die Geschäftstätigkeit bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren einzubeziehen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss ausgewiesenen Beträge und Angaben zu erläutern. Ferner ist im Lagebericht die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zu beurteilen und zu erläutern; zugrunde liegende Annahmen sind anzugeben.

<sup>384</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/3419, S. 30.

<sup>385</sup> Vgl. Kaiser (2005), S. 405.

<sup>386</sup> Für § 315 erfolgten analoge Änderungen mit Ausnahme, dass im Konzernlagebericht von allen Unternehmen die nicht-finanziellen Leistungsindikatoren einzubeziehen sind.

Absatz 2		Der Lagebericht soll auch eingehen auf:	
	Nr. 1	die Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind;	
	Nr. 2	die voraussichtliche Entwicklung der Kapitalgesellschaft	a) die Risikomanagementziele und -methoden der Gesellschaft einschließlich ihrer Methoden zur Absicherung aller wichtigen Arten von Transaktionen, die im Rahmen der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften erfasst werden, sowie
			b) die Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie die Risiken aus Zahlungsschwankungen, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist,
			Jeweils in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten durch die Gesellschaft und sofern dies für die Beurteilung der Lage oder der voraussichtlichen Entwicklung von Bedeutung ist.
	Nr. 3	den Bereich Forschung und Entwicklung;	
	Nr. 4	bestehende Zweigniederlassungen der Gesellschaft.	
Absatz 3		- kein Absatz -	bei einer großen Kapitalgesellschaft (§ 267 Abs. 3) gilt Absatz 1 Satz 3 entsprechend für nichtfinanzielle Leistungsindikatoren, wie Informationen über Umwelt- und Arbeitnehmerbelange, soweit sie für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage von Bedeutung sind.

**Tabelle 2: Veränderung der Vorschriften zum Inhalt des Lageberichts nach dem BilReG**

Quelle: In Anlehnung an Kaiser (2005), S. 406.

Die wesentlichen Änderungen des § 289 Abs. 1 HGB i.d.F. des BilReG erfolgen im Rahmen der Umsetzung von Vorgaben des durch die Modernisierungsricht-

linie geänderten Artikel 46 der Bilanzrichtlinie<sup>387</sup>, wobei z.T. über diese hinausgegangen wird.<sup>388</sup>

§ 289 Abs. 1 Satz 1 HGB i.d.F. d. BilReG ist explizit um die Einbeziehung des Geschäftsergebnisses erweitert worden. Anders als in Art. 46 Abs. 1a der Bilanzrichtlinie i.d.F. d. Modernisierungsrichtlinie vorgesehen, sieht der Gesetzgeber das Geschäftsergebnis nicht gleichberechtigt neben dem Geschäftsverlauf und der Lage,<sup>389</sup> sondern interpretiert – wie in der Regierungsbegründung ausgeführt – das Geschäftsergebnis als ein Element des Geschäftsverlaufs.<sup>390</sup>

Dies wird durch die Formulierung „Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses“ verdeutlicht.<sup>391</sup> Allerdings kann der Einbeziehung des Geschäftsergebnisses ein klarstellender Charakter beigemessen werden, da bereits nach davor gültigem Recht eine Bezugnahme auf das Geschäftsergebnis und die sie bestimmenden wesentlichen wirtschaftlichen Einflussfaktoren im Rahmen der vergangenheitsorientierten, zeitraumbezogenen Darstellung des Geschäftsverlaufs erforderlich war,<sup>392</sup> auch wenn diese Angabe nicht stets als zwingend erforderlich gesehen wurde.<sup>393</sup>

Die Erweiterung um die Sätze 2 und 3 beinhaltet die Pflicht, eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang und der Komplexität der Geschäftstätigkeit entsprechende Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft zu enthalten. In diese Analyse sind die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren einzubeziehen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss ausgewiesenen Beträge und Angaben zu erläutern. Zusätzlich müssen große Kapitalgesellschaften nach § 289 Abs. 3 HGB auch nichtfinanzielle Leistungsindikatoren einbeziehen, während dies bei den Vorschriften des Konzernlagebe-

<sup>387</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/3419, S. 30.

<sup>388</sup> Vgl. Kaiser (2005), S. 406.

<sup>389</sup> Vgl. Paetzmann (2009), Rn. 18; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 765.

<sup>390</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/3419, S. 30.

<sup>391</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 765.

<sup>392</sup> Vgl. Pfitzer/Oser/Orth (2004), S. 2597 mit Nennung von Kirsch/Scheele (2004), S. 7, die das Jahresergebnis als impliziten Bestandteil der Lageberichterstattung über die (Ertrags-)Lage sehen.

<sup>393</sup> Vgl. Pfitzer/Oser/Orth (2004), S. 2597 mit Nennung von ADS (1995), Rn. 6 und deren Ausführungen, dass eine Berichterstattung „insbesondere dann erforderlich sein“ wird, „wenn das Jahresergebnis signifikante Änderungen erfahren hat“.

richts nach § 315 Abs. 1 HGB für alle Unternehmen gilt. Mit dieser Neufassung hat der Wirtschaftsbericht (§ 289 Abs. 1 Satz 1 bis 3 HGB) eine deutliche inhaltliche Erweiterung erfahren.<sup>394</sup> So wurden „zentrale Anforderungen kodifiziert, die im Schrifttum seit einigen Jahren unter den Stichwörtern Business bzw. Value Reporting diskutiert werden.“<sup>395</sup>

Der durch das KonTraG eingeführte Risikobericht wurde in Satz 4 verlagert und so mit dem bisher in § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB kodifizierten Prognosebericht zusammengeführt. Demnach muss in der Neufassung die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken unter Angabe der zugrunde liegenden Annahmen beurteilt und erläutert werden.<sup>396</sup> Die Zusammenführung scheint insofern konsequent, als im Rahmen der Berichterstattung die oben beschriebenen Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen Risiko- und Prognoseberichterstattung aufgetreten sind.<sup>397</sup>

Hinsichtlich der Formulierung wurde der Begriff „künftige“ auf „voraussichtliche Entwicklung“ geändert. Dies kann allerdings als sprachliche Präzisierung aufgefasst werden, die insofern treffender ist, als zwar die erwartete oder voraus-

<sup>394</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 73.

<sup>395</sup> Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 73 mit Nennung von: Arbeitskreis „Externe Unternehmensrechnung“ der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft (2002), S. 2337-2340; Baetge/Noelle (2001), S. 174-180; Baetge/Heumann (2006), S. 39-47; Böcking/Wesner (2004), S. 98, 102-105; Günther/Beyer (2001), S. 1623, 1624-1630; Halter/Dietrich (2001a), S. 164-174; Ruhwedel/Schultze (2002), S. 602, 605-629; Schultze/Fink/Straub (2007), S. 563-571. Für aktuelle Erkenntnisse zur Relevanz der wertorientierten Berichterstattung vgl. Laier/Quick (2012), S. 264-271, die aufgrund von Experteninterviews mit Leitern der Investors-Relations-Abteilungen der DAX30 Konzerne den Schluss ziehen, dass die Wertorientierung in der Berichterstattung als nicht mehr bedeutend wie vor zehn Jahren erachtet wird, sondern wertorientierte Informationen meistens als Zusatzinformationen zur Erhöhung der Transparenz veröffentlicht werden. Vgl. Laier/Quick (2012), S. 271.

<sup>396</sup> Ausgehend von dieser Änderung erfolgte eine entsprechende Erweiterung der Prüfungspflichten auf die Chancen, wonach gemäß § 317 Abs. 2 Satz 2 HGB i.d.F. d. BilReG auch geprüft werden muss, „ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt werden“. Ferner muss im Bestätigungsvermerk bei der Beurteilung des Prüfungsergebnisses nach § 322 Abs. 6 Satz 2 HGB i.d.F. d. BilReG auch darauf eingegangen werden, „ob die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.“ Für den Prüfungsbericht nach § 321 HGB i.d.F. d. BilReG enthält das BilReG keine chancenspezifischen Änderungen, welche aufgrund der in § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB i.d.F. d. BilReG geforderten Stellungnahme des Abschlussprüfers nicht erforderlich ist. Vgl. Kaiser (2005), S. 2312.

<sup>397</sup> Vgl. Pfitzer/Oser/Orth (2004), S. 2597.

sichtliche Entwicklung, aber nicht die tatsächliche künftige Entwicklung dargestellt werden kann.<sup>398</sup>

Eine weitere Erweiterung der Berichtspflichten erfolgte mit § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB hinsichtlich der Risikomanagementziele und –methoden sowie die Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie die Risiken aus Zahlungstromschwankungen in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten und sofern dies für die Beurteilung der Lage oder der voraussichtlichen Entwicklung von Bedeutung ist.

Im Rahmen des BilReG ist das in § 289 Abs. 1 Satz 1 HGB a.F. enthalten gewesene Wort „zumindest“ gestrichen worden. Bisher sollte dadurch verdeutlicht werden, dass das Gesetz lediglich den Mindestumfang des Lageberichts vorgibt.<sup>399</sup> Allerdings kann hieraus keine abschließende Regelung des Gesetzes abgeleitet werden, da in der Regierungsbegründung in diesem Zusammenhang nur von redaktionellen Vereinfachungen<sup>400</sup> gesprochen wird und das Wort „zumindest“ auch weiterhin in der EG-Richtlinie enthalten ist.<sup>401</sup> Vielmehr sind auch weiterhin freiwillige Zusatzinformationen im Lagebericht zulässig.<sup>402</sup>

Während im Gesetzesentwurf in § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB i.d.F. des BilReG-E noch eine über die Vorgaben der geänderten EG-Bilanzrichtlinie hinausgehende<sup>403</sup> Berichtspflicht hinsichtlich der wesentlichen Ziele und Strategien der gesetzlichen Vertreter für die Kapitalgesellschaft gefordert wurde, ist diese Forderung nicht in das Gesetz aufgenommen worden.

Die Ausführungen in der Regierungsbegründung zum Gesetzesentwurf sahen vor, dass die Ziele und Strategien in ihren wesentlichen Elementen darzustellen waren, „wie dies dem international üblichen Verständnis einer Analyse der Ge-

---

<sup>398</sup> Vgl. Hartmann (2006), S. 111.

<sup>399</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 29.

<sup>400</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/3419, S. 30.

<sup>401</sup> Vgl. Kajüter (2004a), S. 200.

<sup>402</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 44 m.w.N.; Kajüter (2004a), S. 200.

<sup>403</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/3419, S. 30.

schäftsentwicklung und Lage aus der Sicht des Management entspricht“.<sup>404</sup> Nicht gefordert waren hingegen Detailangaben – eine Darstellung der übergeordneten Unternehmensstrategie, die für die Adressaten entscheidungsrelevant ist, wurde als ausreichend angesehen.<sup>405</sup> Die Streichung dieser Forderung wird in der Beschlussempfehlung und dem Bericht des Rechtsausschusses damit begründet, dass eine Darstellung der wesentlichen Ziele und Strategien eines Unternehmens im Lagebericht nicht für erforderlich gehalten werde, „da die Unternehmen hierzu keine konkreten Angaben machen werden und möglicherweise auch nicht machen können. Somit werden sich aus entsprechenden Anforderungen keine wesentlichen zusätzlichen Informationen über das Unternehmen ergeben“.<sup>406</sup> Demzufolge wurde der Verzicht auf diese Forderung „lediglich mit einer allgemeinen Vermutung begründet, ohne dass die Notwendigkeit einer solchen Berichterstattung grundsätzlich infrage gestellt wurde.“<sup>407</sup> Ob die Streichung der entsprechenden Angaben nicht zu einem Informationsverlust der Adressaten führt, ist allerdings nicht unumstritten.<sup>408</sup> Angaben zu den Zielen und Strategien können der Identifikation wichtiger Treibergrößen für die zukünftige Entwicklung des Unternehmens dienen und zudem für die Plausibilisierung der Strategiewahl, der Beurteilung des Zielerreichungsgrades<sup>409</sup> sowie der Erklärung etwaiger Soll-Ist-Abweichungen genutzt werden.<sup>410</sup> Unter Berücksichtigung des Hinweises, dass die Darstellung der übergeordneten Unternehmensstrategie ausreichen würde, hätte sich durch entsprechende Konkretisierungen im Zusammenspiel mit Unternehmen, Wirtschaftsprüfer und Wissenschaft eine entsprechende Ausfüllung des Begriffs der Ziele und Strategien ergeben kön-

---

<sup>404</sup> BT-Drucksache 15/3419, S. 30.

<sup>405</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/3419, S. 30.

<sup>406</sup> Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 15/3419 – Entwurf eines Gesetzes zur Einführung internationaler Rechnungslegungsstandards und zur Sicherung der Qualität der Abschlussprüfung (Bilanzrechtsreformgesetz – BilReG), BT-Drucksache 15/4054, S. 37 f.

<sup>407</sup> Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 105.

<sup>408</sup> Vgl. Kaiser (2005), S. 408.

<sup>409</sup> Vgl. Fink/Keck (2004), S. 1085.

<sup>410</sup> Vgl. Fink/Keck (2004), S. 1085; Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 105.1.

nen, die trotz des erhöhten Informationsgehalts auch keine Gefahr der Preisgabe von Detailinformationen an Wettbewerber dargestellt hätte.<sup>411</sup>

### II.3.4.2 DRS 15

Bereits vor Veröffentlichung des Referentenentwurfs zum BilReG wurde seitens des Deutschen Standardisierungsrates (DSR) am 13.11.2003 ein Erstentwurf für einen deutschen Rechnungslegungs Standard zur Lageberichterstattung (E-DRS 20) veröffentlicht.<sup>412</sup> Am 20.07. 2004 wurde eine überarbeitete Version des E-DRS 20 veröffentlicht, worauf die Verabschiedung als **DRS 15** am 07.12.2004 und eine Bekanntmachung seitens des BMJ im Bundesanzeiger am 26.02.2005 folgte.

DRS 15 dient der Konkretisierung der Anforderungen an die Lageberichterstattung von Konzernen gemäß § 315 HGB (DRS 15.1), wobei seine Anwendung auf den Lagebericht nach § 289 HGB empfohlen wird (DRS 15.5).

DRS 15 ist der erste Standard, auf den der Gesetzgeber in der Gesetzesbegründung explizit hinweist,<sup>413</sup> um die Konzernlageberichterstattung in der Praxis weiter zu vereinheitlichen und vergleichen zu können.<sup>414</sup> So sollen mit dem DRS 15 die großen Unterschiede in Umfang, Inhalt und Struktur der Lageberichterstattung der deutschen Unternehmen reduziert und die Aussagekraft angehoben werden.<sup>415</sup>

Der Aufbau des Standards sieht einen verpflichtenden Teil und einen Empfehlungsteil vor.<sup>416</sup> Die ersten Regelungen umfassen Zielsetzungen und Geltungsbereich, Definitionen und Grundsätze. Der weitere Aufbau entspricht der empfohlenen Gliederung in die sieben nachfolgenden Berichtsteile:

---

<sup>411</sup> Vgl. Kaiser (2005), S. 408.

<sup>412</sup> Ausführlich zum E-DRS 20 vgl. Kirsch/Scheele (2003), S. 2733-2739.

<sup>413</sup> Vgl. Böcking (2005), S. 6.

<sup>414</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/3419, S. 33.

<sup>415</sup> Vgl. E-DRS 20, Anhang C, C1, S. 29.

<sup>416</sup> In der Fassung von 2004 regelt Tz. 1-92 den verpflichtenden Teil und Tz. 93-123 den Empfehlungsteil. Nach der Überarbeitung im Jahr 2009 ist der verpflichtende Teil von Tz. 1-143 und der Empfehlungsteil von Tz. 144-180 geregelt.

1. Geschäft und Rahmenbedingungen
2. Ertragslage
3. Finanzlage
4. Vermögenslage
5. Nachtragsbericht
6. Risikobericht
7. Prognosebericht.

### II.3.4.2.1 Grundsätze

Der Konzernlagebericht soll als Instrument einer wert- und zukunftsorientierten Berichterstattung ausgebaut werden, der die Prognose über die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens erleichtert.<sup>417</sup> Diesen Zielsetzungen dienen die in DRS 15 normierten Grundsätze der Lageberichterstattung<sup>418</sup>. Die Grundsätze der **Vollständigkeit**, der **Verlässlichkeit**, der **Klarheit und Übersichtlichkeit**, der **Vermittlung der Sicht der Unternehmensleitung** und der **Konzentration auf nachhaltige Wertschaffung**.<sup>419</sup>

Diese Grundsätze umfassen im Wesentlichen die davor im Schrifttum entwickelten GoL, teilweise gehen sie aber auch darüber hinaus.<sup>420</sup> Nachstehende Gegenüberstellung zeigt die Grundsätze nach DRS 15 und die von Baetge/Fischer/Paskert entwickelten GoL.<sup>421</sup>

<sup>417</sup> Vgl. E-DRS 20, Anhang C, C2, S. 29.

<sup>418</sup> Vgl. Buchheim/Knorr (2006), S. 416.

<sup>419</sup> Vgl. DRS 15 Tz. 9-35. Die Regelungen zu den Grundsätzen i.d.F.d. Jahres 2004 sind mit Ausnahme der Tz. 20 (Trennung des Konzernlageberichts vom Jahresabschluss und den übrigen veröffentlichten Informationen) sowie den Tz. 31 und 32 zu den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren nach der Überarbeitung im Jahre 2009 unverändert geblieben.

<sup>420</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2003), S. 2734; Prigge (2006), S. 41.

<sup>421</sup> Zu den GoL nach Baetge/Fischer/Paskert siehe Kapitel II.2.3.

DRS 15	Baetge/Fischer/Paskert
Grundsatz der Vollständigkeit	Grundsatz der Vollständigkeit, Grundsatz der Wirtschaftlichkeit bzw. Wesentlichkeit, Grundsatz der Informationsabstufung nach Art und Größe des Unternehmens
Grundsatz der Verlässlichkeit	Grundsatz der Richtigkeit
Grundsatz der Klarheit und Übersichtlichkeit	Grundsatz der Klarheit, Grundsatz der Vergleichbarkeit
Grundsatz der Sicht der Unternehmensleitung	
Grundsatz der Konzentration auf nachhaltige Wertschaffung	
	Grundsatz der Vorsicht (mit Änderung der §§ 289 und 315 HGB durch das BilReG aufgehoben)

**Abbildung 3: Grundsätze ordnungsmäßiger Lageberichterstattung**

Quelle: Prigge (2006), S. 41.

Der Grundsatz der **Vollständigkeit** ist in DRS 15 umfassender dargestellt als bei Baetge/Fischer/Paskert, sodass deren Grundsätze der Wirtschaftlichkeit bzw. Wesentlichkeit und der Informationsabstufung nach Art und Größe des Unternehmens ebenfalls unter dem Grundsatz der Vollständigkeit nach DRS 15 subsumiert werden können.<sup>422</sup> So muss nach DRS 15.9 über sämtliche Informationen für die Beurteilung des Geschäftsverlaufs, der Lage sowie der voraussichtlichen Entwicklung unter Einfluss der wesentlichen Chancen und Risiken berichtet werden. Allerdings wurde zur Begrenzung der in der Praxis teilweise

<sup>422</sup> Vgl. Prigge (2006), S. 41.

zu beobachtenden Informationsflut<sup>423</sup> ein Wesentlichkeitsgrundsatz eingefügt, „der den Detaillierungsgrad der Informationen vom Charakter der Geschäftstätigkeit sowie des Unternehmensumfeld abhängig macht.“<sup>424</sup> Dementsprechend muss aufgrund der Erfordernis, entscheidungsrelevante Informationen zu vermitteln, eine Konzentration auf das Wesentliche erfolgen (Tz. 10) und der Detaillierungsgrad der Informationen an den konkreten Gegebenheiten des Konzerns ausgerichtet werden (Tz. 11).

Der Grundsatz der Verlässlichkeit (DRS 15.14-19) entspricht inhaltlich dem Grundsatz der Richtigkeit nach Baetge/Fischer/Paskert. Die Begriffsverwendung der Verlässlichkeit erscheint insoweit angebracht, als im Konzernlagebericht neben intersubjektiv nachprüfbaren Tatsachenangaben auch Angaben über die erwartete Entwicklung in Form von Annahmen und Schlussfolgerungen enthalten sein müssen, welche nicht als „richtig“ eingestuft werden können.<sup>425</sup>

So müssen nach DRS 15 Informationen zutreffend und nachvollziehbar (Tz. 14), plausibel, konsistent und widerspruchsfrei gegenüber dem Konzernabschluss sein sowie stichtagsbezogene und zukunftsbezogene Informationen getrennt werden (Tz. 15). Bei letzteren müssen die Prämissen offengelegt (Tz. 16) und auf Unsicherheiten hingewiesen werden (Tz. 17).

Dem Grundsatz der **Klarheit und Übersichtlichkeit** nach DRS 15 kann neben dem Grundsatz der Klarheit zudem der Grundsatz der Vergleichbarkeit nach Baetge/Fischer/Paskert zugeordnet werden.<sup>426</sup> Die Lageberichterstattung muss in Systematik und Darstellungsform stetig fortgeführt werden (Tz. 23), die Informationen müssen sachlich, zeitlich und formal vergleichbar sein (Tz. 24). DRS 15 enthält in diesem Kontext zwei Darstellungsempfehlungen: Einerseits sollten, im Gegensatz zur Berichtspraxis und der explizit in der Modernisierungsrichtlinie gewährten Option<sup>427</sup>, Konzernlagebericht und Lagebericht des

<sup>423</sup> Vgl. E-DRS 20, Stand 2003, Anhang, C9.

<sup>424</sup> Buchheim/Knorr (2006), S. 416.

<sup>425</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 56.

<sup>426</sup> Vgl. Prigge (2006), S. 39.

<sup>427</sup> Vgl. Richtlinie 2003/51/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18.06.2003, Art. 2, Tz. 10.

Mutterunternehmens nicht zu einem Bericht zusammengefasst werden (Tz. 21) und andererseits sollte der Lagebericht der Gliederungsempfehlung gemäß Tz. 93 folgen.<sup>428</sup>

Der Gliederungsempfehlung des DRS 15 könnte allerdings entgegengebracht werden, dass trotz der Vorteilhaftigkeit einer erhöhten formalen Vergleichbarkeit eine vereinheitlichte Gliederung zu Lasten der unternehmensindividuellen Berichterstattung ausfallen könnte.<sup>429</sup> Vielmehr ergeben sich in Abhängigkeit von den jeweiligen Entwicklungen für den Großteil der Unternehmen andere Schwerpunkte in der Berichterstattung,<sup>430</sup> wodurch alternative Gliederungen, z.B. nach Unternehmensteilen, vorteilhafter sein könnten.<sup>431</sup>

Die Grundsätze der Vermittlung der Sicht der Unternehmensleitung (Tz. 28 und 29) sowie Konzentration auf Nachhaltige Wertschaffung (Tz. 30-35) sind bisher im Schrifttum nicht explizit genannt worden.<sup>432</sup> Mit dem Grundsatz der **Vermittlung der Sicht der Unternehmensleitung** wurde der sogenannte „management approach“ in den Lagebericht aufgenommen, womit eine Annäherung an das vergleichbare Berichtsinstrument MD&A der US-GAAP erfolgte.<sup>433</sup> Allerdings ergibt sich der Grundsatz der Vermittlung der Sicht der Unternehmensleitung implizit jedoch bereits daraus, dass die Unternehmensleitung zur Aufstellung des Lageberichts verpflichtet ist und sich so zwangsläufig die Verwendung deren Sicht ergibt.<sup>434</sup> Greinert fordert daher, diese zwar zutreffende, aber entbehrliche Aussage nicht als Grundsatz aufzuführen, um die Grundsätze insgesamt nicht abzuwerten.<sup>435</sup>

Der Grundsatz der **Konzentration auf nachhaltige Wertschaffung** soll die angestrebte stärkere internationale Ausrichtung der Lageberichterstattung zum Ausdruck bringen<sup>436</sup> und steht wohl im Zusammenhang dem Ziel des DSR, wo-

<sup>428</sup> Vgl. Fink/Keck (2005), S. 140.

<sup>429</sup> Vgl. Fink/Keck (2004), S. 1084.

<sup>430</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 56.

<sup>431</sup> Vgl. Fink/Keck (2004), S. 1084 f.

<sup>432</sup> Vgl. Prigge (2006), S. 39.

<sup>433</sup> Vgl. Fink/Keck (2005), S. 140.

<sup>434</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 56.

<sup>435</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 56.

<sup>436</sup> Vgl. Prigge (2006), S. 40.

nach der Lagebericht „als Instrument einer wert- und zukunftsorientierten Berichterstattung ausgebaut werden“<sup>437</sup> soll.<sup>438</sup> Nach DRS 15.30 „sind alle zum Berichtszeitpunkt bekannten Ereignisse, Entscheidungen und Faktoren anzugeben und zu erläutern, die aus Sicht der Unternehmensleitung einen wesentlichen Einfluss auf die weitere Wertentwicklung des Unternehmens haben können.“ Kritik an diesem Grundsatz resultiert zum einen aufgrund der unterbliebenen Definition des Begriffs „Wert“ zum anderen aufgrund der fehlenden gesetzlichen Rechtsgrundlage für eine Formulierung im Sinne einer Berichtspflicht („sind“/„ist“).<sup>439</sup>

Den vom Gesetzgeber im Rahmen der Analyse der Geschäftstätigkeit nach § 289 Abs. 1 Satz 3 i.V.m. Abs. 3 HGB geforderten bedeutendsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren kann jedoch unterstellt werden, dass sie sich auf den Unternehmenswert auswirken können bzw. sogar wesentliche Werttreiber darstellen.<sup>440</sup>

Nicht in den DRS 15 aufgenommen wurde der von Baetge/Fischer/Paskert entwickelte Grundsatz der **Vorsicht**.<sup>441</sup> Während vor Inkrafttreten des BilReG davon ausgegangen wurde, dass die Lage des Konzerns eher schlechter als besser darzustellen sei, um die Adressaten durch eine zu positive Darstellung in ihren Dispositionen nicht fehlzuleiten,<sup>442</sup> wurde in der Begründung des DRS 15 explizit ausgeführt, dass die Lageberichterstattung nicht an die GoB und das Vorsichtsprinzip gebunden ist.<sup>443</sup>

---

<sup>437</sup> E-DRS 20, Begründung des Entwurfs, Tz. 94.

<sup>438</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 56.

<sup>439</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 56.

<sup>440</sup> Vgl. Fink/Keck (2005), S. 140.

<sup>441</sup> Vgl. Prigge (2006), S. 39.

<sup>442</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 25 f.

<sup>443</sup> Vgl. E-DRS 20, Stand 13.11.2003, S. 31, C.12.

### II.3.4.2.2 Elemente des Lageberichts nach DRS 15

Die Angaben im Berichtsteil **Geschäft und Rahmenbedingungen** (DRS 15.36-44)<sup>444</sup> dienen einem Überblick über den Konzern, seine Geschäftstätigkeit und deren Rahmenbedingungen als Ausgangspunkt für die Analyse und die wirtschaftliche Lage. DRS 15.45-80 umfasst detaillierte Regelungen zur Darstellung über die **Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage**, die mit einer Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage des Konzerns zum Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernlageberichts abzuschließen ist (DRS 15.49). Im **Nachtragsbericht** (DRS 15.81-82) sind die Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, anzugeben und ihre erwarteten Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage zu erläutern. Hinsichtlich der **Risikoberichterstattung** wird in DRS 15.83 i.d.F. 2004<sup>445</sup> auf die Regelungen des DRS 5 (für Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute in DRS 5–10 und für Versicherungsunternehmen in DRS 5–20) verwiesen. Die Regelungen des **Prognoseberichts** (DRS 15.84-91 i.d.F. 2004<sup>446</sup>) fordern eine Beurteilung und Erläuterung der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns für die nächsten zwei Jahre.

Aus dem Verweis in DRS 15.83 i.d.F. 2004 auf die Regelungen des DRS 5 resultierten zunächst Inkonsistenzen, da in DRS 15 eine ausgewogene Berichterstattung über Risiken und Chancen gefordert wurde (DRS 15.14), DRS 5 hingegen einseitig negativ orientiert war.<sup>447</sup> Mit dem am 15.07.2005 verabschiedeten und am 31.08.2005 im Bundesanzeiger veröffentlichten Deutschen Änderungsstandard 3 (DRÄS 3) hat der DSR diese Inkonsistenzen beseitigt, jedoch ohne dabei DRS 5 in DRS 15 zu integrieren und somit einen umfassenden Standard für den Konzernlagebericht zu schaffen.<sup>448</sup> Somit wurden die Chancen

<sup>444</sup> Die Zuordnung der Textziffern zu den Elementen des Lageberichts ist nach der Überarbeitung des DRS 15 im Jahre 2009 mit Ausnahme der Textziffern zur Risiko- und Prognoseberichterstattung erhalten geblieben.

<sup>445</sup> Nach der Überarbeitung des DRS 15 ist dieser Verweis in DRS 15.91 geregelt.

<sup>446</sup> Nach der Überarbeitung des DRS 15 ist der Teilbericht „Bericht zur voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Chancen- und Risikobericht)“ in Tz. 83-92 geregelt.

<sup>447</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2005), S. 1153.

<sup>448</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2005), S. 1153.

explizit dem Prognosebericht nach DRS 15 zugeordnet, während bei der Berichterstattung über die Risiken der zukünftigen Entwicklung weiterhin die Regelungen nach DRS 5 zu beachten sind.<sup>449</sup>

Nach DRS 15.91 i.d.F. 2004 hatte aus Gründen der Klarheit die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung geschlossen und getrennt von der Risikoberichterstattung zu erfolgen.<sup>450</sup> Vor dem Hintergrund der Zusammenführung von Prognose und Risikobericht im Gesetzestext wurde die in DRS 15 zunächst beibehaltene Trennung dieser Berichtsteile in der Literatur vielfach kritisiert.<sup>451</sup> Dies wurde im Schrifttum als im Widerspruch zum Gesetzestext stehend und nicht zweckmäßig angesehen.<sup>452</sup> Kirsch/Scheele folgerten, dass der DSR damit die Intention des Gesetzgebers konterkariere, die zukunftsorientierte Berichterstattung in einem Berichtsteil zu bündeln.<sup>453</sup> Zudem führe diese Inkonsistenz zu Unsicherheiten bei den berichtenden Unternehmen, ob der Aufbau des Lageberichts nach § 315 HGB oder nach DRS 15 zu erfolgen hatte.<sup>454</sup>

### II.3.4.3 Weitere Entwicklung bis 2009

Auf die Verabschiedung des DRS 15 folgten zwei **Verlautbarungen des IDW** in Form der IDW-Rechnungslegungshinweise: Anhangangaben nach § 285 Satz 1 Nr. 18 und 19 HGB sowie Lageberichterstattung nach § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB in der Fassung des BilReG (**IDW RH HFA 1.005**) und IDW-

<sup>449</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2005), S. 1153.

<sup>450</sup> Die geforderte Trennung des Prognose- und Risikoberichts wurde mit Überarbeitung des DRS 15 jedoch aufgehoben.

<sup>451</sup> Vgl. z.B. Kirsch/Scheele (2005), S. 1154; Fink/Keck (2005), S. 144; Pfitzer/Oser/Orth (2004), S. 2597. Buchheim/Knorr sehen die Gründe für eine getrennte Berichterstattung neben der genannten Wahrung der Klarheit und einer besonderen Warnfunktion des Risikoberichts auch in den separaten Regelungen der konkretisierenden Vorgaben zu den Finanzrisiken in § 315 Abs. 2 HGB, die nicht wie die allgemeinen Risiken zusammen mit den Chancen in Absatz 1 Satz 5 aufgenommen wurden. Ferner sei eine gesetzgeberische Absicht der Zusammenfassung des Risiko- und Prognoseberichts nicht aus der Begründung des Gesetzesentwurfs zu entnehmen. Vgl. Buchheim/Knorr (2006), S. 421.

<sup>452</sup> Vgl. z.B. Krawitz/Hartmann (2006), S. 1265.

<sup>453</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2005), S. 1154.

<sup>454</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2005), S. 1154.

Rechnungslegungshinweis: Lageberichterstattung nach § 289 Abs. 1 und 3 HGB bzw. § 315 Abs. 1 HGB in der Fassung des BilReG (**IDW RH HFA 1.007**). Im Rahmen des Gesetzes über die Offenlegung der Vorstandsvergütungen (**Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetz – VorstOG**) vom 03.08.2005<sup>455</sup> erfolgte eine Erweiterung des Lageberichts um den sogenannten **Vergütungsbericht**. Nach § 289 Abs. 2 Nr. 5 Satz 1 bzw. § 315 Abs. 2 Nr. 4 Satz 1 HGB i.d.F. d. VorstOG sind börsennotierte Aktiengesellschaften verpflichtet, über die Grundzüge des Vergütungssystems der Gesellschaft für die in § 285 Nr. 9 bzw. § 315 Abs. 1 Nr. 6 HGB i.d.F. d. VorstOG genannten Bezüge zu berichten. Die Angaben sollen laut der Regierungsbegründung der Erläuterung und damit dem besseren Verständnis hinsichtlich der einzelnen Vergütungsparameter und der Zusammensetzung der Vorstandsbezüge einschließlich bestehender Anreizpläne dienen.<sup>456</sup>

Die Einordnung dieser Vorgaben in den Lagebericht und nicht in den Anhang erfolgte vor dem Hintergrund, dass es sich um die Erläuterung langfristig angelegter Vergütungssysteme handelt, die von grundsätzlicher Bedeutung für die Lage des Unternehmens sind.<sup>457</sup>

Zu Konkretisierungszwecken erfolgte seitens des HFA die Veröffentlichung des **IDW ERS HFA 20**<sup>458</sup>, der aber aufgrund der Veröffentlichung des DRS 17 „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“ wieder zurückgezogen wurde.<sup>459</sup>

---

<sup>455</sup> Gesetz über die Offenlegung der Vorstandsvergütungen (Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetz – VorstOG) vom 03.08.2005, BGBl. I 2005, ausgegeben am 10.08.2005, S. 2267 f. Zum Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetz vgl. ausführlich: Fleischer (2005), S. 1611-1617.

<sup>456</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/1577, S. 8. Kritisch zur Einführung des VorstOG: Vgl. Fallgatter (2006), S. 207-210, der aus betriebswirtschaftlicher Perspektive in der Gesetzesänderung keine positiven anreiztheoretischen Wirkungen erkennt.

<sup>457</sup> BT-Drucksache 15/1577, S. 8.

<sup>458</sup> Entwurf IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Berichterstattung nach § 285 Satz 1 Nr. 9a bzw. § 314 Abs. 1 Nr. 6a HGB über die Vergütung der Organmitglieder (IDW ERS HFA 20), Vgl. IDW (2007), S. 98–103.

<sup>459</sup> Vgl. Büchel/Semjonow (2008), S. 1143.

Weitere Änderungen der Lageberichterstattung ergaben sich aus der Umsetzung der Übernahmerichtlinie<sup>460</sup> durch das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2004/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 betreffend Übernahmeangebote (**Übernahmerichtlinie-Umsetzungsgesetz – ÜRUG**)<sup>461</sup> vom 08.07.2006.

Vor dem Hintergrund einer „Eins zu Eins“ Umsetzung der Übernahmerichtlinie<sup>462</sup> wurde entsprechend Artikel 10 der Übernahmerichtlinie die Verpflichtung zur Offenlegung von Übernahmehindernissen im Lagebericht börsennotierter Gesellschaften<sup>463</sup> durch Erweiterung des § 289 HGB um einen Absatz 4 umgesetzt.<sup>464</sup> Die Vorschriften gelten für Unternehmen, die einen organisierten Markt i.S.d. § 2 Abs. 7 Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz (WpÜG) durch von ihnen ausgegebene stimmberechtigte Aktien in Anspruch nehmen.<sup>465</sup>

Mit der Angabe übernahmerelevanter Informationen soll laut der Regierungsbeurteilung den Informationsbedürfnissen möglicher Bieter sowie der Anleger Rechnung getragen werden.<sup>466</sup> Durch die geforderten Angaben „sollen potenzielle Bieter in die Lage versetzt werden, sich vor Abgabe eines Angebots ein umfassendes Bild über die mögliche Zielgesellschaft und ihre Struktur sowie etwaige Übernahmehindernisse zu verschaffen.“<sup>467</sup> Die umfassenden Offenlegungspflichten folgen somit einem „für das gesamte gemeinschaftsrechtliche Kapitalmarkt- und Gesellschaftsrecht prägend gewordene Publizitätsmodell des Anleger- und Marktschutzes durch Transparenz.“<sup>468</sup>

---

<sup>460</sup> Richtlinie 2004/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004, in: ABl. L 142 vom 30.4.2004.

<sup>461</sup> Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2004/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 betreffend Übernahmeangebote vom 08.07.2006, BGBl. I Nr. 31, ausgegeben am 13.07.2006, S. 1426-1433. Ausführlich zum ÜRUG: Vgl. Merkt/Binder (2006), S. 1285-1292.

<sup>462</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/1003, S. 12; Ausführlich zu den Inhalten der Übernahmerichtlinie: Vgl. Lanfermann/Maul (2004), S. 1517-1521.

<sup>463</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/1003, S. 15.

<sup>464</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/1003, S. 24.

<sup>465</sup> Vgl. ausführlich zum Kreis der angabepflichtigen Unternehmen Rabenhorst (2008), S. 140.

<sup>466</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/1003, S. 15.

<sup>467</sup> BT-Drucksache 16/1003, S. 24.

<sup>468</sup> Merkt/Binder (2006), S. 1291.

Kritik resultierte allerdings aus der Verortung der Berichtspflichten im Lagebericht aufgrund der Redundanzen zum Anhang, dessen Berichtspflichten einzelnen Angaben des § 289 Abs. 4 HGB (teilweise) entsprechen.<sup>469</sup> Daneben wurde die Verortung im Lagebericht vor dem Hintergrund in Frage gestellt, ob die Angaben eher in ein gesondertes Berichtsinstrument (z.B. in Verbindung mit den Corporate Governance Angaben)<sup>470</sup> oder eher in den Anhang verlagert werden sollten,<sup>471</sup> da es sich bei den übernahmerelevanten Angaben eher um dem Gesellschaftsrecht und der Corporate Governance als der Rechnungslegung zuzurechnende Inhalte handle,<sup>472</sup> um so einer Überfrachtung der Rechnungslegung mit zweckfremden Informationsinhalten entgegenzuwirken.<sup>473</sup>

Ausgehend von dem aus den geänderten Vorschriften resultierenden Konkretisierungsbedarfs<sup>474</sup> veröffentlichte der HFA einen Rechnungslegungshinweis **IDW RH HFA 1.008** „Berichterstattung nach § 289 Abs. 4 HGB bzw. § 315 Abs. 4 HGB i. d. F. des Übernahmerrichtlinie-Umsetzungsgesetzes“ zur Konkretisierung der eingeführten Berichtspflichten. Auch der DSR reagierte im Juli 2007 auf die Gesetzesänderungen mit dem Entwurf E-DRS 23 „Übernahmerrichtliche Angaben und Erläuterungen“, um die Vorgaben des § 315 Abs. 4 HGB i.d.F. des ÜRUG zu konkretisieren.<sup>475</sup> Nach Verabschiedung des Standards **DRS 15a „Übernahmerrichtliche Angaben und Erläuterungen im Konzernlagebericht“**, der durch das BMJ am 05.06.2008 bekannt gemacht wurde, zog der HFA den Rechnungslegungshinweis IDW RH HFA 1.008 wieder zurück.<sup>476</sup> Die Verabschiedung eines separaten Standards DRS 15a wurde seitens des DRS zum einen mit der Wahrung der Übersichtlichkeit begründet, zum anderen war zu diesem Zeitpunkt bereits eine grundlegende Überarbeitung des bestehenden

<sup>469</sup> Vgl. Rabenhorst (2008), S. 139.

<sup>470</sup> Vgl. Bischof/Selch (2008), S. 1023.

<sup>471</sup> Vgl. Rabenhorst (2008), S. 139.

<sup>472</sup> Vgl. Rabenhorst (2008), S. 139.

<sup>473</sup> Vgl. Bischof/Selch (2008), S. 1023. Grundlegend zum Verhältnis von Rechnungslegung und Corporate Governance vgl. Pellens/Crasselt/Sellhorn (2009), S. 102-113 sowie ferner zur externen Corporate Governance Berichterstattung vgl. Arbeitskreis „Externe Unternehmensrechnung“ der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft (2006), S. 1069-1071.

<sup>474</sup> Vgl. ausführlich Baetge/Brüggemann/Haenelt (2007), S. 1887-1893.

<sup>475</sup> Vgl. E-DRS 23, Tz. 1, Ausführlich zur Konkretisierung der Vorschriften durch den E-DRS 23 vgl. Baetge/Brüggemann/Haenelt (2007), S. 1887.

<sup>476</sup> Vgl. Büchel/Semjonow (2008), S. 1149.

DRS 15 vorgesehen, sodass die entsprechenden Regeln konzeptionell in den neuen DRS 15 integriert werden sollten.<sup>477</sup>

Mit den Vorschriften des VorstOG und des ÜRUG wurde die Trennungslinie zwischen Angaben des Anhangs und des Lageberichts teilweise aufgehoben.<sup>478</sup> Die darauf resultierenden Überschneidungen und Doppelangaben können allerdings insofern vermieden werden, als der Gesetzgeber im Rahmen des VorstOG erstmalig in § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB ein Ausweiswahlrecht vorgesehen hat.<sup>479</sup> Mit dem BilMoG wurde ein Ausweiswahlrecht für bestimmte Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB eingeführt,<sup>480</sup> wobei hier der Vorrang der Anhangangabe<sup>481</sup> bei Vorliegen konkurrierender Angaben deutlich wird.<sup>482</sup>

Mit Umsetzung der Transparenz-Richtlinie<sup>483</sup> durch das **Transparenzrichtlinien-Umsetzungsgesetz (TUG)**<sup>484</sup> vom 05.01.2007 wurde der § 289 Abs. 1 um einen neuen Satz 5 erweitert, der Artikel 4 Abs. 2 Buchstabe c der Transparenzrichtlinie umsetzt. Danach müssen die gesetzlichen Vertreter einer Kapitalgesellschaft i.S.d. § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB i.d.F. d. TUG versichern, dass nach bestem Wissen im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Kapitalgesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, und dass die wesentlichen Chancen und Risiken i.S.d. Satzes 4

<sup>477</sup> Vgl. E-DRS 23, Anlage: Begründung des Entwurfs, A1., S. 12.

<sup>478</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 38.

<sup>479</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 38. Nach § 289 Abs. 2 Nr. 5 HGB können die Angaben im Anhang unterbleiben, wenn sie im Lagebericht vorgenommen werden.

<sup>480</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 38.

<sup>481</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/10067, S. 77; Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 38.

<sup>482</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 18.

<sup>483</sup> Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG, in: ABl. L 390 vom 31.12.2004.

<sup>484</sup> Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz – TUG), BGBl. I Nr. 1, ausgegeben am 10.01.2007, S. 10-32.

beschrieben sind. Damit erstreckt sich der sogenannte Bilanzzeit auch auf den Lagebericht<sup>485</sup> und soll die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Inhalt des Lageberichts hervorheben.<sup>486</sup>

Im Rahmen des TUG erfuhr der Lagebericht als Pflichtbestandteil der regelmäßigen Kapitalmarktpublizität eine Aufwertung<sup>487</sup>: So besteht durch das TUG für Inlandsemittenten die Verpflichtung zur Erstellung eines Jahresfinanzberichts und ggf. Konzernfinanzberichts nach §§ 37v, 37y WpHG i.d.F. des TUG. Nach § 37 v Abs. 2 WpHG i.d.F. des TUG muss der Jahresfinanzbericht mindestens den geprüften Jahresabschluss, den Lagebericht und den Bilanzzeit enthalten. Besteht Aufstellungspflicht zum Konzernabschluss und –lagebericht, so sind auch diese sowie der entsprechende Bilanzzeit Bestandteil des Jahresfinanzberichts.<sup>488</sup> Der Halbjahresbericht nach § 37w WpHG i.d.F. des TUG, der von Unternehmen, die als Inlandsemittenten Aktien oder Schuldtitel begeben, zu erstellen ist, muss mindestens einen verkürzten Abschluss, einen Zwischenlagebericht und den sogenannten Bilanzzeit enthalten. Im Zwischenlagebericht sind nach § 37w Abs. 4 WpHG i.d.F. des TUG mindestens die wichtigsten Ereignisse des Berichtszeitraums und deren Auswirkungen auf den verkürzten Abschluss anzugeben sowie die wesentlichen Chancen und Risiken für die dem Berichtszeitraum folgenden sechs Monate des Geschäftsjahres zu beschreiben. Zudem müssen Inlandsemittenten über Geschäfte mit nahestehenden Personen entweder im Lagebericht oder im Anhang berichten.

## II.3.5 Entwicklung ab 2009

### II.3.5.1 BilMoG

Weitere Änderungen im Bilanzrecht und im Recht der Abschlussprüfung ergaben sich durch das **Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG)**<sup>489</sup> vom

<sup>485</sup> BT-Drucksache 16/2498, S. 55.

<sup>486</sup> Vgl. Hartmann (2009), S. 618.

<sup>487</sup> Vgl. Beiersdorf/Buchheim (2006b), S. 1674.

<sup>488</sup> Vgl. Beiersdorf/Buchheim (2006b), S. 1675; Bosse (2007), S. 45.

<sup>489</sup> Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts, BGBl, Teil I 2009, S. 1102-1137, ausgegeben am 28.05.2009.

Mai 2009, das vor dem Hintergrund von Punkt 4 des Maßnahmenkatalogs der Bundesregierung im Rahmen des 10-Punkte-Programms zur Stärkung der Unternehmensintegrität und Verbesserung des Anlegerschutzes entwickelt wurde.<sup>490</sup>

So sollte laut Regierungsbegründung mit dem BilMoG das Ziel verfolgt werden, das Bilanzrecht zu einer im Verhältnis zu den IFRS vollwertigen, aber kostengünstigeren und einfacheren Alternative weiterzuentwickeln, ohne dabei die Eckpunkte der HGB-Bilanzierung, d.h. Ausschüttungsbemessung und steuerliche Gewinnermittlung sowie das System der GoB, aufzugeben.<sup>491</sup> Mit der umfangreichsten Modernisierung des Handelsbilanzrechts seit Verabschiedung des Bilanzrichtlinienumsetzungsgesetz aus dem Jahre 1985 sollte eine Ausdünnung des HGB um nicht mehr zeitgemäße Vorschriften, v.a. im Bereich der Ansatz-, Bewertungs- und Ausweiswahlrechte, die die Aussagekraft, Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit des Jahresabschlusses beeinträchtigen, erreicht werden.<sup>492</sup>

Durch das BilMoG erfolgte die Umsetzung der Abänderungsrichtlinie<sup>493</sup> und der Abschlussprüferrichtlinie<sup>494</sup> in deutsches Recht: Die Abänderungsrichtlinie basiert auf dem Aktionsplan der EU zum Gesellschaftsrecht und führt zu Änderungen der Bilanz-, Konzernbilanz-, Bankbilanz- und Versicherungsbilanzrichtlinie

---

<sup>490</sup> Vgl. Erchinger/Wendholt (2008), S. 4.

<sup>491</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/10067, S. 1.

<sup>492</sup> Vgl. Erchinger/Wendholt (2008), S. 4. Ausführlich zu den Änderungen durch das BilMoG vgl. z.B. Oser/Roß/Wader/Drögemüller (2008), S. 675-694. Zu den wesentlichen Implikationen des BilMoG für die Finanzberichterstattung in Anhang und Lagebericht vgl. Zülch/Hoffmann (2010), S. 538-543, die konstatieren, dass die Berichtserfordernisse durch das BilMoG zu einer weiteren Konvergenz zwischen interner Steuerung und externem Reporting führen.

<sup>493</sup> Richtlinie 2006/46/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 zur Änderung der Richtlinien des Rates 78/660/EWG über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen, 83/349/EWG über den konsolidierten Abschluss, 86/635/EWG über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten und 91/674/EWG über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Versicherungsunternehmen, in: ABl. L 224 vom 16.08.2006, S. 1-7.

<sup>494</sup> Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen, zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 84/252/EWG des Rates, in: Abl. EU Nr. L 157, 09.06.2006, S. 87-107.

„mit dem Ziel der Stärkung des Vertrauens in die Richtigkeit, Vollständigkeit und Transparenz der Rechnungslegung und Berichterstattung der am Kapitalmarkt Beteiligten.“<sup>495</sup> Die Abschlussprüferrichtlinie resultiert aus den Harmonisierungsbestrebungen auf dem Gebiet der Abschlussprüfung, wobei sich der daraus ergebende Umsetzungsbedarf aus deutscher Sicht in überschaubarem Umfang befindet, „da die Inhalte verschiedenster EU-Vorschriften in Deutschland bereits seit geraumer Zeit zum Allgemeingut der Regulierung von Berufsstand und Abschlussprüfung gehören.“<sup>496</sup>

Hinsichtlich der Änderungen der Vorschriften des Lageberichts wurden im Zuge des BilMoG § 289 um einen 5. Absatz erweitert und ein § 289a neu in das Gesetz eingefügt.<sup>497</sup> § 289 Abs. 5 HGB i.d.F. d. BilMoG fordert von kapitalmarkt-orientierten Kapitalgesellschaften i.S.d. § 264 d HGB<sup>498</sup> die Beschreibung der **wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess**. Die korrespondierende Regelung für den Konzernlagebericht wurde in § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB i.d.F. d. BilMoG kodifiziert, wonach die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess anzugeben sind, sofern eines der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen oder das Mutterunternehmen kapitalmarktorientiert i.S.d. § 264 d HGB ist. Demnach gilt die Berichtspflicht auch für solche Mutterunternehmen, die zwar ein kapitalmarktorientiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbeziehen, aber dabei selbst den Kapitalmarkt nicht in Anspruch nehmen.<sup>499</sup> Zur Vermeidung von Doppelangaben können die Angaben zum internen Risikomanagementsystem nach § 289 Abs. 5 HGB i.d.F.

<sup>495</sup> Erchinger/Wendholt (2008), S. 4.

<sup>496</sup> Erchinger/Wendholt (2008), S. 4.

<sup>497</sup> Vgl. Strieder (2009), S. 1002.

<sup>498</sup> Mit dem durch das BilMoG ebenfalls neu eingefügten § 264 a HGB wurde die Begriffsdefinition der Kapitalmarktorientierung in das HGB eingeführt. Vgl. Strieder (2009), S. 1002.

<sup>499</sup> Vgl. Strieder (2009), S. 1003; Petersen/Zwirner (2008), S. 2099.

d. BilMoG in die Risikoberichterstattung nach § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB integriert werden.<sup>500</sup>

Nach dem neu eingeführten § 289a HGB i.d.F. d. BilMoG haben börsennotierte Aktiengesellschaften sowie Aktiengesellschaften, die ausschließlich andere Wertpapiere als Aktien zum Handel an einem organisierten Markt im Sinn des § 2 Abs. 5 des WpHG ausgegeben haben und deren ausgegebene Aktien auf eigene Veranlassung über ein multilaterales Handelssystem im Sinn des § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 8 des WpHG gehandelt werden, eine **Erklärung zur Unternehmensführung** in ihren Lagebericht aufzunehmen, die dort einen gesonderten Abschnitt bildet. Die Berichtspflichten des § 289a HGB i.d.F. d. BilMoG sind auf den Lagebericht zum Einzelabschluss beschränkt, ohne entsprechende Vorschriften für den Konzernlagebericht.<sup>501</sup>

Kritik an der Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB resultiert aus dem fehlenden Bezug zur Rechnungslegung.<sup>502</sup> Da im Rahmen der Erklärung weitgehend über gesellschaftsrechtliche Aspekte zur Unternehmensführung berichtet wird, würde dies, wie bereits mit der Berichterstattung der übernahmerechtlichen Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB, eine Zweckentfremdung des Lageberichts bedeuten.<sup>503</sup>

Während die Berichtspflichten des § 289 Abs. 5 HGB als Bestandteil des Lageberichts Gegenstand der Prüfung durch den Abschlussprüfer nach § 27 Abs. 2 HGB sind,<sup>504</sup> sind die Angaben nach § 289a HGB gemäß § 317 Abs. 2 HGB i.d.F. d. BilMoG nicht in die Prüfung einzubeziehen. Der Umstand, dass im Lagebericht Teile nicht von der Prüfung erfasst werden, kann insofern kritisiert werden, als es bei den Lageberichtsadressaten zu Missverständnissen hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Informationen führen kann, wodurch auch die Gefahr einer Vergrößerung der Erwartungslücke besteht.<sup>505</sup>

<sup>500</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/10067, S. 77.

<sup>501</sup> Vgl. Strieder (2009), S. 1002 ff.; Bischof/Selch (2008), S. 1026.

<sup>502</sup> Vgl. Bischof/Selch (2008), S. 1029.

<sup>503</sup> Vgl. Bischof/Selch (2008), S. 1029.

<sup>504</sup> Vgl. Withus (2009b), S. 859.

<sup>505</sup> Vgl. Bischof/Selch (2008), S. 1030.

### II.3.5.2 Überarbeitung DRS 15

Vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich vorliegenden Erfahrungen mit der Anwendung der DRS zur Lageberichterstattung und des erforderlichen Anpassungsbedarfs an Gesetzesänderungen und Änderungen im Rechnungslegungsumfeld entschied sich der DRS zu einer umfangreichen Überarbeitung der entsprechenden Standards.<sup>506</sup>

Unter anderem aufgrund der sich durch das BilMoG ergebenden Änderungen entschied sich der DRS, eine vorgezogene Teilüberarbeitung der entsprechenden DRS bereits im Jahr 2009 vorzunehmen, um den Bilanzerstellern für die Berichterstattung über das Geschäftsjahr 2009 an die gesetzlichen Vorgaben angepasste Standards zur Verfügung stellen zu können.<sup>507</sup>

So erfolgte am 05.01.2010 die Veröffentlichung des DRÄS 5, der neben den durch die Einführung des BilMoG resultierenden Änderungen noch weitere Anpassungen der Standards, wie bspw. die Konkretisierung der nichtfinanziellen Leistungsindikatoren sowie der Risiken im Zusammenhang mit der Verwendung von Finanzinstrumenten, enthält<sup>508</sup>, und vom BMJ am 18.02.2010 bekannt gemacht wurde.

Im Vorfeld des DRÄS 5 wurde im ersten Halbjahr 2009 eine empirische Studie zur Beurteilung und Anwendungspraxis der DRS durchgeführt, bei der Unternehmen, Wirtschaftsprüfer, Finanzanalysten und Hochschullehrer des externen Rechnungswesens befragt wurden.<sup>509</sup> Darüber hinaus wurden Interviews beim IDW, der WPK und der DPR geführt.<sup>510</sup>

Die wesentlichen Befragungsergebnisse zeigen, dass eine Differenzierung für kapitalmarkt- und nichtkapitalmarktorientierte Unternehmen als sinnvoll erachtet wird, die Aufnahme einer Empfehlung zur Berichterstattung über Ziele und Strategien für kapitalmarktorientierte Unternehmen wünschenswert wäre, allerdings auch eine Notwendigkeit gesehen wird, empfohlene Lageberichtsinhalte kritisch

<sup>506</sup> Vgl. Kajüter/Bachert/Blaesing/Kleinmanns (2010), S. 457; E-DRÄS 5, Präambel.

<sup>507</sup> Vgl. E-DRÄS 5, Präambel.

<sup>508</sup> Vgl. Withus (2010), S. 68 ff.

<sup>509</sup> Vgl. Kajüter/Bachert/Blaesing/Kleinmanns (2010), S. 457.

<sup>510</sup> Vgl. Kajüter/Bachert/Blaesing/Kleinmanns (2010), S. 457.

zu hinterfragen und die Regeln zur Chancen- und Risikoberichterstattung über die bereits erfolgten Änderungen durch DRÄS 5 hinaus inhaltlich weiterzuentwickeln sowie eine klarere und verständliche Formulierungen der Standards anzustreben.<sup>511</sup>

In der Befragung wurde auch der zum damaligen Zeitpunkt als Exposure Draft zum Management Commentary (ED-2009/6)<sup>512</sup> vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichte Vorschlag für eine verbale, IFRS-Abschlüsse ergänzende Managementberichterstattung berücksichtigt.<sup>513</sup> Die Befunde ergeben, dass im Einklang mit den IFRS Management Commentary stehende Regelungen befürwortet werden.<sup>514</sup> Die Autoren der Studie stellen bei der Darstellung der Befragungsergebnisse und der Implikationen für die Weiterentwicklung der DSR fest, dass bei der Überarbeitung von DRS 5 und DRS 15 auch die weitere Entwicklung des Management Commentary-Projekts zu beobachten und ggf. zu berücksichtigen sein wird, „wie umgekehrt auch die Erfahrungen mit den DRS in den Due Process des IASB einzubringen sind.“<sup>515</sup>

Die Teilbearbeitung im Jahr 2009 umfasst

1. Berichterstattung über nichtfinanzielle Leistungsindikatoren,
2. Aufhebung der separaten Darstellung des Risikoberichts,
3. Versicherung der gesetzlichen Vertreter (Bilanzeid),
4. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten,
5. Forschungs- und Entwicklungsbericht (hier nur Konkretisierung in Bezug auf das Wahlrecht zur Aktivierung von Entwicklungskosten),
6. Prognoseberichterstattung vor dem Hintergrund der Finanzkrise,
7. Übernahmerelevante Angaben,
8. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem in Bezug auf die Konzernrechnungslegung,
9. Erklärung gemäß § 289a HGB.<sup>516</sup>

<sup>511</sup> Vgl. Kajüter/Bachert/Blaesing/Kleinmanns (2010), S.465.

<sup>512</sup> Vgl. zum Management Commentary Kapitel: II.6.

<sup>513</sup> Vgl. Kajüter/Bachert/Blaesing/Kleinmanns (2010), S. 457.

<sup>514</sup> Vgl. Kajüter/Bachert/Blaesing/Kleinmanns (2010), S. 464.

<sup>515</sup> Kajüter/Bachert/Blaesing/Kleinmanns (2010), S.465.

<sup>516</sup> Vgl. E-DRÄS 5, Präambel.

Eine deutliche Erweiterung wurde demnach bei den Konkretisierungen zu den **nichtfinanziellen Leistungsindikatoren** in DRS 15.31 und 15.32 vorgenommen und darüber hinaus eine Vielzahl von Beispielen in den Anhang aufgenommen (DRS 15.145-146). Während bisher geregelt war, dass die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren nach DRS 15.31 nur dann Bestandteil des Konzernlageberichts sind, wenn sie einen wesentlichen Einfluss auf den Geschäftsverlauf oder die wirtschaftliche Lage genommen haben oder die Unternehmensleitung von diesen einen wesentlichen Einfluss auf die voraussichtliche Lage erwartet, so wird in der Überarbeitung gefordert, dass diese Faktoren regelmäßig von der Unternehmensleitung beurteilt werden und Grundlage der Entscheidungen der Unternehmensleitung sind sowie für die Geschäftstätigkeit und für die Einschätzung des Geschäftsverlaufs oder der Lage von Bedeutung sind. Dies soll die Intention des DSR zum Ausdruck bringen, bei der Berichterstattung über die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren auf den Management Approach, d.h. die Bedeutung dieser Faktoren aus Sicht der Unternehmensleitung, Bezug zu nehmen.<sup>517</sup>

Eine weitere bedeutsame Änderung betrifft die vormals getrennt gehaltene Darstellung des **Risiko- und Prognoseberichts** in den Vorschriften der DRS 15.91 a.F. und DRS 5.30-33 a.F. Wie bereits ausgeführt, erfolgte durch das BilReG eine Zusammenführung von Risikobericht und Prognosebericht, indem die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zu beurteilen ist. Dementsprechend wurde die Trennung der beiden Teilberichte auch in den DRS aufgehoben und unter dem Gliederungspunkt „Bericht zur voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken“ zusammengefasst.

Dies kann zu einer einheitlicheren und verständlichen Darstellung von Risiken und Chancen führen, wobei ein gemeinsamer Chancen- und Risikobericht auch vor dem Hintergrund zu befürworten ist, dass eine verbundene Darstellung regelmäßig ein umfassenderes Bild des Geschäftsverlaufs und der Lage des Un-

---

<sup>517</sup> Vgl. Withus (2010), S. 69.

ternehmens bieten kann.<sup>518</sup> Allerdings wurde den Unternehmen gemäß DRS 15.92 ein Wahlrecht eingeräumt, die Teilberichte weiterhin getrennt oder zusammen darzustellen, das sich danach richten soll, welche Form der Darstellung die Chancen der voraussichtlichen Entwicklung und die Risiken im konkreten Einzelfall klarer zum Ausdruck bringt.

Aufgrund der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen schwer einschätzbaren künftigen Entwicklung sahen sich viele Unternehmen in ihrer Prognosefähigkeit beeinträchtigt.<sup>519</sup> Der DSR veröffentlichte am 27. März 2009 vor diesem Hintergrund einen **Hinweis zum Prognosebericht** gemäß DRS 15 – Lageberichterstattung, um diesen Beeinträchtigungen entsprechend zu begegnen.

Es erfolgt die Klarstellung, dass ein vollständiger Verzicht auf den Prognosebericht und insbesondere qualitative Trendaussagen nicht vertretbar sind.<sup>520</sup> Unternehmen können jedoch Trendaussagen für das nächste Geschäftsjahr in einer allgemeineren und weniger konkreten Form darstellen und auch mehrdimensionale Trendaussagen können auf der Grundlage verschiedener Szenarien (Positiv- und/oder Negativszenarien), die die Unternehmensleitung je nach angenommenen Rahmenbedingungen als möglich betrachtet, unter Erläuterung der Auswirkungen der jeweils wesentlichen Einflussfaktoren gegeben werden.<sup>521</sup> Das Oberlandesgericht Frankfurt hat in seinem Beschluss vom 24.11.2009<sup>522</sup> die Auffassung des DSR bestätigt,<sup>523</sup> wonach der Prognosebericht zu den zwingend vorgeschriebenen Mindestbestandteilen des Lage- und Konzernlageberichts gehört, auf die nicht verzichtet werden darf.<sup>524</sup>

---

<sup>518</sup> Vgl. Withus (2010), S. 70.

<sup>519</sup> Vgl. DSR (2009), S. 1.

<sup>520</sup> Vgl. DSR (2009), S. 2.

<sup>521</sup> Vgl. DSR (2009), S. 2.

<sup>522</sup> OLG Frankfurt, Beschluss vom 24.11.2009 – WpÜG 11/09 und 12/09.

<sup>523</sup> Vgl. Withus (2010), S. 70.

<sup>524</sup> Vgl. OLG Frankfurt, Beschluss vom 24.11.2009 – WpÜG 11/09 und 12/09. Die Entscheidung basierte auf dem Fall eines DAX-30 Unternehmens, in dessen Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008 unter Berufung auf die Wirtschafts- und Finanzkrise keine Prognosen enthalten waren, weil sich das Unternehmen zu einer Abgabe derselben außerstande sah. Vgl. ausführlich Zülch/Hoffmann (2010), S. 83-87, die der Entscheidung des OLG Frankfurt zustimmen, dass bei Fehlen des Prognoseberichts die Rech-

Die Grundaussage des Hinweises zum Prognosebericht wurde im Zuge der Überarbeitung in den DRS 15 unter Tz. 90 integriert, wonach von konkreten Aussagen zur voraussichtlichen wirtschaftlichen Entwicklung des Konzerns abgesehen werden kann, aber gleichwohl bei einer weniger konkreten Berichterstattung die besonderen Umstände sowie deren Auswirkungen auf die Prognosefähigkeit und auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Unternehmens zu beschreiben sind.

Bei der **Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten** enthielt der DRS 15.83 a.F. einen Verweis auf den DRS 5, ohne dass dieser tatsächlich Konkretisierungen zu den aus den geforderten Berichtspflichten enthalten hätte.<sup>525</sup> In der Neufassung des DRS 15 wurde dieser Verweis gestrichen und die entsprechenden Berichtspflichten unter DRS 15.93 ff. ausführlich konkretisiert.

Ferner wurden die im Zuge des BilMoG in § 289 Abs. 5 HGB eingeführten Berichtspflichten über das **interne Kontroll- und Risikomanagementsystem** in Bezug auf die Finanzinstrumente in DRS 15.100-106 aufgenommen, sowie im Anhang in DRS 15.174-175 um Beispiele ergänzt. Die Beispiele sollen gemäß DRS 15.176 keinen Mindestkatalog an abgabepflichtigen Informationen darstellen, sondern verdeutlichen vielmehr, wie auch in der Gesetzesbegründung zum BilMoG ausgeführt, dass an dieser Stelle eine konkrete Beschreibung der Systeme des Unternehmens gefordert wird und keine allgemeingültige Beschreibung solcher Systeme.<sup>526</sup>

Als weitere Änderung erfolgte die Integration der in DRS 15a geregelten „**Übernahmerechtliche Angaben und Erläuterungen im Konzernlagebericht**“ in nahezu unveränderter Form in den DRS 15 Tz. 107- 139 und unter Aufhebung des DRS 15a.<sup>527</sup>

---

nungslegung als fehlerhaft anzusehen ist. Ferner zur Unverzichtbarkeit der Prognosberichterstattung: Gödel (2010), S. 431-435. Kritisch zu der Entscheidung des OLG Frankfurt: Vgl. Schwab (2010), S. 652-657.

<sup>525</sup> Vgl. Withus (2010), S. 71.

<sup>526</sup> Vgl. Withus (2010), S. 72.

<sup>527</sup> Vgl. Withus (2010), S. 72.

Eine durch das BilMoG veranlasste Erweiterung des DRS 15 bezieht sich auf die in § 289 a HGB eingeführte **Erklärung zur Unternehmensführung**. Zwar existiert zu § 289 a HGB keine entsprechende Regelung im Konzernlagebericht, wohl aber ist im Falle einer gemeinsamen Veröffentlichung von Konzernlagebericht und Lagebericht des Konzernmutterunternehmens nach § 315 Abs. 3 HGB und sofern das Mutterunternehmen die Kriterien des § 289 a HGB erfüllt, die Erklärung der Unternehmensführung bzw. ein entsprechender Verweis im Lagebericht auf die Internetseite Bestandteil des Konzernlageberichts.<sup>528</sup> Nach DRS 15.140 kann die Erklärung auch auf freiwilliger Basis in den Konzernlagebericht aufgenommen werden.

Eine weitere Erweiterung des DRS 15 stellt die Aufnahme der Versicherung der gesetzlichen Vertreter, des sog. **Bilanzeids**, gemäß § 37y WpHG i.V.m. § 37w Abs. 2 Nr. 3 WpHG dar. In DRS 15.142 werden Musterformulierungen, entweder für den Fall einer getrennten Erklärung für Konzernlagebericht und Konzernabschluss oder einer zusammengefassten Formulierung für Konzernlagebericht und Konzernabschluss, aufgeführt, deren Verwendung empfohlen wird.

## II.4 Inhaltliche Vorschriften zum Lagebericht

### II.4.1 Aufbau des Lageberichts

Die Struktur eines HGB-Lageberichts wird durch den Gesetzesaufbau angedeutet.<sup>529</sup> Demzufolge lassen sich die Vorschriften des § 289 HGB entsprechend ihrer Berichtspflichten in einzelne Teilberichte unterteilen.

So bildet die Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage nach § 289 Abs. 1 Satz 1 HGB den sogenannten **Wirtschaftsbericht**.<sup>530</sup> Durch die Erweiterung der Berichtspflichten durch das BilReG beinhaltet der Wirtschaftsbericht auch eine Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage unter Berücksichtigung finanzieller und nichtfinanzieller Leistungsindikatoren (§ 289 Abs. 1 Satz 2-3

---

<sup>528</sup> Vgl. DRS 15.140.

<sup>529</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2003), S. 2735.

<sup>530</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 30; Coenenberg/Haller/Schultze (2012), S. 928; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 761; Paetzmann (2009), Rn. 18.

i.V.m. Abs. 3 HGB). In § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB ist die Berichterstattung über die voraussichtliche Entwicklung (**Prognosebericht**) mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (**Chancen- und Risikobericht**) geregelt.<sup>531</sup>

Die Angaben des § 289 Abs. 2 HGB umfassen Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres (**Nachtragsbericht** gemäß § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB), die Berichterstattung über Finanzrisiken (**Finanzrisikobericht** gemäß § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB), den Bericht Forschung und Entwicklung (**Forschungs- und Entwicklungsbericht** gemäß § 289 Abs. 2 Nr. 3 HGB), bestehende Zweigniederlassungen (**Zweigniederlassungsbericht** gemäß § 289 Abs. 2 Nr. 4 HGB) sowie einen **Vergütungsbericht** gemäß § 289 Abs. 2 Nr. 5 HGB.<sup>532</sup> Der Zweigniederlassungsbericht ist hingegen nicht Bestandteil des Konzernlageberichts nach § 315 HGB.

Daneben müssen nach § 289 Abs. 4 HGB Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, die einen organisierten Markt i.S.d. § 2 Abs. 7 WpÜG in Anspruch nehmen, zusätzliche Informationen zur Übernahmesituation der Gesellschaft angeben (**Bericht über die Übernahmesituation**).<sup>533</sup>

Ferner müssen Kapitalgesellschaften i.S.d. § 264d HGB gemäß § 289 Abs. 5 HGB die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beschreiben (**Bericht über das interne Kontrollsystem und das Risikomanagementsystem**<sup>534</sup>).

Nach § 289 Abs. 1 Satz 5 HGB haben die gesetzlichen Vertreter einer Kapitalgesellschaft i.S.d. § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB zu versichern, dass nach bestem Wissen im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird und dass die wesentlichen Chancen und Risiken i.S.d. Satzes 4 beschrieben sind. Diese Vorschrift steht in Zusammenhang mit dem in § 264 Abs. 2 Satz 3 HGB normierten

<sup>531</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 35.

<sup>532</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 763.

<sup>533</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 763.

<sup>534</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 763.

so genannten **Bilanzeid**.<sup>535</sup> Obwohl die Versicherung in den Vorschriften des § 289 HGB enthalten ist, ist sie allerdings kein Bestandteil des Lageberichts und damit auch nicht prüfungspflichtig.<sup>536</sup> Vielmehr ist sie als separates Instrument neben Jahresabschluss und Lagebericht aufzufassen, was auch der Systematik des § 37 v Abs. 2 WpGH zu entnehmen ist, wonach der Bilanzeid einen gesonderten Teil des Jahresfinanzberichts darstellt.<sup>537</sup>

Neben den Berichtspflichten des § 289 HGB müssen ggf. zusätzliche rechtsformspezifische Angaben im sog. **Ergänzungsbericht** gemacht werden.<sup>538</sup> Da die in § 289 HGB kodifizierten Regelungen nur einen Mindestumfang darstellen, kann der Lagebericht um weitere freiwillige Angaben erweitert werden,<sup>539</sup> die in einem Zusatzbericht gemacht werden können.<sup>540</sup>

DRS 15 empfiehlt eine Gliederung des Lageberichts in nachfolgende Berichtsteile:

1. Geschäft und Rahmenbedingungen
2. Ertragslage
3. Finanzlage
4. Vermögenslage
5. Nachtragsbericht
6. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Chancen- und Risikobericht)
7. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten (sofern nicht in Gliederungspunkt 6 integriert)
8. Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Konzernrechnungslegungsprozess (sofern nicht in Gliederungspunkt 6 integriert)
9. Übernahmerelevante Angaben
10. Erklärung gemäß § 289a HGB

<sup>535</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 56.

<sup>536</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 56.

<sup>537</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 56.

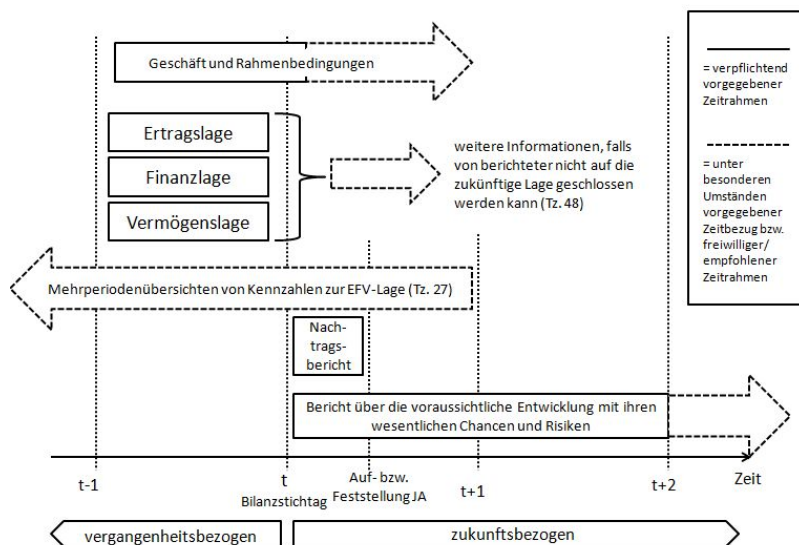
<sup>538</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 763.

<sup>539</sup> Vgl. Paetzmann (2009), Rn. 8.

<sup>540</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 764.

# 11. Versicherung der gesetzlichen Vertreter (sofern im Lagebericht veröffentlicht)

Hinsichtlich der zeitlichen Einordnung der Lageberichterstattung ergeben sich nach DRS 15 folgende Zusammenhänge<sup>541</sup>:



**Abbildung 4: Zeitliche Einordnung der Lageberichts Inhalte nach DRS 15**

Quelle: In Anlehnung an Fink/Keck (2005), S. 141.

Die Berichtsteile Geschäft und Rahmenbedingungen sowie Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage weisen einen überwiegenden Vergangenheitsbezug auf, die nachfolgenden Berichtsteile weisen v.a. zukunftsbezogene Inhalte auf.<sup>542</sup> Allerdings ist zu beachten, dass die grundsätzlich vergangenheitsorientierte

<sup>541</sup> Hierbei werden die Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten und die Berichterstattung über das rechnungslegungsbezogene interne Kontroll- und Risikomanagementsystem als Bestandteil des Risikoberichts betrachtet.

<sup>542</sup> Vgl. Fink/Keck (2005), S. 141.

Darstellung von Geschäftsverlauf und Lage die prognoseorientierte Ergänzungsfunktion des Lageberichts für den Jahresabschluss unterstützen soll (DRS 15.47), wodurch eine ausgeweitete Berichterstattung von zukunftsorientierten Informationen zum Ausdruck gebracht werden soll.<sup>543</sup>

## II.4.2 Besonderheiten des Konzernlageberichts

Im Konzernlagebericht ist die Lage des Konzerns unter Beachtung des Grundsatzes der wirtschaftlichen Einheit oder der Fiktion der rechtlichen Einheit darzustellen.<sup>544</sup> So darf die Darstellung der Gesamtlage nicht ausschließlich aus der Sicht des Mutterunternehmens erfolgen,<sup>545</sup> aber auch nicht als bloße Zusammenfassung der Lageberichte einzelner Konzernunternehmen verstanden werden.<sup>546</sup> Vielmehr ist die wirtschaftliche Einheit des Konzerns in seiner Gesamtheit Gegenstand der Berichterstattung.<sup>547</sup> Die Berichterstattungspflicht bezieht sich auf alle zum Konzern gehörenden Unternehmen, unabhängig von deren Einbeziehung in den Konzernabschluss.<sup>548</sup>

Die quotaleinbezogenen Unternehmen sollten ebenfalls Teil der Berichterstattung sein, da sie, wenn auch nur quotale, die Lage des Konzerns beeinflussen und so das vermittelte Bild des Konzerns präziser den tatsächlichen Verhältnissen entspricht.<sup>549</sup> Eine Berücksichtigung der assoziierten und der anderen anteilig im Konzernbesitz befindlichen Unternehmen kann dann geboten sein, wenn diese Unternehmen erheblichen Einfluss auf den Geschäftsverlauf und die Lage sowie auf die voraussichtliche Entwicklung mit den wesentlichen Chancen und Risiken haben.<sup>550</sup>

<sup>543</sup> Vgl. Fink/Keck (2005), S. 141.

<sup>544</sup> Vgl. Fülbier/Pellens (2013), Rn. 17.

<sup>545</sup> Vgl. Fülbier/Pellens (2013), Rn. 17.

<sup>546</sup> Vgl. Fülbier/Pellens (2013), Rn. 17; Biener/Berneke (1986), S. 394; Schildbach (2008), S. 396.

<sup>547</sup> Vgl. Fülbier/Pellens (2013), Rn. 17; Baetge/Kirsch/Thiele (2009), S. 500, m.w.N.; Ellrott (2010b), Rn. 9; Schildbach (2008), S. 396.

<sup>548</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 398; Ellrott (2010b), Rn. 9; Korth/Kasperzak (1999), S. 206; Fülbier/Pellens (2013), Rn. 17.

<sup>549</sup> Vgl. Ellrott (2010b), Rn. 9.

<sup>550</sup> Vgl. Ellrott (2010b), Rn. 9; Schildbach (2008), S. 427.

Nach § 315 Abs. 3 HGB kann der Konzernlagebericht mit dem Lagebericht des Mutterunternehmens zusammengefasst werden. Mit einer solchen Zusammenfassung können Wiederholungen und Verweise vermieden werden.<sup>551</sup> Allerdings müssen sowohl die Inhaltspflichten des Lageberichts des Mutterunternehmens als auch die des Konzernlageberichts gewahrt bleiben<sup>552</sup> und lediglich „echte Wiederholungen“ sind zu vermeiden.<sup>553</sup> Differenzierte Angaben sind dann erforderlich, wenn die Berichterstattung zwischen Mutterunternehmen und Konzern voneinander abweicht, wobei erkennbar sein muss, ob sich die Ausführungen auf das Mutterunternehmen oder den Konzern beziehen.<sup>554</sup>

## **II.4.3 Angaben zum Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und zur Lage der Kapitalgesellschaft**

### **II.4.3.1 Verhältnis von Geschäftsverlauf und Lage**

Bei der in § 289 Abs. 1 Satz 1 HGB geforderten Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage handelt es sich um allgemein formulierte Anforderungen, deren Inhalt im Einzelnen nicht geregelt ist.<sup>555</sup>

So werden die Begriffe des Geschäftsverlaufs (einschließlich des Geschäftsergebnisses) und der Lage im HGB nicht definiert,<sup>556</sup> wodurch sie der Interpretation zugänglich werden.<sup>557</sup> Hierbei erweist sich eine klare Abgrenzung der Begriffe als schwierig, weil sie eng miteinander verbunden sind<sup>558</sup> und zwischen den Berichtspflichten Ursache-Wirkungs-Beziehungen bestehen.<sup>559</sup> So werden sich bei der Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage überdeckende Anga-

---

<sup>551</sup> Vgl. Korth/Kasperzak (1999), S. 211; Küting/Weber (2012b), S. 689.

<sup>552</sup> Vgl. Küting/Weber (2012b), S. 689.

<sup>553</sup> Vgl. Schildbach (2008), S. 396; Küting/Weber (2012b), S. 689.

<sup>554</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999b), S. 398.

<sup>555</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 64.

<sup>556</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 15.

<sup>557</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 64.

<sup>558</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 30; Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 74 m.w.N.; Ellrott (2010a), Rn. 15.

<sup>559</sup> Vgl. Paetzmann (2009), Rn. 18; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 764.

ben ergeben, da aus dem Geschäftsverlauf schon in groben Zügen das Bild der Lage vermittelt wird.<sup>560</sup>

Die Darstellung des **Geschäftsverlaufs** soll in Form eines historischen Abrisses<sup>561</sup> eine Entwicklung des Unternehmens im Laufe des Geschäftsjahres<sup>562</sup> und die Umstände aufzeigen, die zu dieser Entwicklung geführt haben.<sup>563</sup> Einfluss auf die Entwicklung können sowohl Ereignisse im Unternehmensumfeld als auch Maßnahmen des Unternehmens selbst genommen haben.<sup>564</sup>

Hierbei ist die Berichterstattung stark von den unternehmensindividuellen und branchenspezifischen Gegebenheiten abhängig.<sup>565</sup> DRS 15 definiert den Geschäftsverlauf als „vergangenheitsorientierte und zeitraumbezogene Entwicklung der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr einschließlich der hierfür ursächlichen Ereignisse.“<sup>566</sup>

Die durch das BilReG eingeführte explizite Einbeziehung des **Geschäftsergebnisses** in die Darstellung des Geschäftsverlaufs erfolgte im Rahmen der Umsetzung der Modernisierungsrichtlinie, wobei der Gesetzgeber hierbei das Geschäftsergebnis nicht – wie in Art. 46 Abs. 1a der Bilanzrichtlinie i.d.F. der Modernisierungsrichtlinie vorgesehen – gleichberechtigt neben Lage und Geschäftsverlauf,<sup>567</sup> sondern vielmehr als Element des Geschäftsverlaufs gesehen hat.<sup>568</sup> Dies schließt eine reine Wiedergabe der Darstellung der Ertragslage aus der GuV aus<sup>569</sup> und verlangt „vielmehr eine Darstellung, Einordnung und Wirkungsanalyse in Bezug auf den realwirtschaftlichen Geschäftsverlauf und ursächliche Ereignisse in der abgelaufenen Periode.“<sup>570</sup> So soll das Geschäftser-

---

<sup>560</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 64.

<sup>561</sup> Vgl. Biener/Berneke (1986), S. 276.

<sup>562</sup> Vgl. Coenenberg/Haller/Schultze (2012), S. 929; Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 74 m.w.N.; Dörner/Bischof (1999a), S. 384.

<sup>563</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 384; Lück (1995), Rn. 30.

<sup>564</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 13.

<sup>565</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 31; Dörner/Bischof (1999a), S. 384.

<sup>566</sup> DRS 15.8.

<sup>567</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 765.

<sup>568</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/3419, S. 30.

<sup>569</sup> Vgl. Paetzmann (2009), Rn. 18; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 765.

<sup>570</sup> Paetzmann (2009), Rn. 18.

gebnis nicht mit dem Jahresüberschuss i.S.v. § 275 HGB gleichgesetzt, sondern vielmehr als allgemeinerer Begriff aufgefasst werden, was insbesondere durch die Formulierung „performance of the business“ im Originalwortlaut der Modernisierungsrichtlinie verdeutlicht wird.<sup>571</sup> Auch der DSR verweist auf die ungünstige Übersetzung des Begriffs „performance“ mit „Geschäftsergebnis“, wonach eine stärkere Gewichtung der Ertragslage im Rahmen der Neufassung der Richtlinie nicht bezweckt gewesen sei.<sup>572</sup>

Die Berichterstattung über die **Lage** soll eine Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Verhältnisse zum Abschlussstichtag darstellen und verdeutlichen, welche Mittel bzw. Potentiale dem Unternehmen zur Verfügung stehen, um die Unternehmensziele im kommenden Geschäftsjahr zu erreichen.<sup>573</sup> Hierbei sind die Sachverhalte und Umstände darzustellen, die die wirtschaftliche Gesamtsituation wesentlich beeinflusst haben.<sup>574</sup> Es ist damit über Vorgänge zu berichten, die nicht unmittelbar die einzelnen Bilanzposten wiedergeben, sondern vielmehr eine Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Situation sowie der Stellung im Markt während und am Schluss des Geschäftsjahres abzugeben.<sup>575</sup>

Der Wirtschaftsbericht umfasst sowohl die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als auch die spezifische Situation des Unternehmens.<sup>576</sup> Die Berichterstattung sollte nachfolgende Bereiche umfassen, in denen jeweils sowohl die Entwicklung in der Berichtsperiode als auch die Situation am Abschlussstichtag darzustellen sind<sup>577</sup>: Die **gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen, Beschaffungsbereich, Produktionsbereich, Absatzbereich, Finanzierungs- und Investitionsbereich** sowie **wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr**.<sup>578</sup>

<sup>571</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 53.

<sup>572</sup> Vgl. E-DRS 20, Anhang A, S. 26; Kirsch/Scheele (2003), S. 2738.

<sup>573</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 32; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 765.

<sup>574</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 74.

<sup>575</sup> Vgl. Maul (1984), S. 187.

<sup>576</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 765.

<sup>577</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 765.

<sup>578</sup> Vgl. Stobbe (1988), S. 308, dessen Aufzählung auf die Gesamtheit des sachlichen Inhalts des Lageberichts Bezug nimmt und der daher zusätzlich noch Tochtergesell-

Vor dem Hintergrund, dass Geschäftsverlauf und Lage nur schwer voneinander trennbar sind und die Darstellung der Lage auf der Berichterstattung über den Geschäftsverlauf aufbaut,<sup>579</sup> werden die genannten Berichtsgegenstände sowohl für den Geschäftsverlauf in Frage kommen,<sup>580</sup> als auch für die Lage, die sich vielfach an diesen Berichtsgegenständen anschließt oder mit ihr zu verbinden sein werden.<sup>581</sup> Die Berichterstattung über die Lage wird somit einen engen Zusammenhang mit den Sachverhalten aus dem Bericht über den Geschäftsverlauf und dem Nachtragsbericht aufweisen, wobei allerdings im Lagebericht das Gesamtbild des Unternehmens vermittelt werden muss, „das auch im Einklang mit dem durch den JA vermittelten Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage stehen, bzw. etwaige – zukunftsbezogene – Abweichungen, aufzeigen muss.“<sup>582</sup>

**Die gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen** sind so darzustellen, dass deren Bedeutung für die Unternehmenstätigkeit erkennbar wird.<sup>583</sup> Demzufolge dürfen die Angaben nicht zu allgemein gehalten werden, sondern müssen vielmehr einen klaren Bezug zum Geschäftsverlauf des Unternehmens aufweisen.<sup>584</sup> Neben wesentlichen volkswirtschaftlichen Angaben wie z.B. die Veränderung von Währungsparitäten, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Auswirkungen konjunktureller Einflüsse, grundlegende Veränderungen von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Branchenentwicklungen, ggf. unter Berücksichtigung von Strukturproblemen,<sup>585</sup> sind grundlegende

---

schaften, Beteiligungen, rechtliche Verhältnisse, besonders günstige/ungünstige Faktoren und Risiken, sowie Personal- und Sozialwesen und Umweltschutz aufnimmt. Die Angaben zu Personal- und Sozialwesen sowie Umweltschutz werden im Rahmen der nichtfinanziellen Leistungsindikatoren § 289 Abs. 1 Satz 4 i.V.m. Abs. 3 HGB berücksichtigt. Vgl. dazu Kapitel II.4.5. Vgl. in Bezug auf die Darstellung des Geschäftsverlaufs ADS (1995), Rn. 66, die auf die Übersicht von Stobbe (1988), S. 303-311 verweisen; Dörner/Bischof (1999a), S. 385; Ellrott (2010a), Rn. 17-23, der die Aufzählung als Basis sowohl für die Darstellung des Geschäftsverlaufs als auch der Lage aufführt.

<sup>579</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 80.

<sup>580</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 66.

<sup>581</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 82. So auch die Einordnung dieser Berichtsbereiche bei Ellrott (2010a), Rn. 17-23 unter Geschäftsverlauf und Lage.

<sup>582</sup> ADS (1995), Rn. 82.

<sup>583</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 384.

<sup>584</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 68.

<sup>585</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 68.

Angaben zur Branchensituation, wie Branchenstruktur, Branchenkonjunktur und Position des Unternehmens innerhalb der Branche, erforderlich.<sup>586</sup> Daneben können auch Ausführungen bezüglich der rechtlichen Rahmenbedingungen und Strukturen in Form von Angaben über grundlegende Veränderungen in der gesellschaftsrechtlichen oder strukturellen Ordnung, z.B. aufgrund von Ausgliederungen von Unternehmensbereichen oder Maßnahmen der internen Organisation sowie Angaben über Veränderungen im Anteilseignerkreis mit Bedeutung für die zukünftige Unternehmensentwicklung erforderlich sein.<sup>587</sup>

Hinsichtlich des **Beschaffungsbereiches** sollte über die Entwicklung der Marktstruktur der wichtigsten Beschaffungsmärkte, (d.h. über Preise, Mengen, Partner, Engpässe) und über die Versorgungslage bei Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie Handelsware<sup>588</sup> sowie ferner über die Vorratspolitik oder die Lagerhaltung und über wesentliche langfristige Dispositionen berichtet werden.<sup>589</sup> Sollten hierbei einzelne Bereiche nach Wert oder Umfang für die Geschäftstätigkeit von besonderer Bedeutung sein, v.a. wenn ein wesentlicher Beschaffungsmarkt besonderen Risiken bei der Preis- oder Mengenentwicklung ausgesetzt ist, so ist diesen im Rahmen der Berichterstattung eine entsprechende Gewichtung beizumessen.<sup>590</sup>

Die Berichterstattung zum **Produktionsbereich** umfasst die hergestellten Produkte (in Form von mengenmäßigen Angaben sowie Veränderungen gegenüber dem Vorjahr), die Produkt- und Sortimentspolitik (Marktchancen, Marktposition, produktpolitische Handlungsparameter) und die Wirtschaftlichkeit der Produktion (Auslastung, Rationalisierungsmaßnahmen, Entwicklung der Fertigungskosten).<sup>591</sup>

Hinsichtlich des **Absatzbereiches** sind Angaben zur Umsatzentwicklung, einschließlich der Ursachen von bedeutenden Preis- und Mengenveränderungen gegenüber dem Vorjahr, zum Auftragsbestand und zum Auftragsingang rele-

---

<sup>586</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 765.

<sup>587</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 68.

<sup>588</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 766; Lange (2013), Rn. 63.

<sup>589</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 18; ADS (1995), Rn. 72; Lange (2013), Rn. 63.

<sup>590</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 72.

<sup>591</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 766.

vant.<sup>592</sup> Vor allem bei Branchen mit langfristiger Auftragsfertigung wird die zukünftige Entwicklung besonders vom Auftragsbestand und Auftragseingang beeinflusst.<sup>593</sup> Daneben sollten bspw. Angaben zu Marktanteilen, Veränderungen der Wechselkurse, Verlust von Absatzmärkten sowie Exportbeschränkungen gemacht werden.<sup>594</sup> Die Aufgliederung des Umsatzes nach Tätigkeitsbereichen und geographischen Bereichen fällt hingegen in die Angabepflichten des Anhangs nach § 285 Nr. 4 HGB.

Angaben zum **Investitionsbereich** sollten den Schwerpunkt der Investitionstätigkeit unter Berücksichtigung der Investitionsgegenstände und –zwecke umfassen.<sup>595</sup> Hierbei gilt es allerdings zu beachten, dass die Investitionen je nach Wirtschaftszweig den Leistungsprozess unterschiedlich prägen, sodass bei Unternehmen mit geringer Kapitalbindung im Gegensatz zu produzierenden Unternehmen die Investitionen regelmäßig in den Hintergrund treten.<sup>596</sup>

Hinsichtlich des **Finanzierungsbereiches** ist auf wesentliche Finanzierungsmaßnahmen oder –vorhaben, die Finanzierungsstrategie und die Kreditpolitik unter Berücksichtigung der Strategien zur Absicherung von Währungs-, Zins- und Kursrisiken einzugehen.<sup>597</sup>

**Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr** sind aufzuführen, wenn sie für den Geschäftsverlauf und die Lage von Bedeutung sind.<sup>598</sup> Hierzu zählen bspw. der Erwerb oder die Veräußerung von Beteiligungen, Abschluss oder Beendigung wichtiger Verträge (z.B. Gewinnabführung, Beherrschung, Eingliederung), Beginn oder Abschluss wichtiger Prozesse und Kartellverfahren, Kooperationsvorhaben, Änderungen der Rechtsform, Verschmelzungen, Spaltungen, Ausgliederungen, Vermögensübertragungen, Unglücksfälle im Betrieb und Umweltauflagen.<sup>599</sup>

---

<sup>592</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 385.

<sup>593</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 385.

<sup>594</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 20.

<sup>595</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 766; Lange (2013), Rn. 67.

<sup>596</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 29.

<sup>597</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 766.

<sup>598</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 23; Lück (1995), Rn. 34; ADS (1995), Rn. 79.

<sup>599</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 23.

Im Rahmen der Konzernlageberichterstattung sind Geschäftsverlauf und Lage von einzelnen Tochterunternehmen aufgrund der gebotenen Darstellung des Konzerns als wirtschaftliche Einheit grundsätzlich nicht zu erläutern.<sup>600</sup> Lediglich bei Ereignissen, die für die wirtschaftliche Gesamtlage des Konzerns von Bedeutung sind, sind der Geschäftsverlauf und die Lage einzelner Konzernunternehmen unter Einbeziehung der Konsequenzen für die Gesamtlage darzustellen.<sup>601</sup>

#### **II.4.3.2. Geschäft und Rahmenbedingungen nach DRS 15**

Ein nach DRS 15 erstellter Lagebericht beginnt mit der Darstellung der Geschäftstätigkeit des Unternehmens sowie den Rahmenbedingungen.<sup>602</sup> In Abhängigkeit der unternehmensspezifischen Gegebenheiten sollen hierbei gemäß DRS 15.37 Angaben über die organisatorische und rechtliche Struktur, Segmente, Standorte, wichtigsten Produkte und Geschäftsprozesse, wesentlichen Absatzmärkte und die dort erreichte Wettbewerbsposition sowie die wesentlichen Einflussfaktoren für das Geschäft erfolgen.

Da die in dem Entwurf des BilReG vorgesehenen Berichtspflichten über die wesentlichen Ziele und Strategien nicht in die finale Fassung des BilReG übernommen wurden, nahm der DSR eine entsprechende Umformulierung des vorausgehenden E-DRS 20 vor, der diese Forderung noch enthielt.<sup>603</sup> DRS 15.29 verlangt im Zusammenhang der Darstellung der wesentlichen Rahmenbedingungen der Geschäftstätigkeit, dass dabei die Stärken und Schwächen des Konzerns auch im Hinblick auf Chancen und Risiken des Umfelds darzustellen sind. „Diese Informationen sind in den Zusammenhang mit dem Geschäftsverlauf und der wirtschaftlichen Lage zu stellen und dienen als Bezugsrahmen für die Lageberichterstattung.“<sup>604</sup> Diese Formulierung entspricht teilweise den gängigen Definitionen des Strategiebegriffs, wonach die Kenntnis der eigenen Fä-

<sup>600</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2009), S. 500, m.w.N.

<sup>601</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2009), S. 500.

<sup>602</sup> Vgl. Fink/Keck (2005), S. 141; DRS 15.36.

<sup>603</sup> Vgl. Fink/Keck (2005), S. 141.

<sup>604</sup> DRS 15.29.

higkeiten und des Unternehmensumfelds den Ausgangspunkt für die Entwicklung von Strategien bilden und die Strategien jene Maßnahmen verkörpern, mit denen Veränderungen im Umfeld antizipiert werden bzw. auf diese reagiert wird.<sup>605</sup> Allerdings sind hierbei die auf dieser Basis getroffenen Managemententscheidungen nicht darzustellen, was somit den Adressaten nur begrenzt ermöglicht, die Handlungen des Managements umfassend zu beurteilen.<sup>606</sup>

Ferner umfassen die Berichtspflichten gemäß DRS 15 für kapitalmarktorientierte Mutterunternehmen Informationen über das unternehmensintern eingesetzte Steuerungssystem anhand der quantitativen Maßstäbe, wobei auch Informationen über die für die Unternehmenssteuerung verwendeten Kennzahlen zu vermitteln sind (DRS 15.38). Nähere Konkretisierungen dieser Kennzahlen, z.B. bezüglich Quantifizierung, Herleitung und Segmentierung, finden sich im Empfehlungsteil (DRS 15.148-152).

Daneben fordert DRS 15 eine Berichterstattung über die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, die selbst oder von Dritten durchgeführt werden und dem Unternehmenszweck dienen (DRS 15.40-41) sowie über deren wesentliche Veränderungen (DRS 15.42).

Im Gesetz sind die Angaben über Forschung und Entwicklung nicht im Rahmen der Berichterstattung über Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens aufgeführt, sondern in einem gesonderten Abschnitt (§ 289 Abs. 2 Nr. 3 bzw. 315 Abs. 2 Nr. 3 HGB). Vor dem Hintergrund, dass sich aus dem Gesetzeswortlaut nicht entnehmen lässt, dass der Gesetzgeber eine bestimmte Strukturierung des Lageberichts vorgegeben hat und es somit nicht zwingend erforderlich ist, die Berichtspflichten in Form von eigenständigen Teilberichten zu gliedern,<sup>607</sup> kann es als durchaus vertretbar angesehen werden, über den Bereich Forschung und Entwicklung im Zusammenhang mit Geschäftsverlauf zu berichten.<sup>608</sup>

---

<sup>605</sup> Vgl. Fink/Keck (2005), S. 141 m.w.N.

<sup>606</sup> Vgl. Fink/Keck (2005), S. 141.

<sup>607</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 143.

<sup>608</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 57.

Nach DRS 15.42 ist ein Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen zu geben, wozu die Darstellung der wesentlichen Ereignisse, die für den Geschäftsverlauf ursächlich waren, gehört. Bei Darstellung der Rahmenbedingungen ist es zudem erforderlich, die Einschätzung der Unternehmensleitung zu veröffentlichen, inwiefern sich die gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Entwicklung auf den Geschäftsverlauf ausgewirkt hat.

DRS 15 fordert zudem eine Beurteilung von der Unternehmensleitung, ob die Geschäftsentwicklung insgesamt günstig oder ungünstig verlaufen ist (Tz. 44).

### II.4.3.3 Die Lage des Unternehmens

#### II.4.3.3.1 Der Lagebegriff

Der Begriff der „Lage“ stellt ein mehrdimensionales Konstrukt dar,<sup>609</sup> das hinsichtlich seines zeitlichen und sachlichen Bezugs auslegungsbedürftig ist.<sup>610</sup>

In einer sehr weit gefassten Definition von Kropff kann die Lage als „alle Tatsachen und Umstände, die nach vernünftigem kaufmännischen Ermessen unter Berücksichtigung der Anschauungen des Verkehrs notwendig sind, um eine wirtschaftliche Gesamtbeurteilung der Gesellschaft zu ermöglichen“<sup>611</sup>, definiert werden.

Die **zeitliche Dimension** des **Lagebegriffs** und die damit verbundene Frage, ob der Lagebegriff statisch oder dynamisch zu interpretieren sei, wurde in der Literatur vielfach und bereits zu dem in § 160 Abs. 1 Satz 1 AktG 1965 genannten Lagebegriff diskutiert<sup>612</sup> und auch nach Inkrafttreten des BiRiLiG weitergeführt.<sup>613</sup> So existierten unterschiedliche Auffassungen darüber, ob über die Lage

<sup>609</sup> Vgl. Streim (1995), S. 717.

<sup>610</sup> Vgl. Krawitz (1990), S. 6; Hartmann (2006), S. 92.

<sup>611</sup> Kropff (1980), S. 516 f.

<sup>612</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 29 m.w.N. und die Ausführungen in Kapitel II.3.1

<sup>613</sup> Vgl. Ausführung in Kapitel II.3.2.

zeitpunktbezogenen und gegenwartsorientiert oder zukunftsorientiert mit dem Charakter prognostischer Beurteilung zu berichten ist.<sup>614</sup> Heute besteht in der Literatur weitgehende Einigkeit darüber, den Lagebegriff **dynamisch** zu interpretieren.<sup>615</sup> Nach Leffson wird mit dem Begriff der Lage „die Fähigkeit der Unternehmen, ihre Aufgabe in der Zukunft zu erfüllen“<sup>616</sup>, umschrieben. Diese Interpretation des Lagebegriffs in zeitlicher Hinsicht hebt die stichtagsbezogene Entwicklungserwartung<sup>617</sup> hervor und folgt somit der dynamischen Interpretation.<sup>618</sup> Im Vordergrund steht hierbei das Potential eines Unternehmens, auch in der Zukunft als Einnahmequelle für die verschiedenen Adressaten zu dienen.<sup>619</sup> So sollen auf der Basis der Beurteilungsmöglichkeiten zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts alle Sachverhalte dargestellt werden, die für die Einschätzung und die Beurteilung der Gesellschaft von Bedeutung sind.<sup>620</sup> Um aufzeigen zu können, dass das Unternehmen am Markt fortbestehen kann, ist es notwendig, in der Vergangenheit begründete und sich erst zukünftig auswirkende Ereignisse und Entwicklungen ebenso in die Lagebeurteilung einzubeziehen wie erst zukünftig erwartete Geschehnisse.<sup>621</sup> Daneben soll es dem Bilanzleser aufgrund dieser Darstellung ermöglicht werden, die Prognose über den Fortbestand des Unternehmens, die bei der Erstellung des Jahresabschlusses nach § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB zugrunde gelegt wurde, nachzuvollziehen und als plausibel einzuschätzen.<sup>622</sup>

<sup>614</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 83; Krawitz (1990), S. 11.

<sup>615</sup> Vgl. zu dieser Gesamtschau Hartmann (2006), S. 93 m.w.N.; Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 40. Zur Ansicht der dynamischen Auslegung: Vgl. ADS (1995), Rn. 84; Dörner/Bischof (1999a), S. 384; Lück (1995), Rn. 37; Krawitz (1988), S. 226, Reitinger (1994), Rn. 32; Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 152; Rodewald (2001), S. 2158; Kasperzak (1999), S. 207; Lange (2013), Rn. 56. Nach Böcking/Dutzi/Gros wurde diesbezüglich schon seit Inkrafttreten des KonTraG und spätestens seit Einführung des BilReG endgültig Klarheit geschaffen: So verdeutlicht die Verortung der Berichterstattungspflicht über die wesentlichen Chancen und Risiken in § 289 Abs. 1 anstelle von § 289 Abs. 2 HGB, dass der Lagebegriff dynamisch (d.h. zukunftsorientiert) zu interpretieren ist. Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 40.

<sup>616</sup> Leffson (1968), S. 1.

<sup>617</sup> Vgl. Bretzke (1979), S. 338.

<sup>618</sup> Vgl. Krawitz (1990), S. 93.

<sup>619</sup> Vgl. Krawitz (1992), S. 7; Krawitz (1999), Rn. 54, zitiert nach Hartmann (2006), S. 93.

<sup>620</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 85.

<sup>621</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 85.

<sup>622</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 85.

Diese Auffassung wird auch durch DRS 15 gestützt, der die wirtschaftliche Lage als „zeitpunktbezogene Situation des Konzerns einschließlich aller Faktoren, die die Fähigkeit des Konzerns beeinflussen, künftig Einzahlungsüberschüsse zu generieren“<sup>623</sup>, definiert und explizit die prognoseorientierte Ergänzungsfunktion der Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage betont.<sup>624</sup> Hierbei ist im Berichtsteil der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage auf Basis der Beurteilungsmöglichkeiten zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts „auf alle Faktoren einzugehen, die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- oder Vermögenslage haben können oder bewirken, dass von der berichteten Lage möglicherweise nicht auf die zukünftige Lage des Konzerns geschlossen werden kann.“<sup>625</sup>

Auffällig ist die in DRS 15 gegenüber dem Gesetzeswortlaut des § 264 Abs. 2 Satz 1 HGB geänderte Reihenfolge der drei Teillagen, die eine gewisse Präferenz für die Ertragslage erkennen lässt.<sup>626</sup> Der DSR begründet dies damit, dass international (abgesehen von Informationen über Forschung und Entwicklung) Angaben zur Vermögenslage im Reporting unüblich sind.<sup>627</sup>

In **sachlicher Hinsicht** kann die Lage des Unternehmens als die Gesamtheit der rechtlichen und wirtschaftlichen Beziehungen, d.h. die Geschäftslage des Unternehmens konkretisiert werden.<sup>628</sup> Hierbei bilden die in der Generalnorm des § 264 Abs. 2 HGB genannten Teillagen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage die Basis für die Gesamtlage.<sup>629</sup> Trotz dieser vorgenommenen Differenzierung im Gesetzeswortlaut<sup>630</sup> können diese drei Teillagen nicht isoliert voneinander betrachtet werden.<sup>631</sup> Vielmehr bestehen zwischen den Teillagen

---

<sup>623</sup> DRS 15.8.

<sup>624</sup> Vgl. DRS 15.47. So wird die Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage nicht durch die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung begrenzt und hat eine prognoseorientierte Ergänzungsfunktion für den Konzernabschluss.

<sup>625</sup> DRS 15.48.

<sup>626</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2003), S. 2735.

<sup>627</sup> Vgl. E-DRS 20, Anhang C, C.34.

<sup>628</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 81.

<sup>629</sup> Vgl. Baetge/Zülch (2002), Sp. 2518; Hartmann (2006), S. 94.

<sup>630</sup> Vgl. Hinz (2010b), Rn. 11.

<sup>631</sup> Vgl. Baetge/Zülch (2002), Sp. 2518; Hinz (2010b), Rn. 11.

unauflösliche Interdependenzen,<sup>632</sup> da die Lagen „durch das Zusammentreffen von Ursachen, Wirkungen und Determinanten in einem komplexen Beziehungskomplex miteinander verbunden“<sup>633</sup> sind. Ferner bilden die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nach § 264 Abs. 2 Satz 1 HGB lediglich einen Ausgangspunkt für die Beschreibung der wirtschaftlichen Gesamtlage, da diese Teillagen unter Beachtung der GoB dargestellt werden.<sup>634</sup>

Adler/Düring/Schmalz führen in Bezug auf die Lage des Unternehmens aus, dass aufgrund der Funktion und Einordnung des Lageberichts außerhalb des Jahresabschlusses bei den Teillagen keine Wiederholung des durch Bilanz, GuV und Anhang vermittelten Bildes erfolgen soll, sondern vielmehr im Lagebericht ggf. durch zusätzliche Informationen die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes von der Lage der Gesellschaft insgesamt verlangt wird.<sup>635</sup> Dies verdeutlicht, dass die Lage den umfassenderen und allgemeineren Begriff darstellt<sup>636</sup>. Umfassender, weil sich darunter weiter gehende Sachverhalte subsumieren lassen und allgemeiner, weil er nicht so ausdifferenziert ist, wie die „Vermögens-, Finanz- und Ertragslage“.<sup>637</sup> Folglich ist eine Reduzierung der Lage allein auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unzureichend.<sup>638</sup> Im Lagebericht müssen weitere Informationen zur wirtschaftlichen Situation gegeben werden, um die wirtschaftliche Gesamtlage zu beschreiben.<sup>639</sup>

---

<sup>632</sup> Vgl. Baetge/Commandeur (1995), Rn. 14; Baetge/Zülch (2002), Sp. 2518.

<sup>633</sup> Selchert (1993), S. 757.

<sup>634</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 79 m.w.N.

<sup>635</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 81. So auch Böcking/Dutzi/Gros: „Im Lagebericht sollen die gesetzlichen Vertreter ein Gesamtbild von der wirtschaftlichen Lage zum Zeitpunkt der Berichterstattung zeichnen. Dabei sind nicht nochmals die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage i.S.v. § 264 Abs. 2 HGB unter Beachtung der GoB isoliert voneinander zu beschreiben. Vielmehr ist das Zusammenwirken der Teillagen zu beschreiben und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu der wirtschaftlichen Gesamtlage der Gesellschaft zu verdichten.“ Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 34 m.w.N.

<sup>636</sup> Vgl. Maul/Greinert (2002), S. 2606; Fülbiel/Pellens (2013), Rn. 16.

<sup>637</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 58.

<sup>638</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 150. A.A. Ellrott, der die Lage allein durch die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage definiert. Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 16.

<sup>639</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 79.

Relevant sind hierbei Angaben zur **Personalsituation**, **Gesellschafterstruktur** – ggf. die Streuung des Aktienbesitzes oder eine bestehende **Abhängigkeit** bzw. **Konzernzugehörigkeit** vor sowie Angaben über das **spezifische politische Umfeld**, das als Vorläufer für die Vermögens-, Finanz- und Ertragswirkungen so bedeutend erscheinen kann, dass hierzu eine Aussage im Rahmen der Berichterstattung über die Lage erforderlich wird.<sup>640</sup> Ferner kommen nach Bedingungen des Einzelfalls die **Organisation**, insbesondere die Führungsstruktur, der **Standort** und das **räumliche Betätigungsfeld** und im Rahmen einer Einbindung in einen **Unternehmensverbund** neben der Abhängigkeit auch die Situation aufgrund vollzogener **Ausgliederung**, **Aufspaltung** oder **Abspaltung**, **Umwandlung** oder **Fusion** in Frage.<sup>641</sup> Hierbei gilt es zu beachten, dass im Hinblick auf die Entscheidungsrelevanz nur dann Angaben erforderlich sind, wenn sie geeignet sind, die Entscheidungen der Informationsempfänger zu beeinflussen, was regelmäßig dann gegeben sein dürfte, „wenn sich Veränderungen in diesen Bereichen ergeben haben und diese Veränderungen so wesentlich sind, dass mit einem Einfluss auf die Unternehmensentwicklung zu rechnen ist.“<sup>642</sup>

Auch in DRS 15 werden bei der Berichterstattung über die Lage des Unternehmens die Regelungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage differenziert. Daher kommt Greinert zu dem Schluss, dass diese Eingrenzung des DSR auf Aussagen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht überzeugt.<sup>643</sup> Allerdings werden in DRS 15 im Rahmen der Berichterstattung der Vermögenslage explizit z.B. Angaben über die Personalsituation verlangt.

Ebenso kritisch kann die Abgrenzung zwischen Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage von der Berichterstattung zum Geschäftsverlauf gesehen werden.<sup>644</sup>

---

<sup>640</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 150.

<sup>641</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 183.

<sup>642</sup> Maul/Greinert (2002), S. 2606.

<sup>643</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 58, der sich auf den Standardentwurf E-DRS 20 bezieht, wobei sich hinsichtlich der betreffenden Ausgestaltung gegenüber dem DRS 15 keine Änderungen ergeben haben.

<sup>644</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 58.

So lauten die Ausführungen dazu in DRS 15.45: „Die Darstellung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage vermittelt zeitraumbezogene Informationen über die Entwicklung der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr. Dazu ist auf Ereignisse und Entwicklungen einzugehen, die für den Geschäftsverlauf ursächlich waren.“ Greinert sieht darin eine „unnötige Vermischung von Geschäftsverlauf und Lage“, <sup>645</sup> die sich trotz des engen Zusammenhangs von Geschäftsverlauf und Lage dadurch vermeiden ließe, dass über den Geschäftsverlauf an sich gesondert <sup>646</sup> berichtet werden sollte. Eine weitere Berichterstattung über den Geschäftsverlauf im Zusammenhang mit der Lage überzeuge vor diesem Hintergrund nicht. <sup>647</sup>

#### II.4.3.3.2 Vermögenslage

Mit der Berichterstattung über die Vermögenslage „soll ein Bild von der vermögensmäßigen Voraussetzung des Leistungsprozesses sowie den Wirkungen des Leistungsprozesses und ergänzender Aktivitäten eines Unternehmens“ <sup>648</sup> vermittelt werden.

Hierbei stellen die Sachanlagen, das immaterielle Vermögen sowie die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe die Prozessvoraussetzungen dar; unter den Prozesswirkungen lassen sich insbesondere die unfertigen und fertigen Erzeugnisse sowie die Forderungen verstehen. <sup>649</sup> Ferner sind die Finanzanlagen, Finanzposten des Umlaufvermögens und die sonstigen Vermögensgegenstände und Abgrenzungsposten einzubeziehen. <sup>650</sup> Die Berichterstattung setzt Mindestausführungen im Hinblick auf die **Vermögenshöhe** sowie die **Vermögensstruktur** voraus. <sup>651</sup> Bezüglich der **Vermögenshöhe** resultieren Angabepflichten bei wesentlichen Abweichungen gegenüber Vergleichsunternehmen, gegenüber dem

---

<sup>645</sup> Greinert (2004), S. 58.

<sup>646</sup> siehe die Berichtspflichten zu Geschäft und Rahmenbedingungen gemäß DRS 15.36-44.

<sup>647</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 58.

<sup>648</sup> Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 155.

<sup>649</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 155.

<sup>650</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 155.

<sup>651</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 155 f.

Vorjahr oder gegenüber dem Bilanzansatz.<sup>652</sup> Haben sich auffällig **vermögens-erhöhende** oder **vermögensmindernde** Vorgänge ereignet, wie Beteiligungserwerbe, die Durchführung von Investitionsprogrammen oder Sale-and-lease-back-Aktionen, ist die Wirkung dieser Entwicklung auf die Vermögenshöhe entsprechend darzustellen.<sup>653</sup>

Daneben sind Abweichungen der tatsächlichen von der bilanziellen Vermögenshöhe anzugeben, die aus einer **unvollständigen Bilanzierung** oder durch **unvollständige Bewertung** aufgrund der GoB oder Inanspruchnahme von Wahlrechten oder Spielräumen im Jahresabschluss resultieren.<sup>654</sup> So entstehen Abweichungen bei der Bilanzierung vor allem aufgrund der fehlenden Aktivierung **geleaster, gepachteter oder gemieteter Vermögensgegenstände** oder **selbstgeschaffener immaterieller Vermögensgegenstände** des Anlagevermögens, bei denen es sich um Vermögen handelt, das wie die bilanzierten Vermögensgegenstände dem Leistungsprozess dient.<sup>655</sup> Zu einem unvollständigen Vermögensausweis führt ferner eine auf das Anschaffungs- und Herstellungskostenprinzip zurückzuführende Vermögensbewertung unter den Verkehrswerten.<sup>656</sup> Liegen die Verkehrswerte von Vermögensgegenständen wesentlich über den entsprechenden Buchwerten, was die Vermittlung eines falschen Bildes von der tatsächlichen Vermögenslage zur Konsequenz hat, könnte es sinnvoll sein, diese Angaben ebenfalls in der Berichterstattung zu berücksichtigen.<sup>657</sup> Eine generelle Angabe stiller Reserven erscheint dabei allerdings nicht erforderlich,<sup>658</sup> eine Verpflichtung zu diesen Angaben lässt sich nicht ableiten.<sup>659</sup>

---

<sup>652</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 156.

<sup>653</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 52.

<sup>654</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 53.

<sup>655</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 53.

<sup>656</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 53.

<sup>657</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 386.

<sup>658</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 386.

<sup>659</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 158.

Aufgrund der Bedeutung von **(selbstgeschaffenen) immateriellen Vermögensgegenständen**<sup>660</sup> für den künftigen ökonomischen Unternehmenserfolg und der unzureichenden Abbildung in den traditionellen Rechnungslegungsinstrumenten ist es notwendig, über diese Vermögenswerte des Unternehmens zu berichten.<sup>661</sup> Der Bedarf an Informationen über immaterielle Ressourcen ergibt sich hierbei sowohl bezüglich der Darstellung der Unternehmenssituation im Allgemeinen als auch im Zusammenhang mit der Ermittlung des Unternehmenswertes.<sup>662</sup> In der Literatur wird besonders der Lagebericht als Berichterstattungsinstrument für immaterielle Werte vorgeschlagen.<sup>663</sup> Die Informationen über immaterielle Werte erfüllen die Anforderungen der Entscheidungsrelevanz: „Wenn in einem Unternehmen für den Unternehmenserfolg wichtige immaterielle Vermögenswerte vorliegen, z. B. Marken bei Konsumgüterherstellern, Patente bei Pharmaunternehmen oder der Kundenstamm bei leistungsgebundenen Absatzverhältnissen, ist es für die Entscheidungen der Kapitalgeber von Bedeutung, über den Bestand und vor allem die Veränderungen der immateriellen Vermögenswerte Informationen zu erhalten. Ohne Kenntnis der Werttreiber des

---

<sup>660</sup> Nach DRS 15.170 kann eine Berichterstattung einen Einblick in die immateriellen Werte des Konzerns, unabhängig von deren Bilanzierungsfähigkeit, vermitteln. Hierbei kann bei der Berichterstattung über die immateriellen Werte des Konzerns z. B. zwischen den Kategorien Humankapital, Kundenbeziehungen, Lieferantenbeziehungen, Investor- und Kapitalmarktbeziehungen, Organisations- und Verfahrensvorteile und Standortfaktoren unterschieden werden. Der Arbeitskreis „Immaterielle Werte im Rechnungswesen“ der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft unterscheidet sieben Kategorien des Intellectual Capital: Innovation Capital, Human Capital, Customer Capital, Supplier Capital, Investor Capital, Process Capital und Location Capital. Vgl. Arbeitskreis „Immaterielle Werte im Rechnungswesen“ der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft (2001), S. 990.

<sup>661</sup> Vgl. Haller/Dietrich (2001b), S. 1047; Arbeitskreis „Immaterielle Werte im Rechnungswesen“ der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft (2003), S. 1233 ff.; Brühl/Orth (2008), S. 28 f.; Kasperzak/Krag/Wiedenhofer (2001), S. 1493; Maul/Greinert (2002), S. 2607, die betonen, dass nur so der Lagebericht seiner Aufgabe nachkommen kann, die Lage des Unternehmens darzustellen.

<sup>662</sup> Vgl. Brühl/Orth (2008), S. 28. Der Arbeitskreis „Externe Unternehmensrechnung“ der Schmalenbach-Gesellschaft sieht in seinen Grundsätzen zum „Value Reporting“ ebenfalls zusätzlich Informationen über nicht bilanzierte Werte des Unternehmens vor. Vgl. Arbeitskreis „Externe Unternehmensrechnung“ der Schmalenbach-Gesellschaft (2002), S. 2338.

<sup>663</sup> Vgl. Pellens/Fülbier (2000), S. 146; Arbeitskreis „Immaterielle Werte im Rechnungswesen“ der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft (2003), S. 1235; Arbeitskreis „Immaterielle Werte im Rechnungswesen“ der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft (2005), S. 85; Haller/Dietrich (2001b), S. 1047; Brühl/Orth (2008), S. 30.

Geschäfts können sie ansonsten Fehlentscheidungen treffen, die sie bei einer umfassenden Berichterstattung über die Lage des Unternehmens nicht vorgenommen hätten.<sup>664</sup>

Die **Strukturierung** des Vermögens soll verdeutlichen, wie das Vermögen nach seinem Verhältnis zum Leistungsprozess und zu den Finanzprozessen aufgeteilt sowie gewichtet ist.<sup>665</sup> So lässt sich bei den Angaben zur Vermögensstruktur durch eine **Vermögensstrukturanalyse**<sup>666</sup> aufzeigen<sup>667</sup>, welche Vermögensarten mit dem eingesetzten Kapital finanziert werden und wie lange das Vermögen im Konzern gebunden ist.<sup>668</sup> So sind **vertikale Vermögensstrukturkennzahlen** wie z.B. Anlagenintensität, Arbeitsintensität u.a. unter Einbeziehung von Vergleichsmaßstäben (Zeit- oder Branchenvergleich) zweckmäßig.<sup>669</sup> Berichtspflichtige Auffälligkeiten im Vergleich zum Vorjahr, gegenüber Vergleichsunternehmen oder gegenüber dem Bilanzansatz können beispielsweise vorliegen, wenn ein Unternehmen wesentliche Teile seines Sachanlagevermögens verkauft und zurückleast, wenn Forderungen etwa im Zuge von Factoring veräußert werden oder wenn eine Vorratshaltung durch geeignete Verträge und Organisationsmaßnahmen (z.B. durch Just-in-Time-Belieferung oder Übergang zur Produktion auf Bestellung) vermieden werden.<sup>670</sup>

Somit gehen die Informationsbedürfnisse der Adressaten „über die Darstellung der Vermögenslage im Sinne eines im Jahresabschluss nach § 264 Abs. 2 HGB abgebildeten Bilanzvermögens (Buchvermögen im Sinne einer Einzelbewertung) hinaus,<sup>671</sup> vielmehr müssen den Adressaten Informationen zur Verfügung gestellt werden, „die Einblicke in das wirkliche Vermögen (Effektivvermögen im

<sup>664</sup> Maul/Greinert (2002), S. 2607.

<sup>665</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 159.

<sup>666</sup> Vgl. ausführlich zur Vermögensstrukturanalyse Küting/Weber (2012a), S. 125-136.

<sup>667</sup> Vgl. Prigge (2002), S. 152.

<sup>668</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2004), S. 191.

<sup>669</sup> Vgl. Dörner/Bischoff (1999a), S. 386; Hartmann (2006), S. 95;

<sup>670</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 159, die Ausführungen zur Vermögensstruktur dann verlangen, soweit diese sehr deutliche Auffälligkeiten gegenüber dem Vorjahr, Vergleichsunternehmen oder dem Bilanzansatz aufweist.

<sup>671</sup> Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 80.

Sinne einer Unternehmensbewertung)<sup>672</sup> gegeben werden. Die Adressaten sollen über das künftige Ausschüttungspotential des Unternehmens gewährt werden, um den künftigen Auszahlungsstrom einschätzen zu können.<sup>673</sup> Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die vergangenheitsorientierten Informationen im Lagebericht prognosetauglich aufbereitet werden.<sup>674</sup>

#### II.4.3.3 Finanzlage

Mit der Berichterstattung über die Finanzlage sollen die Adressaten einen Einblick in den Finanzbereich der Gesellschaft erhalten, wobei insbesondere die zukünftige Zahlungsfähigkeit des Unternehmens herauszustellen ist.<sup>675</sup> Die Finanzlage weist einen engen wechselseitigen Zusammenhang zu der Vermögens- und Ertragslage auf: So ist die Vermögenslage für die Finanzlage dahingehend von Bedeutung, „da sie die Kapitalbindung der bilanzierten Vermögensgegenstände einschließlich bestimmter stichtagsbezogener Liquiditätsaspekte sowie die grundlegende Struktur der Kapitalherkunft einschließlich bestimmter stichtagsbezogener Fristigkeiten angibt, woraus sich ferner Beziehungen zwischen der Kapitalherkunft und der Kapitalverwendung (...) herstellen lassen.“<sup>676</sup> Ferner kann die Finanzlage i.S. der zukünftigen Liquidität die Investitionen im Umfang oder in ihrer zeitlichen Realisation beeinflussen.<sup>677</sup> Verbindungen zur Ertragslage bestehen insofern, als einem hinreichend rentablen Unternehmen i.d.R. aus seiner Geschäftstätigkeit entsprechende finanzielle Mittel zufließen und das Unternehmen ferner in der Lage sein wird, Kreditquellen zu erschließen und somit über potentielle Liquidität verfügt.<sup>678</sup>

Gegenstand der Berichterstattung über die Finanzlage stellt somit die Situation des aus **Ein- und Auszahlungen bestehenden Zahlungsstroms** dar, welcher von den verfügbaren Quellen von Einzahlungen und von den zwingenden Ver-

<sup>672</sup> Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 80.

<sup>673</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 8.

<sup>674</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 8.

<sup>675</sup> Vgl. Krawitz (2002), Sp. 803.

<sup>676</sup> Krawitz (2002), Sp. 798 (ohne Übernahme der Hervorhebungen).

<sup>677</sup> Vgl. Krawitz (2002), Sp. 798.

<sup>678</sup> Vgl. Hinz (2010b), Rn. 24.

wendungen finanzieller Mittel für Auszahlungen sowie von dem Verhältnis beider zueinander abhängt.<sup>679</sup> Unter den **Einzahlungsquellen** lassen sich das Vermögen (abgestuft nach der Erwartung seiner Umsetzung in Geld), der Leistungsprozess des Unternehmens, der in Form unterschiedlicher Erträge zu Einzahlungen führt, Eigenkapitalgeber und Kreditgeber subsumieren; **Verwendungszwecke** für verfügbare Finanzmittel können Vermögensbeschaffung (Investition), der Leistungsprozess des Unternehmens, der in Form unterschiedlicher Aufwendungen zu Auszahlungen führt, Eigenkapitalgeber im Fall von Gewinnausschüttungen und Kapitalherabsetzungen und Kreditgeber im Fall von Zinszahlungen und Tilgungen darstellen.<sup>680</sup> Da sich die am Bilanzstichtag durch Vermögen und Kapital bedingten Ein- und Auszahlungen nach den bestehenden Erwartungen der Unternehmensleitung bzw. den getroffenen Vereinbarungen über die Zeit verteilen, lässt sich die Situation des Zahlungsstroms (und damit die Finanzlage) in einer statischen Betrachtung vor allem durch nachfolgende Angaben darstellen: **Höhe** und im Hinblick auf die **Einzahlungserwartungen** (Fristigkeit) bestehende **Struktur des Vermögens** (hauptsächlich Anlagenintensität), **Höhe** und im Hinblick auf die **Auszahlungserwartungen** (Fristigkeit) bestehende **Struktur des Kapitals** (hauptsächlich: Eigenkapitalquote bzw. Verschuldungsgrad), Relation des nach der Fristigkeit geordneten Vermögens und Kapitals, hauptsächlich bei langfristiger Betrachtung sogenannte **Deckungsgrade**, bei kurzfristiger Betrachtung so genannte **Liquiditätsgrade**.<sup>681</sup> „Hinsichtlich der Höhe von Vermögen und Kapital mit Wirkung auch auf die jeweilige Struktur kommen zur Darstellung der tatsächlichen Finanzlage noch Ergänzungen besonders um nicht bilanzierte Vermögensgegenstände und stille Bewertungsreserven, sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Investitionsvorhaben oder als Bestellobligo sowie Einlageverpflichtungen aus Beteiligungen und für die Beschaffung von Finanzmitteln zur Verfügung stehende, noch nicht ausgeschöpfte Kreditlinien oder beschlossene, aber noch nicht durchgeführte Kapitalerhöhungen in Betracht.“<sup>682</sup> Neben Kennzahlen zu Liquiditäts- und De-

<sup>679</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 55.

<sup>680</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 167.

<sup>681</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 167 f.

<sup>682</sup> Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 167.

ckungsgraden kann für die Darstellung der Finanzlage auch die Aufnahme einer **Kapitalflussrechnung** für die Vermittlung eines Gesamtbildes der finanziellen bzw. liquiditätsmäßigen Verhältnisse sachgerecht sein.<sup>683</sup>

Die Berichterstattung über die Finanzlage ist folglich insofern komplexer als die Berichterstattung über die Vermögenslage, als sie diese teilweise mit einschließt, wodurch sich deutlich mehr Instrumente zur Darstellung der Finanzlage ergeben, aber auch die wirtschaftliche Befindlichkeit eines Unternehmens umfassender bei der Vermögenslage zum Ausdruck gebracht wird.<sup>684</sup>

Informationen über die zukünftige Liquiditätssituation sind für die Adressaten von besonderer Bedeutung, „da die Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit eine notwendige Voraussetzung für das Fortbestehen des Unternehmens ist.“<sup>685</sup> Da der Jahresabschluss für die Vermittlung solcher Informationen ungeeignet ist,<sup>686</sup> sind im Lagebericht zukunftsbezogene Angaben aufzunehmen, um den Adressaten eine Beurteilung der Zahlungsfähigkeit bzw. den Unsicherheitsgrad der Ausschüttungserwartungen zu ermöglichen.<sup>687</sup>

DRS 15 empfiehlt daneben Angaben zur Einstufung der Kreditwürdigkeit durch Rating-Agenturen, Angaben ob die Unternehmensleitung mit einer Änderung der Kreditkonditionen rechnet sowie die Erläuterung des gewichteten Fremdkapitalkostensatz für das abgelaufene Geschäftsjahr (Tz 162).

#### II.4.3.3.4 Ertragslage

Die Berichterstattung über die Ertragslage soll den Adressaten entscheidungsrelevante Informationen über die künftigen Realisierungsmöglichkeiten ihrer finanziellen Zielsetzungen liefern und die Adressaten in die Lage versetzen, die

---

<sup>683</sup> Vgl. Dörner/Bischoff (1999a), S. 386.

<sup>684</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 168.

<sup>685</sup> Hinz (2010b), Rn. 21.

<sup>686</sup> Vgl. Hinz (2010b), Rn. 21.

<sup>687</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 81.

Vorteilhaftigkeit ihres unternehmensbezogenen Engagements beurteilen zu können.<sup>688</sup>

Der Begriff der Ertragslage wird in der Rechnungslegungsliteratur und Prüfungspraxis im Sinne von der Erfolgslage bzw. Ergebnislage verstanden und geht somit über die alleinige Darstellung der Erträge, was der Begriff der Ertragslage zunächst vermuten ließe, hinaus.<sup>689</sup> Vielmehr betrifft die Ertragslage „die Höhe des Periodenerfolgs (Jahresüberschuß bzw. –fehlbetrag) und seine Komponenten Aufwand und Ertrag sowie deren Struktur und Veränderung.“<sup>690</sup> Ein Einblick in die Ertragslage fordert Angaben zu den Quellen und dem Zustandekommen des Ergebnisses im Geschäftsjahr.<sup>691</sup> Legt man hierbei ein weites Begriffsverständnis zugrunde, das die wirtschaftliche Leistung des Unternehmens umfasst, so sind neben den Ergebniskomponenten und –strukturen sowie den –trends auch die Konzepte zur Unternehmenssteuerung einzubeziehen, sollte das Unternehmen nicht auf Basis des Jahresergebnisses bzw. Geschäftsergebnisses gesteuert werden.<sup>692</sup>

Hinsichtlich einer erforderlichen Mindestberichterstattung sind Ausführungen dann zwingend, wenn deutliche Auffälligkeiten des im Geschäftsjahr erzielten Erfolgs oder seiner Komponenten bestehen, insbesondere bei Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.<sup>693</sup>

Da eine Erfolgsdarstellung nicht nur absolut, sondern auch relativ im Hinblick auf das zur Erfolgserzielung eingesetzte Kapital sowie die als Hauptursache des erzielten Erfolgs zu sehenden Umsatzerlöse erfolgen muss,<sup>694</sup> sollten bei der Darstellung der Ertragslage **Rentabilitätskennzahlen** verwendet werden<sup>695</sup> sowie darüber hinaus **Strukturkennzahlen** aufgenommen werden.<sup>696</sup> Strukturkennzahlen geben Aufschluss darüber, wenn sich bei konstanter Höhe des Er-

---

<sup>688</sup> Vgl. Pfaff/Stefani (2002), Sp. 690.

<sup>689</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 177.

<sup>690</sup> Selchert (1993), S. 755.

<sup>691</sup> Vgl. Hinz (2010b), Rn. 30.

<sup>692</sup> Vgl. Müßig (2006), S. 93.

<sup>693</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 177, Selchert/Greinert (2002b), Rn. 65.

<sup>694</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 177.

<sup>695</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 177; Dörner/Bischoff (1999a), S. 387; Kirsch/Scheele (2004), S. 8.

<sup>696</sup> Vgl. Dörner/Bischoff (1999a), S. 387; Kirsch/Scheele (2004), S. 8.

folgs dessen Struktur verschiebt, z.B. wenn ein wesentlich verringertes Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit durch ein erhöhtes außerordentliches Ergebnis kompensiert wird.<sup>697</sup> Auch wenn der Lageberichtsadressat Veränderungen der Ergebnisstruktur auch aus der GuV entnehmen könnte, so ist ihm allerdings ein Abwägen gegensätzlicher oder abweichender Veränderungen bezüglich der unterschiedlichen Ergebnisteile genauso wenig möglich, wie er daraus eine Gesamtsicht der Ertragslage vom Standpunkt der Unternehmensleitung erhält.<sup>698</sup>

Rentabilitätskennzahlen zeigen auch solche Veränderungen der Ertragslage, die sich bei einem konstanten Ergebnis ergeben haben.<sup>699</sup> So kann bei gleichbleibendem Ergebnis bspw. eine starke Erhöhung des Eigenkapitals oder umgekehrt eine Kapitalherabsetzung vorliegen, die somit zu einer Verminderung oder Erhöhung der Eigenkapitalrentabilität führt und deshalb berichtspflichtig werden kann, weil auch die Eigenkapitalrentabilität als relativer Erfolg einen Teil der Ertragslage darstellt.<sup>700</sup>

Da die Ertragslage regelmäßig von unterschiedlichen Sondereinflüssen aufgrund ungewöhnlicher und außerordentlicher Ereignisse, durch bestimmte unternehmerische Dispositionen und auch ggf. durch Wechselkursschwankungen sowie inflationsbedingte Ereignisse geprägt ist, kann hierdurch ein Zeit- und Unternehmensvergleich erschwert werden.<sup>701</sup> Dementsprechend sollten diese Ereignisse und die entsprechenden Auswirkungen aus dem Ergebnis eliminiert werden.<sup>702</sup> So sprechen sich auch Dörner/Bischof dafür aus, dass bereinigte Ertragszahlen ausgewiesen werden sollten, um einen aussagefähigen Zeit- und Unternehmensvergleich zu ermöglichen.<sup>703</sup> Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert schränken die Angabe eines bereinigten Ergebnisses allerdings insofern ein, als dieses nicht grundsätzlich verlangt werden kann, nur weil sie sinnvoll sein

<sup>697</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 66.

<sup>698</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 177.

<sup>699</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 67.

<sup>700</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 67.

<sup>701</sup> Vgl. Hartmann (2006), S. 100.

<sup>702</sup> Vgl. Hartmann (2006), S. 100 mit Verweis auf die Vorschriften des DRS 15, der u.a. die Quantifizierung ungewöhnlicher oder nicht wiederkehrender Ereignisse fordert (Tz. 50) sowie die wesentlichen Inflations- und Wechselkurseinflüsse auf die Entwicklung von Posten der GuV anzugeben und in ihrer Auswirkung zu erläutern (Tz. 60).

<sup>703</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 387.

kann – vielmehr lässt sich die Forderung nach einer Angabe nur dann begründen, wenn diese Informationen für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes notwendig ist.<sup>704</sup> Vor dem Hintergrund, dass der Gesetzgeber in § 289 Abs. 1 HGB nur pauschal die Lage des Unternehmens „und in diesem Rahmen, wenn deutliche Auffälligkeiten bezüglich der Ertragslage bestehen, auch deren Einbeziehung in die insoweit komplexere Darstellung verlangt“<sup>705</sup>, sind Einzelangaben zur Bereinigung des Ergebnisses allenfalls für den Jahresabschluss vorgesehen.<sup>706</sup>

Daneben sind zukunftsorientierte Informationen einzubeziehen, mit denen die Fähigkeit des Unternehmens, künftige Erträge zu erwirtschaften, ausgedrückt werden soll.<sup>707</sup> Die Adressaten sollen einen Einblick in das Ertragspotential des Unternehmens erhalten sowie dessen Nachhaltigkeit beurteilen können.<sup>708</sup>

#### **II.4.4 Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft nach § 289 Abs. 1 Satz 2 HGB**

Neben der Darstellung von Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage des Unternehmens fordert § 289 Abs. 1 Satz 2 HGB eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang und der Komplexität der Geschäftstätigkeit entsprechende Analyse des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft. Mit der Erweiterung der gesetzlichen Vorschriften um die vorzunehmende Analyse wurde die besondere Bedeutung der Analysefunktion<sup>709</sup> des Lageberichts hervorgehoben: Laut Regierungsbegründung zum BilReG dient der Abschluss eher der Darstellung, der Lagebericht dagegen mehr der Analyse und Kommentierung relevanter Kennzahlen und Sachverhalte.<sup>710</sup>

<sup>704</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 181.

<sup>705</sup> Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 180.

<sup>706</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 181.

<sup>707</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 83.

<sup>708</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 83.

<sup>709</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 770.

<sup>710</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/3419, S. 30.

Mit der Analyse soll eine systematische Untersuchung von Geschäftsverlauf und Lage hinsichtlich aller Komponenten und den sie bestimmenden Faktoren vorgenommen werden.<sup>711</sup> Umfassend meint, dass sowohl alle Funktionsbereiche des Unternehmens als auch die einzelnen Komponenten und Faktoren herauszustellen und zu untersuchen sind, wobei die Ausgewogenheit darin besteht, die Komponenten und Faktoren in sich abgestimmt und ausgeglichen darzustellen.<sup>712</sup> Voraussetzung für eine ausgewogene Berichterstattung ist jedoch, dass „sämtliche Rahmenbedingungen, die für den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage relevant sind (...) analysiert werden“<sup>713</sup> und systematisch im Lagebericht dargestellt werden.<sup>714</sup> In diesem Zusammenhang können Einflussfaktoren sowohl unternehmensintern aus den jeweiligen Funktionalbereichen als auch aus dem Unternehmensumfeld vorliegen.<sup>715</sup>

Die Analyse muss aussagekräftig und entscheidungsrelevant sein, was inhaltsleere oder stereotypische Aussagen ausschließt.<sup>716</sup> Die Breite und Tiefe der Analyse wird durch den Umfang und der Komplexität der Geschäftstätigkeit begrenzt, woraus für kleine und mittlere Unternehmen bzw. Einproduktunternehmen Erleichterungen hinsichtlich Detaillierungsgrad im Vergleich zu Großunternehmen bzw. Mehrproduktunternehmen resultieren.<sup>717</sup> Hinsichtlich der Faktoren sind sowohl externe Faktoren, wie Rahmenbedingungen von Unternehmensumfeld und -umwelt, Markt und Wettbewerb als auch interne Faktoren, wie Bilanzpolitik, Ausnutzung von Ermessensspielräumen und Sachverhaltsgestaltungen zu berücksichtigen.<sup>718</sup>

Instrumentelle Unterstützung bietet hierbei die klassische Jahresabschlussanalyse in Bezug auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, einschließlich Rentabilitäts-, Erfolgsquellenanalyse sowie Kennzahlen, wobei die quantitative (Kennzahlenanalyse) durch qualitative Analysen, z.B. im Hinblick auf die Markt-

---

<sup>711</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 25.

<sup>712</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 25.

<sup>713</sup> Böcking/Herold/Wiederhold (2003), S. 404.

<sup>714</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 86.

<sup>715</sup> Vgl. Böcking/Herold/Wiederhold (2003), S. 404.

<sup>716</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 25.

<sup>717</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 25.

<sup>718</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 25.

und Wettbewerbslage zu ergänzen ist.<sup>719</sup> Eine Kennzahlenanalyse sollte dahingehend ausgestaltet sein, dass die Kennzahlen sowohl einen Zeitvergleich als auch einen zwischenbetrieblichen Vergleich gewährleisten.<sup>720</sup>

Im Ergebnis muss die Analyse mehr enthalten, als ein Unternehmensexterner aus den veröffentlichten Jahresabschlussdaten ableiten und als Kennzahl selbst errechnen könnte.<sup>721</sup> Dementsprechend müssen bei der Bildung der Kennzahlen zur Bilanzstruktur die Beträge aus dem Jahresabschluss um Verzerrungen, Nichtvergleichbarkeit oder bilanzpolitische Maßnahmen bereinigt werden.<sup>722</sup> Ferner sind eine Investitionsanalyse nach Zusammensetzung des Vermögens und der Vermögensbindung sowie eine Finanzierungsanalyse nach Art, Sicherheit und Fristigkeit und Aussagen zur finanziellen Stabilität des Unternehmens, zur Innenfinanzierungskraft und Verschuldungsfähigkeit aufzunehmen.<sup>723</sup> Die Ertragslage muss hinsichtlich ihrer Höhe, Struktur und Quellen der Erfolge bzw. Erträge und Aufwendungen einschließlich deren Veränderungen unter Berücksichtigung nachhaltiger und nichtnachhaltiger oder wiederkehrender und nichtwiederkehrender Posten analysiert werden.<sup>724</sup>

#### **II.4.5 Angabe und Erläuterung der bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren nach § 289 Abs. 1 Satz 4 i.V.m. Abs. 3 HGB**

Die Anforderungen an die Analyse werden in § 289 Abs. 1 Satz 4 i.V.m. Abs. 3 HGB dahingehend konkretisiert, dass die für die Geschäftstätigkeit bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren einbezogen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss ausgewiesenen Beträge und Angaben erläutert werden müssen. In § 289 Abs. 3 HGB wird die Berichterstattung für große Kapitalgesellschaften dahingehend erweitert, dass auch nichtfinanzielle Leistungsindikatoren, wie Informationen über Umwelt- und Arbeitnehmerbelange, soweit

---

<sup>719</sup> Vgl. Paetzmann (2009), Rn. 23.

<sup>720</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2004), S. 8.

<sup>721</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2004), S. 8.

<sup>722</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 25.

<sup>723</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 25.

<sup>724</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 25.

sie für das Verständnis des Geschäftsverlaufs oder der Lage von Bedeutung sind, einzubeziehen sind. Die Regelung des Konzernlageberichts verlangt nach § 315 Abs. 1 Satz 4 die Einbeziehung der nichtfinanziellen Leistungsindikatoren unabhängig von der Unternehmensgröße. Die Angabepflichten in Bezug auf nichtfinanzielle Leistungsindikatoren ergeben sich aufgrund der zunehmenden Kapitalmarktorientierung der Rechnungslegung und der veränderten Informationsanforderungen der Abschlussadressaten.<sup>725</sup>

Während eine Definition der finanziellen Leistungsindikatoren unterbleibt, fordert der Gesetzgeber im Regierungsentwurf des BilReG im Rahmen der Analyse die hauptsächlichen finanziellen Leistungsmerkmale, wie etwa Ergebnisentwicklung und Ergebniskomponenten, Liquidität und Kapitalausstattung.<sup>726</sup> Der Gesetzeszusammenhang lässt den Schluss zu, dass die finanziellen Leistungsindikatoren Merkmale und Umstände darstellen, die als Hinweis auf und Grundlage für die im Geschäftsjahr erbrachte Leistung dienen.<sup>727</sup> Dabei soll „finanziell“ allerdings nicht so ausgelegt werden, dass dies nur Leistungsindikatoren mit Bezug zur Finanzlage umfasst, vielmehr ist wohl eher von einer zu engen Auslegung an den Originalwortlaut der Modernisierungsrichtlinie auszugehen.<sup>728</sup> Finanziell bedeutet im Sinn des angloamerikanischen Sprachgebrauchs „sich in der Rechnungslegung unmittelbar betragsmäßig niederschlagen“ im Gegensatz zu den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren.<sup>729</sup> Die Erläuterung der finanziellen Leistungsindikatoren unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss ausgewiesenen Beträge und Angaben stellt das Bindeglied zwischen Lagebericht und Jahresabschluss dar.<sup>730</sup> Der Regierungsbegründung nach soll der Lagebericht im Rahmen der Analyse ergänzende Hinweise zum Jahresabschluss enthalten, soweit dies dem Verständnis dient, wobei eine Verdoppelung von Anga-

<sup>725</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2004), S. 10; Fülbier/Pellens (2013), Rn. 34.

<sup>726</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/3419, S. 30. „Es handelt sich folglich um typische Finanzkennzahlen, die wettbewerbs- und erfolgsbestimmende Faktoren repräsentieren und auch für die Abschlussanalyse verwendet werden können.“ Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 89 m.w.N.

<sup>727</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 31.

<sup>728</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 53.

<sup>729</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 31. Greinert spricht hierbei von „wertmäßig“. Vgl. Greinert (2004), S. 53.

<sup>730</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 31.

ben im Abschluss einerseits, im Lagebericht andererseits vermieden werden kann, wenn eine eindeutige Bezugnahme des Lageberichts auf den Abschluss zur Information des Adressaten ausreicht.<sup>731</sup>

Die in § 289 Abs. 3 HGB genannten nichtfinanziellen Leistungsindikatoren werden im Gesetz ebenfalls nicht definiert, es werden jedoch Informationen über Umwelt- und Arbeitnehmerbelange als Beispiel genannt. Der Gesetzgeber sieht darin allerdings keine abschließende Aufzählung und keine entsprechende zwingende Schwerpunktsetzung.<sup>732</sup> Vielmehr wird in der Regierungsbegründung dazu die Entwicklung des Kundenstammes, das Humankapital, der Bereich Forschung und Entwicklung, unter Umständen auch die – z. B. durch Sponsoring oder karitative Zuwendungen seitens des Unternehmens geförderte – gesellschaftliche Reputation der Kapitalgesellschaft aufgeführt.<sup>733</sup>

In jüngster Vergangenheit werden unter den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren zunehmend auch Nachhaltigkeitsindikatoren, z.B. nach dem Konzept der Sustainable Development-Key Performance Indicators, subsumiert.<sup>734</sup>

Bezüglich der Berichterstattung über Umweltbelange lassen sich Anhaltspunkte in der EU-Empfehlung der Kommission vom 30. Mai 2001 zur Berücksichtigung von Umweltaspekten in Jahresabschluss und Lagebericht von Unternehmen: Ausweis, Bewertung und Offenlegung<sup>735</sup> finden.<sup>736</sup> Kritisch anzumerken ist hier-

<sup>731</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/3419, S. 30.

<sup>732</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/3419, S. 30.

<sup>733</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/3419, S. 30.

<sup>734</sup> Vgl. Fülbiér/Pellens (2013), Rn. 34.

<sup>735</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Empfehlung der Kommission vom 30. Mai 2001 zur Berücksichtigung von Umweltaspekten in Jahresabschluss und Lagebericht von Unternehmen: Ausweis, Bewertung und Offenlegung ABI. EG Nr. L 156 vom 13.06.2001, S. 33-42.

<sup>736</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/3419, S. 30. Hierbei wird die Offenlegung nachfolgender Informationen empfohlen: a) die allgemeine Umweltstrategie des Unternehmens und die von ihm beschlossenen Umweltschutzprogramme, insbesondere hinsichtlich spezifischer Maßnahmen zur Verhütung von Umweltschäden, b) die auf wesentlichen Gebieten des Umweltschutzes erzielten Fortschritte, c) inwieweit im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften oder in Bezug auf zukünftige, im Wesentlichen bereits verabschiedete rechtliche Bestimmungen vom Unternehmen die erforderlichen Umweltschutzmaßnahmen durchgeführt wurden bzw. derzeit durchgeführt werden; d) gegebenenfalls und je nach Art und Umfang des Geschäftsbetriebs des Unternehmens sowie der Art der für das Unternehmen relevanten Umweltfragen, Informationen über umweltbezogene Unternehmensdaten wie Energie-, Material- und Wasserverbrauch,

bei allerdings der zum Teil fehlende Bezug zur wirtschaftlichen Lage,<sup>737</sup> trotz der Forderung in der Kommissionempfehlung nach einem wesentlichen Einfluss auf das finanzielle Ergebnis oder den finanziellen Status des betreffenden Unternehmens.<sup>738</sup> So kann bspw. dem Wasserverbrauch als umweltbezogenem Indikator nur ein indirekter Einfluss auf die wirtschaftliche Lage beigemessen werden.<sup>739</sup> Daher sollte bei der Berichterstattung grundsätzlich darauf geachtet werden, den Bezug zur wirtschaftlichen Lage des Unternehmens zu gewährleisten.<sup>740</sup>

Bei der Berichterstattung über den Personal- und Sozialbereich kommen bspw. Angaben zur Arbeitnehmerschaft (Altersaufbau, Fluktuation), zu den betriebliche Sozialleistungen, der Aus- und Weiterbildung sowie dem Gesundheits- und Arbeitsschutz in Frage.<sup>741</sup>

Dadurch, dass von einem detaillierten Anforderungskatalog abgesehen wurde, wurde den Unternehmen zwar ein erheblicher Ermessensspielraum gewährt, der aber andererseits Flexibilität dahingehend ermöglicht, unternehmensindividuelle und/oder branchenspezifische Besonderheiten zu berücksichtigen.<sup>742</sup> Der Umfang der Berichterstattung ergibt sich gemäß § 289 Abs. 3 HGB daraus, inwiefern die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage von Bedeutung sind. Diese Bedeutung wird dann erfüllt sein, wenn diese Informationen kapitalmarktrelevant und die Lageberichtsadressaten entscheidungsrelevant sind.<sup>743</sup> Der Unternehmensleitung wird somit die Ermessensentscheidung darüber zugebilligt, welche Leistungsindika-

---

Emissionen, Abfallentsorgung. Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Empfehlung der Kommission vom 30. Mai 2001 zur Berücksichtigung von Umweltaspekten in Jahresabschluss und Lagebericht von Unternehmen: Ausweis, Bewertung und Offenlegung ABl. EG Nr. L 156 vom 13.06.2001, Anhang 4 Tz.1.

<sup>737</sup> Vgl. Berndt (2001), S. 1733.

<sup>738</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Empfehlung der Kommission vom 30. Mai 2001 zur Berücksichtigung von Umweltaspekten in Jahresabschluss und Lagebericht von Unternehmen: Ausweis, Bewertung und Offenlegung ABl. EG Nr. L 156 vom 13.06.2001, Anhang 4 Tz.1.

<sup>739</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2004), S. 11.

<sup>740</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2004), S. 11.

<sup>741</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2004), S. 9.

<sup>742</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2004), S. 10.

<sup>743</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 108.

toren als bedeutsamste für die Geschäftstätigkeit in den Lagebericht aufzunehmen sind.<sup>744</sup>

Der Gesetzeszusammenhang lässt darauf schließen, dass die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, wie die finanziellen Leistungsindikatoren auch, unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss ausgewiesenen Beträge und Angaben erläutert werden müssen.<sup>745</sup> Allerdings soll damit keine Beschränkung der Berichterstattung auf Komponenten der nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, soweit sie sich in Bilanz, GuV oder Anhang niedergeschlagen haben, bezweckt werden, sondern vielmehr sind alle nichtfinanziellen Leistungsindikatoren von Bedeutung zu berücksichtigen.<sup>746</sup> Mit der Erläuterungspflicht unter Bezugnahme auf den Jahresabschluss soll vermieden werden, dass Verschleierungen durch sogenannte bereinigte Ergebnisse in die Berichterstattung aufgenommen werden, und mit der Betonung des engen Verhältnisses zwischen Jahresabschluss und Lagebericht soll zudem gewährleistet werden, dass die Angaben im Lagebericht mit denen des Jahresabschlusses in Einklang stehen.<sup>747</sup>

DRS 15 enthält keine Definition der Leistungsindikatoren, sondern regelt lediglich, dass neben den finanziellen Leistungsindikatoren auch nichtfinanzielle Leistungsindikatoren Bestandteil des Konzernlageberichts sind, sofern diese regelmäßig von der Unternehmensleitung beurteilt werden und als Entscheidungsgrundlage dienen sowie für die Geschäftstätigkeit und für die Einschätzung des Geschäftsverlaufs oder der Lage von Bedeutung sind.<sup>748</sup> Daneben finden sich im Empfehlungsteil des Standards Beispiele zu den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren (DRS 15.145),<sup>749</sup> die in DRS 15.146 noch weiter konkreti-

<sup>744</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 54.

<sup>745</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 108.

<sup>746</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 108.

<sup>747</sup> Vgl. Greinert (2004), S. 54.

<sup>748</sup> Vgl. DRS 15.31.

<sup>749</sup> Zu den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren können nach DRS 15.145 beispielsweise Informationen über den Kundenstamm, über Umwelt- und Arbeitnehmerbelange, über den Bereich Forschung und Entwicklung (sofern diese Angaben nicht im Forschungs- und Entwicklungsbericht gemäß Tz. 40 gemacht werden) und auch über die – z. B. durch Sponsoring oder karitative Zuwendungen seitens des Unternehmens geförderte – gesellschaftliche Reputation des Konzerns gehören.

sirt werden.<sup>750</sup> Die Beispiele stellen dabei jedoch nicht den Charakter eines Mindestkatalogs an angabepflichtigen Leistungsindikatoren dar, vielmehr soll die Entscheidung über die Aufnahme dieser Indikatoren in den Lagebericht vor dem Hintergrund der individuellen Situation getroffen werden (DRS 15.147).

## **II.4.6 Die voraussichtliche Entwicklung (Prognosebericht) mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Chancen- und Risikobericht) nach § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB**

### **II.4.6.1 Verhältnis von Prognose- zu Chancen- und Risikobericht**

Nach § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB ist im Lagebericht die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zu beurteilen und zu erläutern.

Bis zum Inkrafttreten des BilReG wurden Prognose- und Risikobericht formal klar voneinander abgegrenzt.<sup>751</sup> So wurde die Berichterstattung über die voraussichtliche Entwicklung in § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB getrennt von den Risiken der künftigen Entwicklung in § 289 Abs. 1, 2. HS HGB geregelt. Im Zuge des BilReG wurde diese regulatorische Zweiteilung aufgehoben<sup>752</sup> und dem Gesetzeswortlaut entsprechend die Risikoberichterstattung mit dem Prognosebericht zusammengeführt und explizit um die Berichtspflicht über die Chancen erweitert.<sup>753</sup> Die Auslegungsgrundsätze zur Prognose- und Risikoberichterstattung nach altem Recht lassen sich jedoch grundsätzlich auch weiterhin anwenden, wenngleich hierbei Erweiterungen hinsichtlich der Chancen, der zugrundelie-

---

<sup>750</sup> Beispiele für Angaben hinsichtlich des Kundenstamms sind: Kundenkreis, dessen Zusammensetzung, Entwicklung des Kundenstamms, Kundenzufriedenheit. Angaben in Bezug auf Umweltaspekte können z.B. Emissionswerte, Energieverbrauch, Beachtung der geltenden Umweltschutzvorschriften, Durchführung eines Umwelt-Audit gehören. Beispiele für Angaben bezogen auf die Belange von Arbeitnehmern umfassen: Fluktuation, Betriebszugehörigkeit, Vergütungsstrukturen, Ausbildungsstrukturen, Fortbildungsmaßnahmen, Interne Förderungsmaßnahmen. Beispiele für Angaben bezogen auf die gesellschaftliche Reputation umfassen Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung, Soziales und kulturelles Engagement, Unternehmenskultur. Weitere Angaben können sich je nach Einzelfall z. B. auf Lieferantenbeziehungen, Patentanmeldungen, Produktqualität beziehen. Vgl. DRS 15.146.

<sup>751</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2005), S. 1151.

<sup>752</sup> Vgl. Krawitz/Hartmann (2006), S. 1265.

<sup>753</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2005), S. 1151.

genden Annahmen sowie den Qualitätsanforderungen notwendig geworden sind.<sup>754</sup>

Die Frage nach der inhaltlichen Abgrenzung von Prognose- und Risikobericht stellt sich nach den Änderungen des BilReG noch deutlicher, da der Gesetzeswortlaut eine Integration von Prognose- und Risikobericht nahelegt.<sup>755</sup> Eine Darstellung der prognostizierten Entwicklung mitsamt den Chancen und einer getrennten Berichterstattung der daraus erwachsenen Risiken in einem isolierten Risikobericht ist daher nicht einsichtig.<sup>756</sup> Die formalen Anforderungen an die Prognose- und Risikoberichterstattung sind vielmehr „nach der inhaltlichen Abhängigkeit beider Berichtsfelder i.S.e. wirtschaftlichen Betrachtungsweise“<sup>757</sup> auszurichten. So sind Prognose- und Risikoberichterstattung untrennbar miteinander verbunden, weil sie sich „mittel- oder unmittelbar auf dieselbe geschätzte Verteilung zukünftiger Realisationen“<sup>758</sup> beziehen, eine Trennung der Prognose-, Chancen- und Risikoberichte wäre insofern künstlich<sup>759</sup> und hätte eine „Verlagerung und Substituierung der Berichtsgegenstände zwischen den Berichtsteilen“<sup>760</sup> zur Folge. Allerdings sollte hierbei auch keine wahllose Vermischung der beiden Berichtsgegenstände oder gar eine Überdeckung der Risikoberichterstattung erfolgen, sondern vielmehr im Sinne des Klarheitsgrundsatzes eine systematische Untergliederung des Lageberichts vorgenommen werden.<sup>761</sup>

In Anbetracht der Zusammenführung der gesetzlichen Vorschriften von Prognose- und Risikobericht wurde die vorherige Trennung der Teilberichte in DRS 15

---

<sup>754</sup> Vgl. Kaiser (2005), S. 410; Hartmann (2006), S. 103.

<sup>755</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2005), S. 1153.

<sup>756</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2005), S. 1153. Nach Müßig ist eine von der Prognoseberichterstattung getrennte Risikoberichterstattung nicht mehr gerechtfertigt. Vgl. Müßig (2006), S. 159.

<sup>757</sup> Müßig (2006), S. 160.

<sup>758</sup> Dobler (2010), S. 99.

<sup>759</sup> Vgl. Dobler (2010), S. 99, der die Prognose- und Risikoberichterstattung konsistent zu den handelsrechtlichen Lageberichtspflichten als „probabilistische Prognosepublizität mit flankierenden Angaben“ in Form von spezifischen risikoorientierten Angabepflichten (z.T. durch BilMoG sowie DRS 15 und DRS 5) beschreibt. Vgl. Dobler (2010), S. 98-99.

<sup>760</sup> Dobler (2010), S. 99.

<sup>761</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2005), S. 1153.

aufgehoben und unter dem Standardabschnitt „Bericht zur voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Chancen- und Risikobericht)“ zusammengeführt.<sup>762</sup> Nach DRS 15.92 besteht hierbei jedoch ein Wahlrecht, die Teilberichte getrennt oder zusammen darzustellen. DRS 15 verweist hinsichtlich der Konkretisierung des Risikoberichts auf die separaten Regelungen des DRS 5 (DRS 15.91).

#### II.4.6.2 Berichterstattung über die voraussichtliche Entwicklung

Nach § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB muss im Rahmen des sogenannten **Prognoseberichts**<sup>763</sup> eine Erläuterung und Beurteilung der voraussichtlichen Entwicklung vorgenommen werden, wobei auch die zugrundeliegenden Annahmen angegeben werden müssen. Der Zweck des Prognoseberichts besteht in der Offenlegung der Einschätzung der weiteren Entwicklung des Unternehmens, um somit den Lageberichtsadressaten ein weiteres Indiz zur Beurteilung der Lage des Unternehmens zur Verfügung zu stellen.<sup>764</sup> Durch die geänderte Einordnung im Gesetz erhielt der Prognosebericht insofern eine Aufwertung, als es sich nicht mehr um eine Soll-, sondern um eine Mussvorschrift handelt.<sup>765</sup> Zudem impliziert das Beurteilen und Erläutern eine ausführlichere und konkretere Darstellung als das vor Inkrafttreten des BilReG geforderte „Eingehen“.<sup>766</sup>

---

<sup>762</sup> Müßig sah in der formalen Trennung der Teilberichte, wonach die Berichterstattung über die Chancen innerhalb des Prognoseberichts zu erfolgen hatte, während über die Risiken im Risikobericht zu berichten war, eine besondere Herausstellung der Risiken: „unzulässigerweise erlangt dadurch das Imparitätsprinzip in formaler Hinsicht Bedeutung im Lagebericht“ Müßig (2006), S. 144.

<sup>763</sup> Unter einer Prognose lässt sich im Zusammenhang mit dem Lagebericht die zeitliche und sachlich terminierte Voraussage eines Unternehmers über zukünftige (unsichere) Erwartungen verstehen, die sich auf einen Zeitpunkt oder Zeitraum beziehen, der vom Publikationsdatum aus mindestens einen Monat in der Zukunft liegt und die vom ökonomischen Horizont des Prognosegebers begrenzt wird. Vgl. Pfeiffer (1974), S. 162.

<sup>764</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 104.

<sup>765</sup> Vgl. Kajüter (2004a), S. 202; Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 103. Zu den Verbindlichkeitsgraden vgl. Kapitel II.7.

<sup>766</sup> Vgl. Kajüter (2004a), S. 202; Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 103.

Die Berichtspflichten werden im Gesetz nicht näher konkretisiert. Inhaltlich lässt sich aufgrund der Zugehörigkeit von Satz 4 zu Abs. 1 schließen, dass die Berichtspflichten über Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage auch für die Konkretisierung des Satz 4 herangezogen werden können.<sup>767</sup> Es soll ausgeführt werden, welcher Geschäftsverlauf in Zukunft erwartet wird und damit direkt an die Berichterstattung nach § 289 Abs. 1 Satz 1 HGB angeknüpft werden.<sup>768</sup> Im Prognosebericht sind somit grundsätzlich über die gleichen Sachverhalte wie im Wirtschaftsbericht zu berichten, allerdings mit Zukunftsbezug.<sup>769</sup> So sind neben Angaben zur gesamtwirtschaftlichen Situation,<sup>770</sup> der Branchen- und der Unternehmenssituation auch die wichtigsten Unternehmensdaten, wie Beschäftigungssituation, Informationen zur erwarteten Umsatz-, Aufwands- und Ergebnisentwicklung, zur Investitions- und Finanzplanung sowie Informationen zu noch nicht abgeschlossenen Verträgen und Entwicklungen, wie Großaufträge, Unternehmensumwandlungen, Fusionen oder Unternehmensbeteiligungen, zu vermitteln.<sup>771</sup>

Nach DRS 15.83 sind auch Aussagen über Änderungen der Geschäftspolitik, die Erschließung neuer Absatzmärkte, die Verwendung neuer Verfahren, z. B. in der Beschaffung, Produktion oder beim Absatz, und das Angebot neuer Produkte oder Dienstleistungen zu machen sowie die daraus voraussichtlich resultierenden Investitionsvolumina und die erwarteten finanzwirtschaftlichen Auswirkungen zu erläutern. Die Erwartungen zur weiteren Entwicklung der Ertragslage und der Finanzlage sind darzustellen und mindestens als positiver oder negativer Trend zu beschreiben, wobei die Auswirkungen der wesentlichen Einflussfaktoren zu erläutern sind (DRS 15.88). Daneben sind auch die erwartete Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, z. B. der Konjunktur, soweit sie für die Entwicklung des Konzerns von Bedeutung sind, und die er-

<sup>767</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 38.

<sup>768</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 774. Ähnlich: Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 110.

<sup>769</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 774.

<sup>770</sup> Allerdings sind hierbei keine allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen in der Volks- und Weltwirtschaft, sondern nur spezielle Erwartungen mit Bezug auf die besonderen Verhältnisse des Unternehmens anzugeben. Vgl. Pfeiffer (1974), S. 162.

<sup>771</sup> Vgl. Hartmann (2006), S. 107 f. m.w.N.

warteten Branchenaussichten darzustellen (DRS 15.87). Ferner wird eine Verdichtung der Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung zur Gesamtaussage unter Angabe positiver oder negativer Entwicklungstrends sowie deren wesentliche Einflussfaktoren gefordert (DRS 15.84).

Die Frage nach Form und Bestimmtheitsgrad der Darstellung wird in der Literatur nicht einheitlich beantwortet.<sup>772</sup> Während einerseits argumentiert wird, dass aufgrund des Gesetzeswortlautes „beurteilen“ und „erläutern“ eine verbale Darstellung als ausreichend betrachtet werden kann,<sup>773</sup> werden Zahlenangaben jedoch als informativer und als bessere Entscheidungsgrundlage für den Lageberichtsadressaten angesehen.<sup>774</sup> Ebenso empfiehlt DRS 15 eine Quantifizierung der künftigen Entwicklungen (DRS 15.177).

In diesem Zusammenhang ist ferner auf die Frage nach dem Bestimmungsgrad von Zukunftsaussagen einzugehen: Generell gilt, dass Prognosen umso sicherer eintreffen, je allgemeiner sie formuliert sind, andererseits nimmt jedoch der Informationsgehalt mit steigendem Bestimmtheitsgrad zu.<sup>775</sup>

Grundsätzlich lassen sich Punkt-, Intervall-, komparative, qualitative und allgemeine Aussagen mit abnehmendem Präzisionsgrad unterscheiden.<sup>776</sup> Gegen Punktprognosen wird häufig das Argument der Scheingenauigkeit<sup>777</sup> vorge-

---

<sup>772</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 58.

<sup>773</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 39.

<sup>774</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 58. So auch Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 775, die sich dafür aussprechen, quantitative Prognosen den qualitativen vorzuziehen.

<sup>775</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 59.

<sup>776</sup> Vgl. Schmidt (1971), S. 76; Sorg (1988), S. 384. Hierbei versteht man unter Punktaussagen die Angabe einer bestimmten Zahl oder eines bestimmten Veränderungsmaßes, z.B. „Absatz 500 Mio. €“, qualitative Aussagen erfolgen in Form von gut – schlecht, groß – klein, z.B. „der Absatz wird gut sein.“, komparative Aussagen hingegen in Form von größer – kleiner, steigt – sinkt, z.B. „der Absatz wird steigen.“. Bei Intervall-Aussagen wird eine Angabe von zwei oder mehr Punkten gemacht, zwischen denen der Wert der Zukunftsaussage liegt, z.B. „Absatz zwischen 500 und 510 Mio. €“, während unter allgemeine, nicht zu klassifizierende Aussagen, z.B. „Wir werden uns wieder um Absatz bemühen!“ zu erfassen sind. Vgl. Sorg (1988), S. 384; Busse von Colbe unterscheidet die Klassen: „Klassifizierung (z.B. als gut – schlecht, groß – klein)“, „Ordinalmaß (z.B. steigt – fällt, größer – kleiner)“, „Intervalle (Angabe von 2 oder mehr Punkten, zwischen denen der Wert der Prognosevariablen liegt)“, „Punktschätzung (Angabe einer Zahl oder ‚konstant‘ [o.ä.], wenn eine Vergleichsgröße bereits publiziert war).“ Busse von Colbe (1968), S. 105.

<sup>777</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 395.

bracht, die insbesondere Sachkundige über den tatsächlichen Aussagegehalt der Angaben täuschen können,<sup>778</sup> wonach eine nicht vorhandene Prognose-Sicherheit vorgetäuscht wird und die später immer wieder erforderlichen Korrekturen für die Adressaten unverständlich bleiben.<sup>779</sup> Durch verbale Erläuterungen kann jedoch der genannten Scheingenauigkeit entgegengewirkt werden.<sup>780</sup> Ein Kompromiss zwischen Sicherheit und Genauigkeit wird allerdings mittels Intervallprognosen erreicht, die zwar nicht die Genauigkeit der Punktprognosen, wohl aber eine höhere Sicherheit aufweisen und zudem eine mögliche Streuung um einen zu erwartenden Wert erkennen lassen.<sup>781</sup> Jedoch ist hierbei das Einhalten einer gewissen Mindestsicherheit und Mindestgenauigkeit zu beachten, um nicht durch zu große Bandbreiten die Eignung der Intervallprognosen als Entscheidungshilfe zu unterlaufen.<sup>782</sup> Im Falle von verbalen Ausführungen ist zu beachten, dass diese nicht so allgemein und vage formuliert sind, dass sie inhaltsleer werden.<sup>783</sup>

Über die vom Gesetzgeber beabsichtigte Berichterstattung hinaus gehen nach h.M. Prognoserechnungen, Planbilanzen, Planerfolgsrechnungen oder Finanzpläne, die interner Natur sind und zudem der laufenden Fortschreibung unterliegen.<sup>784</sup>

Für den Prognosezeitraum wird nach herrschender Meinung ein Zeitraum von zwei Jahren als sinnvoll angesehen.<sup>785</sup> Ein einjähriger Prognosezeitraum wird insbesondere vor dem Hintergrund der Vermittlung entscheidungsrelevanter Informationen und des Zeitraums zwischen Bilanzstichtag und Veröffentlichung des Jahresabschlusses und Lageberichts als zu kurz erachtet.<sup>786</sup> Andererseits

---

<sup>778</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 395 f.

<sup>779</sup> Vgl. Kropff (1980), S. 531.

<sup>780</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 395.

<sup>781</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 775.

<sup>782</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 775.

<sup>783</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 107.

<sup>784</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 106.

<sup>785</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 37 m.w.N.; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 775, m.w.N.;

<sup>786</sup> Vgl. Kaiser (2005), S. 411; Ellrott (2010a), Rn. 37. In DRS 20.127 erfolgte im Vergleich zu DRS 15.86 allerdings eine Verkürzung des Prognosezeitraums von vormalig 2 Jahren auf einen Prognosezeitraum von mindestens einem Jahr. Böcking/Dutzi/Gros führen hierzu aus, dass die Länge des Produkt- bzw. Marktzyklus zu beachten ist und

sollte der Prognosezeitraum nicht zu lang gewählt werden, da die Prognosesicherheit mit zunehmender Länge des Prognosezeitraums abnimmt.<sup>787</sup> Letztlich sollte der jeweilige Prognosezeitraum durch die Geschäftsführung nach pflichtgemäßem Ermessen<sup>788</sup> in Abhängigkeit der Eigenarten der Branche oder des Unternehmens sowie des Gegenstands der Berichterstattung gewählt werden, wobei auch der Gegenstand der Geschäftstätigkeit (bspw. langfristiger Fertigung) von Bedeutung sein kann.<sup>789</sup>

Die vom Gesetzgeber in § 289 Abs. 1 Satz 4, 2. HS HGB kodifizierte Forderung der Nennung der den Prognosen zugrundeliegenden Annahmen dient der Beurteilung der Plausibilität der Prognosen: Umso genauer die Prämissen dargelegt sind, desto besser können Sicherheit und Genauigkeit sowie die Plausibilität beurteilt und die Ursachen einer etwaigen Abweichung zwischen vergangenem prognostizierten und eingetretenem Wert nachvollzogen werden.<sup>790</sup> Eine Angabe der wesentlichen Annahmen und Unsicherheiten wird darüber hinaus auch von DRS 15 explizit gefordert (DRS 15.83).

So wird auch in DRS 15 ein Prognosezeitraum von mindestens zwei Jahren gefordert, wobei bei Unternehmen mit längeren Marktzyklen oder bei komplexen Großprojekten ein längerer Betrachtungszeitraum empfohlen wird (DRS 15.86). Der vor dem Hintergrund der Finanzkrise vom DSR herausgegebene Hinweis zur Prognoseberichterstattung, dessen Grundaussage in DRS 15.90 übernommen wurde, sieht vor, dass bei außergewöhnlich hoher Unsicherheit und wesentlicher Beeinträchtigung der Prognosefähigkeit von konkreten Aussagen zur

---

der Prognosezeitraum gegebenenfalls zu erweitern ist. „Weiterhin ist zu beachten, dass je nach Ausreizung der Aufstellungs- bzw. Offenlegungsfristen bei nicht kapitalmarktorientierten Unternehmen der Prognosezeitraum von einem Jahr gegebenenfalls nicht ausreichend ist, um dem Prognosecharakter des Berichts zu entsprechen. Um diese Problematik zu umgehen, ist zu empfehlen, weiterhin über einen Prognosezeitraum von zwei Jahren mit gestaffelter Prognosegenauigkeit zu berichten“ Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 113.

<sup>787</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 113 m.w.N.; Ellrott (2010a), Rn. 37.

<sup>788</sup> Vgl. Kaiser (2005), S. 412.

<sup>789</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 111.

<sup>790</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 1776.

voraussichtlichen Entwicklung abgesehen werden kann, wobei die besonderen Umstände und deren Auswirkungen darzulegen sind.

#### **II.4.6.3 Berichterstattung über die wesentlichen Chancen und Risiken**

Mit der Berichterstattung über die voraussichtliche Entwicklung ist die Berichtspflicht über deren wesentliche Chancen und Risiken verbunden. Trotz der Zusammenfassung im Gesetzestext, wonach die „Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken“ zu beurteilen und zu erläutern ist, wird in der Literatur darauf hingewiesen, dass gleichermaßen die voraussichtliche Entwicklung und die wesentlichen Chancen und Risiken zu beurteilen und zu erläutern sind.<sup>791</sup>

Seit dem KonTraG im Jahr 1998 besteht die explizite Verpflichtung, über die Risiken der voraussichtlichen Entwicklung zu berichten, im Rahmen des BilReG wurden die Chancen explizit berichtspflichtig.

Allerdings sind weder Risiken noch Chancen im Gesetz definiert.<sup>792</sup> Vor Inkrafttreten des BilReG war es daher in Bezug auf die Risikoberichterstattung strittig, wie der Risikobegriff auszulegen sei und ob dieser auch die Chancen umfassen sollte,<sup>793</sup> zumal auch in der betriebswirtschaftlichen Literatur der Risikobegriff nicht einheitlich definiert wird.<sup>794</sup> So existierte in der Literatur zum Lagebericht neben einem auf potenzielle negative Entwicklungen beschränkten Risikobegriff (Risiko i.e.S.) auch ein weiteres Begriffsverständnis, wonach das Risiko die Möglichkeit positiver und negativer Abweichungen von einem erwarteten Wert darstellt (Risiko i.w.S.).<sup>795</sup> Die herrschende Meinung folgte allerdings

<sup>791</sup> Vgl. z.B. Kajüter (2004b), S. 430.

<sup>792</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 52.

<sup>793</sup> Vgl. dazu z.B. Baetge/Schulze (1998), S. 939.

<sup>794</sup> Vgl. Baetge/Schulze (1998), S. 939; Dörner/Bischof (1999a), S. 387.

<sup>795</sup> Vgl. Kajüter (2004b), S. 427; Zur Auffassung des Risikobegriffs i.w.S. vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 387, die gleichzeitig aber darauf verweisen, dass der Gesetzgeber den Risikobegriff i.e.S. verstanden wissen wollte.

der engen Begriffsauslegung,<sup>796</sup> wobei es allerdings möglich war, zur besseren Einschätzung der Risiken ebenso die Chancen der künftigen Entwicklung zu berichten.<sup>797</sup> Eine Pflicht zur Chancenberichterstattung wurde daraus allerdings nicht abgeleitet.<sup>798</sup>

Der Wortlaut des durch die Modernisierungsrichtlinie geänderten Art. 46 Abs. 1 S. 1 der 4. EG-Richtlinie enthält die Forderung, die „wesentlichen Risiken und Ungewissheiten“ zu beschreiben.

Obwohl grundsätzlich die Möglichkeit einer weiten Auslegung des Risiko- und Ungewissheitsbegriffs<sup>799</sup> wie in der betriebswirtschaftlichen Entscheidungstheorie besteht und damit sowohl positive als auch negative Entwicklungen zu berücksichtigen, ist aufgrund der Entstehungsgeschichte<sup>800</sup> der Norm eher von einer engen Interpretation auszugehen.<sup>801</sup> Mit der Ergänzung der Ungewissheiten soll verdeutlicht werden, dass nicht nur konkrete, sondern auch schwer prognostizierbare Gefahren zu berücksichtigen sind, um so eine umfassende Darstellung möglicher negativer Entwicklungen zu gewährleisten.<sup>802</sup> Diese In-

---

<sup>796</sup> Vgl. Hartmann (2006), S. 111; Kirsch/Scheele (2004), S. 5 f., die zwar auf die Sichtweise eines umfassenden Risikobegriffs im Sinne einer Mehrwertigkeit künftiger Entwicklungen, die sich aus der Informationsfunktion des Lageberichts ableiten ließe, hinweisen, aber aufgrund der Intention des Gesetzgebers, wonach das KonTraG als Reaktion auf die Häufung von Unternehmensrisiken und -zusammenbrüchen zu verstehen sei, eine negativ orientierte Sichtweise ableiten und zu dem Ergebnis kommen, dass die Risikoberichterstattung eindeutig auf einem negativen Risikobegriff basiert, was sowohl durch den IDW RS HFA 1 als auch DRS 5 bestätigt werde.

<sup>797</sup> Vgl. Kajüter (2004a), S. 202; Kirsch/Scheele (2004), S. 6.

<sup>798</sup> Vgl. Kirsch/Scheele (2005), S. 1153.

<sup>799</sup> Die in der Modernisierungsrichtlinie verwendeten Begriffe der Risiken und Ungewissheiten werden nicht näher definiert. Nach Kirsch/Scheele impliziere der Wortlaut, dass Risiken und Ungewissheiten nicht deckungsgleich sein könnten, wobei die Frage offen bliebe, wie eine daraus resultierende Ausweitung des Risikobegriffs zu interpretieren sei. Vgl. Kirsch/Scheele (2004), S. 6.

<sup>800</sup> So wurde die Risikoberichterstattung auf Anregung von deutscher Seite und dadurch in Anlehnung an die handelsrechtlichen Vorschriften in den Richtlinienentwurf aufgenommen und lässt somit den Schluss zu, dass der Risikobegriff in der Modernisierungsrichtlinie ebenfalls im Sinne der Möglichkeit negativer künftiger Entwicklungen zu verstehen ist. Vgl. Kajüter (2004b), S. 427.

<sup>801</sup> Vgl. Kajüter (2004b), S. 427. Hartmann gibt allerdings zu bedenken, dass der englische Begriff „risk“ im Sprachgebrauch eher dem weiteren Begriffsverständnis entspricht, womit auch ohne deren explizite Erwähnung die Chancen eingeschlossen seien. Vgl. Hartmann (2006), S. 111.

<sup>802</sup> Vgl. Kajüter (2004b), S. 427.

terpretation wird zudem mit der Einführung des BilReG gestützt, wonach die Anforderungen der Modernisierungsrichtlinie übernommen wurden, aber in der Regierungsbegründung ausgeführt wird, dass über die europäische Vorgabe hinausgehend „außer auf die Risiken auch auf die Chancen der künftigen Entwicklung“<sup>803</sup> einzugehen ist.<sup>804</sup> Somit geht das deutsche Gesetz hinsichtlich der Berichterstattung über die Chancen über die Vorgaben der EU hinaus.<sup>805</sup>

Ausgehend von der bisherigen Gesetzesauslegung sind somit Chancen und Risiken als gegensätzliche Begriffe zu verstehen, die positive bzw. negative Abweichungen von einem erwarteten Wert bezeichnen.<sup>806</sup> Diese Auffassung liegt auch den Definitionen in DRS 5.9 und DRS 15.8 zugrunde, wonach unter Chancen bzw. Risiken die Möglichkeit von positiven bzw. negativen Abweichungen von der voraussichtlichen Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft zu verstehen ist. Referenzpunkt stellen die wirtschaftliche Lage am Bilanzstichtag und die im Prognosebericht dargestellten Erwartungen dar; allgemeine Chancen und Risiken der zukünftigen Geschäftstätigkeit sind hierunter nicht zu erfassen.<sup>807</sup>

Im Gesetz werden die Chancen gleichwertig neben die Risiken gestellt, woraus die Forderung nach einer gleichwertigen und ausgewogenen Berichterstattung resultiert, die nicht durch das Vorsichtsprinzip eingeschränkt ist und somit weder zu einer zu positiven noch zu einer zu negativen Darstellung führen soll.<sup>808</sup> Über Chancen und Risiken muss hierbei allerdings getrennt berichtet werden, eine Darstellung von den nach Chancensaldierung verbleibenden Restrisiken ist unzulässig.<sup>809</sup> Entsprechend ist in DRS 15.12 das Verbot einer Aufrechnung von Chancen und Risiken enthalten.

---

<sup>803</sup> BT-Drucksache 15/3419, S. 30.

<sup>804</sup> Vgl. Kajüter (2004b), S. 427.

<sup>805</sup> Vgl. Hartmann (2006), S. 111.

<sup>806</sup> Vgl. Kajüter (2004b), S. 429.

<sup>807</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 52.

<sup>808</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 52.

<sup>809</sup> Vgl. Kaiser (2005), S. 415; ADS (1995), Rn. 8.

Aus dem Zweck der Informationsvermittlung, den Grundsätzen der Klarheit sowie der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit und aus expliziter Beschränkung im Gesetzeswortlaut durch den Begriff „wesentliche“ ergibt sich, dass eine Berichterstattung über alle denkbaren Chancen und Risiken unzulässig ist.<sup>810</sup> Dies wäre weder praktisch durchführbar noch im Interesse der Klarheit, da den Lageberichtsadressaten eine Unterscheidung zwischen bedeutenden und unbedeutenden Vorgängen kaum möglich wäre.<sup>811</sup> Vielmehr gelten Chancen und Risiken dann als wesentlich und damit berichtspflichtig, wenn sie einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens haben können<sup>812</sup> und somit in wesentlichem Umfang positiv oder negativ die prognostizierte Entwicklung deutlich verändern können.<sup>813</sup> Hierzu zählen externe und innerbetriebliche Faktoren und Umstände, wie Konjunktur-, Markt-, Branchen-, Zins-, Wechselkurs-, Gesetzes-, Steuer-, Umwelt- und Lohnentwicklungen sowie unternehmensspezifische Chancen- und Risikopotentiale im Produktions-, Absatz-, Beschaffungs-, Personal-, Finanzierungs- und Investitionsbereich.<sup>814</sup> Zu den wesentlichen Risiken zählen zudem bestandsgefährdende Risiken<sup>815</sup>, die die Fortführungsprämisse des Unternehmens (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB) in Frage stellen können.<sup>816</sup> Im Zusammenhang mit dem Wesentlichkeitsgrundsatz gilt es ferner zu beachten, „dass der bestehende Ermessensspielraum nicht zu einer unterschiedlichen Festlegung der Wesentlichkeitsgrenze bei Chance und Risiken führt. Die als wesentlich erachteten Chancen und Risiken müssen vielmehr in beiden Fällen auf objektiven Kriterien beruhen und einer Nachprüfung standhalten.“<sup>817</sup>

Nach dem Wesentlichkeitsgrundsatz muss die Berichterstattung an der qualitativen und quantitativen Bedeutung der jeweiligen Chancen und Risiken ausgerichtet werden, wobei die Bedeutung von den spezifischen Verhältnissen des Unternehmens, wie z.B. Unternehmensgröße, Branchenzugehörigkeit, Ge-

<sup>810</sup> Vgl. Hartmann (2006), S. 114, m.w.N.

<sup>811</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 389 nur in Bezug auf die Risiken.

<sup>812</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 389 nur in Bezug auf die Risiken.

<sup>813</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 52.

<sup>814</sup> Vgl. Ellrott, (2010a), Rn. 52.

<sup>815</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 389.

<sup>816</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 780.

<sup>817</sup> Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 118.

schäftstätigkeit, Marktstellung und wirtschaftliche Lage, abhängt.<sup>818</sup> So wird z.B. in einer wirtschaftlich angespannten Lage oder in Krisenzeiten der Wesentlichkeitsgrundsatz weiter auszulegen sein, „um dem Adressatenkreis durch eine umfangreichere Berichterstattung über Chancen und Risiken eine detailliertere Entscheidungsbasis zu geben.“<sup>819</sup> Eine freiwillige weitergehende Berichterstattung über sonstige Chancen und Risiken steht grundsätzlich nicht mit dem Wesentlichkeitsgrundsatz und dem Zweck der Prognoseberichterstattung im Widerspruch, sind aber nur insofern zulässig, als dadurch die Klarheit des Prognoseberichts gewahrt bleibt.<sup>820</sup>

Bei der Berichterstattung über die **Risiken** ist eine Einteilung in geeignete Risikoklassen vorzunehmen.<sup>821</sup> Nach DRS 5.16 soll sich das Unternehmen bei der Klassifizierung an der im internen Risikomanagementsystem verwendeten Einteilung orientieren. Als Risikokategorien kommen nach DRS 5.17 Umfeld- und Branchenrisiken, unternehmensstrategische Risiken, leistungswirtschaftliche Risiken, Personalrisiken, informationstechnische Risiken, finanzwirtschaftliche Risiken und sonstige Risiken in Betracht.

Die Risikoberichterstattung soll dem Lageberichtsadressaten ermöglichen, die Art, Eintrittswahrscheinlichkeit<sup>822</sup> und die Auswirkungen künftiger Entwicklungsrisiken einschätzen zu können.<sup>823</sup> In der Literatur wird eine Quantifizierung der Chancen und Risiken, d.h. nach Gewinn- und Verlusthöhe sowie Eintrittswahrscheinlichkeit, dann gefordert, wenn verbale Ausführungen nicht geeignet oder ausreichend sind<sup>824</sup> oder nicht wesentlich zur Verdeutlichung des Risikos bei-

<sup>818</sup> Vgl. Kaiser (2005), S. 413.

<sup>819</sup> Kaiser (2005), S. 413.

<sup>820</sup> Vgl. Kaiser (2005), S. 413.

<sup>821</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 780.

<sup>822</sup> Dörner/Bischof (1999a), S. 389 fordern in diesem Zusammenhang nur die Risiken darzustellen, die mit einer erheblichen, wenn auch nicht notwendigerweise überwiegenden Wahrscheinlichkeit erwartet werden, um den Lagebericht von unwahrscheinlichen Risiken, die keinen (nennenswerten) Informationswert für den Berichtsadressaten haben, zu entlasten.

<sup>823</sup> Vgl. Baetge/Schulze (1998), S. 942 m.w.N.

<sup>824</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 48.; ADS (2001), Rn. 19 nur in Bezug auf die Risiken.

tragen können.<sup>825</sup> DRS 5.20 verlangt eine Quantifizierung der Risiken dann, wenn dies nach anerkannten und verlässlichen Methoden möglich und wirtschaftlich vertretbar ist und die quantitative Angabe eine entscheidungsrelevante Information für die Adressaten des Konzernlageberichts ist. Im Fall einer Quantifizierung sind die verwendeten Modelle und deren Annahmen zu erläutern.

Allerdings sind mit der Bewertung von Chancen und Risiken erhebliche Probleme verbunden, die „insbesondere aus der Nichtvorhersehbarkeit der künftigen Entwicklung, den Schwierigkeiten bei der Erfassung der Komplexität und Dynamik der Umwelt, der Problematik der Abgrenzung einzelner potentieller Chancen- und Risikofälle, den Problemen der Berücksichtigung von Folgewirkungen und der Subjektivität des Bewertenden (Einflussfaktoren sind z.B. Erfahrung, Wissen, Wahrnehmung)“<sup>826</sup> resultieren. Aufgrund dieser Bewertungsprobleme folgert Kaiser, dass eine quantitative Bewertung der Nutzenhöhe von Chancen und der Schadenshöhe von Risiken samt deren Eintrittswahrscheinlichkeiten nicht zwingend gefordert werden kann, sondern vielmehr eine verbalqualitative Beurteilung anzuerkennen ist.<sup>827</sup> Küting/Hütten konstatieren, dass eine Quantifizierung der Eintrittswahrscheinlichkeiten i.d.R. nicht gefordert werden kann, weil dies der Unternehmensleitung selbst meist nicht möglich sein dürfte.<sup>828</sup> Hingegen ist zumindest eine Einschätzung, ob sie mit einer Realisierung rechnet oder ob diese eher für unwahrscheinlich gehalten wird, durchaus notwendig.<sup>829</sup>

Im Rahmen der Risikoberichterstattung ist eine Risikokompensation unzulässig,<sup>830</sup> ebenso wie eine unterlassene Darstellung der Risiken, wenn durch Einsatz des risikopolitischen Instrumentariums Maßnahmen zum Ausgleich der Risiken getroffen wurden.<sup>831</sup> Risiken, die hingegen auf Dritte überwältzt worden

---

<sup>825</sup> Vgl. ADS (2001), Rn. 19 nur in Bezug auf die Risiken.

<sup>826</sup> Kaiser (2005), S. 416.

<sup>827</sup> Vgl. Kaiser (2005), S. 416.

<sup>828</sup> Vgl. Küting/Hütten (1997), S. 253.

<sup>829</sup> Vgl. Küting/Hütten (1997), S. 253.

<sup>830</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 46.

<sup>831</sup> Vgl. Kaiser (2005), S. 415.

sind, fallen nach herrschender Meinung allerdings nicht unter die Berichtspflicht.<sup>832</sup> So muss auch nach DRS 5.21 bei einer wirksamen Absicherung nur ein ggf. verbleibendes Restrisiko berichtet werden. Wird das Risiko hingegen nicht sicher durch diese Maßnahmen kompensiert, sind die Darstellung des Risikos vor den Bewältigungsmaßnahmen und die Maßnahmen selbst darzustellen (DRS 5.21). Ferner ist nach DRS 5.25 eine Darstellung der Interdependenzen zwischen einzelnen Risiken erforderlich, wenn anders die Risiken nicht zutreffend eingeschätzt werden können. In diesem Zusammenhang ist eine Durchsicht der Risiken, die in isolierter Betrachtung zwar als unwesentlich zu bewerten sind, dahingehend notwendig, ob sie insgesamt jedoch wesentlich und damit berichtspflichtig werden.<sup>833</sup>

Damit der Lageberichtsadressat die Risiken besser einschätzen kann, ist zudem nach DRS 5.28 das Risikomanagement in angemessenem Umfang zu beschreiben und dabei auf die Strategie, den Prozess und die Organisation des Risikomanagements einzugehen.

Der Prognosezeitraum sollte nach DRS 5.24 für bestandsgefährdende Risiken grundsätzlich ein Jahr, für andere wesentliche Risiken ein überschaubarer Zeitraum, in der Regel zwei Jahre, betragen. Ein längerer Prognosezeitraum ist hingegen bei Unternehmen mit längeren Marktzyklen oder bei komplexen Großprojekten empfehlenswert.

## **II.4.7 Die Elemente des Lageberichts nach § 289 Abs. 2 HGB**

### **II.4.7.1 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres nach § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB**

Der Lagebericht soll gemäß § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB auch eingehen auf Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind.

---

<sup>832</sup> Vgl. Kajüter (2004b), S. 429.

<sup>833</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 781.

Grundsätzlich umfasst die Berichterstattung des sogenannten Nachtragsberichts die gleichen Bereiche wie die Berichterstattung nach § 289 Abs. 1 HGB, wobei sich die Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag bis zum Berichterstellungstag ereignet haben müssen.<sup>834</sup> Ferner sind hierbei auch Entwicklungen einzubeziehen, die von der Darstellung des zurückliegenden Geschäftsjahres (sowohl positiv als auch negativ) abweichen.<sup>835</sup>

Der Zweck des Nachtragsberichts besteht in der Information über die geschäftliche Entwicklung seit dem Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres und entspricht somit der Funktion des Lageberichts, die Lage der Gesellschaft insgesamt und „damit auch losgelöst von dem durch die jeweiligen Bilanzstichtage begrenzten Zeitabschnitt zu sehen.“<sup>836</sup> Somit dient der Nachtragsbericht dazu, die zeitliche Verzögerung zwischen Bilanzstichtag und Bilanzveröffentlichung zu beheben.<sup>837</sup>

Berichtsgegenstand sind **Vorgänge**, d.h. bedeutsame Entwicklungen und Tendenzen im neuen Geschäftsjahr, insbesondere wenn sie von der im Jahresabschluss vorgezeichneten Linie abweichen, sowie auch wichtige Einflüsse auf die Geschäftsentwicklung und Geschäftslage nach dem Bilanzstichtag.<sup>838</sup> Hierbei sind sowohl positive als auch negative Vorgänge zu berücksichtigen.<sup>839</sup>

Von **besonderer Bedeutung** sind die Vorgänge dann, wenn sie geeignet sind, die Beurteilung der Lage der Gesellschaft, wie sie von Jahresabschluss und Lagebericht vermittelt wird, erheblich zu beeinflussen.<sup>840</sup> So definiert auch DRS 15.81 die besondere Bedeutung des Vorgangs dahingehend, dass dieser Vorgang, hätte er sich bereits vor Ablauf des Geschäftsjahrs vollzogen, eine andere Darstellung der Ertrags-, Finanz- oder Vermögenslage des Konzerns erfordert hätte.

<sup>834</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 97; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 784.

<sup>835</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 97.

<sup>836</sup> ADS (1995), Rn. 99; Lange (2013), Rn. 95.

<sup>837</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 96; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 784.

<sup>838</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 62.

<sup>839</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 99.

<sup>840</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 100. Ausführlich zur Interpretation, unter welchen Voraussetzungen Vorgängen eine besondere Bedeutung beizumessen ist sowie grundsätzlich zur Wesentlichkeit als Bestimmungsfaktor für Angabepflichten in Jahresabschluss und Lagebericht vgl. Ossadnik (1993), S. 1763-1767.

Die Angaben des Nachtragsberichts lassen sich in zwei Kategorien differenzieren: Zum einen wichtige Daten oder Datenänderungen und zum anderen bedeutende unternehmenspolitische Maßnahmen.<sup>841</sup> Zu den Daten oder Datenänderungen zählen z.B. wirtschaftliche oder politische Ereignisse, Änderung von Marktdaten (wie rückläufige Absatzpreise), Eintritt großer Bereichs- oder Geschäftsverluste, Ausgang und Eröffnung von Gerichtsprozessen, Ausfuhr- bzw. Einfuhrsperren, Vertragskündigungen, Streiks, Kurzarbeit und Entlassungen.<sup>842</sup> Wichtige unternehmenspolitische Maßnahmen umfassen z.B. Abschluss und Kündigung wichtiger Verträge, Gründung oder Aufgabe von Niederlassungen, Erwerb oder Verkauf von Beteiligungen oder Betriebsteilen, Akquisition oder Verlust von Großkunden, Beitritt zu Interessengemeinschaften oder Kartellen, Maßnahmen zur Kapitalerhöhung oder -herabsetzung.<sup>843</sup>

Die Vorgänge, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, sind von werterhellenden Ereignissen, d.h. jene, die bereits am Bilanzstichtag vorliegen, der Unternehmensleitung aber erst nach dem Stichtag bekannt werden, zu unterscheiden.<sup>844</sup> Letztere sind nicht Gegenstand des Nachtragsberichts.<sup>845</sup>

Die Vorschriften des DRS 15 fallen mit zwei Textziffern relativ kurz aus. Nach DRS 15.81 sind die Vorgänge, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, anzugeben und ihre erwarteten Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage zu erläutern. Sind keine solchen Vorgänge eingetreten, verlangt DRS 15.81 explizit eine Negativerklärung.

---

<sup>841</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 784.

<sup>842</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 784, m.w.N.

<sup>843</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 784, m.w.N.

<sup>844</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 50.

<sup>845</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 50.

#### II.4.7.2 Risikoberichterstattung über Finanzrisiken nach § 289 Abs. 2 Nr. 2 a und b HGB

§ 289 Abs. 2 Nr. 2 a und b HGB schreiben vor, dass in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten auf Risikomanagementziele und -methoden sowie die Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie die Risiken aus Zahlungsstromschwankungen einzugehen ist, sofern dies für die Beurteilung der Lage oder der voraussichtlichen Entwicklung von Belang ist. Die Vorschriften gehen zurück auf die durch das BilReG umgesetzte Fair-Value-Richtlinie<sup>846</sup>, bei deren Verabschiedung in den EU-Vorschriften zur Lageberichterstattung noch keine Verpflichtung zur Risikoberichterstattung vorgesehen war.<sup>847</sup> Die Berichtspflichten nach § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB stehen in engen Zusammenhang mit bestimmten Anhangangaben.<sup>848</sup>

Finanzinstrumente sind für die Risikosituation des Unternehmens von großer Bedeutung, da sie sich entweder risikominimierend auswirken können, wenn sie zur Absicherung von Risiken aus bestimmten Grundgeschäften eingesetzt werden, oder aber auch eine Risikoerhöhung beim Kauf von Anlage-, Handels- oder Spekulationszwecken darstellen können.<sup>849</sup>

Grundsätzlich ergeben sich aus der Einführung der Vorschriften des § 289 Abs. 2 Nr. 2a und b HGB keine neuen Berichtspflichten, da eine Lageberichterstattung ohne Angaben zu den wesentlichen Chancen und Risiken in Bezug auf Finanzinstrumente als unvollständig gelten würde.<sup>850</sup>

Der Begriff „Finanzinstrument“ ist weder im HGB noch in der EU-Richtlinie definiert.<sup>851</sup> In der Regierungsbegründung zum BilReG wird dazu ausgeführt, dass

---

<sup>846</sup> Richtlinie 2001/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.09.2001 zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG, 83/349/EWG und 86/635/EWG des Rates im Hinblick auf die im Jahresabschluss bzw. im konsolidierten Abschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen und von Banken und anderen Finanzinstituten zulässigen Wertansätze, ABl. EG L 283 vom 27.10.2001, S. 28-32.

<sup>847</sup> Vgl. Krawitz/Hartmann (2006), S. 1265.

<sup>848</sup> Vgl. ausführlich Böcking (2005), S. 5-8.

<sup>849</sup> Vgl. Krawitz/Hartmann (2006), S. 1265.

<sup>850</sup> Vgl. Krawitz/Hartmann (2006), S. 1266.

<sup>851</sup> In der Regierungsbegründung zum BilMoG stellt der Gesetzgeber fest, dass aufgrund der Vielfalt und ständigen Weiterentwicklung eine abschließende inhaltliche Aus-

der Begriff Finanzinstrument ähnlich wie im Kreditwesengesetz und in den International Accounting Standards als Oberbegriff verwendet wird und hierunter insbesondere alle Arten von Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten, Devisen, Rechnungseinheiten und Derivaten erfasst werden.<sup>852</sup> Böcking sieht es daher als sachgerecht an, für die Berichterstattung im Lagebericht (und Anhang) auf die Definitionen gemäß IFRS abzustellen.<sup>853</sup>

Als berichtspflichtig gelten nach Ellrott alle Finanzinstrumente, d.h. nicht nur Finanzanlagen, Wertpapiere, Derivate und Darlehensverbindlichkeiten, sondern auch Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sofern sie von dem Unternehmen verwendet wurden, unabhängig von deren Bilanzierung, sowie schwebende Geschäfte.<sup>854</sup>

Das Kriterium der Wesentlichkeit richtet sich hierbei auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder auf die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens.<sup>855</sup>

Unter die Berichterstattung zu den Zielen des Risikomanagements fallen insbesondere die Grundeinstellung der Geschäftsführung zu Risiken (Risikoneigung) beim Einsatz von Finanzinstrumenten und dabei das Ziel der vollständigen Erfassung der Risiken oder die Bestimmung von Wesentlichkeitsgrenzen, um die angestrebte Risikoposition zu verdeutlichen.<sup>856</sup> Bei den Methoden des Risikomanagements ist über das Vorgehen zur aktiven Beeinflussung der mit den Finanzinstrumenten verbundenen Risiken und über die Risikosteuerungsmaßnahmen einzugehen, worunter Angaben zum Verzicht auf risikobehaftete Finanzinstrumente, zur Vermeidung unangemessener Risikokonzentrationen, zur Überwälzung von Risiken auf Dritte und zu verbleibenden Restrisiken fallen.<sup>857</sup>

Nach § 289 Abs. 2 Nr.2 a HGB gehören zu den Risikomanagementmethoden die Methoden zur Absicherung aller wichtigen Arten von Transaktionen, die im

---

füllung des Begriffs „Finanzinstrument“ nicht möglich sei. Nach Maßgabe des recht weit gefassten Begriffs zählen hierzu grundsätzlich auch die Derivate. Vgl. BT-Drucksache 16/10067, S. 53.

<sup>852</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/3419, S. 30.

<sup>853</sup> Vgl. Böcking (2005), S. 8.

<sup>854</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 66.

<sup>855</sup> Vgl. Paetzmann (2009), Rn. 66.

<sup>856</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 66.

<sup>857</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 66.

Rahmen der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften erfasst werden. Hierbei handelt es sich insbesondere um Hedge-Geschäfte in ihren verschiedenen Ausprägungen.<sup>858</sup>

DRS 15 regelt die Vorschriften über die Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten in Tz. 93-99. Nach DRS 15.94 sind Angaben über die aus der Verwendung von Finanzinstrumenten resultierenden Risiken jeweils nach Art und Ausmaß erforderlich, wobei sich diese Angabepflicht nur auf offene Risikopositionen erstreckt. Der Umfang und Detaillierungsgrad der Ausführungen zu Markt-, Ausfall und Liquiditätsrisiken richtet sich dabei nach dem Ausmaß der mit den Finanzinstrumenten verbundenen Risiken je nach Kategorie der risikoverursachenden Geschäfte oder der Bedeutung der risikobehafteten Finanzinstrumente jeweils in Bezug auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Unternehmens.<sup>859</sup>

Nach DRS 15.98 können die Angaben in den Tz. 93-97 im Konzernlagebericht unterbleiben, wenn diese Informationen bereits im Konzernanhang dargestellt wurden. In diesen Fällen ist ein Verweis auf die entsprechende Anhangangabe erforderlich.<sup>860</sup>

### **II.4.7.3 Der Bereich Forschung und Entwicklung nach § 289 Abs. 2 Nr. 3 HGB**

Der Zweck der Angabepflichten zum Bereich Forschung und Entwicklung besteht darin, die Bedeutung von Forschung und Entwicklung für die Zukunftssicherung und die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens herauszustellen.<sup>861</sup>

Durch diese Angaben soll eine Erläuterung des unter Umständen beträchtlichen Aufwandes für Forschung und Entwicklung abgegeben werden,<sup>862</sup> da in diesem Bereich zunächst das gegenwärtige Ergebnis belastende Vorleistungen nötig sind, die erst in der Zukunft und dann auch nicht zwangsläufig zu Erträgen füh-

<sup>858</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 66.

<sup>859</sup> Vgl. DRS 15.97.

<sup>860</sup> Vgl. DRS 15.98.

<sup>861</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 107.

<sup>862</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 113.

ren.<sup>863</sup> Insbesondere bei forschungsintensiven Branchen lässt sich der Aussagegrad des Lageberichts durch Angaben zum Bereich Forschung und Entwicklung deutlich steigern.<sup>864</sup>

Berichtspflichtig sind Unternehmen, die selbst in nicht unerheblichem Ausmaß Forschung und Entwicklung betreiben oder dies durch Dritte für sich durchführen lassen.<sup>865</sup> Sind Forschung und Entwicklung nicht branchenüblich und werden im Unternehmen keine entsprechenden Tätigkeiten durchgeführt, ist keine Berichterstattung erforderlich.<sup>866</sup> Werden allerdings die Tätigkeiten in diesem Bereich unterlassen, obwohl dies aufgrund der Branchenzugehörigkeit, nach Art der Produkte oder auch nach Größe und Bedeutung des Unternehmens erwartet wird, resultiert hieraus eine Begründungspflicht.<sup>867</sup>

Nicht unter die Berichtspflichten des § 289 Abs. 2 Nr. 3 HGB fallen im Auftrag von Dritten durchgeführte Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten; diese stellen vielmehr einen Gegenstand der geschäftlichen Tätigkeit des Unternehmens dar.<sup>868</sup> Aus Wettbewerbsgründen sind keine detaillierten Ausführungen zu konkreten Forschungsergebnissen oder Entwicklungsvorhaben erforderlich, allerdings ist die Berichterstattung zumindest so zu konkretisieren, dass ein Eindruck über die globale Ausrichtung der Aktivitäten und deren Entwicklung im Zeitablauf vermittelt wird.<sup>869</sup>

Zur Definition von Forschung und Entwicklung sind die Vorschriften des § 255 Abs. 2a Satz 2 und 3 HGB heranzuziehen, wonach die Forschung sowohl die Grundlagenforschung als auch die angewandte Forschung umfasst und die Entwicklung als Umsetzung dieser Forschungsergebnisse oder anderer Erkenntnisse in einen Plan oder in ein Muster vor Beginn einer verkaufsfähigen Produktion zu verstehen ist.<sup>870</sup>

DRS 15 verortet die Regelungen zur Berichterstattung über die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (Tz. 40-42) unter dem Berichtsteil Geschäft und

<sup>863</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 85.

<sup>864</sup> Vgl. Paetzmann (2009), Rn. 73.

<sup>865</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 107; Ellrott (2010a), Rn. 85.

<sup>866</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 396.

<sup>867</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 112; Lange (2013), Rn. 110.

<sup>868</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 116.

<sup>869</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 397.

<sup>870</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 86.

Rahmenbedingungen. Berichtspflichtig sind vom Unternehmen selbst oder von Dritten durchgeführte Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck dienen, sowie wesentliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

#### **II.4.7.4 Zweigniederlassungen nach § 289 Abs. 2 Nr. 4 HGB**

Mit dem Bericht über die Zweigniederlassungen des Unternehmens soll eine Annäherung der Offenlegungspflichten von Zweigniederlassungen an diejenigen für Tochtergesellschaften erreicht und somit dem Umstand Rechnung getragen werden, dass der wirtschaftliche und soziale Einfluss von Zweigniederlassungen dem von Tochtergesellschaften entsprechen kann.<sup>871</sup> Der Hauptzweck der Richtlinienvorschriften kann darin gesehen werden, zu verhindern, dass durch eine Errichtung von Zweigniederlassungen Offenlegungspflichten für Tochterunternehmen umgangen werden.<sup>872</sup>

Unter Zweigniederlassungen sind auf Dauer angelegte, im Außenverhältnis selbständig auftretende, aber im Innenverhältnis weisungsgebundene, von einer Hauptniederlassung räumlich und organisatorisch getrennte Unternehmensanteile zu verstehen, denen im Gegensatz zur Tochtergesellschaft eine eigene Rechtspersönlichkeit und Rechtsfähigkeit fehlt.<sup>873</sup>

Für die Beurteilung des Gesamtunternehmens in der geographischen Ausbreitung wird es als ausreichend angesehen, anzugeben, an welchen Orten im In- und Ausland Zweigniederlassungen bestehen, welche abweichende Firmierungen vorliegen, die die Zugehörigkeit zur Hauptniederlassung nicht mehr erkennen lassen, und welche wesentlichen Veränderungen (z.B. Errichtung, Aufhebung, Sitzverlegung) sich gegenüber dem Vorjahr ergeben haben.<sup>874</sup>

Daneben existiert in der Literatur auch die Forderung nach einer Berichterstattung über wesentliche wirtschaftliche Eckdaten der einzelnen Zweigniederlassungen, wie z.B. über die im abgelaufenen Geschäftsjahr getätigten Umsätze, Vertriebsprogramme, wesentliche Investitionsvorhaben sowie beschäftigte Mit-

---

<sup>871</sup> Vgl. Fey (1994), S. 485.

<sup>872</sup> Vgl. Veit (1997), S. 461.

<sup>873</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 78.

<sup>874</sup> Vgl. Fey (1994), S. 485.

arbeiter.<sup>875</sup> Allerdings besteht im Gegensatz dazu auch die Auffassung, dass diese weitergehenden Angaben nach Wortlaut und Zweck des § 289 Abs. 2 Nr. 4 HGB nicht als zwingend angesehen werden können.<sup>876</sup>

Letztlich ist eine Ausrichtung des Berichtsumfangs am Wesentlichkeitsgrundsatz erforderlich.<sup>877</sup> So kann zum einen bei weniger wichtigen Zweigniederlassungen die Detailliertheit der Berichterstattung geringer gehalten werden und sofern zum anderen durch die Vollständigkeit der Berichterstattung die Übersichtlichkeit gefährdet wird, kann neben einer Angabe der Gesamtzahl von Zweigniederlassungen und der globalen Angabe deren geographischer Verbreitung eine Beschränkung des Niederlassungsberichts auf eine Berichterstattung zu den wesentlichen Niederlassungen als angemessen angesehen werden.<sup>878</sup>

Der Bericht über bestehende Zweigniederlassungen ist nicht Bestandteil der Berichtspflichten für den Konzernlagebericht.

#### **II.4.7.5 Vergütungsbericht für börsennotierte Aktiengesellschaften nach § 289 Abs. 2 Nr. 5 HGB**

Mit dem sogenannten Vergütungsbericht soll eine Transparenzverbesserung für Aktionäre geschaffen werden, sich ein Urteil über das Vergütungssystem für den Vorstand zu bilden und sich gegebenenfalls in der Hauptversammlung zu äußern, wodurch die Vergütungspolitik auch in gewissem Umfang der Kontrolle durch die Aktionäre unterliegen soll.<sup>879</sup> So sollen neben den Angaben, die gemäß § 285 Satz 1 Nr. 9 HGB zur Höhe der Bezüge im Anhang zum Jahresab-

<sup>875</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 90.

<sup>876</sup> Vgl. Fey (1994), S. 487; so auch ADS, die Angaben zu Mitarbeiterzahl, Umsatz- oder Gewinnzahlen sowie Tätigkeitsgebieten für nicht erforderlich halten, „da der Lagebericht einen Überblick über die wirtschaftliche Lage des Gesamtunternehmens und nicht über die einzelner Zweigniederlassungen geben soll.“ ADS (1995), Rn. 126.

<sup>877</sup> Vgl. Veit (1997), S. 462; Fey (1994), S. 487.

<sup>878</sup> Vgl. Veit (1997), S. 462.

<sup>879</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 121; Ellrott (2010a), Rn. 93. Kritisch zur Offenlegung von Vorstandsgehältern: Vgl. Fallgatter (2006), S. 207-210, der aus betriebswirtschaftlicher Perspektive in der Gesetzesänderung keine positiven anreiztheoretischen Wirkungen erkennt.

schluss zu machen sind, auch Informationen zu den Grundzügen des Vergütungssystems der Gesellschaft gegeben werden.<sup>880</sup> Kritik resultierte jedoch aus Trennung der Angaben in Anhang einerseits und Lagebericht andererseits, da aus Sicht der Adressaten eine einheitliche Darstellung der Angaben zu präferieren sei.<sup>881</sup>

Die Berichterstattung bezieht sich auf die in § 285 Nr. 9 HGB genannten Gesamtbezüge des Vorstands, der früheren Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen, des Aufsichtsrats, eines Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung und der früheren Mitglieder des Aufsichtsrats, eines Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung und ihrer Hinterbliebenen. Hierbei ist das Vergütungssystem für das gesamte jeweilige Gremium darzustellen und zu erläutern, nicht die individuellen Bezüge.<sup>882</sup>

Für die Konkretisierung der Berichtspflichten wird in der Gesetzesbegründung zum Vorstandsvergütungs-Offenlegungsgesetz auf die EU-Vergütungsempfehlung<sup>883</sup> verwiesen,<sup>884</sup> wonach im Lagebericht mindestens folgende Angaben gefordert werden: Angaben zur Vergütungsstruktur mit Erläuterungen zum Verhältnis der erfolgsunabhängigen und erfolgsbezogenen Komponenten sowie der Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und dabei auch Berücksichtigung der einzelnen Parameter der Erfolgsbindung der Vergütung, ferner Angaben zu den Bedingungen, an die Aktienoptionen, sonstige Bezugsrechte auf Aktien und ähnliche Bezugsrechte geknüpft sind sowie Angaben der für Bonusleistungen vereinbarten Bedingungen.<sup>885</sup> Zudem nimmt der Gesetzgeber hinsichtlich der Berichtspflichten des § 289 Abs. 2 Nr. 5 HGB Bezug zum Corporate Governance Kodex bzw. den dort normierten Vergü-

<sup>880</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/5577, S. 8.

<sup>881</sup> Vgl. Büchel/Semjonow (2008), S. 1144.

<sup>882</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 97; Kirsch/Köhrmann (2010b), Rn. 205.

<sup>883</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Empfehlung der EU-Kommission vom 14.12.2004 zur Einführung einer angemessenen Regelung für die Vergütung von Mitgliedern der Unternehmensleitung börsennotierter Gesellschaften, ABl. EU Nr. L 385 vom 29.12.2004, S. 55 ff.

<sup>884</sup> Vgl. Krawitz/Hartmann (2006), S. 1266.

<sup>885</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/5577, S. 8.

tungsinformationen,<sup>886</sup> wonach gemäß der Empfehlung des DCGK Ziff. 4.25. Abs. 1 die Grundzüge des Vergütungssystems für den Vorstand im Corporate Governance Bericht der Gesellschaft erläutert und bekannt gemacht werden sollen.

Nach der Gesetzesbegründung können die Angaben zur Vergütungsstruktur unterbleiben, soweit sie nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geeignet sind, der Gesellschaft einen erheblichen Nachteil zuzufügen.<sup>887</sup> „Dies betrifft in erster Linie Fälle, in denen Anreize an Ziele eines Unternehmens geknüpft sind, die nicht notwendigerweise für die Veröffentlichung bestimmt sind (z. B. Steigerung des Umsatzes in einem bestimmten Geschäftsfeld oder einem bestimmten regionalen Absatzmarkt). Diese für die Geschäftspolitik wichtigen, aber sensiblen Informationen brauchen nicht im Lagebericht veröffentlicht zu werden.“<sup>888</sup>

Die Konkretisierung der Berichtspflichten ist in DRS 17 (Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder) geregelt. Der Aufbau des Standards beginnt mit den formellen Grundsätzen, die bei der Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder zu beachten sind, gefolgt von den Regelungen der Angaben für tätige Organmitglieder, Angaben zu den Grundzügen des Vergütungssystems und Angaben zur Vergütung von früheren Organmitgliedern und ihren Hinterbliebenen.<sup>889</sup>

#### **II.4.8 Übernahmerechtliche Zusatzangaben von bestimmten börsennotierten Gesellschaften § 289 Abs. 4 HGB**

Mit der Vorschrift des § 289 Abs. 4 HGB sollen potentielle Bieter „durch die Angaben in die Lage versetzt werden, sich vor der Abgabe eines Angebots ein umfassendes Bild über die mögliche Zielgesellschaft und ihre Struktur sowie etwaige Übernahmehindernisse zu machen.“<sup>890</sup> Die Angaben sind zwingend

<sup>886</sup> Vgl. Krawitz/Hartmann (2006), S. 1266.

<sup>887</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/5577, S. 8.

<sup>888</sup> BT-Drucksache 15/5577, S. 8.

<sup>889</sup> Vgl. ausführlich zu den Regelungen des DRS 17 Büchel/Semjonow (2008), S. 1144-1147.

<sup>890</sup> Lange (2013), Rn. 134.

berichtspflichtig, unabhängig davon, ob ein Übernahmeangebot tatsächlich vorliegt.<sup>891</sup>

Nach DRS 15.107 sind die Verhältnisse am Abschlussstichtag maßgeblich für die geforderten Angaben.<sup>892</sup>

Die Einzelangaben sind in § 289 Abs. 4 Nr. 1 – 9 HGB geregelt, wobei nach § 289 Abs. 4 Satz 2 HGB die Möglichkeit besteht, die Angaben der Nr. 1, 3 und 9, soweit sie im Anhang gemacht werden müssen, im Lagebericht mit einem Verweis auf die entsprechenden Anhangangabe zu unterlassen, um Doppelangaben bezüglich der Beteiligungen (§ 160 Abs. 1 Nr. 7 und 8 AktG), der Aktiengattungen (§ 160 Abs. 1 Nr. 3 AktG) und etwaiger Entschädigungsvereinbarungen, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit Mitgliedern des Vorstands getroffen worden sind (§ 285 Nr. 9 Satz 6 HGB), zu vermeiden.<sup>893</sup> Aus dem Gesetzeswortlaut soll der Vorrang der Anhangangaben hervorgehen, wonach nur dann von einer Angabe im Lagebericht abgesehen werden kann, wenn die Angabe im Anhang gemacht wurde.<sup>894</sup>

Kritik ergibt sich allerdings grundsätzlich aus dem resultierenden Nebeneinander zwischen den Angaben im Anhang und Lagebericht, da hierbei einer geschlossenen Darstellung der berichtspflichtigen Angaben entgegengewirkt wird<sup>895</sup> und dies zu Doppelangaben in Anhang und Lagebericht führt.<sup>896</sup> Die Doppelangaben können zwar mit den Verweisen auf den Anhang vermieden werden, allerdings führt dies zu einem Auseinanderreißen der übernahmerechtlichen Regelungen, da die Verlagerung von Angaben in den Anhang nur im Rahmen der entsprechenden Angabepflichten im Anhang zulässig ist.<sup>897</sup>

<sup>891</sup> Vgl. Lange (2013), Rn. 134.

<sup>892</sup> Vgl. ausführlich zum maßgeblichen Beurteilungszeitpunkt Rabenhorst (2008), S. 140, der im Ergebnis der Sichtweise folgt, wonach der Tag der Aufstellung des Lageberichts den maßgeblichen Beurteilungszeitpunkt für den Inhalt der Angaben darstellt.

<sup>893</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/10067, S. 77.

<sup>894</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/10067, S. 77; Bischof/Selch (2008), S. 1022 f.

<sup>895</sup> Vgl. Rabenhorst (2008), S. 141.

<sup>896</sup> Vgl. Bischof/Selch (2008), S. 1022.

<sup>897</sup> Vgl. Bischof/Selch (2008), S. 1023, die sich für eine Verlagerung aller übernahmerechtlichen Angaben in den Anhang aussprechen.

Nach § 289 Abs. 4 Nr. 1 HGB sind die Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals<sup>898</sup>, bei verschiedenen Aktiengattungen für jede Gattung die damit verbundenen Rechte und Pflichten und der Anteil am Gesellschaftskapital anzugeben.<sup>899</sup> Nr. 2 fordert die Angabe von Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, auch wenn sie sich aus Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern ergeben können, soweit sie dem Vorstand der Gesellschaft bekannt sind.<sup>900</sup> Nach Nr. 3 sind direkte und indirekte Beteiligungen am Kapital mit mehr als 10 Prozent der Stimmrechte anzugeben. Daneben sind nach Nr. 4 die Inhaber von Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, anzugeben und die Sonderrechte zu beschreiben.<sup>901</sup> Für den Fall, dass Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrolle nicht unmittelbar ausüben, verlangt Nr. 5 die Angabe der Art der Stimmrechtskontrolle.<sup>902</sup> Ferner bestehen nach Nr. 6 Angabepflichten zu den gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen der Satzung über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und über die Änderung der Satzung. In Bezug auf die gesetzlichen Vorschriften ist ein Verweis auf die entsprechenden Rechtsvorschriften

---

<sup>898</sup> Der Begriff „Kapital“ wird in der Richtlinie nicht definiert. Für den Bereich der Rechnungslegung ist das gezeichnete Kapital gemäß § 272 Abs. 1 Satz 1 HGB maßgeblich, das dem Grundkapital oder Stammkapital der Gesellschaft entspricht. Vgl. BT-Drucksache 16/1003, S. 24.

<sup>899</sup> Nach DRS 15.111 sind hinsichtlich der Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals die Anzahl der ausgegebenen Aktien bzw. bei mehreren Aktiengattungen die Zahl der pro Gattung angegebenen Aktien, der Nennbetrag der Aktien sowie die Zahl der Aktien je Nennbetrag und die Art der ausgegebenen Aktien (Nennbetrags- oder Stückaktie sowie Inhaber-, Namens- oder vinkulierte Namensaktien) anzugeben.

<sup>900</sup> Beschränkungen können sich aus gesetzlichen Vorschriften, Satzungsbestimmungen, Vereinbarungen zwischen den Gesellschaftern oder sonstigen Umständen ergeben, worunter insbesondere zeitliche Beschränkungen, die die Ausübung der Stimmrechte betreffen, die Begrenzung der Stimmrechte auf einen bestimmten Prozentsatz oder eine bestimmte Stimmenzahl, Stimmbindungsverträge, Beschränkungen des Wertpapierbesitzes oder das Erfordernis der Genehmigung der Gesellschaft oder anderer Wertpapierinhaber zur Übertragung von Wertpapieren fallen. Vgl. DRS 15.114.

<sup>901</sup> Hierbei kommen insbesondere Entsendungsrechte in den Aufsichtsrat (§ 101 Abs. 2 AktG) infrage. Vgl. BT-Drucksache 16/1003, S. 25. Sowie ferner Weisungsrechte oder Zustimmungs- und Widerspruchsrechte in Bezug auf die Geschäftsführung aufgrund einer Satzungsbestimmung in den Grenzen des § 23 Abs. 5 AktG. Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 12.

<sup>902</sup> Eine mittelbare Ausübung des Stimmrechts kann dann vorliegen, wenn z.B. von Arbeitnehmern gehaltene Aktien diesen in gemeinsamer Berechtigung zustehen und die Stimmrechte durch einen gemeinsamen Vertreter ausgeübt werden oder wenn die Stimmrechte von einem Mitarbeiteraktionärsverein ausgeübt werden. Vgl. DRS 15.112; Rabenhorst (2008), S. 142.

ausreichend.<sup>903</sup> Sollten die gesetzlichen Vorschriften ergänzt oder von dispositiven Vorschriften abgewichen werden, ist eine Darstellung der wesentlichen Bestimmungen der Satzung erforderlich.<sup>904</sup> Nach Nr. 7 sind die Befugnisse des Vorstands insbesondere hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen, anzugeben. Hierbei soll nicht auf die allgemeinen gesetzlichen Aufgaben und Befugnisse des Vorstands Bezug genommen werden, sondern vielmehr auf die kraft dispositiven Rechts vermittelten Befugnisse<sup>905</sup> mit übernahmerechtlicher Relevanz, da insoweit der Vorstand Einfluss auf die Beteiligungsstruktur der AG nehmen kann.<sup>906</sup>

Daneben fordert Nr. 8 die Angabe wesentlicher Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen und die hieraus folgenden Wirkungen. Allerdings kann eine Angabe unterbleiben, wenn sie der Gesellschaft einen erheblichen Nachteil zufügen kann. Die Angabepflicht nach anderen gesetzlichen Vorschriften bleibt unberührt. Erfasst werden sollen diejenigen Vereinbarungen, die mit der Gesellschaft in der Weise getroffen werden, dass sie im Falle eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich ändern oder enden.<sup>907</sup> Hinsichtlich des Unterlassens der Angabe bei Nachteilszufügung wird eine Eignung dazu als ausreichend gesehen, die jedoch mit großer Wahr-

---

<sup>903</sup> Vgl. DRS 15.125.

<sup>904</sup> Vgl. DRS 15.125.

<sup>905</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/1003, S. 25.

<sup>906</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 132. DRS 15.127 verlangt in diesem Zusammenhang die Darstellung der konkreten Ermächtigungen, die die Ausgabe und den Rückerwerb von Aktien betreffen, wobei dies z.B. Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 6-8 AktG, zur Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital gemäß §§ 202 ff. AktG und zur Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen oder Genussrechten gemäß § 221 AktG (soweit die Ermächtigung für die beiden zuletzt genannten die Ausstattung mit einem Umtausch- bzw. Bezugsrecht auf Aktien vorsieht) umfassen kann.

<sup>907</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/1003, S. 25. So auch DRS 15.130: „Unter der Bedingung des Kontrollwechsels stehen Vereinbarungen, die bei Kontrollwechsel im Fall eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich ändern oder enden“. Unter Kontrolle i.S. dieser Vorschrift wird nach DRS 15.132 das Halten von mindestens 30% der Stimmrechte an der Zielgesellschaft verstanden. DRS 15.132 verlangt eine Darstellung des wesentlichen Inhalts solcher Vereinbarungen und die möglichen wirtschaftlichen Folgen.

scheinlichkeit gegeben oder zumindest plausibel sein muss.<sup>908</sup> Nach Nr. 9 sind Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen sind, anzugeben. Die Berichtspflicht besteht mit dem Abschluss dieser Vereinbarungen, unabhängig davon, ob ein Übernahmeangebot zu erwarten ist, ein Übernahmeangebot veröffentlicht oder dem Vorstand mitgeteilt wurde oder ob die Angebotsunterlagen dem Vorstand übermittelt wurden.<sup>909</sup>

#### **II.4.9 Berichterstattung kapitalmarktorientierter Gesellschaften über das rechnungslegungsbezogene interne Kontroll- und Risikomanagementsystem nach § 289 Abs. 5 HGB (Risikomanagement-Bericht)**

Im Zuge des BilMoG wurde mit § 289 Abs. 5 HGB die Berichtspflicht eingeführt, wonach kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaften i.S.d. § 264d HGB die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben haben.<sup>910</sup>

Eine Konkretisierung der Berichtspflichten unterbleibt allerdings im Gesetz, ebenso wie eine Abgrenzung zu den bereits geforderten Darstellungen in Bezug auf die Risiken der Gesellschaft.<sup>911</sup> Art und Umfang der geforderten Dar-

<sup>908</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 140. Hierbei muss der eventuelle Nachteil nicht konkret messbar, d.h. ein materieller Schaden sein, vielmehr wird eine immaterielle Beeinträchtigung für die Inanspruchnahme der Schutzvorschrift als ausreichend angesehen. Vgl. DRS 15.132.

<sup>909</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 145. Diese Vereinbarungen sehen Entschädigungen für den Fall vor, dass Vorstandsmitglieder oder Arbeitnehmer wegen eines Übernahmeangebots kündigen, ohne weiteren in ihrer Person liegenden Grund entlassen werden oder deren Dienst- bzw. Arbeitsverhältnis endet, als auch Entschädigungsvereinbarungen, die nicht zur Beendigung des Dienst- bzw. Arbeitsverhältnisses führen. Vgl. DRS 15.136.

<sup>910</sup> In § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB sind die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess anzugeben, sofern eines der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen oder das Mutterunternehmen kapitalmarktorientiert i.S.d. § 264 d HGB ist.

<sup>911</sup> Vgl. Withus (2009a), S. 440; Gelhausen/Fey/Kämpfer (2009), Rn. 290.

stellung ist somit weder aus dem Gesetz, noch aus der Gesetzesbegründung entnehmbar.<sup>912</sup>

Laut der Gesetzesbegründung muss die Beschreibung so ausgestaltet sein, „dass die Abschlussadressaten sich ein Bild von den wesentlichen Merkmalen des internen Kontroll- und des internen Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess machen können“<sup>913</sup>, womit die Beschreibung letztlich von den unternehmensindividuellen Gegebenheiten abhängig ist.<sup>914</sup>

Mit den Regelungen des § 289 Abs. 5 HGB soll laut der Gesetzesbegründung allerdings weder die Einrichtung noch die inhaltliche Ausgestaltung eines internen Kontrollsystems oder eines internen Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess verpflichtend vorgeschrieben werden.<sup>915</sup> Für den Fall, dass kein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem besteht, wird eine entsprechende Angabe verlangt.<sup>916</sup> Allerdings kann der Fall des Nichtvorhandenseins solcher Systeme als eher von theoretischer Natur angesehen werden, da soweit Größe, Struktur und Geschäft eines Unternehmens entsprechende Systeme im Rahmen einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung notwendig werden lassen, die Einrichtung und der Unterhalt dieser Systeme entweder gesetzlich oder aufgrund der allgemeinen Sorgfaltspflicht notwendig ist.<sup>917</sup> Zumindest bei kapitalmarktorientierten Unternehmen scheint es daher kaum vorstellbar, dass solche Systeme nicht nötig sind.<sup>918</sup> Ferner sind nach der Gesetzesbegründung keine Ausführungen zur Einschätzung der Effektivität des internen Kontrollsystems und des internen Risikomanagementsys-

---

<sup>912</sup> Vgl. Withus (2009b), S. 859; Gelhausen/Fey/Kämpfer (2009), Rn. 290.

<sup>913</sup> BT-Drucksache 16-10067, S. 27; Gelhausen/Fey/Kämpfer (2009), Rn. 318.

<sup>914</sup> Vgl. Bischof/Selch (2008), S. 1024.

<sup>915</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/10067, S. 76.

<sup>916</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/10067, S. 76. Allerdings weist der Gesetzgeber in der Regierungsbegründung gleichzeitig darauf hin, „dass die unzureichende Einrichtung eines internen Kontrollsystems und eines internen Risikomanagementsystems die Möglichkeit einer Sorgfaltspflichtverletzung durch die Geschäftsführungsorgane bergen kann.“ BT-Drucksache 16/10067, S. 76.

<sup>917</sup> Vgl. Withus (2009a), S. 441. Für den rein hypothetischen Charakter des Nichtvorhandenseins solcher Systeme spricht somit die „Drohkulisse aus rechtlichen Konsequenzen, vor allem aber Vertrauensentzug durch die Adressaten in Folge einer solchen Fehlanzeige“. Dobler (2010), S. 101.

<sup>918</sup> Vgl. Withus (2009a), S. 441.

tems erforderlich.<sup>919</sup> Die Begrenzung auf die Beschreibung der rechnungslegungsbezogenen Systeme begründet der Gesetzgeber damit, dass berechnete schutzwürdige Interessen der Unternehmen nicht gefährdet werden sollen.<sup>920</sup> Allerdings werden diese nicht näher beschrieben und für den Konzernlagebericht greift diese Einschränkung insofern nicht, als DRS 5 für die Beschreibung des Risikomanagementsystems keine entsprechende Beschränkung erkennen lässt.<sup>921</sup>

Der Gesetzgeber sieht für die Berichterstattung zum internen Risikomanagementsystem nach § 289 Abs. 5 HGB die Möglichkeit einer Zusammenfassung mit den Angaben nach § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB vor,<sup>922</sup> wobei die Risikoberichterstattung nach Abs. 2 Nr. 2 ein Teilbereich der Berichterstattung nach Abs. 5 darstellt, da erstgenannte nur das Risikofeld Finanzinstrumente umfasst.<sup>923</sup>

Darüber hinaus wird es als sinnvoll angesehen, die Beschreibung der rechnungslegungsbezogenen wesentlichen Merkmale des internen Kontrollsystems (IKS) und des Risikomanagementsystems (RMS) nicht nur zusammen mit den Angaben des § 289 Abs. 2 Satz HGB, sondern auch mit der Berichterstattung über die Risiken nach § 289 Abs. 1 Satz 4 HGB in einem einheitlichen Risikobericht darzustellen.<sup>924</sup>

Der Begriff des **Rechnungslegungsprozesses** ist im Gesetz nicht definiert. Grundsätzlich lassen sich hier mindestens sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung eines Geschäftsvorfalles bis zu Aufstellung des Jahres- und Konzernabschlusses erfassen, wobei auch die Prüfung der Rechnungslegung durch den Aufsichtsrat noch von § 289 Abs. 5 HGB eingeschlossen werden kann, weil ohne diese eine Feststellung des Jahresabschlusses nicht möglich ist.<sup>925</sup>

---

<sup>919</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/10067, S. 76.

<sup>920</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/10067, S. 77.

<sup>921</sup> Vgl. Withus (2009a), S. 441.

<sup>922</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/10067, S. 77.

<sup>923</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 159.

<sup>924</sup> Vgl. Withus (2009a), S. 444, der in einer separaten Darstellung von IKS und RMS, die getrennt sind nach Rechnungslegung (§ 289 Abs. 5 HGB) und sonstigen Risiken (§ 289 Abs. 1 Satz 4 HGB), eine unnötige Wiederholung in der Darstellung sieht.

<sup>925</sup> Vgl. Strieder (2009), S. 1003.

Zwischen dem internen Kontrollsystem und dem Risikomanagementsystem besteht ein enger Zusammenhang.<sup>926</sup> Nach der Regierungsbegründung umfasst das **interne Kontrollsystem** im Hinblick auf die Rechnungslegung „die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.“<sup>927</sup> Ferner zählt hierzu auch das interne Revisionssystem, soweit eine Ausrichtung auf die Rechnungslegung vorliegt.<sup>928</sup>

Die Bedeutung des **internen Risikomanagementsystems** im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess entsteht, wenn ein Unternehmen Risikoabsicherungen betreibt, die eine handelsbilanzielle Abbildung finden.<sup>929</sup> Hierbei sollen die in der Rechnungslegung abzubildenden Bewertungseinheiten überwacht und gesteuert werden.<sup>930</sup>

#### II.4.10 Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB

Nach § 289a HGB haben börsennotierte Aktiengesellschaften sowie Aktiengesellschaften, die ausschließlich andere Wertpapiere als Aktien zum Handel an einem organisierten Markt im Sinn des § 2 Abs. 5 des WpHG ausgegeben haben und deren ausgegebene Aktien auf eigene Veranlassung über ein multilaterales Handelssystem im Sinn des § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 8 des WpHG gehandelt werden, eine Erklärung zur Unternehmensführung in ihren Lagebericht aufzunehmen, die dort einen gesonderten Abschnitt bildet.<sup>931</sup>

<sup>926</sup> Vgl. Withus (2009a), S. 444. Ausführlich zu den Begriffen des internen Kontrollsystems und Risikomanagementsystem vgl. Gelhausen/Fey/Kämpfer (2009), Rn. 290-316.

<sup>927</sup> BT-Drucksache 16/10067, S. 77.

<sup>928</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/10067, S. 77.

<sup>929</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/10067, S. 77.

<sup>930</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/10067, S. 77.

<sup>931</sup> Die Erklärung zur Unternehmensführung gilt nur für den Lagebericht zum Einzelabschluss, während für den Konzernlagebericht keine entsprechende Vorschrift existiert. Vgl. Strieder (2009), S. 1002 ff.

In der Erklärung zur Unternehmensführung sind Schlüsselemente der Corporate-Governance-Strukturen<sup>932</sup> enthalten.<sup>933</sup> So umfassen die Berichtspflichten nach § 289 a Abs. 2 Nr. 1 HGB die Erklärung gemäß § 161 des AktG, gemäß Nr. 2 relevante Angaben zu Unternehmensführungspraktiken, die über die gesetzlichen Anforderungen hinaus angewandt werden, nebst Hinweis, wo sie öffentlich zugänglich sind, sowie nach Nr. 3 eine Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise von deren Ausschüssen.

Laut der Regierungsbegründung wird mit § 289a Abs. 2 Nr. 1 HGB die Verbindung zwischen der Erklärung zur Unternehmensführung und der Erklärung zum **Corporate Governance Kodex** nach § 161 AktG hergestellt.<sup>934</sup> Gemäß dem durch das BilMoG neu gefassten § 161 AktG haben Vorstand und Aufsichtsrat jährlich zu erklären, dass den vom Bundesjustizministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ entsprochen wurde und wird, welche Empfehlungen nicht angewendet wurden oder werden und – im Gegensatz zu den Regelungen vor Einführung des BilMoG – sind Abweichungen von den Empfehlungen zu begründen.<sup>935</sup>

Die angabepflichtigen Unternehmensführungspraktiken gemäß § 289 a Abs. 2 Nr. 2 HGB müssen im Zusammenhang mit dem jeweils angewandten Unternehmensführungskodex stehen und folglich entweder praktische Umsetzungen des jeweils angewandten Unternehmensführungskodex sein oder Regelungsbereiche abdecken, die ein Unternehmensführungskodex ausfüllen könnte.<sup>936</sup>

Damit erfolgt eine Klarstellung, dass nicht alle organisatorischen Regelungen und Vorschriften des Unternehmens berichtspflichtig sind, sondern überwiegend gesellschaftsrechtliche Aspekte bzw. die Unternehmensverfassung betreffende.<sup>937</sup>

<sup>932</sup> Vgl. Maul/Lanfermann/Eggenhofer (2003), S. 1289; zudem: Lentfer/Weber (2006), S. 2357-2363.

<sup>933</sup> Vgl. Stein (2011), S. 212.

<sup>934</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/10067, S. 77.

<sup>935</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/10067, S. 104.

<sup>936</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/10067, S. 78.

<sup>937</sup> Vgl. Bischof/Selch (2008), S. 1028.

Da bei der geforderten Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie der Zusammensetzung und Arbeitsweise von deren Ausschüssen gemäß § 289 a Abs. 2 Nr. 3 HGB Angaben über die Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat bereits nach § 285 Nr. 10 HGB im Anhang zu machen sind, können diese im Lagebericht unterbleiben.<sup>938</sup> Während sich damit zwar Doppelangaben in Anhang und Lagebericht vermeiden lassen, führt dies auch an dieser Stelle zu einer Zersplitterung der Berichtspflichten, die die personelle Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat im Anhang und die Arbeitsweise dieser Gremien im Lagebericht vorsehen.<sup>939</sup>

Sind Angaben nach § 289a Abs. 2 Nr. 3, 1. HS HGB auf der Internetseite des Unternehmens öffentlich zugänglich, so kann im Lagebericht darauf verwiesen werden (§ 289 a Abs. 2 Nr. 3, 2. HS HGB).

Die Erklärung zur Unternehmensführung kann gemäß § 289a HGB auch auf der Internetseite der Gesellschaft unter entsprechendem Hinweis im Lagebericht öffentlich zugänglich gemacht werden.

## II.5 Regelungen des DRSC

Mit dem durch das KonTraG eingeführten § 342 HGB wurde die Voraussetzung zur Einrichtung eines privaten Rechnungslegungsgremiums geschaffen.<sup>940</sup>

Nach § 342 Abs. 1 HGB kann das BMJ eine privatrechtlich organisierte Einrichtung durch Vertrag anerkennen und ihr bestimmte Aufgaben in Bezug auf die Rechnungslegung übertragen. Am 03.09.1998 hat das BMJ das **Deutsche Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC)** durch Abschluss des Standardisierungsvertrages<sup>941</sup> als privaten Standardsetter anerkannt.<sup>942</sup> Die durch den Standardisierungsvertrag übertragenen Aufgaben bestehen nach §

<sup>938</sup> Vgl. BT-Drucksache 16/10067, S. 78.

<sup>939</sup> Vgl. Bischof/Selch (2008), S. 1028.

<sup>940</sup> Vgl. BGBl. I 1998, S. 791 f.

<sup>941</sup> Abrufbar unter: [http://standardsetter.de/drsc/docs/fmj\\_contract.html](http://standardsetter.de/drsc/docs/fmj_contract.html)

<sup>942</sup> Vgl. Baetge/Krumnow/Noelle (2001), S. 769. Für eine Evaluation der Arbeit des DRSC vgl. Pellens/Crasselt/Kemper (2009), S. 241-246.

342 Abs. 1 HGB in der Entwicklung von Empfehlungen zur Anwendung der Grundsätze über die Konzernrechnungslegung (Nr. 1), der Beratung des BMJ bei Gesetzgebungsvorhaben zu Rechnungslegungsvorschriften (Nr. 2), der Vertretung der BRD in internationalen Standardisierungsgremien (Nr. 3) und der Erarbeitung von Interpretationen der internationalen Rechnungslegungsstandards i.S.d. § 315 Abs. 1 HGB. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wurde vom Verwaltungsrat des DRSC der Deutsche Standardisierungsrat (DSR) berufen.<sup>943</sup>

Während der Arbeitsschwerpunkt des DSR in den ersten Jahren nach seiner Etablierung die Entwicklung der DRS bildete, verlagerte sich der Fokus nunmehr auf die internationale Rechnungslegung.<sup>944</sup> So erfolgt eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem IASB und anderen Standardisierungsgremien, „um die Qualität der Rechnungslegung zu erhöhen sowie die Konvergenz mit den internationalen Rechnungslegungsvorschriften voranzutreiben.“<sup>945</sup> Am 28.06.2010 entschied das DRSC auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, den Standardisierungsvertrag zum 31. Dezember 2010 zu kündigen.<sup>946</sup> Damit sollte die Möglichkeit geschaffen werden, die Meinungsbildung und Vertretung deutscher Interessen in Fragen der internationalen Rechnungslegung neu zu ordnen, was vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise und der anstehenden, mit politischen Dimensionen verbundenen Grundsatzfragen als dringend erforderlich angesehen wurde.<sup>947</sup> Durch die Kündigung gingen die Aufgaben des DRSC zum 1. Januar 2011 wieder auf das BMJ über.<sup>948</sup>

Nach internen Umstrukturierungen des DRSC erfolgte am 02.12.2011 der Abschluss eines neuen Standardisierungsvertrages, wodurch die Aufgaben wieder auf das DRSC übergingen.<sup>949</sup> Zuständig für die Erarbeitung und Verlautbarung

---

<sup>943</sup> Vgl. Baetge/Krumnow/Noelle (2001), S. 769.

<sup>944</sup> Vgl. Jahresbericht des DRSC, DRSC (2007), S. 12.

<sup>945</sup> Pellens/Crasselt/Kemper (2009), S. 242.

<sup>946</sup> Vgl. DRSC (2010).

<sup>947</sup> Vgl. DRSC (2010).

<sup>948</sup> Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 50; Vgl. DRSC (2010).

<sup>949</sup> Vgl. § 2 des Standardisierungsvertrages, DRSC (2011).

von deutschen Rechnungslegungsstandards ist nun der HGB-Fachausschuss (HGB-FA).<sup>950</sup>

Unklarheiten traten im Schrifttum bezüglich der Bindungswirkung der DRS auf.<sup>951</sup>

Werden vom BMJ bekannt gemachte Deutsche Rechnungslegungsstandards beachtet, so wird gemäß § 342 Abs. 2 HGB vermutet, dass den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung der Konzernrechnungslegung entsprochen wurde. Allerdings erlangen die DRS keine Gesetzeskraft.<sup>952</sup> Die Bekanntmachung durch das BMJ „führt insoweit zu einer faktischen Bindungswirkung der Rechnungslegungsstandards i.S. einer verbindlichen GoB-Konkretisierung.“<sup>953</sup> Dementsprechend sind zumindest die verpflichtenden Vorschriften der DRS bei der Konzernlageberichterstattung zu befolgen.<sup>954</sup>

Eine Nichtbeachtung der vom DRSC veröffentlichten und vom BMJ bekannt gemachten Standards würde zu einer Begründungspflicht im Lagebericht und zu einem Hinweis im Prüfungsbericht sowie im Bestätigungsvermerk auf die Nichtbeachtung der Standards führen.<sup>955</sup> Ferner ist davon auszugehen, dass eine Nichtbeachtung der Standards von der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) bemängelt wird.<sup>956</sup>

Die Frage, ob und inwieweit bekanntgemachte DRS eine Ausstrahlungswirkung auf den Einzelabschluss bzw. den Lagebericht eines Einzelabschlusses haben, ist im Schrifttum umstritten.<sup>957</sup> Auch wenn der Gesetzgeber die Erarbeitung der Empfehlungen des DRSC „ausdrücklich auf den Konzernabschluß beschränkt“<sup>958</sup> sieht, lassen die in § 342 HGB definierten Aufgaben darauf schließen, dass eine Rückwirkung auf den Einzelabschluss möglich ist.<sup>959</sup> In Anbe-

<sup>950</sup> Vgl. § 22 der Satzung des DRSC, DRSC (2012).

<sup>951</sup> Vgl. Pellens/Crasselt/Kemper (2009), S. 242, die die unterschiedlichen Auffassungen zusammenfassend darstellen.

<sup>952</sup> Vgl. Hommelhoff/Schwab (1998), S. 45-47.

<sup>953</sup> Baetge/Prigge (2006), S. 402.

<sup>954</sup> Vgl. Baetge/Prigge (2006), S. 402.

<sup>955</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 50.

<sup>956</sup> Vgl. Pellens/Crasselt/Kemper (2009), S. 242.

<sup>957</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 50 m.w.N.

<sup>958</sup> BT-Drucksache 13/10038, S. 27.

<sup>959</sup> Vgl. Böcking/Orth (1998b), S. 1877.

tracht des Verweises auf die in § 342 Abs. 2 HGB genannte „Beachtung der die Konzernrechnungslegung betreffenden Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung“ kommen Böcking/Orth zu dem Schluss, dass eine Trennung der GoB in Einzel- und Konzernabschluss nicht möglich ist, sondern vielmehr eine Gültigkeit der GoB für die gesamte Rechnungslegung besteht und somit bei einer Aufstellung des Konzernabschlusses auch die in § 297 Abs. 2 HGB genannten (allgemeinen) GoB zu beachten sind. Demzufolge kann davon ausgegangen werden, dass eine Empfehlung des DRSC zu den konzernbezogenen GoB auch Auswirkungen auf die Auslegung der (allgemeinen) GoB hat.<sup>960</sup> Ferner stimmen die inhaltlichen Anforderungen zu § 289 und 315 HGB sinngemäß überein, sodass eine Beachtung der DRS für den Lagebericht des Einzelabschlusses als sachgerecht angesehen werden kann.<sup>961</sup>

Die Entwicklung der Empfehlungen zur Anwendung der Grundsätze über die Konzernrechnungslegung erfolgt nach angelsächsischem Vorbild in Form von Rechnungslegungsstandards.<sup>962</sup> Grundlage stellen die bestehenden handelsrechtlichen Vorschriften zur Konzernrechnungslegung dar und soweit Empfehlungen darüber hinaus gehen, „sind sie als Diskussionsgrundlage im Hinblick auf die Fortentwicklung internationaler Regelungen sowie für Zwecke der Beratung des BMJ relevant.“<sup>963</sup>

Hinsichtlich der Lageberichterstattung verabschiedete der DSR im April 2001 **DRS 5** „Risikoberichterstattung“ (Bekanntmachung durch das BMJ im Mai 2001), im Dezember 2004 **DRS 15** „Lageberichterstattung“ (Bekanntmachung durch das BMJ im Februar 2005), im Dezember 2007 **DRS 15a** „Übernahme-rechtliche Angaben und Erläuterungen im Konzernlagebericht“, (Bekanntmachung durch das BMJ im Juni 2008) und **DRS 17** Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder (Bekanntmachung durch das BMJ im Juni 2008).

---

<sup>960</sup> Vgl. Böcking/Orth (1998b), S. 1877.

<sup>961</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 50.

<sup>962</sup> Vgl. Baetge/Krumnow/Noelle (2001), S. 770.

<sup>963</sup> Baetge/Krumnow/Noelle (2001), S. 770.

Durch den Deutschen Rechnungslegungs Änderungsstandard 5 (**DRÄS 5**), der im Januar 2010 seitens des DRS verabschiedet wurde (Bekanntmachung durch das BMJ im Februar 2010), erfolgte zum einen eine Überarbeitung des DRS 15 und zum anderen die Aufhebung des DRS 15a und die Integration der Vorschriften unter Vornahme redaktioneller Anpassungen in den DRS 15.<sup>964</sup> Im Juli 2005 wurde durch den **DRÄS 3** der DRS 5 geändert.

Im September 2012 wurde seitens des HGB-FA der **DRS 20** „Konzernlagebericht“ veröffentlicht (Bekanntmachung durch das BMJ im Dezember 2012), der u. a. die Vorschriften des DRS 15 und des DRS 5 zusammenführt, und erstmals für Geschäftsjahre, die nach dem 31.12.2012 beginnen, anzuwenden ist.<sup>965</sup>

## II.6 Vorschriften des IASB

In den IFRS ist keine Verpflichtung zur Erstellung eines Lageberichts enthalten.<sup>966</sup> Nach dem Framework F.7 gehören Elemente wie Berichte der Mitglieder des Geschäftsführungs- und/oder Aufsichtsorgans oder dessen Vorsitzender, Analysen des Managements oder ähnliche Bestandteile, die in einem Geschäftsbericht enthalten sein können, nicht zu einem Abschluss.<sup>967</sup>

IAS 1.13 weist vielmehr darauf hin, dass viele Unternehmen neben dem Abschluss einen durch das Management erstellten Bericht über die Unternehmenslage veröffentlichen, der die wesentlichen Merkmale der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens sowie die wichtigsten Unsicherheiten, denen sich das Unternehmen gegenübersteht, beschreibt und erläutert. Ferner veröffentlichen Unternehmen außerhalb des Abschlusses auch Berichte und Angaben, wie Umweltberichte und Wertschöpfungsrechnungen (IAS 1.14). Hierzu wird in IAS 1.14 festgestellt, dass Berichte und Angaben, die außerhalb

<sup>964</sup> Vgl. Withus (2010), S. 68 f.

<sup>965</sup> Vgl. ausführlich Böcking/Gros/Koch/Wallek (2013), S. 30-43.

<sup>966</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 804.

<sup>967</sup> Ein vollständiger Abschluss besteht nach IAS 1.10 aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung, Anhang und Bilanz zu Beginn der frühesten Vergleichsperiode, wenn ein Unternehmen eine Rechnungslegungsmethode rückwirkend anwendet oder Posten im Abschluss rückwirkend anpasst oder umgliedert.

des Abschlusses veröffentlicht werden, nicht in den Anwendungsbereich der IFRS fallen.

Allerdings bestehen zwischen den Angabepflichten eines IFRS-Anhangs Übereinstimmungen zu handelsrechtlichen Lageberichterstattungspflichten.<sup>968</sup> So fordert IAS 10.21 f. Informationen über jede bedeutende Art von nicht zu berücksichtigten Ereignissen nach dem Abschlussstichtag unter Angabe der Art des Ereignisses und einer Schätzung der finanziellen Auswirkungen oder einer Aussage darüber, dass eine solche Schätzung nicht vorgenommen werden kann. Diese Vorschrift entspricht den Informationen des Nachtragsberichts nach § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB.<sup>969</sup> Ferner entsprechen die Angabepflichten nach IFRS 7.31-42 über Art und Ausmaß, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, den Berichtspflichten über Risiken aus Finanzinstrumenten nach § 289 Abs. 2 Nr. 2 HGB, wobei die Anforderungen an den Lagebericht allgemeiner im Gegensatz zu den Konkretisierungen der IFRS 7 gehalten sind.<sup>970</sup> Daneben bestehen Parallelen zu den Vorschriften des § 289 Abs. 2 Nr. 3 HGB über den Bereich Forschung und Entwicklung: So fordert z.B. IAS 38.126 f. die Offenlegung der Summe der Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die während der Periode als Aufwand erfasst wurde.<sup>971</sup> Hinsichtlich der geforderten Angaben des Vergütungsberichts nach § 289 Abs. 2 Nr. 5 HGB enthalten die internationalen Standards einzelne Angabepflichten in IAS 24.16 und IFRS 2.<sup>972</sup>

Davon unabhängig veröffentlichte das International Accounting Standards Board (IASB) im Oktober 2005 ein Discussion Paper für einen Management Commentary, um die Notwendigkeit von über den Jahresabschluss hinausgehende und diesen erläuternde Informationen seitens des Managements aufzu-

---

<sup>968</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 804; Prigge (2006), S. 79-87.

<sup>969</sup> Vgl. Krawitz/Hartmann (2006), S. 1268;

<sup>970</sup> Vgl. Krawitz/Hartmann (2006), S. 1269.

<sup>971</sup> Vgl. Krawitz/Hartmann (2006), S. 1269.

<sup>972</sup> Vgl. Krawitz/Hartmann (2006), S. 1269.

greifen und zur Diskussion zu stellen.<sup>973</sup> Im Juni 2009 folgte der Standardentwurf ED/2009/6 „Management Commentary“, mit dem Ziel, unverbindliche Leitlinien (non-mandatory guidance) für die Managementberichterstattung zu schaffen.<sup>974</sup> Am 08.12.2010 erfolgte mit der Veröffentlichung des IFRS Practice Statement „Management Commentary“ (PS MC) die Schließung der Lücke im IFRS-Regelwerk, indem ein neues Berichtsinstrument geschaffen wurde, das den IFRS-Abschluss ergänzt und zusammen mit diesem Bestandteil der Finanzberichterstattung nach IFRS ist.<sup>975</sup> Hierbei gebraucht das IASB mit dem Practice Statement eine neue Art von Verlautbarung, indem das PS MC keinen Rechnungslegungsstandard, sondern eine unverbindliche Anwendungsleitlinie für den Managementbericht darstellt.<sup>976</sup> Die Art der Umsetzung auf nationaler Ebene liegt bei den jeweiligen Gesetzgebern, Standardsettern oder Börsenaufsichten, die zu entscheiden haben, ob und wie der PS MC von einzelnen IFRS-Anwendergruppen anzuwenden ist.<sup>977</sup> Erfolgt somit auf nationaler Ebene keine Verankerung einer dem PS MC entsprechenden Managementberichterstattung als Pflichtbestandteil der Finanzberichterstattung, ist die Übereinstimmung der Rechnungslegung mit dem IFRS auch dann gewährleistet, wenn das Unternehmen die Anforderungen des PS MC nicht erfüllt.<sup>978</sup> Diese Lösung resultiert aus den Bestrebungen des IASB, Konflikte mit bereits bestehenden nationalen Vorschriften oder Empfehlungen zur Managementberichterstattung zu vermeiden.<sup>979</sup>

Der Management Commentary ist nach PS MC IN.3 „a narrative report that provides a context within which to interpret the financial position, financial perfor-

---

<sup>973</sup> Vgl. Kasperzak/Beiersdorf (2007), S. 121. Zum Diskussionspapier Management Commentary vgl. ausführlich: Krisch/Scheele (2006), S. 89-91; Kümmel/Züch (2006), S. 393-395.

<sup>974</sup> Vgl. Kajüter/Bachert/Blaesing (2010), S. 183 ff. m.w.N. Ausführlich zum Hintergrund und Ablauf des IASB-Projekts Management Commentary vgl. Beiersdorf/Buchheim (2006a), S. 96 ff.; Fink (2006), S. 141 ff. Kasperzak/Beiersdorf (2007), S. 121 ff.; Kajüter/Guttmeier (2009), S. 2333 ff.

<sup>975</sup> Vgl. Kajüter/Fink (2012), S. 247.

<sup>976</sup> Vgl. Fink/Kajüter (2011), S. 177.

<sup>977</sup> Vgl. Fink/Kajüter (2011), S. 177.

<sup>978</sup> Vgl. Fink/Kajüter (2011), S. 177.

<sup>979</sup> Vgl. Kajüter/Fink (2012), S. 247; Fink/Kajüter (2011), S. 177.

mance and cash flows of an entity. It also provides management with an opportunity to explain its objectives and its strategies for achieving those objectives.“ Das Rahmenkonzept des PS MC basiert auf dem Grundsatz der Darstellung aus Sicht der Unternehmensleitung (management's view) sowie der Ergänzung und Erweiterung des Abschlusses (supplement and complement).<sup>980</sup>

Diese Grundsätze erfordern zukunftsorientierte Informationen (forward-looking information) und die Informationen müssen den qualitativen Anforderungen (qualitative characteristics) des Conceptual Framework for Financial Reporting entsprechen (PS MC.13; PS MC.17-20). Daneben ist bei der Berichterstattung der Wesentlichkeitsgrundsatz (Materiality) zu beachten (PS MC.21).

Nach PS MC.24 soll die Ausgestaltung des Management Commentary den Unternehmen überlassen bleiben, wobei allerdings nachfolgende Berichtselemente enthalten sein sollen<sup>981</sup>: (a) **Art der Geschäftstätigkeit**, mit z.B. Informationen zum rechtlichen und wirtschaftlichen Unternehmensumfeld, Branche und Wettbewerbssituation, Produkte, Dienstleistungen und Unternehmensorganisation (PS MC.26) (b) **Ziele und Strategien**, womit den Adressaten die Prioritäten und benötigten Ressourcen zur Zielerreichung vermittelt werden sollen (PS MC.27), (c) **Ressourcen, Risiken und Beziehungen**, wobei hier finanzielle und nichtfinanzielle einbezogen und das Risikomanagementsystem beschrieben werden sollen (PS MC.29.33), (d) **Geschäftsergebnis und Zukunftsaussichten** mit der Erläuterung, inwieweit von den erzielten Ergebnissen auf die künftige Lage geschlossen werden kann (PS MC.34-36) und (e) **Leistungsmaßstäbe und Indikatoren**, die vom Management zur Beurteilung der Zielerreichung eingesetzt werden (PS MC.37-40).

Das PS MC enthält hierbei keine detaillierten Berichtspflichten, sondern soll „in Verbindung mit den Grundsätzen eine aussagekräftige, den individuellen Be-

<sup>980</sup> Vgl. PS MC.12 und PS MC.15 f.

<sup>981</sup> Vgl. ausführlich zu den einzelnen Regelungen: Kajüter/Guttmeier (2009), S. 2333-2339; Fink (2009), S. 608-618; Kasperzak/Beiersdorf (2007), S. 121-130; Fink (2006), S. 141-152; Beiersdorf/Buchheim (2006a), S. 96-100; Kajüter/Bacher/Blaesing (2010), S. 183-190; Kajüter/Fink (2012), S. 247-252; Fink/Kajüter (2011), S. 177-181.

sonderheiten des Unternehmens Rechnung tragende Managementberichterstattung“<sup>982</sup> ermöglichen.

## II.7 Verpflichtungsgrade

### II.7.1 Pflichtangaben nach HGB und DRS

In der Literatur besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass die Vorschriften des § 289 Abs. 1 HGB Pflichtangaben darstellen,<sup>983</sup> die als unverzichtbare Mindestinformationen<sup>984</sup> verpflichtend im Lagebericht enthalten sein müssen.<sup>985</sup> Das gleiche gilt für die Vorschriften des § 289 Abs. 3, Abs. 4 und Abs. 5 HGB – soweit die Voraussetzungen hinsichtlich der Größe, Börsennotierung, Kapitalmarktorientierung und Rechtsform erfüllt sind, sind diese zwingend Bestandteil des Lageberichts.<sup>986</sup>

Durch ihre Vermutung, Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernrechnungslegung zu sein (§ 342 Abs. 2 HGB) und ihrer damit verbundenen faktischen Bindungswirkung sind die DRS zumindest hinsichtlich ihrer verpflichtenden Vorgaben bei der Berichterstattung umzusetzen.<sup>987</sup>

Im Rahmen des BilReG ist das in § 289 Abs. 1 Satz 1 HGB enthalten gewesene Wort „zumindest“ gestrichen worden. Bisher sollte dadurch verdeutlicht werden, dass das Gesetz lediglich den Mindestumfang des Lageberichts vorgibt.<sup>988</sup> Allerdings kann hieraus keine abschließende Regelung des Gesetzes abgeleitet werden, da in der Regierungsbegründung in diesem Zusammenhang nur von redaktionellen Vereinfachungen<sup>989</sup> gesprochen wird und das Wort „zumindest“

---

<sup>982</sup> Kajüter/Fink (2012), S. 248.

<sup>983</sup> Vgl. Lange (1999), S. 2447.

<sup>984</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 12.

<sup>985</sup> Vgl. Baetge/Prigge (2006), S. 401.

<sup>986</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 39.

<sup>987</sup> Vgl. Baetge/Prigge (2006), S. 401.

<sup>988</sup> Vgl. Lück (1995), Rn. 29.

<sup>989</sup> Vgl. BT-Drucksache 15/3419, S. 30.

auch weiterhin in der EG-Richtlinie enthalten ist.<sup>990</sup> Vielmehr sind auch weiterhin freiwillige Zusatzinformationen im Lagebericht zulässig.<sup>991</sup>

## II.7.2 Sollvorschriften nach HGB

Während die Vorschriften des § 289 Abs. 1 HGB durch den Wortlaut „sind ... darzustellen“ geregelt sind,<sup>992</sup> ist in § 289 Abs. 2 HGB die abweichende Formulierung „soll auch eingehen auf“ enthalten. Hieraus ergibt sich die Fragestellung, ob in § 289 Abs. 2 HGB eine geringere Verbindlichkeit vermutet werden kann<sup>993</sup> und „ob bzw. inwieweit die umfassende Muß-Vorschrift in § 289 Abs. 1 HGB durch die Sollvorschrift in § 289 Abs. 2 HGB abgeschwächt wird.“<sup>994</sup>

Die Fragestellung nach dem Verbindlichkeitsgrad der Soll-Vorschrift und das Verhältnis von Abs. 1 und Abs. 2 wurde in der Vergangenheit in der Literatur vielfach diskutiert<sup>995</sup> und führte zu unterschiedlichen Interpretationen.<sup>996</sup>

Den berichtenden Unternehmen besonders entgegenkommend<sup>997</sup> ist die Auffassung, wonach § 289 Abs. 2 HGB lediglich **fakultativen Charakter** zugeschrieben werden kann.<sup>998</sup> Begründet wird dies mit der Entstehungsgeschichte und dem Zweck der Regelung.<sup>999</sup> Der Wortlaut des dem Gesetz zugrundeliegenden Art. 46 Abs. 2 der 4. EG-Richtlinie wurde in der Entstehungsphase mehrfach geändert: Die erste Fassung enthielt „zu berichten ist auch“, die zweite und dritte Fassung hingegen „soll auch berichten über“ und in der Endfas-

<sup>990</sup> Vgl. Kajüter (2004a), S. 200.

<sup>991</sup> Vgl. Kajüter (2004a), S. 200.

<sup>992</sup> nach Abs. 4 ist ebenfalls die Formulierung „haben ...anzugeben“ und in Abs. 5 „haben ... zu beschreiben“ enthalten.

<sup>993</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 94; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 762.

<sup>994</sup> Sieben (1987), S. 586; Vgl. auch Lange (1999), S. 2447.

<sup>995</sup> Vgl. z.B. Sorg (1988), S. 382; Lück (1995), Rn. 29; Maul (1984), S. 189; Ellrott (2010a), Rn. 60; ADS (1995), Rn. 94; Fey (1994), S. 485; Biener/Bernke (1986), S. 276; Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 39; Lange (1999), S. 2247 ff.; Greinert (2004), S. 52.

<sup>996</sup> Vgl. zu dieser Diskussion und den unterschiedlichen Auffassungen Lange (1999), S. 2247 ff.

<sup>997</sup> Vgl. Lange (1999), S. 2447.

<sup>998</sup> Vgl. zu dieser Ansicht v.a. Maul (1984), S. 187 f.

<sup>999</sup> Vgl. Maul (1984), S. 189.

sung wurde „berichten“ durch „eingehen“ ersetzt.<sup>1000</sup> Dies wurde als Aufheben der bedingungslosen Pflicht und des Berichtens aufgefasst, mit der eine flexiblere Lösung erreicht werden sollte.<sup>1001</sup> Daneben komme es weniger auf das Vorliegen einer der Einzelpunkte des § 289 Abs. 2 HGB an, sondern vielmehr auf deren Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes.<sup>1002</sup> Infolge dessen wird nach dieser Auffassung § 289 Abs. 2 HGB als eine Art Berichterstattungswahlrecht interpretiert.<sup>1003</sup>

Im Gegensatz dazu existiert die Auffassung, § 289 Abs. 2 HGB als Muss-Angaben, die § 289 Abs. 1 HGB **gleichgestellt** sind,<sup>1004</sup> zu interpretieren.<sup>1005</sup> Allerdings werden hierbei unterschiedliche Formulierungen gebraucht und nicht genau zwischen Angabepflicht und Umfang der Angabe differenziert.<sup>1006</sup> Im Ergebnis ist nach § 289 Abs. 2 HGB grundsätzlich zu berichten, wobei der Detaillierungsgrad vom Inhalt der Angaben abhängig gesehen wird.<sup>1007</sup>

Die wohl herrschende Meinung geht allerdings von einem **überwiegend obligatorischen Charakter** des § 289 Abs. 2 HGB aus,<sup>1008</sup> wonach im Regelfall berichtet werden muss und nur im Ausnahmefall darauf verzichtet werden

<sup>1000</sup> Vgl. Maul (1984), S. 189.

<sup>1001</sup> Vgl. Maul (1984), S. 189.

<sup>1002</sup> Vgl. Maul (1984), S. 189.

<sup>1003</sup> Vgl. Lange (1999), S. 2448, die die existierenden Auffassungen im Schrifttum aufführt und vergleicht.

<sup>1004</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 94 f., die in der Soll-Bestimmung keine geringere Verbindlichkeit, sondern „gleichhohe Anforderungen“ der Absätze 1 und 2 sehen, allerdings mit Einschränkungen: So solle mit der Abstufung der Formulierung berücksichtigt werden, dass Abs. 2 möglicherweise zur Lagebeurteilung keine weiteren Erkenntnisse werde beigetragen können; in diesem Fall dürfe eine Berichterstattung unterbleiben. Lück (1995), Rn. 29, der eine grundsätzliche Berichtspflicht annimmt und nur beim Detaillierungsgrad Abschwächungen zulässt; so auch Sorg (1988), S. 383; Reittinger (1994), Rn. 47, der darauf hinweist, dass die Formulierung nicht als Wahlrecht interpretiert werden darf, sondern auf die einzelnen geforderten Punkte in jedem Fall einzugehen ist, wenn sie für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes von Bedeutung sind. Emmerich/Künemann (1986), S. 146, die zwar von keiner unbedingten Berichtspflicht ausgehen, allerdings nur einen eng begrenzten Ermessensspielraum einräumen.

<sup>1005</sup> Vgl. Lange (1999), S. 2448, m.w.N.

<sup>1006</sup> Vgl. Lange (1999), S. 2448.

<sup>1007</sup> Vgl. Lange (1999), S. 2448.

<sup>1008</sup> Vgl. Lange (1999), S. 2448, m.w.N.

kann.<sup>1009</sup> Unter Bezugnahme auf die Formulierung wird hierzu ausgeführt, dass eine Soll-Vorschrift zwar keine Muss-Vorschrift darstelle,<sup>1010</sup> aber damit jedoch kein Wahlrecht eingeräumt worden wäre.<sup>1011</sup> Als Begründung wird die enge Verknüpfung mit § 289 Abs. 1 HGB genannt, wonach § 289 Abs. 2 HGB nicht als eigenständig zu sehen ist und somit klarstellenden Charakter hat.<sup>1012</sup> Das „Soll“ kann somit als „bedingtes Muss“ aufgefasst werden.<sup>1013</sup> Böcking/Dutzi/Gros gehen bei den Sachverhalten des Abs. 2 von einer faktischen Berichtspflicht aus.<sup>1014</sup> „Die Wortwahl deutet darauf hin, dass die in § 289 Abs. 2 HGB angeführten Berichtsfelder nicht für alle berichtspflichtigen Gesellschaften gleichermaßen von Bedeutung sind.“<sup>1015</sup> Im Gegensatz zu einer Muss-Vorschrift wird allerdings eine Negativerklärung nicht als verpflichtend angesehen.<sup>1016</sup>

Wann ein solcher Ausnahmefall vorliegt, bei dem eine Berichterstattung unterbleiben kann, hat die Unternehmensleitung in eigener Verantwortung zu entscheiden,<sup>1017</sup> wobei sie in der Ausübung ihres Ermessens weder nach Belieben noch willkürlich verfahren darf.<sup>1018</sup>

In der Literatur werden hierbei Fälle aufgeführt, bei denen zu den in § 289 Abs. 2 HGB genannten Tatbeständen bei den einzelnen Unternehmen keine Sachverhalte vorliegen, z. B. keine besonderen Ereignisse nach dem Abschluss-

<sup>1009</sup> Vgl. zu dieser Auffassung z.B. Ellrott (2010a), Rn. 60; Baetge/Kirsch/Thiele (2012), S. 762; Sieben (1987), S. 586; Biener/Berneke (1986), S. 276; Küting/Hütten (1997), S. 251; Wiedmann (2003), Rn. 3; Ludewig (1986), S. 378; Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 13; Kirsch/Köhrmann (2010a), Rn. 19; Fülbiel/Pellens (2013), Rn. 25; Selchert/Greinert (2002a), Rn. 20; Coenenberg/Haller/Schultze (2012), S. 928; Veit (1997), S. 461; Fey (1994), S. 485; Dörner/Bischof (1999a), S. 395.

<sup>1010</sup> Vgl. Lange (1999), S. 2448.

<sup>1011</sup> Vgl. Wiedmann (2003), Rn. 3; Ellrott (2010a), Rn. 60; Biener/Berneke (1986), S. 276; Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 13; Selchert/Greinert (2002a), Rn. 20; Fülbiel/Pellens (2013), Rn. 25; Coenenberg/Haller/Schultze (2012), S. 929; Ludewig (1986), S. 378.

<sup>1012</sup> Vgl. Wiedmann (2003), Rn. 3; ADS (1995), Rn. 94; Lück (1995), Rn. 29; Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 43; Sieben (1987), S. 586, f.

<sup>1013</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 8.; Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 13.

<sup>1014</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 42 m.w.N.

<sup>1015</sup> Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 43.

<sup>1016</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 395; Lange (1999), S. 2448.

<sup>1017</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 60; Coenenberg/Haller/Schultze (2012), S. 929.

<sup>1018</sup> Vgl. Ellrott (2010a), Rn. 60.

stichtag<sup>1019</sup> oder wenn diese Sachverhalte nicht gegeben sind, z.B. wenn keine Forschungs- oder Entwicklungsaktivitäten durchgeführt werden<sup>1020</sup> oder wenn ein Unternehmen über keine Zweigniederlassungen verfügt<sup>1021</sup>. Weiterhin werden Fälle genannt, bei denen die in § 289 Abs. 2 HGB genannten Sachverhalte keine weiteren Erkenntnisse zur Lagebeurteilung beitragen können<sup>1022</sup> oder nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung keine wichtigen Informationen für den Berichtsadressaten darstellen.<sup>1023</sup>

Daneben kann dem Wortlaut „Eingehen auf“ im Vergleich zu der in § 289 Abs. 1 HGB geforderten „Darstellung“ eine geringere Berichtsintensität beigemessen werden,<sup>1024</sup> auch wenn es sich hierbei um unbestimmte Rechtsbegriffe handelt.<sup>1025</sup> Nach Selchert/Greinert handelt es sich „bei der ‚Darstellung‘ um eine umfassendere Beschreibung des jeweiligen Sachverhalts, die gegebenenfalls auch Aufgliederungen, Begründungen oder speziell die Angabe von Kausalzusammenhängen einschließt“<sup>1026</sup>, während „das ‚Eingehen auf‘ lediglich das Herausstreichen deutlich auffallender Einzelmerkmale, nicht jedoch die umfassende Kennzeichnung“<sup>1027</sup> verlange.

Die geringere Berichtsintensität entspricht der abgeschwächten Berichtsverpflichtung durch das „soll“.<sup>1028</sup> So kann § 289 Abs. 2 HGB dahingehend interpretiert werden, dass dieser „letztlich nicht mehr als eine Ergänzung, gewissermaßen eine Abrundung der nach Absatz 1 verlangten Berichterstattung“<sup>1029</sup> fordert.

<sup>1019</sup> Vgl. Fey (1994), S. 485; Kirsch/Köhrmann (2010a), Rn. 19; Selchert/Greinert (2002a), Rn. 20.

<sup>1020</sup> Vgl. Ellrott (2010), Rn. 60; Kirsch/Köhrmann (2010a), Rn. 19; Selchert/Greinert (2002a), Rn. 20.

<sup>1021</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002a), Rn. 20.

<sup>1022</sup> Vgl. Wiedmann (2003), Rn. 3; ADS (1995), Rn. 95.

<sup>1023</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 395.

<sup>1024</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 48.

<sup>1025</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002a), Rn. 20; Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 14.

<sup>1026</sup> Selchert/Greinert (2002a), Rn. 20. So auch Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 14.

<sup>1027</sup> Selchert/Greinert (2002a), Rn. 20; Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 14.

<sup>1028</sup> Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000); S. 14.f.

<sup>1029</sup> Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 15.

### II.7.3 Empfehlungen des DSR

Neben den Pflichtvorschriften sind in den DRS regelmäßig **Empfehlungen** aufgeführt.<sup>1030</sup> So ist in DRS 15 von Tz. 144-180 ein Empfehlungsteil enthalten, der auf die Regelungen einzelner Berichtsbestandteile Bezug nimmt. Da diese Vorgaben als Empfehlungen deklariert sind, ist hierbei im Vergleich zu den vorhergehenden Regelungen von einem geringeren Verpflichtungsgrad auszugehen, wodurch sie somit auch nicht den rechtlichen Charakter von Grundsätzen ordnungsmäßiger Konzernlageberichterstattung annehmen.<sup>1031</sup> Allerdings sind im Empfehlungsteil viele Berichtsinhalte enthalten, die besonders von kapitalmarktorientierten Unternehmen erwartet werden, wie z.B. zu immateriellen Werten oder Kennzahlen, die jedoch aus Sicht mittelständischer Unternehmen nicht erforderlich sind.<sup>1032</sup>

Eine Erklärung zu Pflichtangaben ist bei den meisten Empfehlungen unterblieben, um die konzernspezifischen Sachverhalte sowie die Größe und Komplexität des Konzerns bei der Berichterstattung berücksichtigen zu können.<sup>1033</sup>

### II.7.4 Freiwillige Informationen

Da die in § 289 HGB aufgeführten Berichtspflichten nur die Untergrenze des Berichtsumfangs darstellen, sind über die Mindestberichterstattung<sup>1034</sup> hinausgehende **freiwillige Angaben** zulässig.<sup>1035</sup> So kann es über die notwendigen Berichtsinhalte hinaus auch Informationen geben, „die zur Vermittlung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes zwar nicht notwendig, aber

<sup>1030</sup> DRS 20 enthält allerdings keine Empfehlungen mehr, um auf die an einen Konzernlagebericht zu stellenden Mindestanforderungen abzustellen. Vgl. DRS 20.B42.

<sup>1031</sup> Vgl. Prigge (2006), S. 30.

<sup>1032</sup> Vgl. Prigge (2006), S. 30.

<sup>1033</sup> Vgl. Prigge (2006), S. 30.

<sup>1034</sup> Vgl. BT-Drucksache 10/317, S. 94. Vor Inkrafttreten des BilReG war in Abs. 1 noch das Wort „zumindest“ enthalten. Trotz der Streichung sind weiterhin freiwillige Zusatzinformationen zulässig. Vgl. Kajüter (2004a), S. 200.

<sup>1035</sup> Vgl. Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 44; Lange (2013), Rn. 20; Rodewald (2001), S. 2157.

förderlich erscheinen.“<sup>1036</sup> In Einzelfällen können diese Informationen sogar unabdingbar sein, „um das wirtschaftliche Gesamtbild nicht zu verzerren.“<sup>1037</sup> Da diese Angaben nicht im Lagebericht enthalten sein müssen,<sup>1038</sup> ergibt sich ein „erheblicher Gestaltungsspielraum bei der Abfassung des Lageberichts.“<sup>1039</sup>

Der Lagebericht eignet sich trotz des vorhandenen gesetzlichen Rahmens auch als Investor-Relations-Instrument, da die gesetzlichen Vorschriften eine große Bandbreite für die vorteilhafte Unternehmensdarstellung im Sinne einer positiven Finanzmarktkommunikation eröffnen.<sup>1040</sup> So erstellen kapitalmarktorientierte Unternehmen oft sehr umfangreiche Konzernlageberichte, die als informationsspolitische Instrumente dienen sollen, die sich zur Durchsetzung oder zumindest zur Förderung der eigenen Interessen eignen.<sup>1041</sup> Mit den Mitteln der Investor-Relations soll die Lücke zwischen der Realität der Buchführung und der positiveren Marktwahrnehmung des Unternehmens nachvollziehbar gemacht und erhalten werden.<sup>1042</sup>

Die Aufnahme der über den Mindestumfang hinausgehenden Informationen ist vor allem davon abhängig, „welche Entscheidungen die Unternehmensleitung bei den Empfängern des Lageberichts initiieren möchte.“<sup>1043</sup> So werden bspw. bei einem beabsichtigten Börsengang vor allem Informationen über die Ertragslage anzugeben sein, um die Erwartung einer zumindest marktüblichen Rendite der Aktionäre zu vermitteln und Anreize zum Kauf der Aktie zu schaffen.<sup>1044</sup> In Zeiten, in denen hingegen die Kreditwürdigkeit des Unternehmens gefährdet ist, sind dagegen Informationen zur Finanz- und Vermögenslage von Bedeutung, um ein positives Bild von der Kreditwürdigkeit zu vermitteln (bspw. über vorhandene stille Reserven, Finanzkraft eines Mutterunternehmens).<sup>1045</sup>

---

<sup>1036</sup> ADS (1995), Rn. 87.

<sup>1037</sup> Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 44.

<sup>1038</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002a), Rn. 18.

<sup>1039</sup> Reitinger (1983), S. 34.

<sup>1040</sup> Vgl. Rodewald (2001), S. 3157.

<sup>1041</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 10.

<sup>1042</sup> Vgl. Rodewald (2001), S. 3157.

<sup>1043</sup> Selchert/Greinert (2002b), Rn. 11.

<sup>1044</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 11.

<sup>1045</sup> Vgl. Selchert/Greinert (2002b), Rn. 11.

Die Grenzen der freiwilligen Berichterstattung liegen darin, wenn die Klarheit des Lageberichts beeinträchtigt wird<sup>1046</sup> und durch eine auf Werbung ausgerichtete Aufmachung des Lageberichts dessen Kernaussage verändert, verzerrt oder gar verfälscht wird.<sup>1047</sup> So ist Schönfärberei<sup>1048</sup> durch Ausschmückung des Lageberichts mit direkten oder indirekten Werbebotschaften<sup>1049</sup>, wodurch die Verhältnisse der Gesellschaft nicht richtig wiedergegeben werden, nicht zulässig.<sup>1050</sup>

Vielmehr sollen die freiwilligen Angaben im Lagebericht dazu dienen, Informationsasymmetrien bezüglich der wirtschaftlichen Lage oder der voraussichtlichen Entwicklung zwischen Unternehmensleitung und Lageberichtsadressaten zu reduzieren.<sup>1051</sup>

## II.8 Aktuelle Entwicklungen

### II.8.1 DRS 20

Nach Ende der ersten Projektphase zur Überarbeitung der DRS zur Lageberichterstattung, die der Umsetzung des zeitkritischen Änderungsbedarfs diente, erfolgte im Rahmen der zweiten Phase eine Durchsicht der bestehenden Anforderungen an die Konzernlageberichterstattung, um in einer umfassenden Gesamtschau die gegenwärtig anzuwendenden DRS zu evaluieren und ggf. anzupassen.<sup>1052</sup> Damit sollte das Ziel verfolgt werden, die mit der Anwendung der DRS zur Konzernlageberichterstattung gesammelten praktischen Erfahrungen sowie aktuelle Entwicklungen, wie beispielsweise das vom IASB veröffentlichte IFRS Practice Statement Management Commentary, aufzugreifen und in DRS 20 zu reflektieren.<sup>1053</sup>

So wurde im November 2011 der Beschluss zur Veröffentlichung des Standardentwurfs E-DRS 27 zu den neuen Berichtsanforderungen an die Konzern-

<sup>1046</sup> Vgl. Kaiser (2005), S. 413.

<sup>1047</sup> Vgl. Rodewald (2001), S. 1260.

<sup>1048</sup> Vgl. Rodewald (2001), S. 1260.

<sup>1049</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 380.

<sup>1050</sup> Vgl. Rodewald (2001), S. 1260.

<sup>1051</sup> Vgl. Baetge/Prigge (2006), S. 402.

<sup>1052</sup> Vgl. DRS 20.B1-B2.

<sup>1053</sup> Vgl. DRS 20.B2.

lageberichterstattung getroffen, worauf nach Beendigung der Neuorganisation des DRSC am 14.12.2011 die Veröffentlichung des E-DRS 27 folgte.<sup>1054</sup> Der finale Standard DRS 20 – Konzernlagebericht wurde am 14.09.2012 verabschiedet und seitens des BMJ am 04.12.2012 im Bundesanzeiger veröffentlicht. Im Vergleich zum Standardentwurf E-DRS 27 wurden keine wesentlichen Änderungen am endgültigen Standard DRS 20 vorgenommen.<sup>1055</sup> DRS 20 ist erstmals zu anzuwenden für nach dem 31. Dezember 2012 beginnende Geschäftsjahre.<sup>1056</sup>

Eine zentrale Neuerung des DRS 20 stellt die Zusammenfassung der historisch gewachsenen Mehrzahl an Rechnungslegungsstandards zur Konzernlageberichterstattung dar, wonach DRS 5 „Risikoberichterstattung“, die branchenspezifischen Standards DRS 5-10 „Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten“ und DRS 5-20 „Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen“ sowie DRS 15 „Lageberichterstattung“ in einem Rechnungslegungsstandard unter Änderung des Titels in „Konzernlagebericht“<sup>1057</sup> zusammengeführt werden.<sup>1058</sup> DRS 17 „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“ wird hierbei nicht einbezogen, weil sich dieser sowohl auf Anhangangaben als auch auf Erfordernisse in Bezug auf den (Konzern-)Lagebericht bezieht<sup>1059</sup> und bleibt somit bestehen.

In DRS 20 wurde eine Differenzierung der Vorschriften für kapitalmarktorientierte und nicht kapitalmarktorientierte Unternehmen vorgenommen, wonach die von kapitalmarktorientierten Unternehmen anzuwendenden Vorschriften durch „K-Ziffern“ gekennzeichnet sind.<sup>1060</sup>

---

<sup>1054</sup> Vgl. Böcking/Gros/Koch/Wallek (2013), S. 31.

<sup>1055</sup> Vgl. Böcking/Gros/Koch/Wallek (2013), S. 31.

<sup>1056</sup> Vgl. DRS 20, S. 8.

<sup>1057</sup> Laut der Begründung zu DRS 20 erfolgte die Titeländerung, weil aus dem neuen Titel der Geltungs- und Anwendungsbereich deutlich hervorgeht, wobei die Empfehlung zur Anwendung der Anforderungen auf den Lagebericht zum Einzelabschluss nach wie vor bestehen bleibt. Vgl. DRS 20, B6.

<sup>1058</sup> Vgl. DRS 20.B3.

<sup>1059</sup> Vgl. DRS 20.B3.

<sup>1060</sup> Vgl. Barth (2012), S. 7. Hierunter fallen die Berichtspflichten zum Steuerungssystem (DRS 20.K45-K47), zu den Grundsätzen und Ziele des Finanzmanagement (DRS 20.K79-K80), zum Risikomanagementsystem (DRS 20.K137-K145), zum internen

Daneben enthält DRS 20 anders als DRS 15 keine Empfehlungen zur inhaltlichen Ausgestaltung der Konzernlageberichterstattung, womit eine klarere Darstellung der Anforderungen angestrebt werden soll.<sup>1061</sup> DRS 20 fokussiert damit vielmehr auf die an einen Konzernlagebericht zu stellenden Mindestanforderungen.<sup>1062</sup>

Ferner werden die Grundsätze der Vollständigkeit, Verlässlichkeit und Ausgewogenheit<sup>1063</sup>, Klarheit und Übersichtlichkeit, Vermittlung aus Sicht der Konzernleitung in DRS 20 beibehalten.<sup>1064</sup> Der Grundsatz der Konzentration auf die nachhaltige Wertschaffung wurde hingegen nicht übernommen, weil nach Auffassung des DRSC die bisher unter diesem Grundsatz gefassten Textziffern kein standardübergreifendes Berichterstattungsprinzip darstellen.<sup>1065</sup> Die inhaltlichen Anforderungen in Bezug auf finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren wurden in die Regelungen zum Wirtschaftsbericht verlagert.<sup>1066</sup>

Neu aufgenommen wurde der **Grundsatz der Wesentlichkeit**, wonach sich der Konzernlagebericht gemäß DRS 20.32 auf wesentliche Informationen konzentrieren muss. Nach DRS 20.33 verlangt dieser Grundsatz z.B. nur insofern über das Konzernumfeld zu berichten, als dies zum Verständnis des Geschäftsverlaufs, der Lage und der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns erforderlich ist. „Durch Konzentration auf die Sachverhalte, die für den verständigen Adressaten wesentlich sind, um sich ein zutreffendes Bild vom Geschäftsverlauf, der Lage und der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens bzw.

---

Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Konzernrechnungslegungsprozess (DRS 20.K168-K178), zu den übernahmerelevante Angaben (DRS 20.K188-K223), zur Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB (DRS 20.K224-K231) und zur Versicherung der gesetzlichen Vertreter (DRS 20.K232-K235).

<sup>1061</sup> Vgl. DRS 20.B42.

<sup>1062</sup> Vgl. DRS 20.B42.

<sup>1063</sup> Der Grundsatz der „Verlässlichkeit“ wurde in dessen Bezeichnung um den Aspekt der „Ausgewogenheit“ ergänzt. Da allerdings die Anforderung der Ausgewogenheit bereit ähnlich in DRS 15.14 formuliert war, sind damit keine wesentlichen inhaltlichen Änderungen verbunden. Vgl. Böcking/Gros/Koch/Wallek (2013), S. 33.

<sup>1064</sup> Vgl. DRS 20.B12.

<sup>1065</sup> Vgl. DRS 20.B12.

<sup>1066</sup> Vgl. Böcking/Gros/Koch/Wallek (2013), S. 37.

des Konzerns sowie von den mit dieser Entwicklung einhergehenden Chancen und Risiken zu machen, soll ein *information overload* vermieden werden.“<sup>1067</sup>

Ferner wurden die Grundsätze um den **Grundsatz der Informationsabstufung** erweitert, wonach gemäß DRS 20.34 die Ausführlichkeit und der Detaillierungsgrad der Ausführungen von den spezifischen Gegebenheiten des Konzerns, wie insbesondere von der Art seiner Geschäftstätigkeit, seiner Größe und der Inanspruchnahme des Kapitalmarktes abhängen. „Somit haben diversifizierte, große oder kapitalmarktorientierte Unternehmen ausführlicher und detaillierter im Lagebericht zu berichten als nicht diversifizierte, kleine oder nicht kapitalmarktorientierte Unternehmen.“<sup>1068</sup> Allerdings stellt DRS 20.35 ausdrücklich klar, dass dieser Grundsatz ein vollständiges Unterlassen der Berichterstattung einzelner Berichtsinhalte nicht rechtfertigt, sondern dass vielmehr unterschiedlich hohe Anforderungen an Ausführlichkeit und Detaillierung in Abhängigkeit von den spezifischen Gegebenheiten, wie Art der Geschäftstätigkeit, die Konzerngröße und die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes, zu stellen sind. Dementsprechend wird das Selbstschutzinteresse von wenig diversifizierten, kleineren oder nicht kapitalmarktorientierten Mutterunternehmen gewürdigt, „welche bei einem einheitlichen Umfang an Informationen ausführlicher und detaillierter Bericht erstatten müssen und dabei ggf. relativ mehr schutzwürdige interne Unternehmensinformationen offenlegen müssten.“<sup>1069</sup> Unklar bleibt allerdings im Zusammenhang mit den höheren Anforderungen für diversifizierte, große oder kapitalmarktorientierte Unternehmen, „ob die Berichtsanforderungen eher als Maximal- oder Minimalanforderungen gesehen werden können.“<sup>1070</sup>

Das Gliederungsschema des DRS 20 wurde hinsichtlich der Teilberichte „Geschäft und Rahmenbedingungen“ und „Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage“ verändert, ansonsten jedoch beibehalten. Nachfolgende Abbildung zeigt den neuen Aufbau der Standardabschnitte des DRS 20:

---

<sup>1067</sup> Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 62.

<sup>1068</sup> Böcking/Dutzi/Gros (2012), Rn. 62.

<sup>1069</sup> DRS 20.B14.

<sup>1070</sup> Vgl. Hachmeister (2012), S. 301.

DRS 15	DRS 20
Geschäft und Rahmenbedingungen <ul style="list-style-type: none"> <li>• Geschäft</li> <li>• Geschäftsverlauf</li> <li>• Rahmenbedingungen</li> </ul>	Grundlagen des Konzerns <ul style="list-style-type: none"> <li>• Geschäftsmodell des Konzerns</li> <li>• Ziele und Strategien</li> <li>• Steuerungssystem</li> <li>• Forschung und Entwicklung</li> </ul>
Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ertragslage</li> <li>• Finanzlage</li> <li>• Vermögenslage</li> </ul>	Wirtschaftsbericht <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen</li> <li>• Geschäftsverlauf</li> <li>• Lage               <ul style="list-style-type: none"> <li>– Ertragslage</li> <li>– Finanzlage</li> <li>– Vermögenslage</li> </ul> </li> <li>• Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren</li> </ul>
Nachtragsbericht	Nachtragsbericht
Prognose-, Chancen- und Risikobericht	Prognose-, Chancen- und Risikobericht
Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten	Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten
Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Konzernrechnungslegungsprozess	Internes Kontrollsystem und Risikomanagementsystem bezogen auf den Konzernrechnungslegungsprozess
Übernahmerelevante Angaben	Übernahmerelevante Angaben
Erklärung gemäß § 289a HGB	Erklärung zur Unternehmensführung (§ 289a HGB)
Versicherung der gesetzlichen Vertreter (sofern im Lagebericht veröffentlicht)	Versicherung der gesetzlichen Vertreter*

\* Streng genommen ist die Versicherung der gesetzlichen Vertreter nicht Teil des Lageberichts (vgl. § 37v Abs. 2 Nr. 3 WpHG; § 289 Tz. 56 Beck'scher Bilanzkommentar).

### Abbildung 5: Änderung der Standardabschnitte nach DRS 20

Quelle: Barth (2012), S. 9.

In DRS 20 wird die Berichterstattung über Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen nunmehr zusammen mit der Berichterstattung über die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage unter dem Abschnitt „Wirtschaftsbericht“ geführt. Innerhalb des Abschnitts „Grundlagen des Konzerns“ werden Angaben zum Geschäftsmodell des Konzerns, zum Steuerungssystem (für kapitalmarktorientierte Unternehmen) und zur Forschung und Entwicklung gefordert. Neu aufgenommen wurde eine freiwillige Berichterstattung über die Ziele und Strategien.

Der Aufnahme einer freiwilligen Berichterstattung über Ziele und Strategien in DRS 20.39-44 ging eine intensive Diskussion innerhalb des DRSC voraus, da sich der Gesetzgeber letztlich gegen die Aufnahme einer verpflichtenden Berichterstattung ausgesprochen hat.<sup>1071</sup> Wie in obigen Ausführungen dargestellt, sah der Gesetzesentwurf des BilReG eine Berichtspflicht hinsichtlich der wesentlichen Ziele und Strategien im Lagebericht noch vor, die allerdings nicht in die endgültige Fassung des BilReG übernommen wurde.<sup>1072</sup> Der E-DRS 27 enthielt hingegen noch eine verpflichtende Berichterstattung über die Ziele und Strategien, die der DSR mit der Informationsfunktion der Konzernlageberichterstattung und der Entscheidungsrelevanz strategieorientierter Berichtselemente begründete.<sup>1073</sup> Daneben wird in der Begründung zum E-DRS 27 auf die gegenwärtige Berichtspraxis und dazu vorliegenden empirischen Befunde Bezug genommen, wonach trotz keiner gesetzlichen Verpflichtung viele Unternehmen dennoch im Lagebericht strategieorientierte Angaben veröffentlichen.<sup>1074</sup> Weiterhin sei auf die Bedeutung der Strategieberichterstattung für kapitalmarktorientierte Unternehmen hingewiesen, die sich ferner in internationalen und nationalen Verlautbarungen anderer Staaten widerspiegelt, wie im IFRS PS MC sowie der britischen Operating and Financial Review (OFR) und der kanadischen Management's Discussion and Analysis (MD&A).<sup>1075</sup>

Allerdings wurde die verpflichtende Berichterstattung über Ziele und Strategien im Rahmen des Konsultationsprozesses häufig kritisiert, da die Anforderungen über das Gesetz hinaus gingen und sich der Gesetzgeber bewusst gegen eine Berichterstattungspflicht entschieden habe.<sup>1076</sup>

Der HGB-FA folgte diesem Einwand, worauf in der Fassung des DRS 20 anstelle einer Berichtspflicht<sup>1077</sup> eine freiwillige Berichterstattung über die strategi-

<sup>1071</sup> Vgl. DRS 20.B20; Barth (2012), S. 14.

<sup>1072</sup> Vgl. Kapitel II.3.4.1.

<sup>1073</sup> Vgl. E-DRS 27.B22.

<sup>1074</sup> Vgl. E-DRS 27.B22, hierbei wird die Studie von Barth/Beyhs (2010) erwähnt.

<sup>1075</sup> Vgl. E-DRS 27.B22.

<sup>1076</sup> Vgl. Böcking/Gros/Koch/Wallek (2013), S. 33, die darauf verweisen, dass 10 von 16 eingegangenen Stellungnahmen zu E-DRS 27 eine Berichtspflicht ablehnten. Vgl. hierzu E-DRS 27 Konzernlagebericht – Auswertung der Stellungnahmen, S. 16.

<sup>1077</sup> Vgl. DRS 20.B22.

schen Ziele und die zu ihrer Erreichung verfolgten Strategien tritt.<sup>1078</sup> Die in den DRS 20 aufgenommenen Regelungen sollen als Leitlinien und Orientierungshilfe dienen.<sup>1079</sup> Als Ziele sollen in diesem Zusammenhang primär strategische Ziele verstanden werden, wie die Steigerung des Unternehmenswertes, der Marktführerschaft und des Marktanteiles, wohingegen operative Ziele, wie Umsatz-, EBIT- oder Kapitalrenditeziele, oft mit Prognosen zusammenfallen und daher in den Berichtsbestandteil Prognosebericht aufzunehmen sind.<sup>1080</sup>

Wesentliche Neuerungen im Wirtschaftsbericht liegen v.a. darin, dass in der Vorperiode berichtete Prognosen mit der tatsächlichen Entwicklung zu vergleichen sind (DRS 20.57), Angaben von Segmentinformationen zur Ertragslage (DRS 20.77) und zu den Investitionen (DRS 20.91) konkretisiert wurden und dass erstmalig die Möglichkeit zu einer Berichterstattung über Nachhaltigkeit<sup>1081</sup> besteht (DRS 20.110-112).<sup>1082</sup> So wurde im Zuge der Abschaffung des Grundsatzes „Konzentration auf die nachhaltige Wertschaffung“ und der Verlagerung der Regelungen zu den finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren in den Wirtschaftsbericht die Regelung geschaffen, dass bei finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die intern unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit verwendet werden, eben dieser Zusammenhang darzustellen ist.<sup>1083</sup>

Mit der parallelen Gestaltung der Berichtsanforderungen an finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren, die den Gesetzesaufbau abbildet, soll ferner der Wertigkeit der nichtfinanziellen Berichterstattung Rechnung getragen werden.<sup>1084</sup>

Innerhalb des Prognoseberichts liegt eine wesentliche Veränderung in der Verkürzung des Prognosezeitraums von mindestens zwei Jahren auf mindestens

<sup>1078</sup> Vgl. DRS 20.39, wonach bei freiwilliger Berichterstattung die Tz. 40 – 44 und 56 beachtet werden sollen; Böcking/Gros/Koch/Wallek (2013), S. 33.

<sup>1079</sup> Vgl. DRS 20.B22.

<sup>1080</sup> Vgl. DRS 20.B23.

<sup>1081</sup> Für empirische Befunde zur Qualität der Nachhaltigkeitsberichterstattung vgl. z.B. Quick/Knocinski (2006), S. 615-650.

<sup>1082</sup> Vgl. Barth (2012), S. 4.

<sup>1083</sup> Vgl. Böcking/Gros/Koch/Wallek (2013), S. 37; DRS 20.111.

<sup>1084</sup> Vgl. DRS 20.B26; Böcking/Gros/Koch/Wallek (2013), S. 38.

ein Jahr, wobei allerdings absehbare Sondereinflüsse auf die wirtschaftliche Lage des Konzerns nach dem Prognosezeitraum darzustellen und zu analysieren sind (DRS 20.127). Zu kritisieren ist hier allerdings, dass bei einem einjährigen Prognosezeitraum im Extremfall de facto keine Prognoseinformationen vermittelt werden, wenn die zwölfmonatige Frist zur Offenlegung (§ 325 Abs. 1 i.V.m. Abs. 3 HGB) komplett ausgenutzt wird.<sup>1085</sup>

Ferner wurde gleichzeitig die Prognosegenauigkeit erhöht: Während nach DRS 15.88 Prognosen mindestens als positiver oder negativer Trend zu beschreiben waren, müssen die Aussagen gemäß DRS 20.128 (Aussagen zur erwarteten Veränderung der prognostizierten Werte gegenüber dem entsprechenden Istwert des Berichtsjahres) mindestens Richtung (steigen, fallen) und Intensität (stark, erheblich, geringfügig, leicht) angeben.<sup>1086</sup> Zulässige Prognosen sind gemäß DRS 20.130 Punktprognosen, Intervallprognosen, qualifiziert-komparative Prognosen.<sup>1087</sup> Rein komparative und qualitative Prognosen erfüllen die Anforderungen nicht (DRS 20.130), da sich in diesen Fällen dem Adressaten die Intensität der Entwicklung nicht erschließt.<sup>1088</sup> Ergün/Juchler/Müller sehen in dem expliziten Verbot rein qualitativer oder komparativer Prognosen die Möglichkeit einer Qualitätsverbesserung der Prognosen.<sup>1089</sup> Allerdings bleibt offen, ob hierbei tatsächlich entscheidungsnützliche Informationen erwartet werden können oder durch die erhöhten Berichtsanforderungen vielmehr eher eine Scheingenauigkeit bewirkt wird.<sup>1090</sup>

<sup>1085</sup> Vgl. Hachmeister (2012), S. 302 m.w.N.

<sup>1086</sup> Vgl. Barth (2012), S. 4; DRS 20.B34.

<sup>1087</sup> Vgl. Barth (2012), S. 21.

<sup>1088</sup> Vgl. Ergün/Juchler/Müller (2012), S. 438. Ausnahme hiervon sind allerdings in DRS 20.133 vorgesehen, wenn aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen außergewöhnlich hohe Unsicherheit besteht und aufgrund dessen die Prognosefähigkeit der Unternehmen wesentlich beeinträchtigt ist. In diesem Fall sind komparative Prognosen oder die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung der zur internen Steuerung verwendeten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren in verschiedenen Zukunftsszenarien unter Angabe der jeweiligen Annahmen ausreichend. Ergün/Juchler/Müller kritisieren diese Ausnahme allerdings insofern, als weiterhin ungeklärt bleibt, wann der Zustand außergewöhnlich hoher Unsicherheit erreicht ist und wann eine wesentliche Beeinträchtigung der Prognosefähigkeit vorliegt. Somit eröffnet sich dem Management diesbezüglich wiederum ein erhöhter Einschätzungsspielraum. Vgl. Ergün/Juchler/Müller (2012), S. 438.

<sup>1089</sup> Vgl. Ergün/Juchler/Müller (2012), S. 438.

<sup>1090</sup> Vgl. Hachmeister (2012), S. 302 m.w.N.

Prognosen sind hierbei gemäß DRS 20.126 zu den bedeutendsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren abzugeben, wobei die Prognose- und Istwerte für den gleichen Berichtszeitraum vergleichbar sein müssen.<sup>1091</sup> Ferner dürfen nach DRS 20.124 öffentlich verfügbare Prognosen zur Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Branche nur in dem Maße dargestellt werden, wie dies für das Verständnis der Aussagen zur voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns erforderlich ist. Ergün/Juchler/Müller werten diese Regelung insofern positiv, als sie in ihrer Untersuchung zur Prognoseberichterstattung<sup>1092</sup> die Dominanz externer Prognosen als Kritikpunkt feststellen<sup>1093</sup> und diese Regelung zu einer Qualitätsverbesserung beitragen kann, da sich der Prognosebericht stärker an den Informationsbedürfnissen der Adressaten ausrichtet.<sup>1094</sup>

Der Risikobericht weist insofern wesentliche Neuerungen auf, als eine zusammenfassende Darstellung der Risikolage in DRS 20 erforderlich ist: Anders als in DRS 5 sind nun nach DRS 20.160 die dargestellten Risiken zu einem Gesamtbild der Risikolage des Konzerns zusammenzuführen.<sup>1095</sup> Hierbei können Diversifizierungseffekte berücksichtigt werden (DRS 20.160). Ferner wurden die Anforderungen an die Darstellung der Risiken deutlich erhöht sowie die Anforderungen für kapitalmarktorientierte Unternehmen im Rahmen der Berichterstattung über das Risikomanagementsystem ausgeweitet und konkretisiert.<sup>1096</sup> Für eine aussagefähige Risikoberichterstattung muss gemäß DRS 20.150 aus der Darstellung der Risiken deren Bedeutung hervorgehen: So können gemäß DRS 20.162 Risiken (wie bisher) zu Kategorien gleichartiger Risiken zusammengefasst oder nunmehr auch in einer Rangfolge geordnet werden.<sup>1097</sup>

Für den Chancenbericht sollen die Vorschriften zur Risikoberichterstattung auch auf die Chancenberichterstattung sinngemäß angewendet werden (DRS

---

<sup>1091</sup> Vgl. DRS 20.126; Barth (2012), S. 5.

<sup>1092</sup> Die Untersuchung von Ergün/Juchler/Müller bezieht sich auf die Prognoseberichte der zum 01.04.2011 im DAX, MDAX und SDAX notierten Nicht-Finanzunternehmen für das Geschäftsjahr 2010. Der Betrachtungsfokus dieser Studie liegt einerseits auf der inhaltlichen Ausgestaltung der Prognosen (unternehmensbezogen oder extern) sowie der Prognosegenauigkeit. Vgl. Ergün/Juchler/Müller (2012), S. 436.

<sup>1093</sup> Vgl. Ergün/Juchler/Müller (2012), S. 438.

<sup>1094</sup> Vgl. Ergün/Juchler/Müller (2012), S. 439.

<sup>1095</sup> Vgl. Barth (2012), S. 8; 26.

<sup>1096</sup> Vgl. Barth (2012), S. 8.

<sup>1097</sup> Vgl. Barth (2012), S. 25.

20.165),<sup>1098</sup> über Chancen und Risiken ist nach DRS 20.166 ausgewogen zu berichten. Hierbei wird auf den Gesetzeswortlaut Bezug genommen, der auf gleiche Weise die Beurteilung der Chancen und Risiken fordert. Damit soll nach Intention des DRSC die Chancenberichterstattung, die in der gegenwärtigen Berichterstattungspraxis weit hinter der Risikoberichterstattung zurückbleibt, an Bedeutung gewinnen.<sup>1099</sup>

## II.8.2 Konzept des Integrated Reporting

Neben den traditionellen Abschlussinstrumenten in Form einer finanziellen Berichterstattung zeichnete sich in den letzten Jahren eine Entwicklung dahingehend ab, dass sich weitere Berichtsformen und –instrumente etablierten, die den wachsenden Informationsbedarf an „nicht-finanziellen“ Leistungsindikatoren und Daten decken sollten.<sup>1100</sup> Mit der Umstellung auf die IFRS-Rechnungslegung und der Zunahme von eigenständigen Nachhaltigkeits- und Corporate Social Responsibility (CSR-)Berichten ist eine erhebliche Ausweitung der Unternehmenspublizität<sup>1101</sup> einhergegangen, welche sich zudem auf eigenständige Berichtsinstrumente verteilt.<sup>1102</sup> So ist die gegenwärtige Berichtspraxis von immer umfangreicher werdenden Geschäftsberichten und voneinander unabhängigen „Informationssilos“ bei einer gleichzeitig defizitären Qualität geprägt, anstatt kritische Wechselwirkungen, „die zwischen Strategie, Governance, den Unternehmenstätigkeiten, ihrem Umfeld und dem finanziellen und nicht-finanziellen Ergebnis bestehen“<sup>1103</sup> klar aufzuzeigen. Vor dem Hintergrund des Bedeutungszuwachses der Nachhaltigkeitsaspekte sowie der nichtfinanziellen Werttreiber für den Unternehmenserfolg und Unternehmenswert und in Anbetracht der nebeneinanderstehenden singulären Informationsinstrumente

<sup>1098</sup> Vgl. Barth (2012), S. 8.

<sup>1099</sup> Vgl. DRS 20.B40.

<sup>1100</sup> Vgl. Haller/Fuhrmann (2013), S. 243.

<sup>1101</sup> Ebenfalls wurden die Berichtspflichten durch eine erweiterte Lageberichterstattung bzw. Corporate Governance-Berichte bzw. Vergütungsberichte etc. ausgedehnt. Vgl. Haller/Zellner (2011), S. 528.

<sup>1102</sup> Vgl. Arbeitskreis „Externe Unternehmensrechnung“ der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft (2013), S. 875.

<sup>1103</sup> Behys (2011), S. 2858.

wird in jüngster Zeit das Konzept des Integrated Reporting diskutiert.<sup>1104</sup> Integrated Reporting (IR) meint den „Prozess des Zusammenführens von finanziellen, ökologischen und sozialen sowie die Unternehmensführung betreffenden Informationen in einem klaren, konsistenten und vergleichbaren Format.“<sup>1105</sup> Im Idealfall soll aus nebeneinanderstehenden Finanz- und Nachhaltigkeitsberichten somit „ein Unternehmensbericht entstehen, der die Unternehmensstrategie widerspiegelt und dem Adressaten eine ganzheitliche Einschätzung der Lage des Unternehmens sowie die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken ermöglicht.“<sup>1106</sup> Zur Konkretisierung dieses Konzepts auf internationaler Ebene und um seine Akzeptanz zu stärken, erfolgte im August 2010 die Gründung des International Integrated Reporting Committee, welches im November 2011 in International Integrated Reporting Council (IIRC) umbenannt wurde.<sup>1107</sup> Im vierten Quartal 2013 ist die Veröffentlichung eines IR-Frameworks geplant, allerdings existieren noch keine verpflichtenden Regelungen, die das Konzept konkretisieren.<sup>1108</sup> Jedoch bieten die handelsrechtlichen Normen zur Lageberichterstattung einen breiten Spielraum für die Aufnahme von Elementen des Konzepts des IR,<sup>1109</sup> besonders durch DRS 20 wurden die Anknüpfungspunkte zum Konzept des IR deutlich erhöht.<sup>1110</sup> Die Inhalte eines Konzernlageberichts nach DRS 20 weisen viele Übereinstimmungen mit denen eines integrierten Berichts auf, allerdings verbleiben aufgrund der Stakeholderorientierung und des damit verbundenen größeren Adressatenkreises eines Integrierten Berichts noch teilweise erhebliche Unterschiede.<sup>1111</sup>

---

<sup>1104</sup> Vgl. Haller/Fuhrmann (2013), S. 243.

<sup>1105</sup> Haller/Fuhrmann (2013), S. 243.

<sup>1106</sup> Arbeitskreis „Externe Unternehmensrechnung“ der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft (2013), S. 875.

<sup>1107</sup> Arbeitskreis „Externe Unternehmensrechnung“ der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft (2013), S. 875. Ausführlich zur Gründung und zur Organisation des IIRC vgl. Haller/Zellner (2011), S. 523.

<sup>1108</sup> Arbeitskreis „Externe Unternehmensrechnung“ der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft (2013), S. 875 und 878. Ausführlich zur Konzeption des Framework vgl. Haller/Zellner (2011), S. 525 ff.

<sup>1109</sup> Vgl. Haller/Fuhrmann (2013), S. 244.

<sup>1110</sup> Vgl. Haller/Fuhrmann (2012), S. 469.

<sup>1111</sup> Vgl. Behncke/Hoffmann/Wulf (2012), S. 3068. Unterschiede stellen z.B. weitreichende Informationen zum Geschäftsmodell sowie zur Berichterstattung über die Leis-

Haller/Fuhrmann untersuchen in einer aktuellen Studie der Lageberichte der HDAX Unternehmen der Jahre 2006 und 2010, inwieweit diese Charakteristika eines IR aufweisen.<sup>1112</sup> Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass der genannte Spielraum in der Berichtspraxis, „wenn auch in beschränktem Maße, in der jüngeren Vergangenheit zunehmend genutzt wurde.“<sup>1113</sup>

Auch wenn bislang noch keine regulatorischen Bestrebungen hinsichtlich einer verpflichtenden Anwendung des Konzepts innerhalb der EU bekannt sind, werden die Vorteile der Anwendung in einer effizienten Berichterstattung<sup>1114</sup> sowie in einer höheren Entscheidungsrelevanz der Unternehmensberichterstattung gesehen.<sup>1115</sup>

## II.9 Grenzen der Lageberichterstattung

Während in den Regelungen des aktienrechtlichen Geschäftsberichts eine Schutzklausel in § 160 AktG 1965 einzuhalten war, existiert für den Lagebericht nach heutigem Recht keine allgemeine Schutzklausel, wonach Informationen zurückgehalten werden müssen bzw. können.<sup>1116</sup> Die in § 286 HGB normierten Ausnahmen betreffen den Anhang und begrenzen die Berichterstattung dahingehend, dass sie einerseits insoweit zu unterbleiben hat, wenn das Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährdet ist und andererseits bestimmte Angaben unterbleiben können, wenn hierdurch dem Unternehmen ein erheblicher Nachteil zugefügt werden kann.

---

tung des Konzerns im Integrierten Bericht dar. Ferner bleibt die Prognoseberichterstattung hinter den Anforderungen eines Integrierten Berichts hinsichtlich der Zukunftsperspektive zurück. Vgl. Behncke/Hoffmann/Wulf (2012), S. 3068.

<sup>1112</sup> Vgl. Haller/Fuhrmann (2013), S. 243.

<sup>1113</sup> Haller/Fuhrmann (2013), S. 244.

<sup>1114</sup> Arbeitskreis „Externe Unternehmensrechnung“ der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft (2013), S. 882.

<sup>1115</sup> Vgl. Haller/Fuhrmann (2013), S. 243.

<sup>1116</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 54.

Aus der fehlenden Regelung für die Lageberichterstattung resultierte in der Literatur die Diskussion, ob die Schutzklausel auch auf den Lagebericht anzuwenden ist.<sup>1117</sup>

Im Hinblick auf das Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder wird mehrheitlich eine analoge Anwendung der Schutzklausel befürwortet.<sup>1118</sup> Demnach hat im Einzelfall das Wohl der BRD Vorrang vor den Informationsinteressen der Lageberichtsadressaten.<sup>1119</sup>

Im Gegensatz dazu lassen sich im Falle einer potenziellen Unternehmensschädigung die Schutzklauseln des Anhangs nicht auf den Lagebericht übertragen, sondern stellen vielmehr nicht analogiefähige Ausnahmetatbestände dar.<sup>1120</sup> Begründen lässt sich dies zum einen damit, dass sich diese Ausnahmen nur auf § 285 Nr. 4 und § 285 Nr. 11 und 11a HGB beziehen und eine Analogie im Lagebericht allenfalls diese Tatbestände betreffe.<sup>1121</sup> Diese Analogie würde aber insoweit leer laufen, da die im Anhang offenzulegenden Angaben nicht doppelt im Lagebericht zu machen sind.<sup>1122</sup> Eine allgemeine Schutzklausel, nach der Angaben, die für das Unternehmen mit Nachteilen verbunden sind, generell unterbleiben können, existiert hingegen auch für den Anhang nicht.<sup>1123</sup>

Eine historische Begründung mit Verweis auf die Schutzklausel in § 160 AktG 1965 lässt sich vor dem Hintergrund entkräften, dass diese im Hinblick auf die Erweiterung der Angabepflichten im Erläuterungsbericht, d.h. dem heutigen Anhang, eingeführt wurde.<sup>1124</sup> Auch wenn die Schutzklausel für beide Bestandteile des aktienrechtlichen Geschäftsberichts galt, bezog sich die Schutzfunktion auf die heutigen Anhangangaben, was einer analogen Verwendung auf den heutigen Lagebericht ebenfalls entgegensteht.<sup>1125</sup>

<sup>1117</sup> Vgl. Dörner/Bischof (1999a), S. 382; Palmes (2008), S. 379 m.w.N.; ADS (1995), Rn. 54 m.w.N.

<sup>1118</sup> Vgl. ADS (1995), Rn. 54; Lange (1999), S. 2452; Palmes (2008), S. 379 m.w.N.

<sup>1119</sup> Vgl. Lange (1999), S. 2452. Vgl. ausführlich Tichy (1979), S. 230 f.

<sup>1120</sup> Vgl. Palmes (2008), S. 387, m.w.N.; Lange (1999), S. 2451.

<sup>1121</sup> Vgl. Palmes (2008), S. 387.

<sup>1122</sup> Vgl. Palmes (2008), S. 387.

<sup>1123</sup> Vgl. Lange (1999), S. 2451.

<sup>1124</sup> Vgl. Palmes (2008), S. 387.

<sup>1125</sup> Vgl. Palmes (2008), S. 387.

Das Fehlen einer Schutzklausel führt allerdings nicht zwangsläufig zu einer unbeschränkten Berichterstattung, vielmehr ist eine Begrenzung der Berichtspflichten durch eine „einschränkende Auslegung“ des § 289 HGB feststellbar.<sup>1126</sup> Durch ein Abwägen zwischen den Informationsinteressen der Adressaten und dem möglichen Nachteil aus der Berichterstattung und der entsprechenden Einschränkungen in der Berichterstattung kann das Selbstschutzinteresse des Unternehmens gewahrt werden.<sup>1127</sup> Eine einschränkende Auslegung der Vorschriften ergibt sich durch Auslegung des Einblicksgebots, i.S. der Vermittlung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes, das an die Schutzfunktion der Lageberichtsadressaten gekoppelt ist.<sup>1128</sup> So sind sensible Informationen, insbesondere technologischer, strategischer und finanzieller Art nur insoweit offenzulegen, wie es der Schutz der Anteilseigner, Anleger und Gläubiger erfordert. Demnach ergibt sich „eine Grenze der Berichterstattung aus dem Zweck der Lageberichterstattung selbst, welche über das Einblicksgebot bei der Aufstellung zu berücksichtigen ist.“<sup>1129</sup> Allerdings impliziert der Lageberichts-zweck der Informationsvermittlung, dass nur bei einem wesentlichen Übergewicht der Nachteile des Unternehmens eine Einschränkung der Berichterstattung vorgenommen werden darf.<sup>1130</sup> Die Einschränkung darf allerdings weder dazu führen, dass bestimmte Berichtspflichten unterlassen werden noch eine negative Entwicklung des Unternehmens<sup>1131</sup> oder die Risiken<sup>1132</sup> nicht dargestellt werden mit der Begründung, dass dadurch eine sich selbst erfüllende Prophezeiung eintreten könnte.<sup>1133</sup> Vielmehr kann eine Berichterstattung zum Schutz des Unternehmens unter der Bedingung, dass dadurch nicht die Schutzfunktion des Lageberichts beeinträchtigt wird, in abgeschwächter und weniger konkreter Form erfolgen.<sup>1134</sup>

<sup>1126</sup> Vgl. Palmes (2008), S. 399, 404 ff.

<sup>1127</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 14.

<sup>1128</sup> Vgl. Palmes (2008), S. 404.

<sup>1129</sup> Palmes (2008), S. 405.

<sup>1130</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 15.

<sup>1131</sup> Vgl. Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 15.

<sup>1132</sup> Vgl. Palmes (2008), S. 405.

<sup>1133</sup> Vgl. Lange (1999), S. 2451; Baetge/Fischer/Paskert (1989), S. 15.

<sup>1134</sup> Vgl. Palmes (2008), S. 406.

## II.10 Prüfung des Lageberichts

Die in § 289 HGB normierten Vorschriften zur Aufstellung des Lageberichts bilden gewissermaßen die Grundlage für die Entwicklung einer Soll-Vorstellung des Lageberichts, während die Prüfungsanforderungen gesetzlich durch die Vorschriften zur Prüfung des Lageberichts festgelegt sind.<sup>1135</sup>

Die **Pflicht zur Prüfung** des Lageberichts ergibt sich aus § 316 Abs. 1 HGB, wonach Jahresabschluss und Lagebericht von Kapitalgesellschaften, die nicht kleine i.S.d. § 267 Abs. 1 HGB sind, durch einen Abschlussprüfer zu prüfen sind. Die entsprechende Regelung für die Prüfung des Konzernlageberichts stellt Abs. 2 dar, wonach Konzernabschluss und Konzernlagebericht von Kapitalgesellschaften durch einen Abschlussprüfer zu prüfen sind.

**Gegenstand und Umfang der Prüfung** ergeben sich aus § 317 Abs. 2 HGB. Danach sind Lagebericht und Konzernlagebericht darauf zu prüfen, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss, ggf. auch mit dem Einzelabschluss nach § 325 Abs. 2a HGB, der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen des Abschlussprüfers in Einklang stehen und ob der Lagebericht insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Unternehmens und der Konzernlagebericht insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Konzerns vermittelt. Dabei ist auch zu prüfen, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Von der Prüfung ausgenommen sind nach § 317 Abs. 2 Satz 3 HGB die Angaben nach § 289a HGB.

Mit der Forderung der Prüfung, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen des Abschlussprüfers in Einklang steht, soll zum Ausdruck gebracht werden, „dass die Vielzahl der in den Jahresabschluss eingehenden und in ihm zum Ausdruck kommenden Daten und die vom Abschlussprüfer gewonnenen Informationen die Grundlage für

---

<sup>1135</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 16.

die Beurteilung des Lageberichts bieten.“<sup>1136</sup> Da die Darstellung im Lagebericht nicht im Widerspruch zum Jahresabschluss stehen darf, muss der Prüfer daher untersuchen, ob die im Lagebericht enthaltenen Aussagen einen anderen Eindruck beim Berichtsleser hinterlassen als der Jahresabschluss bzw. als der Prüfer selbst bei der Durchführung der Prüfung gewonnen hat.<sup>1137</sup> Somit soll trotz der unterschiedlichen Berichtsform von Lagebericht und Jahresabschluss eine insgesamt einheitliche Berichterstattung gewährleistet werden.<sup>1138</sup>

Die Prüfung verlangt zum einen eine Vergangenheitsorientierung, worunter folgende Aspekte einzubeziehen sind: das globale Umfeld (gesamtwirtschaftlich, rechtlich-politisch, wissenschaftlich-technisch, ökologisch), das Unternehmensumfeld (Branche, Marktbedingungen, Wettbewerbsverhältnisse), die unternehmensinternen Erfolgsfaktoren (wie bspw. Leistungen und Produkte, Beschaffungs- und Absatzpolitik, strategische Ausrichtung), die interne Organisation und Entscheidungsfindung, die wesentlichen Einflussgrößen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie Informationen über organisatorische Besonderheiten, Beziehungen zu Lieferanten, Kunden, Kapitalgebern und das Ansehen des Unternehmens in der Öffentlichkeit.<sup>1139</sup>

Zukunftsorientierte Angaben sind auf ihre Plausibilität hinsichtlich des Jahresabschlusses und den bei dessen Prüfung erlangten Erkenntnissen zu beurteilen;<sup>1140</sup> die Prüfung der Chancen- und Risikoberichterstattung verlangt hinreichend Gewissheit darüber, „dass für alle wesentlichen Chancen- und Risiken die relevanten verfügbaren Informationen verarbeitet wurden, die grundlegenden Annahmen für die Berichterstattung realistisch sind und entsprechende Prognoseverfahren richtig gehandhabt wurden.“<sup>1141</sup>

Im Rahmen des KonTraG wurden die Vorschriften zur Risikoberichterstattung auch hinsichtlich der Prüfung dahingehend konkretisiert und erweitert, dass der Abschlussprüfer nach § 317 Abs. 2, S. 2 HGB zu prüfen hat, ob die Risiken zu-

<sup>1136</sup> Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 17.

<sup>1137</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 17.

<sup>1138</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 17.

<sup>1139</sup> Vgl. Schmidt (2004), S. 259.

<sup>1140</sup> Vgl. Marten/Quick/Ruhnke (2007), S. 597.

<sup>1141</sup> Marten/Quick/Ruhnke (2007), S. 596.

treffend dargestellt sind, und auf das Ergebnis der Prüfung im Prüfungsbericht und im Bestätigungsvermerk einzugehen hat (§§ 321 und 322 Abs. 2 und 3 HGB).<sup>1142</sup> So ist eine noch intensivere Auseinandersetzung mit der Risikolage des Unternehmens erforderlich, die somit im Sinne einer strategischen Analyse die Auseinandersetzung mit dem Umfeld, der Geschäftsprozesse und der Erfolgsfaktoren einschließt.<sup>1143</sup> Dies soll zu einem besseren Verständnis der Geschäftstätigkeit des Unternehmens beitragen und „auf der Basis einer ersten Risikoeinschätzung die Prüfungsschwerpunkte festlegen.“<sup>1144</sup> Werden die Risiken, im Extremfall in Form der Gefährdung der Unternehmensführung, nicht ausreichend dargestellt, so hat der Abschlussprüfer die Öffentlichkeit davon in Kenntnis zu setzen.<sup>1145</sup> Allerdings wird im Rahmen der Prüfung lediglich die Ordnungsmäßigkeit des Zustandekommens des Risiko- und Prognoseberichts geprüft.<sup>1146</sup> Die Abschlussprüfung stellt nach wie vor keine Prüfung der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens i.S. eines Vergleichs der tatsächlichen Lage mit einer Soll-Lage dar.<sup>1147</sup>

Ferner sind in die Prüfung die Grundsätze ordnungsmäßiger Lageberichterstattung einzubeziehen, da sie allgemeine Anerkennung erfahren und in der Berichtspraxis angewendet werden.<sup>1148</sup> Allerdings wird die Bedeutung der GoL für den Prüfer durch den fehlenden Bezug seitens des Gesetzgebers gemindert und lässt sich „berechtigterweise nur im Zuge der Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe aus den allgemeinen Rechenschaftszwecken des Lageberichts ableiten. Ihre konkrete Einbeziehung in die Urteilsbindung des Lageberichtsprüfers kommt lediglich im Rahmen seiner – letztlich subjektiv bestimmten – Eigenverantwortung in Betracht.“<sup>1149</sup>

<sup>1142</sup> Vgl. Kajüter (2002), S. 243.

<sup>1143</sup> Vgl. Kajüter (2002), S. 244.

<sup>1144</sup> Kajüter (2002), S. 243 sowie ferner ausführlich zur Durchführung der Risikoprüfung vgl. Kajüter (2002), S. 244 ff.

<sup>1145</sup> Vgl. Böcking/Orth (1998a), S. 359; Kirsch (1997), S. 964.

<sup>1146</sup> Vgl. Hachmeister (2002), Sp. 1146.

<sup>1147</sup> Vgl. Hachmeister (2002), Sp. 1146; Böcking/Orth (1998a), S. 359; Hachmeister (1999), S. 1453-1460.

<sup>1148</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 34.

<sup>1149</sup> Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 35.

Bei der Prüfung des Konzernlageberichts muss darauf geachtet werden, dass die Berichterstattung den Konzern als wirtschaftliche Einheit und keine bloße Zusammenfassung der Lageberichte der einzelnen Konzernunternehmen<sup>1150</sup> darstellt.<sup>1151</sup> Vielmehr müssen im Konzernlagebericht alle erforderlichen und geeigneten Angaben enthalten sein, die für eine Beurteilung des wirtschaftlichen Gesamtgeschehens des Konzerns erforderlich sind.<sup>1152</sup> In diesem Zusammenhang ist aus Konzernsicht unerheblich, bei welchem Unternehmen die dargestellten Geschäftsvorfälle stattgefunden haben.<sup>1153</sup>

Im **Prüfungsbericht** ist gemäß § 321 HGB über Art und Umfang sowie das Ergebnis der Prüfung zu berichten. Vorweg ist zu der Beurteilung der Lage des Unternehmens oder des Konzerns durch die gesetzlichen Vertreter Stellung zu nehmen, wobei insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestands und der künftigen Entwicklung des Unternehmens unter Berücksichtigung des Lageberichts und bei der Prüfung des Konzernabschlusses von Mutterunternehmen auch des Konzerns unter Berücksichtigung des Konzernlageberichts einzugehen ist, soweit die geprüften Unterlagen und der Lagebericht oder der Konzernlagebericht eine solche Beurteilung erlauben (§ 321 Abs. 1 Satz 2 HGB). Ferner gilt die nach § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB normierte erweiterte Redepflicht auch für den Lagebericht,<sup>1154</sup> wonach der Abschlussprüfer über bei der Durchführung der Prüfung festgestellte Unrichtigkeiten oder Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften sowie Tatsachen zu berichten hat, die den Bestand des geprüften Unternehmens oder des Konzerns gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz, Gesellschaftsvertrag oder die Satzung erkennen lassen (§ 321 Abs. 1 Satz 3 HGB). Im Hauptteil des Prüfungsberichts ist die Übereinstimmung des Lageberichts mit den gesetzlichen und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags oder der Satzung festzustellen (§ 321 Abs. 2 Satz 1 HGB). Daneben ist auch über Bean-

<sup>1150</sup> Vgl. Ellrott (2010b), Rn. 9.

<sup>1151</sup> Vgl. Langenbucher/Blaum (2004), S. 420.

<sup>1152</sup> Vgl. ADS (1995b), Rn. 16.

<sup>1153</sup> Vgl. ADS (1995b), Rn. 16.

<sup>1154</sup> Vgl. Selchert/Erhardt/Fuhr/Greinert (2000), S. 20.

standungen zu berichten, auch wenn sie nicht zur Einschränkung oder Versagung des Bestätigungsvermerks führen (§ 321 Abs. 2 Satz 2 HGB).

Das Ergebnis der Prüfung ist gemäß § 322 Abs. 1 Satz 1 HGB im **Bestätigungsvermerk** zusammenzufassen. Hierbei muss eine Aussage gemacht werden, ob der Lagebericht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild von der Lage des Unternehmens vermittelt und ob die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.<sup>1155</sup> Dabei muss sich zweifelsfrei ergeben, ob ein uneingeschränkter (Abs. 2 Nr. 1) oder eingeschränkter (Abs. 2 Nr. 2) Bestätigungsvermerk erteilt wird, der Bestätigungsvermerk aufgrund von Einwendungen versagt wird (Abs. 2 Nr. 3) oder der Bestätigungsvermerk deshalb versagt wird, weil der Abschlussprüfer zur Abgabe eines Prüfungsurteils nicht in der Lage ist (Abs. 2 Nr. 4).

In einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk ist zu erklären, dass die nach § 317 HGB durchgeführte Prüfung zu keinen Einwendungen geführt hat (Abs. 3 Satz 1).

Im Rahmen der Prüfung kann der Abschlussprüfer durch sein **Auskunftsrecht** nach § 320 Abs. 2 HGB von den gesetzlichen Vertretern alle für die Durchführung einer sorgfältigen Prüfung notwendigen Aufklärungen und Nachweise verlangen.

## II.11 Offenlegung des Lageberichts

Seit der Einführung durch das Gesetz über das elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie Unternehmensregister (EHUG)<sup>1156</sup> im Jahre 2006 besteht nach § 325 Abs. 1 HGB für die gesetzlichen Vertreter einer Kapitalgesellschaft die Verpflichtung, den Lagebericht beim Betreiber des elektro-

<sup>1155</sup> Vgl. Schmidt (2004), S. 261.

<sup>1156</sup> Gesetz über das elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie Unternehmensregister, BGBl. I 2006, S. 2553-2586.

nischen Bundesanzeigers elektronisch einzureichen. Die Einreichung hat unverzüglich nach seiner Vorlage an die Gesellschafter, jedoch spätestens vor Ablauf des zwölften Monats des dem Abschlussstichtag nachfolgenden Geschäftsjahres zu erfolgen (Abs. 1 Satz 2). Nach § 325 Abs. 4 Satz 1 HGB besteht für eine kapitalmarktorientierte Kapitalgesellschaft im Sinne des § 264d HGB, die keine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 327a HGB ist, eine verkürzte Frist von längstens vier Monaten. In diesem Zusammenhang sind die Vorschriften des § 328 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 3 HGB zu beachten, der Form und Inhalt der Unterlagen bei der Offenlegung, Veröffentlichung und Vervielfältigung regelt. Nach § 8b Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 3 Nr. 1 HGB werden die Lageberichte durch den Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers an das vom Bundesministerium der Justiz geführte Unternehmensregister übermittelt und über die Internetseite des Unternehmensregisters zugänglich gemacht.

Der Lagebericht ist regelmäßiger Bestandteil des **Geschäftsberichts**<sup>1157</sup>,<sup>1158</sup> welcher zunehmend im Internet abrufbar und damit auch der Öffentlichkeit zugänglich ist.<sup>1159</sup>

Wird die Pflicht zur Offenlegung des Lageberichts verletzt, so ist nach § 335 Abs. 1 Nr. 1 HGB gegen die Mitglieder des vertretungsberechtigten Organs ei-

---

<sup>1157</sup> Nach Aufgabe des Begriffs Geschäftsberichts im Gesetz im Rahmen des BiRiLiG wurde der Begriff des Geschäftsberichts für die Verwendung seitens der Unternehmen mit unterschiedlichen Inhalten freigegeben. Vgl. Biener/Berneke (1986), S. 276. So wird, wenn nicht explizit auf den historischen Geschäftsbericht vor Einführung des BiRiLiG Bezug genommen wird, der Geschäftsbericht im Sinne des Praxisverständnisses gebraucht. Zur sprachlichen Differenzierung um den Geschäftsbericht vgl. Hütten (2000), S. 8 f., der zwischen dem heutigen Geschäftsbericht i.S. der Praxis und dem historischen Geschäftsbericht im juristischen Sinne differenziert.

<sup>1158</sup> Vgl. Baetge/Armelo (1997), S. 93. Der Geschäftsbericht gilt innerhalb des aktienmarketingpolitischen Instrumentariums eines Unternehmens als das zentrale Informationsinstrument: „Mit dem umfangreichen und regelmäßig erscheinenden Geschäftsbericht wird auf einem anonymen Kapitalmarkt eine große Anzahl von aktuellen und potentiellen Aktionären erreicht, die auf diese Weise langfristig an das Unternehmen gebunden werden sollen.“ Baetge/Armelo (1997), S. 93. Ausführlich zur Bedeutung des Geschäftsberichts: Vgl. Kirchhoff/Döbler (1997a), S. 19; Kirchhoff/Döbler (1997b), S. 20; Kirchhoff/Döbler (1997c), S. 20-21 und Baetge (1997), S. 22-23; sowie als Instrument des Aktienmarketing vgl. Kirchhoff/Döbler (1997d), S. 25-40. Ferner zum Geschäftsbericht vgl. Hütten (2000).

<sup>1159</sup> Vgl. Hippel (2011), S. 54.

ner Kapitalgesellschaft wegen des pflichtwidrigen Unterlassens der rechtzeitigen Offenlegung vom Bundesamt der Justiz ein Ordnungsgeldverfahren durchzuführen. Die Information darüber erfolgt seitens des Betreibers des elektronischen Bundesanzeigers aufgrund dessen Prüfungs- und Unterrichtungspflicht gemäß § 329 HGB, wonach dieser die fristgemäße und vollzählige Einreichung der Unterlagen prüft (§ 329 Abs. 1 Satz 1 HGB) und bei unterlassener oder unvollständiger Einreichung das Bundesamt der Justiz informiert (§ 329 Abs. 4 HGB). Nach § 335 Abs. 1 Satz 4 HGB beträgt das Ordnungsgeld mindestens 2.550 Euro und höchstens 25.000 Euro. Den Mitgliedern des vertretungsberechtigten Organs ist nach § 355 Abs. 3 Satz 1 HGB unter Androhung eines Ordnungsgeldes in bestimmter Höhe aufzugeben, innerhalb einer Frist von 6 Wochen vom Zugang der Androhung an ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen oder die Unterlassung mittels Einspruch gegen die Verfügung zu rechtfertigen, wobei hierbei zugleich die Kosten des Verfahrens mit aufzuerlegen sind (Abs. 3 Satz 2 HGB). Erfolgt nach Ablauf der Frist keine Offenlegung oder wurde die Unterlassung mittels Einspruch gerechtfertigt, so ist das Ordnungsgeld festzusetzen und zugleich die frühere Verfügung unter Androhung eines erneuten Ordnungsgeldes zu wiederholen (§ 335 Abs. 3 Satz 4 HGB).

Die Qualität der Lageberichterstattung von  
DAX-Konzernen

Empirische Analyse der Berichterstattung zur Ertrags-,  
Finanz- und Vermögenslage

Mühlbauer, M.

2014, XXIII, 477 S. 9 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-04593-7